

MONATSBERICHTE DER BANK DEUTSCHER LÄNDER

JULI 1951

Inhalt

Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets im Juli 1951	1
Allgemeiner Überblick	1
Geld und Kredit	7
Öffentliche Finanzen	15
Produktion, Absatz und Beschäftigung	23
Preise und Löhne	30
Außenwirtschaft	36
Statistischer Teil	45

Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets im Juli 1951^{*)}

Allgemeiner Überblick

Die Wirtschaftsentwicklung der Bundesrepublik stand in den letzten Wochen weitgehend im Zeichen eines ziemlich beträchtlichen Produktionsrückgangs in der Industrie. Schon im Mai war deutlich geworden, daß der beachtliche Aufschwung, den die Industrieproduktion nach dem weitgehend saisonbedingten Einbruch im Dezember und Januar 1950/51 wieder genommen hatte, auf wachsende Hemmungen stieß. Im Juni setzten sich dann zum ersten Mal auf breiterer Front die depressiven Tendenzen durch, und im Juli sank der Produktionsindex, selbst unter Einschluß der Bauwirtschaft, in fast unvermindertem Tempo weiter ab. Das industrielle Produktionsniveau lag damit im allgemeinen bereits wieder etwas tiefer als im November vorigen Jahres, dem Höhepunkt der „ersten“ Hausse nach dem Ausbruch des Korea-Konflikts.

Betrachtet man die Wirtschaftstätigkeit als Ganzes, so hatten in den letzten Wochen freilich saisonmäßige Auftriebstendenzen noch immer die Oberhand. Die Einbringung der wieder recht reichen Getreideernte stellt an das Arbeitspoten-

tial der Landwirtschaft hohe Anforderungen. Auch die Bautätigkeit ist nach wie vor rege. Der Index der Bauproduktion ist im Juli — nach einem der Saisontendenz entgegengerichteten Rückgang im Vormonat — sogar wieder gestiegen. Die Arbeitslosigkeit ist infolgedessen im Juli und in der ersten Augushälfte weiter zurückgegangen. Aber die Abnahme war mit weniger als 50 000 doch um fast 80 000 geringer als in der gleichen Zeit des Vorjahres, und wenn man außerdem berücksichtigt, daß in vielen Industriezweigen sicher die Arbeitszeit eingeschränkt wurde, so ist klar, daß konjunkturell die Wirtschaftsentwicklung eindeutig im Rückgang begriffen ist.

Über die Ursachen des industriellen Rückschlags wird im Abschnitt über Produktion, Absatz und Beschäftigung näher berichtet. Sie liegen, von dem — der allgemeinen Saisontendenz entgegengerichteten — an sich geringfügigen Einfluß von Urlaubshäufungen und Betriebsferien abgesehen, einmal in der anhaltenden Absatzstockung in den Verbrauchsgüterindustrien. In früheren Berichten ist bereits mehrfach dargelegt worden, daß

^{*)} Abgeschlossen am 25. August 1951.

es sich hierbei nicht so sehr um eine Folge der seit dem Frühjahr d. J. zu beobachtenden Stagnation oder gar Abschwächung der Einzelhandelsumsätze handelt, sondern vor allem um eine Auswirkung des „L a g e r z y k l u s“ i m H a n d e l, dessen starke Ausschläge die Konjunktur der Verbrauchsgüterindustrien von jeher besonders schwanken ließen. Im Juni hatte jedenfalls der Auftragseingang bei den Verbrauchsgüterindustrien nicht einmal mehr 60 vH seines Umfangs vom Februar betragen, während die Einzelhandelsumsätze im gleichen Monat noch fast den Durchschnitt des ersten Vierteljahres behaupteten. Der scharfe Rückgang der Verbrauchsgüterproduktion reflektiert also in erster Linie die anhaltenden Bestrebungen des Handels, seine zumindest bis in den Frühsommer hinein stark gestiegenen Warenbestände zu vermindern, wobei nicht nur die realistischere Beurteilung der Absatzmöglichkeiten, sondern auch der nunmehr ziemlich allgemeine Zusammenbruch der spekulativen Preiserwartungen eine Rolle spielt. Im großen und ganzen handelt es sich hier also um eine Korrektur gewisser Übersteigerungen während der vorangegangenen Hausse, die früher oder später fällig war und, wie in einem der folgenden Kapitel eingehender begründet wird, wahrscheinlich schon in Kürze von neuen, aber hoffentlich nicht wieder übersteigerten Auftriebstendenzen abgelöst werden wird.

Neben diesen, mit dem Marktmechanismus zusammenhängenden Einflüssen ist die Produktion in den letzten Wochen aber vor allem in immer stärkerem Maße durch die sich verschärfenden *Versorgungsengpässe* beeinträchtigt worden. Im Vordergrund stehen hier bekanntlich der Kohlenmangel und, in engem Zusammenhang damit, die Eisen- und Stahlknappheit. Im zweiten Vierteljahr war es noch gelungen, die Kohlenförderung durch Sonderschichten und die Zurückstellung von Urlauben auf einem jahreszeitlich überdurchschnittlichen Niveau zu halten und die Industrie in ihrer Kohlenversorgung außerdem auf Kosten der Verkehrs- und Versorgungsbetriebe sowie der Winterbevorratung der Haushaltungen und sonstiger Kleinverbraucher zu begünstigen. In den letzten Wochen haben jedoch die aus Gründen der Betriebssicherheit angeordnete Einschränkung der Sonderschichten und die nunmehr massiert einsetzenden Urlaube

zusammen mit einer leichten weiteren Abwanderung von Bergarbeitern die Kohlenförderung stärker herabgedrückt, als in der offiziellen Kohlen-Vorschau angenommen wurde, ebenso wie es im Hinblick auf die fortgeschrittene Jahreszeit nicht möglich war, auf eine allmähliche Wiederauffüllung der anomal niedrigen Vorräte der Verkehrs- und Versorgungsbetriebe und die Bereitstellung größerer Kohlenmengen für den Hausbrand zu verzichten. Dies und die höheren Anforderungen für Berlin und die Besatzungstruppen haben — bei unvermindert hohen Exportverpflichtungen — dazu geführt, daß schon im Juli die Belieferung eines großen Teils der Industrie gegenüber den Vormonaten wesentlich eingeschränkt werden mußte und für den August und September mit erheblichen weiteren Kürzungen zu rechnen ist. Viele Industrien werden in diesen beiden Monaten wahrscheinlich nicht einmal die Hälfte der Menge erhalten, die auf Grund der bisherigen Produktionsentwicklung zur Zeit als ihr normaler Bedarf gelten kann. Es ist klar, daß unter diesen Umständen die Produktion weitgehend eingeschränkt werden mußte, wobei sich namentlich aus der Unterversorgung gewisser Schlüsselindustrien weitere Engpässe ergaben und noch ergeben. Besonders verhängnisvoll ist in dieser Hinsicht die Entwicklung der Eisen- und Stahlerzeugung, die trotz höheren Einsatzes von amerikanischer Kohle im Juli nicht auf ihrem bisherigen Niveau gehalten werden konnte, wobei der für die Inlandsversorgung zur Verfügung stehende Teil der Produktion noch schärfer zurückging, da die mit amerikanischer Kohle hergestellten Erzeugnisse im Rahmen von Kompensationsgeschäften zum größten Teil an Amerika geliefert werden müssen. Hierauf ist es neben den unmittelbaren Wirkungen der Kohlenkrise im wesentlichen zurückzuführen, daß im Juli auch in denjenigen Investitionsgüterindustrien, die ihr Produktionsniveau bisher noch hatten behaupten, ja zum Teil sogar steigern können, wie vor allem im Maschinenbau, der Ausstoß nicht unbeträchtlich zurückging.

Kaum etwas hat dagegen die Produktionsabnahme der letzten Wochen, soweit sie über einige notwendige Anpassungen an das laufende Einkommen und die Möglichkeiten des Rohstoffnachschiebs hinausgeht, mit den Kreditrestriktionen zu tun. Wie unabhängig sich die Produk-

tionsentwicklung von der Kreditentwicklung vollzogen, geht allein schon daraus hervor, daß gerade in den Monaten, in denen die Kreditrestriktionen am wirksamsten waren und zu einem effektiven Rückgang der an die Wirtschaft gewährten Kredite führten, also im März und im April, die Produktion sich kräftig ausdehnte, während umgekehrt der Produktionsrückgang der letzten Monate mit einer — zu den Kreditrestriktionen in Widerspruch stehenden — effektiven Erweiterung des Kreditvolumens verbunden war:

1951	Produktionsindex 1936=100	Zunahme oder Abnahme der Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private	
		bei den monatlich berichtenden Banken	darunter: bei den wöchentlich berichtenden Banken
in Mill. DM			
Januar	117	+ 154	+ 101
Februar	125	+ 416	+ 293
März	128	— 590	— 495
April	132	— 383	— 296
Mai	134	+ 24	+ 97
Juni	130	+ 278	+ 233
Juli	127		+ 152

Daß durch Kredite nicht die akuten Produktionshemmungen ausgeschaltet werden können, die im Mangel an Grund- und Rohstoffen liegen, versteht sich von selbst. Aber auch soweit die Produktionsschrumpfung auf einem Rückgang der Nachfrage beruhen, würde eine stärkere Expansion des Bankkredits keine Remedur bilden, ja im Grunde genommen sogar bedenklich sein. Wenn z. B. der Einzelhandel in den letzten Monaten seine Auftragserteilung um fast zwei Fünftel reduziert hat, so hängt das, wie bereits oben angedeutet, vor allem damit zusammen, daß seine Lagerbestände außer Proportion zu den Umsätzen zu geraten drohten, und daß er ferner auf die vom Weltmarkt ausgehenden sinkenden Preistendenzen nun ebenso mit einer scharfen Einschränkung seiner Bestellungen antwortet, wie er vordem auf die Hausse mit übertriebenen, spekulativen Aufträgen reagiert hatte. Es kann aber nicht die Aufgabe des Kredits sein, die Auftragserteilung auf einem spekulativ überhöhten Niveau zu etablieren, zumal ein solcher Versuch auf die Dauer ohnehin zum Scheitern verurteilt wäre und schwere Störungen im gesamten Wirtschaftsgefüge nach sich ziehen würde. Hier ist vielmehr eine möglichst rasche Liqui-

datation der Übersteigerungen durchaus am Platze. Würde sie verhindert, so würde nur die nun endlich nahe gerückte Preisstabilisierung und vor allem die erforderliche Korrektur gewisser übersteigter Preise gefährdet. Die Folge wäre zweifellos eine neue Lohnwelle, die für die gesamte Wirtschaft und vor allem für den Export verhängnisvolle Konsequenzen haben müßte, ohne auf die Dauer das Absatzproblem für Verbrauchsgüter lösen zu können, während mit der nunmehr in Gang befindlichen Preisstabilisierung und Bereinigung der Lagersituation, wie im Abschnitt über die Produktion näher dargelegt, sich allmählich von selbst auch für die Verbrauchsgüterindustrien wieder bessere Absatzbedingungen anbahnen.

Im übrigen ist bei der Beurteilung der Entwicklung im Verbrauchsgütersektor stets im Auge zu behalten, daß eine längere Aufrechterhaltung des zu Anfang 1951 hier erreichten Produktionsniveaus schon deshalb auf Schwierigkeiten gestoßen wäre, weil der mit ihm verknüpfte Rohstoffbedarf weit über die fürs erste gegebenen Einfuhrmöglichkeiten hinausging. Bis zu einem gewissen Grade bedeutet also der Rückgang der Produktion nur eine Anpassung an die Rohstoffbasis und neuerdings auch an die Kohlenbasis, die durch kreditpolitische Erleichterungen nicht überflüssig gemacht werden könnte. Nicht zuletzt aber ist zu bedenken, daß die teilweise Abschwächung der Verbrauchsgüternachfrage seit dem vergangenen Winter nur das Korrelat zu der allmählich wieder zunehmenden Spartätigkeit darstellt und insofern eine unerläßliche Voraussetzung dafür bildet, daß die volkswirtschaftlich dringlichen Investitionen auf nicht-inflatorische Weise finanziert werden können, ganz abgesehen davon, daß bei physisch begrenzter Produktion nur durch eine relative Zurückdrängung der Inlandsnachfrage Raum für die erforderliche weitere Steigerung der Ausfuhr geschaffen werden kann. Derartige Umschichtungen in der Verwendung des Sozialprodukts — die übrigens mit dem Wegfall gewisser Steuervergünstigungen für selbstfinanzierte Investitionen auch weite Teile der Investitionsgüterindustrien berühren — vollziehen sich selbstverständlich nicht reibungslos. Sie können daher unter Umständen auch zu nicht sofort kompensierten Produktionsrückgängen führen. Aber es wäre — besonders solange die Kohlen-

und Materialschwierigkeiten anhalten — kurzfristig, wenn man aus Furcht vor solchen kurzfristigen Einbußen Kredithilfen gewähren würde, die im Grunde genommen nur eine künstliche Stützung der bestehenden Produktions- und Absatzverhältnisse bewirken und damit den notwendigen Umschichtungen zwischen den großen Gruppen Verbrauch, Investition, Staatsbedarf und Ausfuhr sowie innerhalb des Investitionsvolumens selbst zuwiderlaufen würden.

Noch deutlicher als aus diesen Überlegungen ergibt sich jedoch aus einer Betrachtung der Gesamtentwicklung der „Geldseite“ der Wirtschaft, daß zumindest im ganzen von einer zu knappen Geldversorgung keine Rede sein kann, sondern daß im Gegenteil die Entwicklung der liquiden Reserven der Wirtschaft Anlaß zu gewissen Befürchtungen gibt. Das „Geldvolumen“, d. h. der Bargeldumlauf außerhalb der Banken und die Bankeinlagen von Nichtbankenseite (ohne die Spareinlagen), ist von Ende Januar bis Ende Juli trotz der Kreditrestriktionen um nicht weniger als schätzungsweise $2\frac{3}{4}$ Mrd. DM oder reichlich 10 vH gewachsen. Allein in den Monaten Juni und Juli, d. h. in der gleichen Zeit, in der die Industrieproduktion (einschließlich der Bauproduktion) um über 5 vH zurückging, hat es sich dabei um mehr als $1\frac{1}{2}$ Mrd. DM erweitert. Selbst wenn man von diesen Ziffern die Erhöhung der Gegenwertguthaben und der Bardenpots für Einfuhrbewilligungsanträge absetzt, weil es sich hierbei ja zunächst um stillgelegtes Geld handelt, verbleibt gegenüber Ende Januar eine Zunahme von rd. 2,3 Mrd. DM und gegenüber Ende Mai eine solche von rd. 1,4 Mrd. DM. Von diesen Beträgen wiederum entfielen nicht weniger als 2,0 bzw. 1,2 Mrd. DM auf den Bargeldumlauf außerhalb der Banken und die Sicht- und Termineinlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten, also auf diejenigen Teile des Geldvolumens, die liquide Mittel der Wirtschaft im engeren Sinne des Worts sind.

Auf die Rolle, die in dieser Entwicklung die ständige Vergrößerung des Geldvolumens durch die Überschüsse in der auswärtigen Zahlungsbilanz, d. h. durch die Netto-Devisenkäufe des Zentralbanksystems und der Außenhandelsbanken, spielt, ist in diesen Berichten wiederholt hingewiesen worden. Aus dem Abschnitt über „Geld

und Kredit“ kann ersehen werden, daß allein hierdurch das Geldvolumen seit Ende Januar um ungefähr 1,4 Mrd. DM erweitert wurde. Wie im Monatsbericht für Mai eingehend begründet (vgl. dort insbesondere S. 6 und 7), handelt es sich dabei um eine Folge der Zahlungsbilanzentwicklung, die zweifellos insofern bedenklich ist, als die Zahlungsbilanzüberschüsse ja nicht auf einer „natürlichen“, d. h. durch die Marktfaktoren zustande gekommenen Entwicklung von Ein- und Ausfuhr, sondern weitgehend auf einer administrativen Beschränkung der Einfuhr beruhen, deren allmähliche Ersetzung durch einen organischen Ausgleich der beiden Seiten der Zahlungsbilanz jedoch durch die monetäre Wirkung der administrativ herbeigeführten Überschüsse erschwert wird.

Neben den von der Zahlungsbilanz ausgehenden Einflüssen hat aber seit Monaten auch wieder eine nicht unbeträchtliche Kreditschöpfung zur Vergrößerung des Geldvolumens beigetragen. Das mag auf den ersten Blick zunächst überraschen, da bekannt ist, daß die Banken dem Wunsche des Zentralbankrats nach Rückführung eines großen Teils ihres Kreditvolumens zumindest bis zu einem gewissen Grade entsprochen haben. Wirft man einen Blick auf die folgende Übersicht, so zeigt sich jedenfalls, daß Ende Mai 1951, global betrachtet, die auf insgesamt etwas über eine Milliarde festgelegten Rückführungskontingente für die einzelnen Landeszentralbankbezirke bis auf 173 Mill. DM erfüllt waren, eine Ziffer, bei deren Errechnung freilich etwas größere Fehlbeträge in einzelnen Ländern durch stärkere Rückführungen in andern Ländern kompensiert sind. Auch Ende Juli dürften die rückführungspflichtigen Kredite noch um über 600 Mill. DM unter dem Stand von Ende Januar d. J. gelegen haben, obwohl es in den auf den Mai folgenden Monaten, wie die Ziffern zeigen, im ganzen nicht mehr möglich war, eine weitere Rückführung zu erzielen, sondern sogar eine erneute Steigerung hingenommen werden mußte.

Bei der Beurteilung der Wirkung der sogenannten „Rückführungsaktion“ auf die gesamte Kreditentwicklung ist indes im Auge zu behalten, daß sie sich nur auf einen Teil des Kreditvolumens, nämlich nur auf die nicht der Exportfinanzierung dienenden kurzfristigen Geschäftsbankenkredite an Wirtschaftsunternehmen und

Zur Auswirkung des Kreditrückführungsbeschlusses auf die Kreditschöpfung
in Mill. DM

	Auf Grund statistischer Angaben						Zum Teil auf Schätzung (*) beruhend	
	Febr.	März	April	Mai	Juni	zu- sammen	Juli	Febr. bis Juli
I. Vorgesehene Senkung der nicht der Exportfinanzierung dienenden kurzfristigen Geschäftsbankenkredite an Wirtschaftsunternehmungen und Private unter den Stand von Ende Januar 1951 (Beschluß vom 28. Februar/1. März 1951)	—	— 496	— 348	— 172	—	— 1 016	—	— 1 016
II. Tatsächliche Entwicklung der vom Rückführungsbeschluß betroffenen Kredite seit Ende Januar 1951	+ 318	— 625	— 465	— 71	+ 122	— 721	+ 85*	— 636*
Rückführungs-„Überschüsse“ (+) bzw. „Fehlbeträge“ (—) (I -/. II)	— 318	+ 129	+ 117	— 101	— 122	— 295	— 85*	— 380*
III. Entwicklung der nicht vom Rückführungsbeschluß betroffenen Kredite seit Ende Januar 1951								
1. Bei den monatlich berichtenden Geschäftsbanken ¹⁾								
a) Exportkredite ²⁾	+ 44	+ 60	+ 68	+ 95	+ 138	+ 405	+ 105	+ 510
b) Kredite an öffentliche Stellen	— 29	+ 16	+ 103	— 11	+ 36	+ 115	+ 145*	+ 260*
c) jeweiliger Überschuß der mittel- und langfristigen Kredite über die Geldkapitalbildung bei den betreffenden Banken	+ 139	+ 182	+ 160	+ 73	+ 146	+ 700	0*	+ 700*
2. Kurzfristige Kredite der überregionalen Institute, der Teilzahlungsinstitute und der Bundespost	+ 88	+ 46	— 59	— 9	+ 7	+ 73	— 35*	+ 38*
3. Kredite des Zentralbanksystems an Nichtbanken	+ 206	— 403	+ 79	+ 347	+ 75	+ 304	+ 13	+ 317*
zusammen (III, 1 bis 3)	+ 448	— 99	+ 351	+ 495	+ 402	+ 1 597	+ 228*	+ 1 825*
IV. Kreditschöpfung insgesamt (II + III)	+ 766	— 724	— 114	+ 424	+ 524	+ 876	+ 313*	+ 1 189*

¹⁾ Ausgenommen von der Kreditrückführung ist unter bestimmten Bedingungen auch ein Teil der Kredite an Vertriebene, der Erntefinanzierungs- und Getreidekonsortialkredite. Sie sind hier wegen ihrer relativen Geringfügigkeit unberücksichtigt geblieben. — ²⁾ Gemessen an der Entwicklung der vom Zentralbanksystem refinanzierten Auslandswechsel, Exporttratten und mit dem Giro der Kreditanstalt für Wiederaufbau versehenen Solawechsel von Exporteuren.

Private bezog und damit wesentliche Teile des Kreditvolumens freiließ. Gerade diese sind nun aber, wie aus der obigen Übersicht hervorgeht, seit Ende Januar beträchtlich gewachsen. So haben etwa die Exportkredite, gemessen an den vom Zentralbanksystem refinanzierten Wechseln, um über 500 Mill. DM zugenommen, in Höhe von rd. 260 Mill. DM dürften zusätzliche Kredite von den Geschäftsbanken an öffentliche Stellen eingeräumt worden sein, auf rd. 700 Mill. DM ist der Überschuß der Zunahme der mittel- und langfristigen Kredite der Geschäftsbanken über das bei ihnen festzustellende Aufkommen an entsprechend terminierten Mitteln seit Ende Januar zu veranschlagen, um etwa 40 Mill. DM sind die kurzfristigen Kredite der überregionalen Institute, der Teilzahlungsinstitute und der Post gewachsen, und um 317 Mill. DM haben von Ende Januar bis Ende Juli die Kredite des Zentralbanksystems an Nichtbanken-Kunden zugenommen. Insgesamt ergibt sich also außerhalb des „Rückführungssektors“ in der genannten Zeit eine Kreditschöpfung von zusammen ungefähr 1,8 Mrd. DM. Damit verbleibt trotz der Verminderung der rückführungspflichtigen Kredite ge-

genüber dem Stand von Ende Januar um reichlich 600 Mill. DM für die Monate Februar bis Juli per Saldo eine Kreditschöpfung von beinahe 1,2 Mrd. DM. Zweifellos sind also die liquiden Reserven der Wirtschaft beträchtlich gewachsen.

Wie aber erklärt es sich dann, daß trotzdem lebhaft Klagen über Liquiditätsbeengung und teilweise drückende Kreditnöte laut werden? Die Antwort dürfte darin zu suchen sein, daß die Liquidität allen Anzeichen nach sehr ungleichmäßig verteilt ist, d. h. Fällen einer ausgesprochenen Illiquidität Fälle einer mindestens ebenso starken Überliquidität gegenüberstehen. Verwirrend ist allerdings, daß trotz des beträchtlichen Liquiditätszuwachses, den weite Teile der Wirtschaft schon auf Grund der hohen Netto-Devisenkäufe des Zentralbanksystems und der Außenhandelsbanken sowie infolge des Lagerabbaus und neuerdings wohl auch der Produktionseinschränkungen erfahren haben, in den letzten Monaten wieder eine starke Ausweitung des Kreditvolumens zu verzeichnen ist, obwohl als Ergebnis der eben genannten Einflüsse zumindest teilweise doch auch erhebliche Kreditrückflüsse hätten stattfinden müssen. Hier liegt nun die Erklärung aller Wahr-

scheinlichkeit darin, daß gegenwärtig in ziemlich großem Umfang Liquidität gehortet wird, indem Kreditnehmer die Rückzahlung von Krediten nach Möglichkeit hinauschieben und so den vom Rentabilitätsstandpunkt aus paradoxen Zustand in Kauf nehmen, daß sie neben ihrer Kreditverschuldung gleichzeitig verhältnismäßig hohe Guthaben unterhalten. Gäbe es eine Statistik über Bruttogewährung und Bruttoreückzahlung von Krediten und ließe sich die Umschlagshäufigkeit der Depositen genauer erfassen, so würde das vermutlich deutlich in Erscheinung treten.

Gewiß sind nun hohe Liquiditätsreserven marktpolitisch solange unbedenklich, als sie wirklich gehortet bleiben und also nicht die laufende Nachfrage aufblähen. Aber es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß sie eine latente Gefahr bilden, weil eine neue Nachfragewelle — und exogene Faktoren könnten eine solche jederzeit auslösen — sich ihrer sofort bedienen und damit beträchtlichen Umfang annehmen könnte, selbst wenn die Kreditausdehnung dabei gering bleibt. Hieraus könnten sich unter den jetzigen Verhältnissen um so eher Spannungen ergeben, als die Produktion fürs erste gewisse physische Grenzen erreicht hat, ja aus Gründen des Kohlen- und Materialmangels zunächst vielleicht noch weiter beschränkt werden muß. Auch die Entwicklung der Bankenliquidität verdient in diesem Zusammenhang besonderes Interesse. Sie hat, wie in diesen Berichten regelmäßig geschildert, zum Teil auf Grund der gleichen Faktoren, die die Expansion des Geldvolumens bewirkten, seit dem Frühjahr beträchtlich zugenommen, und in den letzten Wochen hat sich diese Tendenz eher noch verstärkt. Zum ersten Mal seit geraumer Zeit ist jedenfalls im Juli nicht nur der Rückgriff der Geldinstitute auf das Zentralbanksystem geringer geworden, sondern es sind gleichzeitig auch die Überschubreserven beträchtlich gestiegen. Die Zahl der Banken, die dem Zentralbanksystem gegenüber praktisch unverschuldet sind, ist also offenbar im Wachsen. All das spiegelt eine Erweiterung des Kreditpotentials und eine Verringerung der unmittelbaren Kontrollmöglichkeiten der Notenbank über die Kreditentwicklung wider.

Unter diesen Umständen dürfte es verständlich sein, daß sich das Zentralbanksystem der Ausdeh-

nung des Geldvolumens im Rahmen seiner Möglichkeiten weiter entgegenstemmt und deshalb zu einer grundsätzlichen Lockerung seiner Kreditpolitik noch nicht bereit ist. Auf der andern Seite verkennt es freilich auch nicht die Notwendigkeit, daß gewisse Kredite eingeräumt werden müssen, wenn die Volkswirtschaft nicht Schaden leiden soll. Mehr denn je ist also heute Hauptproblem der Kreditpolitik die richtige Kreditselektion, die auf der einen Seite zwar den unabweisbaren Kreditwünschen Rechnung trägt, auf der andern Seite jedoch eine weitere Aufblähung des Kreditvolumens verhindert. Angesichts der oben geschilderten gegenwärtigen monetären Lage stehen sich diese beiden Postulate sicher nicht unvereinbar gegenüber. Für ihre Erfüllung institutionell zu sorgen, ist allerdings nicht leicht. Auf jeden Fall handelt es sich dabei um eine Aufgabe, die nicht allein das Zentralbanksystem angeht. Wie schon im Mai-Bericht an dieser Stelle erwähnt, erfordert sie ebenso eine auf die Vermeidung jeden Preisauflaufs bedachte Finanz-, Lohn- und Investitionspolitik, wobei die Finanzpolitik die ihr in diesem Rahmen zufallende Aufgabe eines möglichst weitgehenden Budgetausgleichs selbstverständlich nur dann wird erfüllen können, wenn an die öffentlichen Haushalte keine untragbaren Forderungen gestellt werden.

Nicht minder wichtig ist jedoch, wie gleichfalls immer erneut betont werden muß, die freiwillige Kooperation der Geschäftsbanken. Diese sind heute infolge der oben erwähnten Entwicklung der Bankenliquidität vom Zentralbanksystem unabhängiger als in früheren Stadien. Um so größer ist ihre Mitverantwortung für die Währungsentwicklung. Sie müssen also, ganz ähnlich wie das in den Vereinigten Staaten von Amerika im Rahmen des sogenannten *voluntary credit restraint program* geschieht, selber darauf bedacht sein, solange das Sozialprodukt aus produktionstechnischen Gründen nicht wachsen kann, ihr Kreditvolumen im ganzen stabil zu halten und zu diesem Zweck eine besonders sorgfältige Kreditselektion treiben. Das Zentralbanksystem wird im Interesse dieser Politik mit den verschiedenen Bankgruppen eine noch engere Fühlung als bisher wahren, um mit ihnen ständig die währungspolitisch beste Bewältigung aller größeren Kredittransaktionen anzustreben.

Geld und Kredit

Die Geldversorgung der Wirtschaft ist in den letzten Wochen weiter beträchtlich gewachsen. Auf Grund von Teilangaben ist anzunehmen, daß sich das gesamte Geldvolumen (im Sinne von Bargeldumlauf und Bankeinlagen ohne Spareinlagen) im Juli wiederum in der Größenordnung von mindestens einer halben Milliarde DM erweitert hat, womit es seit dem 31. Januar um ungefähr $2\frac{3}{4}$ Mrd. DM und seit Ende Dezember 1950 um ungefähr $2\frac{1}{2}$ Mrd. DM zugenommen hätte.

Die Kreditgewährung der Geschäftsbanken

Die kurzfristigen Kredite

Einen wesentlichen Beitrag hierzu hat wiederum die Kreditgewährung der Geschäftsbanken geliefert, und zwar auch auf dem Gebiete der kurzfristigen Kredite, die bei einer Reihe von Banken gemäß dem vom Zentralbankrat gefaßten Kreditrückführungsbeschuß vom Februar 1951 wenigstens teilweise noch zurückgeführt werden sollen. Umfassende Angaben hierüber stehen für den Juli zwar noch nicht zur Verfügung. Aber allein bei den 480 wöchentlich berichtenden Banken sind die kurzfristigen Kredite an Nichtbanken im Verlauf des Juli um 253 Mill.

DM (gegen 257 Mill. DM im Juni und rd. 85 Mill. DM im Mai) gewachsen. Hiervon entfallen 101 Mill. DM auf die Kredite an öffentliche Stellen (einschließlich der Käufe von Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen), die von dem Kreditrückführungsbeschuß ausgenommen sind, und rd. 152 Mill. DM auf die Kredite an Wirtschaftsunternehmungen und Private, die dem Kreditrückführungs- bzw. Kreditstop-Beschluß insoweit unterliegen, als es sich nicht um Exportkredite und gewisse sonstige vereinbarte Ausnahmen handelt. Tatsächlich haben die Exportkredite bei der Kreditausdehnung im Juli offenbar wiederum eine bedeutende Rolle gespielt. Der Bestand des Zentralbanksystems an rediskontierten Auslandswchseln, Exporttratten und mit dem Giro der Kreditanstalt für Wiederaufbau versehenen Solawechseln von Exporteuren war jedenfalls Ende Juli um 105 Mill. DM höher als Ende Juni, womit er einen Stand von rd. 670 Mill. DM gegen knapp 160 Mill. DM am 31. Januar 1951 erreichte. Vergleicht man diese Zunahme mit der — wie erwähnt, 152 Mill. DM betragenden — Ausdehnung der Wirtschaftskredite bei den 480 wöchentlich berichtenden Banken (auf die ungefähr zwei Drittel des gesamten

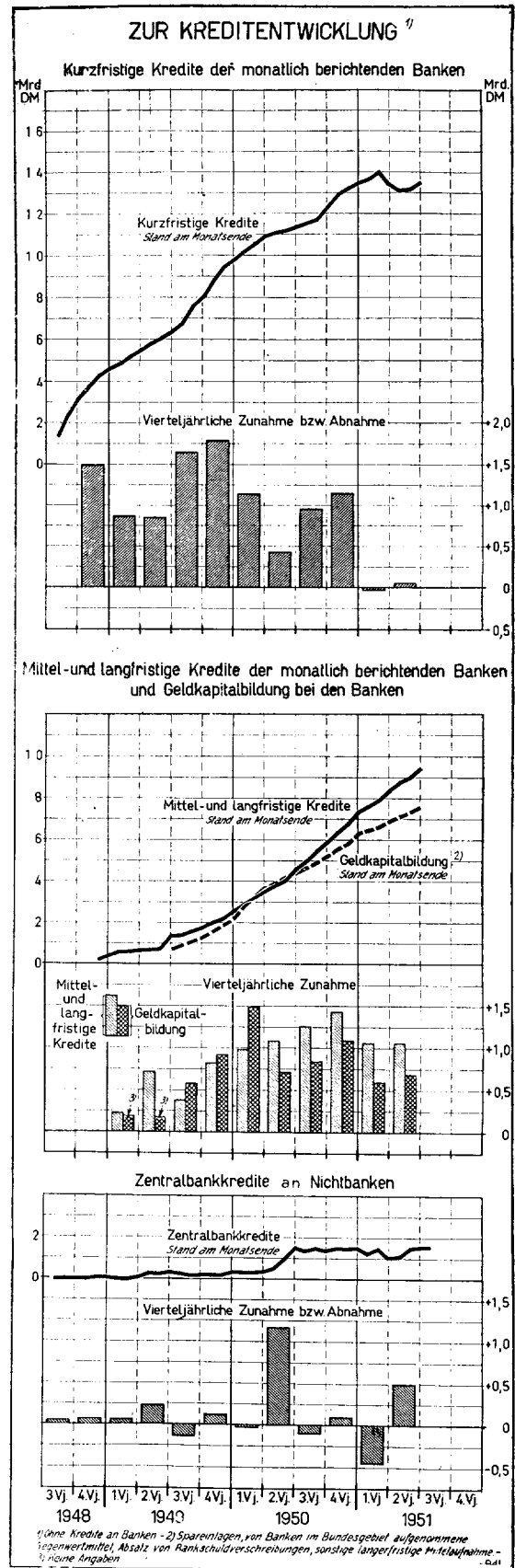
*Kurzfristige Kredite der Geschäftsbanken an die Nichtbankenkundschaft,
refinanzierte Exportkredite und Bardepot*
Zunahme (+) bzw. Abnahme (—)
in Mill. DM

Zeit	Kurzfristige Kredite der Geschäftsbanken						Vom Zentralbanksystem refinanzierte Exportkredite	Bardepot
	alle monatlich berichtenden Banken			darunter 480 wöchentlich berichtende Banken				
	insgesamt	Kredite an öffentl. Stellen	an Wirtschaftsunternehmungen und Private	insgesamt	Kredite an öffentl. Stellen	an Wirtschaftsunternehmungen und Private		
1951 Januar	+ 202 ¹⁾	+ 48	+ 154 ¹⁾	+ 190 ¹⁾	+ 89	+ 101 ¹⁾	+ 50	+ 138
Februar	+ 382	— 34	+ 416	+ 269	— 24	+ 293	+ 44	+ 74
März	— 598	— 8	— 590	— 480	+ 15	— 495	+ 60	— 325
April	— 311	+ 72	— 383	— 204	+ 92	— 296	+ 68	— 32
Mai	+ 28	+ 4	+ 24	+ 85	— 12	+ 97	+ 95	+ 410
Juni	+ 340	+ 62	+ 278	+ 257	+ 24	+ 233	+ 138	+ 92
Juli				+ 253	+ 101	+ 152	+ 105	+ 73
1. Juli-Woche				+ 243	— 14	+ 257	+ 29	+ 257
2. Juli-Woche				— 171	+ 22	— 193	+ 16	— 598
3. Juli-Woche				+ 198	+ 187	+ 11	+ 25	+ 91
4. Juli-Woche				— 16	— 92	+ 76	+ 35	+ 323
1. August-Woche				+ 38	— 15	+ 53	+ 23	+ 89

¹⁾ Statistisch bereinigt.

Kreditvolumens entfallen), so ergibt sich also, daß die Erweiterung der Wirtschaftskredite zu einem großen Teil auf Exportkredite zurückzuführen sein dürfte, selbst wenn man in Rechnung stellt, daß neben der Kreditexpansion bei den wöchentlich berichtenden Banken vermutlich auch noch bei den übrigen Banken das Kreditvolumen aufgestockt worden ist. Allerdings ist damit zu rechnen, daß zumindest ein Teil der in Form von Exportkrediten gewährten Kredite in Wirklichkeit normale Betriebskredite sind, die nur im Hinblick auf die Kreditrestriktion und die verbilligten Refinanzierungsmöglichkeiten unter dem Rubrum der Exportkredite gehen. Denn es ist klar, daß Unternehmungen, die überhaupt die Möglichkeit hierzu haben, jeden Kreditbedarf, soweit es irgend angängig ist, auf diese für sie weit günstigere Weise befriedigen. Sicher war also mit der Tatsache, daß die Kreditrückführungs- bzw. Kreditstop-Bestrebungen des Zentralbanksystems die Exportkredite bewußt schonten, eine gewisse Schwächung dieser Maßnahmen verbunden.

Im übrigen ist die Ausdehnung der Wirtschaftskredite auch in den letzten Wochen sicher wieder weitgehend durch die Verpflichtung zur Bardepotgestellung bei Einfuhrbewilligungsanträgen beeinflusst worden. Vergleicht man die Entwicklung der beiden Reihen in der obigen Tabelle, so zeigt sich jedenfalls eine gewisse Parallelität, wenn auch nach wie vor die schon im letzten Monatsbericht getroffene Feststellung gilt, daß die Kredite in der Regel stärker zunehmen und schwächer abnehmen als das Bardepot, also im Grundzug eine deutlich nach oben gerichtete Linie aufweisen, die sich eben zum Teil (aber auch nur zum Teil) aus dem Anstieg der Exportkredite erklärt. Immerhin ist es unbestreitbar, daß das Bardepot mit seinen Schwankungen in der Kreditstatistik dauernd das Bild der normalen Kreditentwicklung verfälscht, ja, indem es die Banken an hohe, sich oft sprunghaft verändernde Kreditziffern gewöhnt, vielleicht sogar einen Schrittmacher der allgemeinen Kreditexpansion bildet. Dies und die Tatsache, daß das Bardepot offensichtlich nicht imstande ist, die ihm heute hauptsächlich zugedachte Funktion der Verhinderung von erheblichen Überzeichnungen von Einfuhrfreigaben auszuüben, hat auch den Zentralbankrat bewegen, sich Mitte August erneut für eine grundsätzliche Abschaffung des Bardepots einzusetzen.



Die mittel- und langfristigen Kredite

Neben den kurzfristigen Krediten sind in den vergangenen Wochen auch die mittel- und langfristigen Kredite der Banken weiter gewachsen. Allerdings scheint das Zuwachstempo nicht mehr ganz so stark gewesen zu sein wie im Durchschnitt der vorangegangenen Monate. Bei den 480 wöchentlich berichtenden Banken belief sich die Zunahme im Juli jedenfalls nur noch auf 133 Mill. DM gegen 200 Mill. DM im Juni und 165 Mill. DM im Mai. Auch scheint sich der Abstand zwischen der Aufstockung des Volumens an mittel- und langfristigen Bankkrediten und der Geldkapitalbildung bei den Banken — der in den vergangenen Monaten bekanntlich einen wesentlichen Faktor der ständigen Expansion des Geldvolumens bildete — wesentlich verringert zu haben, wenn er nicht sogar ganz geschwunden ist. Während nämlich die Zunahme der Kredite im Juli nicht unbeträchtlich geringer war als in den Vormonaten, ist die Geldkapitalbildung bei den Banken in recht bemerkenswertem Maße gewachsen:

1) So hat sich einmal der seit dem April zu verzeichnende Wiederanstieg der Spareinlagen offenbar verstärkt fortgesetzt, obwohl der Juli als einer der wichtigsten Urlaubsmonate normalerweise kein „günstiger“ Sparmonat zu sein pflegt. Bei den wöchentlich berichtenden Banken sind die Sparkonten im Juli aus echten Zugängen um 44 Mill. DM gegenüber 33 Mill. DM im Juni¹⁾ gewachsen. War die Entwicklung bei den übrigen Instituten ähnlich, so dürften sich die Einzahlungsüberschüsse im Juli auf etwa 70 Mill. DM gegenüber rd. 57 Mill. DM im Juni gestellt haben. Gegenüber dem 1. Vierteljahr 1951, in dem von den Sparkonten der Geschäftsbanken und der Bundespost über 41 Mill. DM mehr abgehoben als eingezahlt wurden, wäre das bereits ein sehr beachtlicher — der allmählichen Preisstabilisierung zu dankender — Fortschritt, wenn damit auch die Einzahlungsüberschüsse der Zeit vor Ausbruch des Korea-Konflikts (gut 120 Mill. DM im Monatsdurchschnitt des 1. Halbjahrs 1951) noch nicht wieder erreicht wären.

2) Auch der Absatz von Bankschuldverschreibungen hat sich im Juli relativ günstig entwickelt. Mit rd. 60 Mill. DM war er

¹⁾ 9 Mill. DM des für den Juni statistisch ausgewiesenen Zugangs um 42 Mill. DM entfielen auf eine Umbuchung von Termineinlagen auf Spareinlagen.

ungefähr doppelt so hoch wie im Juni. Allerdings wurden die im Juli plazierten Schuldverschreibungen zu einem weit geringeren Prozentsatz als im Vormonat, nämlich nur zu etwa 5 vH, bei privaten Sparern untergebracht, während rd. 70 vH von öffentlichen Stellen und rd. 25 vH von Versicherungen und anderen Kapitalsammelstellen aufgenommen wurden. Bei den Beträgen, die von der öffentlichen Hand zum Erwerb von Schuldverschreibungen verwendet worden sind, dürfte es sich jedoch teilweise um Mittel handeln, die ohnehin für Investitionen bestimmt waren und bei denen der Umweg über den Wertpapiererwerb gewählt wurde, um die bei direkter Kreditgewährung entstehende Verwaltungsarbeit zu vermeiden und um außerdem bei etwaigen Liquiditätsschwierigkeiten auf die Wertpapiere zurückgreifen zu können. Die Zunahme der Wertpapierunterbringung bei den öffentlichen Stellen dürfte daher im wesentlichen nur eine Umlagerung, nicht aber eine Vergrößerung der volkswirtschaftlichen Kapitalbildung darstellen, nämlich eine Verlagerung von der Direktinvestition öffentlicher Mittel zur mittelbaren Investition durch Wertpapiererwerb. Aber für die Banken bedeutet natürlich auch der Wertpapierabsatz bei öffentlichen Stellen eine echte Steigerung des bei ihnen anfallenden Geldkapitals, die sie ebenso wie die Wertpapierunterbringung bei Privaten oder bei anderen Stellen in die Lage versetzt, aus entsprechend terminierten Fremdmitteln längerfristige Kredite zu gewähren, ohne daß mit diesem Teil der Kredite eine Vergrößerung des Geldvolumens verbunden ist.

3) Endlich war im Juli ein im Vergleich zu den Vormonaten wesentlich höherer Betrag der von den Banken gewährten längerfristigen Kredite aus Gegenwertmitteln finanziert. Während nämlich im Durchschnitt der drei Vormonate die auf Gegenwertmitteln beruhenden (also im wesentlichen nur durchlaufenden) Kredite der Banken nur 47 Mill. DM betragen hatten, stieg ihre Summe im Juli auf ungefähr 95 Mill. DM, also auf etwa das Doppelte. Maßgebend hierfür dürfte in der Hauptsache gewesen sein, daß für einzelne Investitionsvorhaben kürzlich die bisher noch fehlende Genehmigung der ECA erteilt wurde und daraufhin die bereits vorbereiteten Abrufe verhältnismäßig schnell erfolgten. Von den bisher für das Bundesgebiet im Rahmen der

III. ERP-Tranche freigegebenen 450 Mill. DM waren damit Ende Juli rd. 370 Mill. DM weitergeleitet, so daß von dem freigegebenen Teil dieser Tranche zum genannten Zeitpunkt nur noch rd. 80 Mill. DM verfügbar waren. Inzwischen sind diese Mittel ebenfalls weitgehend in Anspruch genommen worden, so daß teilweise bereits zur Erfüllung der weiteren Kreditwünsche aus der III. Tranche auf die restlichen noch verfügbaren Mittel der I. und II. Tranche zurückgegriffen werden mußte.

Allein der Einzahlungsüberschuß auf den Sparkonten, der Absatz an Bankschuldverschreibungen und die Weiterleitung von Gegenwertmitteln dürften also im Juli rd. 225 Mill. DM ausgemacht haben, während aus den gleichen Quellen im Juni nur 146 Mill. DM geflossen sind. Nimmt man an, daß sich die Aufnahme der Banken an sonstigen längerfristigen Mitteln (hauptsächlich Darlehen von der öffentlichen Hand) zumindest im Rahmen der Vormonate, in denen sie zwischen 65 Mill. DM im Januar und 113 Mill. DM im Juni schwankte, gehalten hat, so würde man also für die sogenannte „Geldkapitalbildung bei den Banken“ auf einen Betrag kommen, der sich ungefähr mit der für den Juli geschätzten Zunahme der mittel- und längerfristigen Bankkredite um etwa 300 Mill. DM decken könnte. Damit würde zum ersten Mal seit über einem Jahr die mittel- und langfristige Kreditgewährung der Banken auf das Geldvolumen nicht mehr expansiv gewirkt haben, nachdem mit diesen Krediten — wie aus der Tabelle auf S. 12 errechnet werden kann — allein von Februar bis Juni 1951 eine Geldschöpfung von ungefähr 700 Mill. DM verbunden war.

Die Kredite des Zentralbanksystems

Verhältnismäßig gering war in den letzten Wochen auch die expansive Wirkung, die von der Kreditgewährung des Zentralbanksystems an dessen Nichtbankenkundschaft, also vor allem an die öffentliche Hand, auf das Geldvolumen ausging. Insgesamt haben die Zentralbankkredite an Nichtbanken im Juli nur um 13 Mill. DM zugenommen, wobei die Direktkredite an die Wirtschaft (die bekanntlich nur von den drei Landeszentralbanken der französischen Zone gewährt

werden) um 9 Mill. DM zurückgegangen und die Kredite an öffentliche Stellen um 22 Mill. DM gestiegen sind.

Diese geringe Ausdehnung des Zentralbankkredits steht in bemerkenswertem Gegensatz zu der im Abschnitt über die „Öffentlichen Finanzen“ geschilderten weiteren Zunahme des Kreditbedarfs der öffentlichen Haushalte und erklärt sich lediglich daraus, daß in den letzten Wochen erheblich mehr Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen am offenen Markt untergebracht werden konnten als andererseits Fälligkeiten einzulösen waren. Allein im Juli konnten jedenfalls 83 Mill. DM Bundesschatzwechsel, 132 Mill. DM Bundesbahnschatzwechsel und rd. 5 Mill. DM unverzinsliche Schatzanweisungen der Bundesbahn, zusammen also rd. 220 Mill. DM, zusätzlich außerhalb des Zentralbanksystems plaziert werden. Im Juni dagegen waren bei diesen Stellen nur 120 Mill. DM untergebracht worden, während im Mai vom Markte sogar mehr als 200 Mill. DM an Schatzwechseln und Schatzanweisungen abgestoßen worden waren und vom Zentralbanksystem hatten aufgenommen werden müssen. Die verhältnismäßig geringe Erweiterung des Zentralbankkredits an Nichtbanken während der letzten Wochen ist also nur das Pendant zu der bereits oben erwähnten stärkeren Ausdehnung der Geschäftsbankenkredite an öffentliche Stellen. Daß eine derartige Verlagerung möglich war, hängt zweifellos damit zusammen, daß sich, wie unten näher dargelegt, in der letzten Zeit die Bankenliquidität erneut beträchtlich erhöht hat und die Geschäftsbanken infolgedessen verhältnismäßig gern Schatzwechsel aufnehmen, zumal diese Form der Anlage nicht in den Teil des Kreditvolumens fällt, der gemäß der vom Zentralbanksystem verfolgten Politik zurückgeführt oder — in den Fällen, in denen die vereinbarten Rückführungsbeträge bereits erreicht sind — nicht erweitert werden soll.

Die Wirkung des Zahlungsbilanzüberschusses

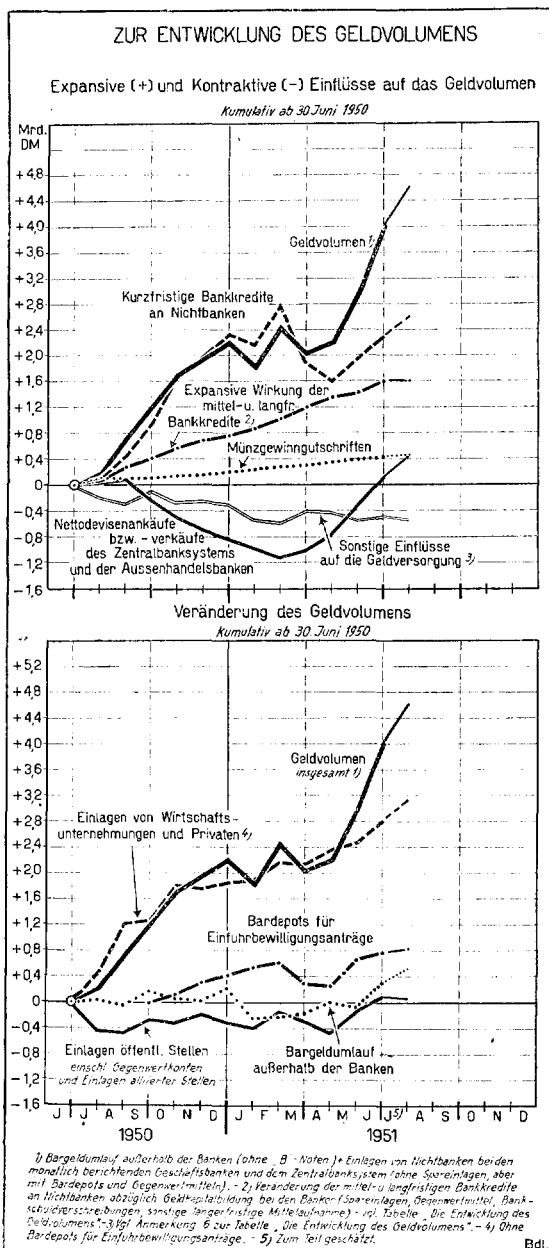
Sehr stark erweiternd auf das Geldvolumen hat jedoch auch im Juli wieder — wie nun schon in allen Monaten seit der vorläufigen Suspendierung der Liberalisierung — der Aktivsaldo der auswärtigen Zahlungsbilanz gewirkt. Der Auszahlungsüberschuß auf den bei

der Bank deutscher Länder geführten Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts stellte sich im Juli auf insgesamt 372 Mill. DM gegen 310 Mill. DM im Juni. Eliminiert man hieraus diejenigen Posten, die nur Interbanktransaktionen darstellen, so verbleiben als Auszahlungsüberschuß gegenüber der Wirtschaft auf Grund von Netto-Devisenkäufen immer noch 329 Mill. DM gegen 317 Mill. DM im Juni. Allerdings hat die Zahlungsabwicklung des Außenhandels bei den privaten Außenhandelsbanken im Juli wieder mit einem leichten Einzahlungsüberschuß (in Höhe von rd. 1 Mill. DM) abgeschlossen, während im Juni hier ebenfalls ein nicht unbedeutender Auszahlungsüberschuß zu verzeichnen war. Immerhin sind durch die Netto-Devisenankäufe des Zentralbanksystems und der Außenhandelsbanken zusammen im Juli rd. 328 Mill. DM (gegen 395 Mill. DM im Juni und 457 Mill. DM im Mai) den Geldbeständen der Wirtschaft zugeflossen. Auch im August hat sich, soweit die Entwicklung bisher zu übersehen ist, dieser Prozeß, wenn auch anscheinend mit weiter verminderter Stärke, fortgesetzt.

Die Entwicklung des Geldvolumens

Unter dem Einfluß der im Vorangegangenen geschilderten Entwicklung der Kredite und der mit dem anhaltenden Aktivsaldo der Zahlungsbilanz verbundenen Expansionswirkung ist das Geldvolumen im Juli, wie eingangs erwähnt, um mindestens eine weitere halbe Milliarde gewachsen, so daß es nunmehr um rd. $2\frac{3}{4}$ Mrd. DM größer sein dürfte als Ende Januar. Im Vergleich zum Juni, in dem die Zunahme allein rd. 1 Mrd. DM betragen hatte, war das Anstiegstempo im Juli allerdings wesentlich geringer, was insbesondere darauf zurückzuführen ist, daß sich die Kreditgewährung in diesem Monat in stärkerem Maße auf den Einsatz von Sparkapital und counterpart funds stützen konnte und auch der Auszahlungsüberschuß auf Grund von Netto-Devisenankäufen nicht mehr ganz so hoch war wie in den Vormonaten. Während aber im Juni immerhin rd. 30 vH der gesamten Erweiterung des Geldvolumens auf die Einlagen öffentlicher Stellen (vierteljährlicher Steuertermin!) sowie auf die zunächst gesperrten Teile des Geldvolumens, nämlich auf Gegenwertmittel und die Asservatenkonten für Einfuhrbewilligungsanträge, entfielen,

dürfte der auf diese Einlagen gegangene Teil der Zunahme im Juli nur ungefähr 10 vH ausgemacht haben. Eine wesentlich größere Quote des Gesamtzuwachses kam also im Juli den liquiden Beständen „der Wirtschaft“ i.e.S. des Worts zugute.



Der Bargeldumlauf außerhalb der Banken und die Einlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten (ohne Spareinlagen) dürften jedenfalls im Juli um mindestens 500 Mill. DM, d. h. um nicht sehr viel weniger als im Juni (+ rd. 700 Mill. DM), gewachsen sein. Allerdings scheint sich gleichzeitig die Tendenz zu einer Verlangsamung der „Umlaufgeschwindigkeit“ dieser Mittel fortgesetzt zu haben. Die Zunahme des

Die Entwicklung des Geldvolumens
Bestimmungsgründe bzw. Veränderungen
in Mill. DM

	1951						
	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
A. Expansive (+) und kontraktive (—) Einflüsse auf die Geldversorgung							
1. Bankkredite¹⁾ an Nichtbanken							
a) kurzfristige							
Geschäftsbanken	+ 97	+ 421	— 503	— 353	+ 4	+ 303	+ 300 ²⁾
Zentralbanksystem ²⁾	— 269	+ 206	— 403	+ 79	+ 347	+ 75	+ 13
b) Wirkung der mittel- und langfristigen Kreditgewährung der Banken auf das Geldvolumen	+ 150	+ 139	+ 182	+ 160	+ 73	+ 146	0 ³⁾
Zur Erläuterung der Position A 1b):							
Zu- (+) oder Abnahme (—) der mittel- und langfristigen Bankkredite	(+ 304)	(+ 314)	(+ 449)	(+ 391)	(+ 262)	(+ 416)	(+ 300) ³⁾
davon abzusetzen: Geldkapitalbildung bei den Banken, und zwar:							
Spareinlagen	(+ 4)	(+ 6)	(— 12)	(+ 27)	(+ 42)	(+ 68)	(+ 70) ³⁾
Von Banken im Bundesgebiet aufgenommene Gegenwertmittel	(+ 38)	(+ 43)	(+ 142)	(+ 49)	(+ 33)	(+ 59)	(+ 95)
Absatz von Bankschuldverschreibungen	(+ 47)	(+ 30)	(+ 33)	(+ 80)	(+ 22)	(+ 30)	(+ 60)
Sonstige längerfristige Mittelaufnahme	(+ 65)	(+ 96)	(+ 104)	(+ 75)	(+ 92)	(+ 113)	(+ 75) ³⁾
2. Münzgewingutschriften	+ 47	+ 41	+ 31	+ 38	+ 40	+ 40	+ 23
3. Nettodevisenankäufe (+) bzw. Nettodevisenverkäufe (—) des Zentralbanksystems und der Außenhandelsbanken	— 145	— 143	+ 108	+ 260	+ 457	+ 395	+ 328
Saldo A	— 120	+ 664	— 585	+ 184	+ 921	+ 959	+ 664 ⁴⁾
B. Veränderung des Geldvolumens Zunahme (+) oder Abnahme (—)							
1. Bargeldumlauf außerhalb der Banken (Noten — ohne „B“-Noten — und Münzen)	— 473	+ 12	+ 70	+ 159	— 56	+ 386	+ 200 ⁵⁾
2. Einlagen von Wirtschaftsunternehmungen und Privaten (ohne Spareinlagen)	+ 48	+ 267	— 22	+ 214	+ 121	+ 317	+ 340 ⁵⁾
Sichtdepositen	(— 105)	(+ 97)	(— 71)	(+ 149)	(+ 39)	(+ 309)	(.)
Termindepositen	(+ 153)	(+ 170)	(+ 49)	(+ 65)	(+ 82)	(+ 8)	(.)
3. Einlagen deutscher öffentlicher Stellen (ohne Gegenwertmittel)	— 232	+ 186	— 47	— 273	+ 280	+ 217	— 80 ⁵⁾
4. Einlagen alliierter Stellen	+ 129	— 8	— 16	+ 48	— 4	+ 40	+ 15
5. Gegenwertmittel im Zentralbanksystem	+ 21	+ 76	— 81	+ 44	+ 55	— 38	+ 52
6. Bardepots für Einfuhrbewilligungen (Asservatenkonten bei den Landeszentralbanken)	+ 138	+ 74	— 325	— 32	+ 410	+ 92	+ 73
Saldo B (Veränderung des Geldvolumens insgesamt)	— 369	+ 607	— 421	+ 160	+ 806	+ 1014	+ 600 ⁵⁾
C. Differenz zwischen Saldo B und Saldo A (Summe aller nicht in A enthaltenen expansiven (+) und kontraktiven (—) Einflüsse auf die Geldversorgung ⁶⁾)	— 249	— 57	+ 164	— 24	— 115	+ 55	.

¹⁾ Zentralbanksystem, monatlich berichtende Banken, Teilzahlungsbanken, Kreditanstalt für Wiederaufbau, Finanzierungs-AG., Speyer, Post-scheck- und Postsparkassenämter. — ²⁾ Einschließlich des Wertpapierverkaufs von Nichtbankenseite. — ³⁾ Geschätzt. — ⁴⁾ Teilweise geschätzt. — ⁵⁾ Die Veränderung der Kassenbestände der Geschäftsbanken wurde auf + 25 Mill. DM geschätzt. — ⁶⁾ Enthält die Veränderungen folgender Bilanzpositionen; Ausgleichsforderungen, Wertpapiere, Beteiligungen, Grundstücke und Gebäude, sonstige Aktiva; kurzfristig aufgenommene Gelder, Kapital, Rücklagen, Rückstellungen, Wertberichtigungen, sonstige Passiva; ferner die Veränderung des Saldos der Interbankverschuldung und die Veränderung des Umlaufs an „B“-Noten.

gesamten Bargeldumlaufs um 226 Mill. DM (womit der Bargeldumlauf Ende Juli insgesamt um rd. 738 Mill. DM oder etwa 9 vH über dem Stande von Ende März lag) dürfte jedenfalls wiederum über das saisonbedingte Maß hinausgegangen sein und insofern eine weitere Auffüllung der Kassenreserven des Publikums und zum Teil wohl auch der Banken widerspiegeln. Aber auch im Einlagenzuwachs kommt deutlich die seit einiger Zeit zu beobachtende Verminderung der Umlaufgeschwindigkeit zum Ausdruck. Vom gesam-

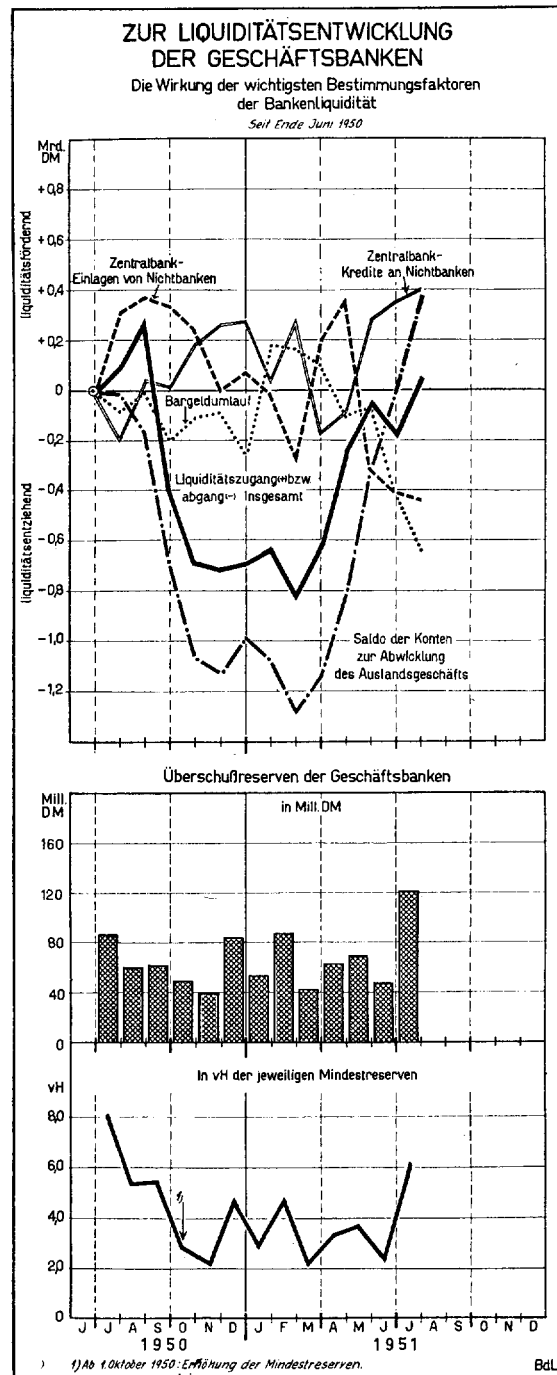
ten Einlagenzuwachs bei den 480 wöchentlich berichtenden Banken (ohne Spareinlagen und Einlagen von Geldinstituten) entfielen jedenfalls im Juli etwa 65 vH auf andere als täglich verfügbare Konten, während sich im Juni dieser Prozentsatz nur auf 40 vH gestellt hatte. Nur so ist es auch zu erklären, daß trotz des wachsenden Geldvolumens und im ganzen eher verringerter Produktion die Konsolidierung des Preisniveaus, wie weiter unten dargelegt werden wird, weitere Fortschritte gemacht hat. Gleichwohl sind

die Kaufkraftreserven der Wirtschaft deutlich im Wachsen begriffen.

Die Entwicklung der Bankenliquidität

Aber nicht nur das Geldvolumen, sondern auch die Liquidität des Bankenapparates und damit dessen Fähigkeit, durch zusätzliche Kreditgewährung die Geldversorgung noch zu erhöhen, nimmt seit dem Frühjahr fast ständig zu, da die geschilderte Erweiterung des Geldvolumens zu einem erheblichen Teil auf dem direkten Einstrom von Zentralbankgeld in den Geldkreislauf beruht. Nur im Juni war dieser Prozeß, wie hier im letzten Monatsbericht ausgeführt, vorübergehend unterbrochen worden, weil sich damals die Banken einen besonders hohen Betrag an Bargeld beschaffen mußten, um den schon aus Saisongründen stark steigenden Bedarf ihrer Kundschaft befriedigen zu können. Seitdem hat jedoch die Liquidisierung des Bankenapparates wieder beträchtliche Fortschritte gemacht. Maßgebend hierfür war insbesondere, daß die Zunahme des Bargeldumlaufs, obzwar an sich noch immer beträchtlich, doch erheblich hinter der Steigerung vom Juni zurückblieb, so daß sie, ebenso wie der weitere Anstieg des Bardepots und die erneute Zunahme der im Zentralbanksystem unterhaltenen Gegenwertmittel im Juli von den der Wirtschaft über die Abwicklung des Auslandsgeschäfts und die Defizite der öffentlichen Haushalte zufließenden Zentralbankmitteln wieder übertroffen wurde. Per Saldo sind jedenfalls den Banken von Ende Juni bis Ende Juli nicht weniger als etwa 206 Mill. DM an Zentralbankgeld zugeflossen und fast restlos zur Verminderung ihres Rückgriffs auf die Landeszentralbanken verwendet worden. Ende Juli waren die Geschäftsbanken daher (unter Einrechnung der von den Landeszentralbanken angekauften Ausgleichsforderungen und der rediskontierten Auslandswechsel) nur noch mit 4,2 Mrd. DM (gegen fast 4,7 Mrd. DM am 31. März 1951) verschuldet. Zum ersten Male seit mehr als Jahresfrist haben auch die — im Monatsdurchschnitt zu berechnenden und daher aus den Monatsendziffern nicht ohne weiteres zu

erschenden — Überschußreserven der Banken wieder einen ins Gewicht fallenden Stand erreicht. Sie betragen im Juli 121 Mill. DM (= 6,2 vH der gesetzlichen Mindestreserven), während sie im Durchschnitt des 1. Halbjahres



1951 nur 60 Mill. DM (= 3,3 vH des durchschnittlichen Reserve-Solls) betragen hatten, wobei die Spitze mit dem Februar-Stand von 87,5 Mill. DM (= 4,8 vH der Mindestreserve) er-

reicht worden war. Diese Entwicklung ist ein Zeichen dafür, daß eine wachsende Zahl von Banken vom Zentralbankkredit unabhängig geworden ist und daher die ihnen zuströmenden Zentralbankmittel nicht mehr zum Abbau ihres Rückgriffs auf die Landeszentralbanken verwenden kann, wenn es auch wohl nur mit Dispositionsfehlern oder -schwierigkeiten zusammenhängt, daß die betreffenden Mittel keine Geldmarktlage gefunden haben. Der wachsenden Bankenliquidität entsprechend hat in letzter Zeit auch die Flüssigkeit des Geldmarkts wieder beträchtlich zugenommen. Die Marktlage war selbst am Ultimo relativ leicht, obwohl die Importausschreibungen gerade gegen Ende des Monats zu einem erhöhten Geldbedarf für die Stellung der erforderlichen Bardepots führten. Die Sätze für Tagesgeld lagen im Verlauf des Monats bei 5 bis 6 0/0, gegen Schluß des Monats bei 5⁷/₈ bis 6 0/0. Tägliches Geld (Geld auf mehrere Tage) kostete etwa 1¹/₈ 0/0 mehr und Monatsgeld wurde mit 6⁵/₈ bis 6⁷/₈ 0/0 gehandelt¹⁾.

In der ersten Augushälfte hat sich die Liquidisierung der Banken der Grundtendenz nach weiter fortgesetzt, zumal sich der Anstieg des Geldumlaufs weiter abzuflachen scheint und von der Entwicklung der Zahlungsbilanz nach wie vor eine starke Liquidisierungswirkung ausgeht. Sollte die Bardepotpflicht für neue Einfuhrbewilligungsanträge aufgehoben werden, so würde das die Verflüssigungstendenzen natürlich zunächst noch verstärken, da dann, wenn auch keineswegs ruckartig, die am 15. August nicht weniger als 829 Mill. DM betragenden diesbezüglichen Asservatenkonten bei den Landeszentralbanken verschwinden und damit den Banken erhebliche Beträge an Zentralbankgeld zurückerstattet würden.

¹⁾ Alle Sätze beziehen sich auf Frankfurt und unterlagen naturgemäß gewissen Abweichungen nach Terminen und Adressen.

Die Bestimmungsfaktoren des Refinanzierungsbedarfs der Geschäftsbanken beim Zentralbanksystem nach dem „Zusammengefaßten Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken“ in Mill. DM

	1951		
	Mai	Juni	Juli
Die einzelnen Faktoren (ohne die untenstehenden Änderungen des Reserve-Solls)	Die Vorzeichen geben die Veränderung der Faktoren auf die Bankenliquidität an		
1. Noten- und Münzumsatz	+ 45	— 356	— 226
2. Zentralbankeinlagen			
a) deutscher öffentlicher Stellen (einschl. abgegebener Ausgleichsforderungen, ohne Gegenwertkonten des Bundes)	— 208	+ 21	+ 85
b) Gegenwertmittel (Gegenwertkonten des Bundes, ERP-Sonderkonten der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Berliner Zentralbank)	— 54	+ 38	— 51
c) Hohe Kommissare und alliierte Dienststellen	+ 4	— 40	— 15
d) Sonstige Einlagen (ohne Asservatenkonto Einfuhrbewilligungen)	— 11	— 19	+ 26
e) Asservatenkonto Einfuhrbewilligungen bei den Landeszentralbanken	— 410	— 92	— 73
3. Zentralbankkredite			
a) an Nichtbanken	+ 347	+ 75	+ 13
b) an Kreditanstalt für Wiederaufbau für Arbeitsbeschaffungs- und Wohnungsbauprogramm	+ 15	— 2	+ 37
4. Münzgewinnumschrift zu Gunsten des Bundes	+ 40	+ 40	+ 23
5. Abwicklung des Auslandsgeschäfts beim Zentralbanksystem	+ 503	+ 302	+ 363
6. Sonstige Faktoren, netto	— 76	— 100	+ 24
Gesamtwirkung vorgenannter Faktoren	+ 195	— 133	+ 206
Kreditnahme¹⁾ und Einlagen der Geschäftsbanken beim Zentralbanksystem	Zunahme (+) Abnahme (—)		
Einlagen	+ 152	+ 40	+ 1
darunter:			
Veränderung des im Monatsdurchschnitt berechneten Reserve-Solls	(+ 24)	(+ 26)	(+ 57)
Kredite	— 43	+ 173	— 205
Veränderung der Nettoverschuldung (Kredite minus Einlagen)	— 195	+ 133	— 206
	Stand jeweils am Ende des Monats		
Einlagen	1 737	1 777	1 778
Kredite	4 241	4 414	4 209
Stand der Nettoverschuldung (Kredite minus Einlagen)	2 504	2 637	2 431

¹⁾ Einschließlich der vom Zentralbanksystem angekauften Ausgleichsforderungen von Geldinstituten.

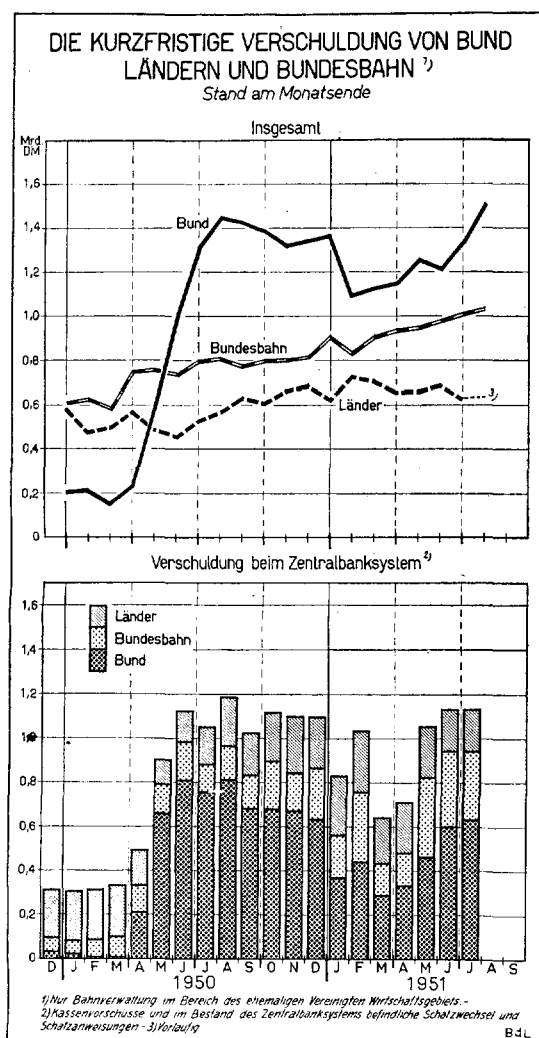
Öffentliche Finanzen

Die Entwicklung der öffentlichen Finanzen hat in den letzten Wochen ebenfalls wieder zur Ausweitung des Geldvolumens, besonders soweit es sich in den Händen der Wirtschaft befindet, beigetragen, da hier in entscheidenden Bereichen wiederum erhebliche Kassendefizite zu verzeichnen waren. Das gilt in erster Linie vom Bundes-

während bei den Sozialversicherungen und der Arbeitslosenversicherung die bisher erzielten Überschüsse im ganzen etwas niedriger geworden sein dürften. Der Grund für diese Entwicklung liegt allenthalben bei den Ausgaben, die teils infolge der politischen Lasten, die die öffentliche Hand in wachsendem Maße zu übernehmen hat, teils infolge der in letzter Zeit beschlossenen Erhöhung der Sozialleistungen und der höheren Lohn- und Gehaltsaufwendungen fast durchweg in einem Anstieg begriffen sind, dem die — konjunkturell in der Regel nach wie vor begünstigte — Entwicklung der Einnahmen bisher nicht zu folgen vermochte, zumal die im Hinblick auf die Ausgabenerhöhung teilweise schon in Kraft getretenen Einnahmeerhöhungen sich eben erst auswirken beginnen.

Der Bundeshaushalt

Der Bundeshaushalt wies im Juli einen kassenmäßigen Ausgabenüberschuß in Höhe von rd. 218 Mill. DM auf, der damit höher war als in jedem der vorangegangenen Monate seit Beginn des neuen Rechnungsjahres. 45 Mill. DM dieses Betrages konnten einmal durch Einnahmen aus dem Verkauf von fünfjährigen Prämien-Schatzanweisungen (den sogenannten Baby-Bonds), der im Juli 8,9 Mill. DM erbrachte, ferner aus Kassenmitteln (3,1 Mill. DM) und schließlich aus Überweisungen aus dem ECA-Abwicklungskonto (33 Mill. DM) gedeckt werden. In Höhe des Restes mußte die kurzfristige Bundesschuld erweitert werden. Diese stieg infolgedessen im Verlauf des Berichtsmonats um 172,8 Mill. DM und überschritt damit zum erstenmal die 1,5 Mrd. DM-Grenze. Die Beanspruchung des Kreditplafonds bei der Bank deutscher Länder, auf den bekanntlich nur Teile der kurzfristigen Bundesschuld, nämlich nur die Kassenvorschüsse der Bank deutscher Länder und die durchweg mit einer Rediskontzusage versehenen Schatzwechsel, anzurechnen sind, erhöhte sich dabei bis Ende Juli auf 1 065 Mill. DM (= 71 vH des insgesamt 1,5 Mrd. DM betragenden Plafonds), während sie bei Beginn des Rechnungsjahres nur rd. 661 Mill. DM (rd. 44 vH des Plafonds) betragen hatte.



haushalt, aber auch in den Länderhaushalten und bei der Soforthilfe dürften schon infolge des vierteljährlichen Zahlungsrhythmus, auf Grund dessen der Juli ein „einnahmeschwacher“ Monat ist, die Ausgaben die Einnahmen übertroffen haben. Im Zeichen einer stärkeren kassenmäßigen Beanspruchung standen auch die Haushalte der großen öffentlichen Wirtschaftsunternehmen, nämlich der Bundesbahn und der Bundespost,

Die Entwicklung der kurzfristigen Bundesschuld seit Beginn des neuen Finanzjahres
in Mill. DM

Verschuldungsarten	1951					Veränderung Juli 1951 gegenüber	
	31. März	30. April	31. Mai	30. Juni	31. Juli	März 1951	Juni 1951
Kurzfristige Verschuldung des Bundes	1 156,8	1 263,6	1 223,4	1 341,2 ¹⁾	1 514,0	+ 357,2	+ 172,8
davon:							
im Rahmen des Kreditplafonds in Anspruch genommen	660,7	767,4	827,3	942,7	1 065,1	+ 404,4	+ 122,4
davon:							
Kassenvorschüsse der Bank deutscher Länder	202,8	271,2	379,0	526,7	565,0	+ 362,2	+ 38,3
Schatzwechsel	457,9	496,2	448,3	416,0	500,1	+ 42,2	+ 84,1
außerhalb des Plafonds in Anspruch genommen	496,2	496,2	396,2	398,5	448,9	— 47,3	+ 50,4
davon:							
beim Hauptamt für Soforthilfe	300,0	300,0	200,0	200,0	250,0	— 50,0	+ 50,0
Unverzinsliche Schatzanweisungen	196,2	196,2	196,2	198,5 ¹⁾	198,9	+ 2,7	+ 0,4

¹⁾ Berichtigt.

Unter den ordentlichen Einnahmen des Bundes befanden sich im Juli 33,8 Mill. DM, die dem Bund von der Bank deutscher Länder aus der Übernahme von Münzen gutgeschrieben wurden. Der Überschuß der Ausgaben über die nicht dem laufenden Einkommenstrom durch Steuern und sonstige Abgaben entnommenen Einnahmen belief sich daher auf reichlich eine viertel Milliarde DM, verglichen mit nahezu einer halben Milliarde DM im gesamten ersten Rechnungsvierteljahr.

Die Hauptursache für diese defizitäre Entwicklung ist der Anstieg der Ausgaben. Die kassenmäßigen Ausgaben des Bundes hatten im Monatsdurchschnitt des vergangenen Finanzjahres schätzungsweise 1,05 Mrd. DM betragen. Im Juni waren sie bereits auf rd. 1,26 Mrd. DM gestiegen und stellten sich im Juli auf fast 1,4 Mrd. DM. Diese starke Zunahme ist in erster Linie durch die Erhöhung der Besatzungskosten bedingt. Während die Besatzungskosten im Monatsdurchschnitt des letzten Rechnungsjahres rd. 360 Mill. DM betragen hatten, stiegen sie im Durchschnitt der Monate April bis Juni auf rd. 500 Mill. DM. Im Juli haben sie diesen Betrag sicherlich noch überschritten. Eine Rolle spielte weiter die im Juli erstmalig, und zwar — auf Grund der Nachzahlungen — mit einem Zweimonats-Betrag, zur Auszahlung kommende Erhöhung der Sozialversicherungsrenten um durchschnittlich 25 vH, von der 80 vH aus Bundeshaushaltsmitteln finanziert werden, und schließlich ist als Sonderfaktor in den Juli-Ausgaben die halbjährliche Zinszah-

lung auf die vom Bund zu bedienenden Ausgleichsforderungen in Höhe von rd. 54 Mill. DM zu erwähnen.

Die Einnahmen (einschließlich der Münzgutschriften) blieben im Juli um nahezu 220 Mill. DM hinter den Ausgaben zurück; sie waren jedoch mit rd. 1,18 Mrd. DM um rd. 60 Mill. DM höher als im Juni, was einmal mit hohen Einnahmen aus der Umsatzsteuer und zum anderen mit erhöhten Abführungen der Länder an den Bund zusammenhängen dürfte. Die Länder haben sich nämlich bereit erklärt, solange die gesetzliche Regelung über die Beteiligung des Bundes am Ertrag der Einkommensteuern noch aussteht, vorerst 25 vH des Aufkommens aus diesen Steuern an den Bund abzuführen, und zwar auch für die zurückliegenden Monate, in denen die Überweisungen anfänglich sehr niedrig waren.

Der Haushaltsplan des Bundes für das laufende Rechnungsjahr, über dessen erste Umriss bereits vor zwei Monaten an dieser Stelle¹⁾ berichtet wurde, ist inzwischen weiter aufgestockt worden, und zwar in erster Linie durch höhere Ansätze für Besatzungskosten. Die endgültige Haushaltssumme steht damit jedoch noch immer nicht fest, da nach wie vor noch Verhandlungen über die Gesamtsumme der zu etatisierenden Besatzungskosten geführt werden. Die alliierten Besatzungskosten-Anforderungen belaufen sich auf insgesamt nahezu 8,7 Mrd. DM, wobei es sich in etwas näherer Aufgliederung um folgende Beträge handelt:

¹⁾ Vgl.: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Mai 1951, S. 18 ff.

	Mill. DM	
1. Anforderungen für das laufende Jahr		
a) Bund	6 595	
b) West-Berlin ¹⁾	170	6 765
2. Unverausgabter Rest aus dem Rechnungsjahr 1950/51	1 900	
	insgesamt	8 665

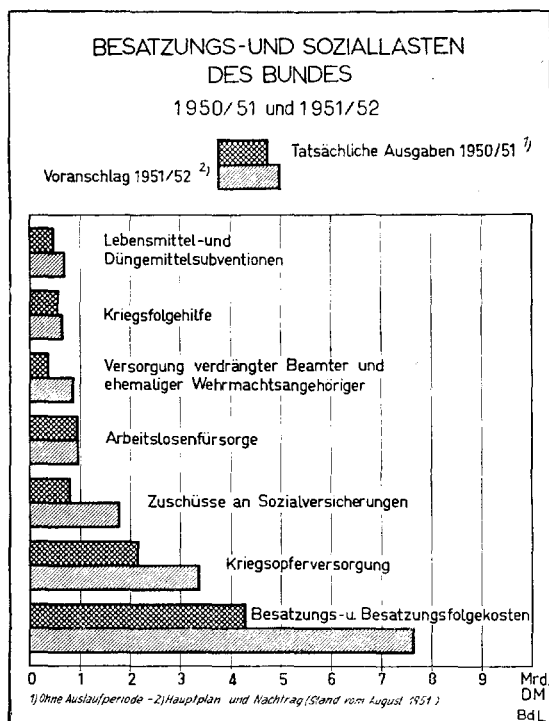
Zu diesen Posten kommen jedoch noch die von den Alliierten nicht als Besatzungskosten anerkannten Ausgaben für ebenfalls mit der Besatzung im Zusammenhang stehende Zwecke, die vom Bundesfinanzminister auf 815 Mill. DM (davon 15 Mill. DM für West-Berlin) veranschlagt werden, so daß sich, wenn die alliierten Anforderungen tatsächlich erfüllt werden müßten, ein Gesamtbetrag an Besatzungs- und Besatzungsfolgekosten von nahezu 9,5 Mrd. DM ergeben würde.

In dem zur Zeit dem Bundestag vorliegenden Hauptplan des Bundeshaushalts für 1951/52 sind demgegenüber 4,6 Mrd. DM (davon rd. 150 Mill. DM für nicht anerkannte Besatzungskosten), also nur knapp 50 vH des veranschlagten Gesamtbetrages, etatisiert. Darüber hinaus sind 3,06 Mrd. DM in den Nachtragshaushalt übernommen worden, der soeben die Zustimmung des Kabinetts gefunden hat. Von diesem Betrag entfallen 1,63 Mrd. DM auf den außerordentlichen Nachtragshaushalt (Besatzungsinvestitionen), dessen Deckung aus Anleihen bestehen soll. Die gesamten Haushaltsansätze für Besatzungskosten belaufen sich demnach zur Zeit auf 7,66 Mrd. DM. Strittig ist also noch die Etatisierung eines Betrages in Höhe von reichlich 1,8 Mrd. DM. Die sonstigen Posten des Hauptplans und des Nachtrags haben sich gegenüber den anfänglichen Schätzungen²⁾ in Höhe von rd. 11,1 Mrd. DM hauptsächlich durch die Einbeziehung Berlins in das westdeutsche Finanzsystem und durch die Etatisierung des Defizits 1949/50 auf 11,67 Mrd. DM erhöht, so daß sich die gesamte Ausgabensumme nunmehr auf rd. 19,33 Mrd. DM bzw. — einschließlich der in Einnahme und Ausgabe durchlaufenden Gegenwertmittel in Höhe von 1,13 Mrd. DM — auf 20,46 Mrd.

¹⁾ Im Rahmen des diesjährigen Haushalts soll West-Berlin in die für die Bundesrepublik geltende finanzielle Regelung zwischen Bund und Ländern einbezogen werden, d. h. daß die in Berlin aufkommenden Bundessteuern (Umsatz-, Beförderungs- und Verbrauchssteuern) an den Bund abgeführt werden, während der Bund seinerseits die Berliner Besatzungskosten und sonstigen Kriegsfolge- und Soziallasten übernimmt. Darüber hinaus wird die Berlinhilfe, wenn auch in vermindertem Umfang weitergeführt.

²⁾ Vgl. hierzu: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Mai 1951, Tabelle S. 19.

DM beläuft. Sollte es sich als notwendig erweisen, den oben erwähnten Unterschiedsbetrag zwischen den alliierten Anforderungen und den derzeitigen Ansätzen für Besatzungskosten in Höhe von gut 1,8 Mrd. DM zu etatisieren, so würden die gesamten Ausgaben auf reichlich 21 Mrd. DM (ohne Gegenwerte) ansteigen. Aber schon die im Haushaltsplan bisher vorgesehenen Ausgaben in Höhe von 19,33 Mrd. DM werden um rd. 60 vH höher sein als im vergangenen Rechnungsjahr, in dem sie reichlich 12 Mrd. DM betragen hatten. Außer den erhöhten Besatzungskosten ist diese enorme Ausgabensteigerung vor allem durch den steigenden Sozialaufwand bedingt, der mit rd. 8,4 Mrd. DM um rd. 2 Mrd. DM höher liegt als im vergangenen Rechnungsjahr.



Der Eingang an ordentlichen Deckungsmitteln (Hauptplan plus Nachtrag) wird demgegenüber für das laufende Rechnungsjahr auf nahezu 17,26 Mrd. DM geschätzt, verglichen mit rd. 11,8 Mrd. DM, die im vergangenen Finanzjahr (bis Ende März 1951) tatsächlich eingegangen waren. Man nimmt dabei an, daß etwa 3 Mrd. DM auf den konjunkturellen Anstieg des Steueraufkommens und den Ertrag der Steuererhöhungen entfallen werden, während weitere 1,4 Mrd. DM aus den erhöhten Leistungen der Län-

der¹⁾ und knapp 0,5 Mrd. DM aus der Etatisierung der in Berlin aufkommenden Bundessteuern erwartet werden. In die Schätzung des Steuerertrags ist hierbei der Ertrag aus der von der Regierung vorgeschlagenen, bisher aber noch nicht beschlossenen Autobahngebühr und Aufwandsteuer mit je 100 Mill. DM bereits einbezogen, ebenso wie der Anschlag für die Leistungen der Länder auf der Annahme einer 31,3 %igen Beteiligung des Bundes am Ertrag der Einkommensteuern beruht, die bisher noch nicht die Zustimmung des Bundesrats gefunden hat. Aber auch in der veranschlagten Gesamthöhe von 17,26 Mrd. DM bleiben die ordentlichen Einnahmenansätze um nahezu 2,1 Mrd. DM hinter der oben erwähnten Ausgaben-summe von 19,33 Mrd. DM zurück, in der, wie erinnerlich, nur 7,66 Mrd. DM an Besatzungskosten und Besatzungsfolgelasten enthalten sind und die damit um ungefähr 1,8 Mrd. DM niedriger ist als sich aus der Gesamtsumme der alliierten Anforderungen und den nicht anerkannten Besatzungskosten ergeben würde. Diese Lücke, die in Höhe von 2,1 bis 3,9 Mrd. DM zwischen den veranschlagten ordentlichen Deckungsmitteln und den möglichen Ausgaben klafft, bildet das ernsteste Problem, vor das sich die deutsche Finanzpolitik zur Zeit gestellt sieht.

Die Länderhaushalte

Auch die Länderhaushalte wiesen im Juli kassenmäßige Fehlbeträge auf. Das lag jedoch lediglich daran, daß der Juli aus zahlungstechnischen Gründen ein „steuerarmer“ Monat ist und die Länder auf Grund der oben erwähnten Absprache mit dem Bund einen Teil der auf die Vormonate entfallenden rückständigen Überweisungen aus den Einkommensteuern an den Bund abführen mußten. Nach der Schuldenstatistik und der aus den Zentralbankausweisen ersichtlichen Entwicklung der Kassenbestände der Länder hat sich deren Kassenposition im Juli zwar kaum verändert, da dem Rückgang der im Zentralbanksystem unterhaltenen bzw. von diesem angelegten Mittel der Länder um rd. 15 Mill. DM ein gleichzeitiger Abbau der kurzfristigen Länderverschuldung um ebenfalls rd. 15 Mill. DM gegenübersteht. Wahrscheinlich haben aber die Länder zur Finanzierung ihrer Ausgaben

¹⁾ Vgl. hierzu die Ausführungen über die Länderhaushalte auf S. 20

im Juli, ebenso wie schon in früheren Monaten, vor allem auf ihre — durch die vierteljährlichen Steuereingänge im Juni offenbar stark angereicherten — Einlagen bei den Geschäftsbanken zurückgegriffen. Wie die nachstehende Tabelle zeigt, haben jedenfalls die bei den Landeszentralbanken unterhaltenen bzw. von den Landeszentralbanken angelegten Mittel der Länder schon seit geraumer Zeit die großen Schwankungen in den monatlichen Steuereinnahmen nur noch in geringem Umfang mitgemacht, was den Schluß nahelegt, daß die bei den Geschäftsbanken unterhaltenen Einlagen sich entsprechend dem Zahlungsrhythmus der Steuern stärker verändert haben.

Entwicklung der im Zentralbanksystem unterhaltenen bzw. von diesem angelegten Mittel der Länder und der Ländersteuern

in Mill. DM

Zeit	Im Zentralbanksystem unterhaltene bzw. von diesem angelegte Mittel der Länder		Steueraufkommen	
	Stand am Monatsende	Zunahme (+) bzw. Abnahme (—) gegenüber dem Vormonat	während des Monats	Zunahme (+) bzw. Abnahme (—) gegenüber dem Vormonat
1950 Dezember ¹⁾	375,7		922,6	
1951 Januar	358,6	— 17,1	495,7	— 426,9
Februar	305,6	— 53,0	345,9	— 149,8
März ¹⁾	413,4	+ 107,8	922,6	+ 576,7
April	348,0	— 65,4	390,2	— 532,4
Mai	270,0	— 78,0	380,0	— 10,2
Juni ¹⁾	304,5	+ 34,5	1 000,0 ²⁾	+ 620,0 ²⁾
Juli	289,8	— 14,7		

¹⁾ Monate mit einem Hauptzahlungstermin. — ²⁾ Geschätzt.

Auf längere Sicht ist jedoch die Lage der Länderhaushalte wesentlich günstiger als die des Bundeshaushalts. Im ersten Viertel des laufenden Rechnungsjahres dürften sich die kassenmäßigen Einnahmen und Ausgaben der Länder im großen und ganzen die Waage gehalten haben. Hierin wird sich aller Voraussicht nach auch im weiteren Verlauf des Rechnungsjahres keine entscheidende Änderung ergeben.

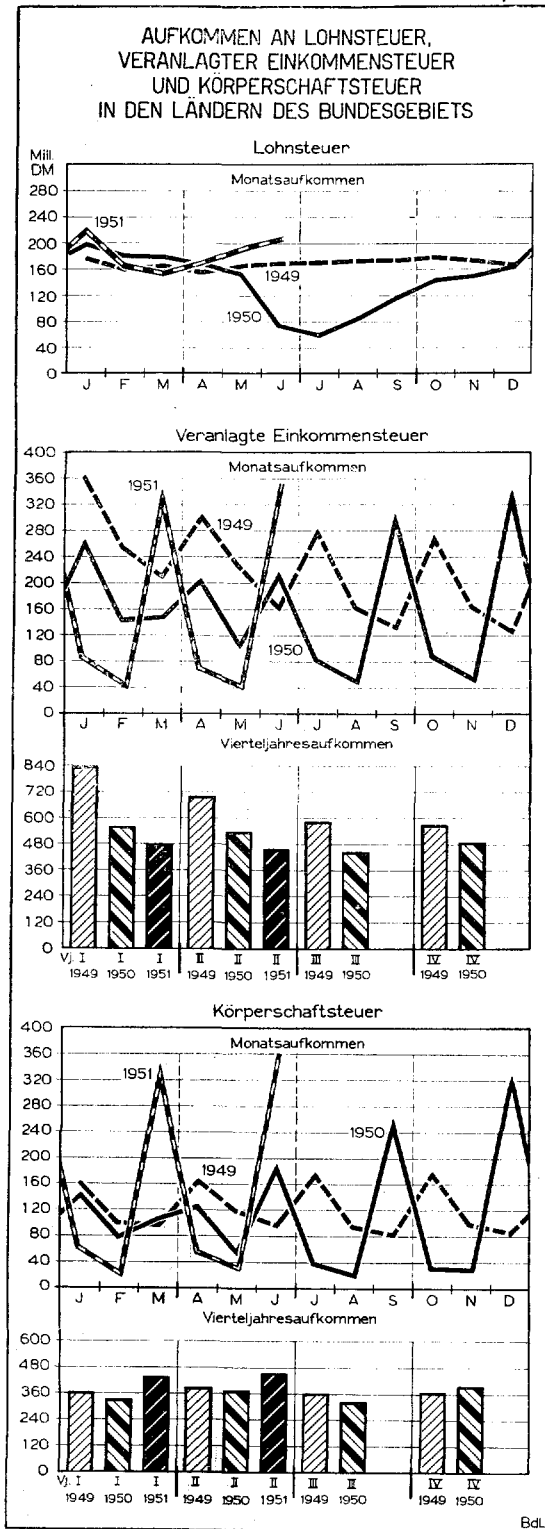
Was zunächst die Einnahmeseite anbelangt, so blieb der Ertrag der drei Einkommensteuern (der Lohnsteuer, der Veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer), aus denen der bei weitem größte Teil der Ländereinnahmen stammt, mit rd. 1,5 Mrd. DM, auf Jahresrate umgerechnet, zwar um rd. 6 vH hinter dem veran-

schlagten Jahresbetrag (6,4 Mrd. DM ohne Ertrag aus den am 1. Juli 1951 in Kraft getretenen Steuererhöhungen) zurück. Man kann jedoch annehmen, daß es sich dabei nur um eine vorübergehende Erscheinung handelt. Prüft man nämlich die Verhältnisse im einzelnen, so ergibt sich, daß die Entwicklung der Lohnsteuer und der Körperschaftsteuer sehr befriedigend ist. Die Lohnsteuer war im ersten Viertel des laufenden Rechnungsjahres, wenn man das Aufkommen von 580 Mill. DM auf Jahresrate umrechnet, nicht nur um fast 300 Mill. DM höher als der Voranschlag, sondern auch bereits wieder höher als in der Zeit vor der vorjährigen Steuersenkung. Wachsende Beschäftigung und die inzwischen eingetretenen Lohnsteigerungen haben also die Wirkung der Steuersenkung auf den fiskalischen Ertrag der Lohnsteuer bereits überkompensiert. Auch die Körperschaftsteuer hat mit rd. 450 Mill. DM bereits im ersten Viertel des laufenden Rechnungsjahres einen neuen Höchststand erreicht, obwohl die Veranlagung für 1950 noch nicht abgeschlossen ist und im weiteren Verlauf des Jahres infolgedessen noch gewisse Nachzahlungen zu erwarten sein dürften. Enttäuschend ist bisher allerdings der Ertrag der Veranlagten Einkommensteuer, der mit nur 462 Mill. DM im ersten Viertel des laufenden Rechnungsjahres unter dem der beiden vorangegangenen Vierteljahre lag und, wie die folgende Tabelle zeigt, überhaupt seit drei Jahren ständig zurückgeht, so daß ihr Anteil am Gesamtaufkommen aus den drei Einkommensteuern sich in dieser Zeit beträchtlich vermindert hat. Der

Anteil der Lohnsteuer, der Körperschaftsteuer und der Veranlagten Einkommensteuer am Gesamtaufkommen aus den drei Steuern Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte, in vH

Zeit	Veranlagte Einkommensteuer	Lohnsteuer	Körperschaftsteuer
1936/37 bis 1938/39	41,0	30,6	28,4
Rechnungsjahr 1949/50	40,4	35,4	24,2
Rechnungsjahr 1950/51	37,6	32,8	29,6
Rechnungsjahr 1951/52, 1. Viertel	31,0	38,8	30,2

Hauptgrund hierfür liegt natürlich darin, daß die Veranlagte Einkommensteuer im Gegensatz zur Lohnsteuer und zur Körperschaftsteuer außer durch die vorjährige Steuernovelle bereits im Jahre 1949 durch Gewährung verschiedener



Vergünstigungen gesenkt worden war. Eine gewisse Rolle mögen auch strukturelle Veränderungen in der Steuerbasis — z. B. durch Verschiebungen im Einkommensaufbau und durch Umgründung von Einzelunternehmungen in Kör-

perschaften — gespielt haben. Daß sich der Steuerertrag aber auch in den letzten Vierteljahren trotz der offensichtlich wachsenden Einkommen nicht erhöht hat, hängt zweifellos in erster Linie damit zusammen, daß die Steuer zum großen Teil noch immer auf der Basis der Veranlagung des Jahres 1949 gezahlt wird, da der Versuch, die Vorauszahlungen an das laufende Einkommen anzupassen, offenbar keinen nennenswerten Erfolg gehabt hat. Hier liegt jedoch für das Steueraufkommen im weiteren Verlauf des Jahres noch eine wichtige Reserve. Die voraussichtlich Ende des laufenden Kalenderjahres abgeschlossene Veranlagung für 1950 wird aller Wahrscheinlichkeit nach den Ertrag der Veranlagten Einkommensteuer wieder beträchtlich erhöhen und damit die Disparität zwischen dem bisherigen Aufkommen und der veranlagten Jahresrate zumindest wesentlich verringern. Außerdem dürfte die Steuerentwicklung nun allmählich unter den Einfluß der ab 1. Juli 1951 in Kraft getretenen neuen Steuergesetze, die einen teilweisen Fortfall der bisher gewährten Vergünstigungen bei der Einkommensteuer und eine Erhöhung der Körperschaftsteuer vorsehen, treten. Allein hieraus werden für das laufende Rechnungsjahr Mehreinnahmen von mindestens 0,5 Mrd. DM erwartet. Hält sich das Aufkommen aus der Lohnsteuer auf seinem bisherigen Stand, so dürfte das gesamte Steueraufkommen der Länder damit einen Betrag von rd. 8,3 Mrd. DM erreichen und damit das vorjährige Aufkommen um rd. 2 Mrd. DM übertreffen.

Diesen voraussichtlichen Mehreinnahmen stehen allerdings auch beträchtliche Mehrbelastungen gegenüber. So werden einmal die Abführungen an den Bund im laufenden Finanzjahr stark anwachsen. Die Höhe des an den Bund zu überweisenden Anteils am Ertrag der Einkommensteuern steht zwar zur Zeit noch nicht fest (vgl. oben S. 18). Sollte jedoch der Anteilssatz des Bundes, wie dies im Gesetzentwurf vorgesehen ist, auf 31,3 vH festgesetzt werden, so würden die Länder rd. 1,1 Mrd. DM mehr zu zahlen haben als im vergangenen Rechnungsjahr. Hinzu kommen 0,1 Mrd. DM aus der Abführung rückständiger Interessenquoten des Vorjahres und rd. 0,2 Mrd. DM für das von den Ländern zu übernehmende Defizit des Bundeshaushalts 1949/50. Damit würden die Länder

in dem für sie ungünstigsten Falle mit zusätzlichen Verpflichtungen gegenüber dem Bund in Höhe von rd. 1,4 Mrd. DM belastet werden. Außerdem dürften sich die persönlichen Ausgaben auf Grund der Lohn- und Gehaltsaufbesserungen im öffentlichen Dienst um schätzungsweise 0,3 bis 0,4 Mrd. DM erhöhen. Mit dem sich aus diesen beiden Posten errechnenden Gesamtbetrag von 1,8 Mrd. DM würden die Mehraufwendungen der Länder jedoch noch leicht hinter den voraussichtlich zu erwartenden Mehreinnahmen in Höhe von rd. 2 Mrd. DM zurückbleiben. Es ist daher anzunehmen, daß sich die Lage der Länderhaushalte im laufenden Rechnungsjahr gegenüber dem vergangenen etwas entspannen wird. Allerdings ist nicht sicher, ob es gelingen wird, das im Vorjahr bestehende Kassendefizit gänzlich zu beseitigen, doch werden sich die etwa auftretenden Fehlbeträge vermutlich in relativ engen Grenzen halten.

Von besonderer Bedeutung für die Entwicklung der Länderhaushalte ist dabei, daß sich vor allem die finanzielle Lage der bisher finanzschwachen Länder verbessern wird, da die im Verhältnis zum Steueraufkommen berechneten Abführungen an den Bund im laufenden Jahr automatisch mit der Leistungsfähigkeit der Länderhaushalte verkoppelt sind. Die Vorteile dieser Neuregelung für die finanzschwachen Länder werden deutlich, wenn man, wie dies in der nachstehenden Tabelle geschieht, das vorjährige nach der Höhe der Kriegsfolge- und Soziallasten berechnete Soll an Interessenquoten in Höhe von insgesamt 1 041 Mill. DM nach dem jeweiligen Ertrag der Einkommensteuern in den einzelnen Ländern berechnet. Es zeigt sich, daß die Verpflichtungen der finanzschwachen Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bayern, Baden und Rheinland-Pfalz bei Anwendung des diesjährigen Schlüssels im vergangenen Rechnungsjahr um insgesamt rd. 177 Mill. DM niedriger und die der finanzstarken Länder entsprechend höher gewesen wären, als es tatsächlich der Fall war. Bereits jetzt, d. h. nach Ablauf der ersten vier Monate, die seit der Neuregelung verflossen sind, hat sich die Lage der finanzschwachen Länder entscheidend verbessert, was darin zum Ausdruck kommt, daß die kurzfristige Verschuldung der Länder Ende Juli um rd. 40 Mill. DM niedriger war als vor einem Vier-

Die Beteiligung der Länder an bestimmten Bundesausgaben („Interessenquoten“) im Rechnungsjahr 1950/51

Länder	a) Tatsächliche Verteilung des Interessenquoten-Solls im Rechnungsjahr 1950/51		b) Verteilung bei Anwendung eines gleichmäßigen Anteils am Ertrag der Einkommensteuern (20 vH)	Unterschied zwischen a) und b)
	Mill. DM	in vH der Einnahmen aus den Einkommensteuern	Mill. DM	Mill. DM
Baden	50,6	35,4	28,6	— 22,0
Bayern	206,7	26,0	159,0	— 47,7
Bremen	14,8	16,9	17,5	+ 2,7
Hamburg	39,3	11,4	68,8	+ 29,5
Hessen	106,1	19,8	107,3	+ 1,2
Niedersachsen	160,5	28,2	113,9	— 46,6
Nordrhein-Westfalen	230,2	13,6	338,8	+ 108,6
Rheinland-Pfalz	68,8	30,5	44,9	— 23,9
Schleswig-Holstein	64,0	46,3	27,7	— 36,3
Württemberg-Baden	78,4	14,5	107,6	+ 29,2
Württemberg-Hohenzollern	21,7	16,1	27,0	+ 5,3
Länder insgesamt	1 041,1	20,0	1 041,1	± 0

teljahr, während sie im gleichen Zeitraum des vergangenen Rechnungsjahres um rd. 75 Mill. DM anstieg.

Sonstige öffentliche Haushalte

Die kassenmäßigen Ausgaben des Soforthilfefonds im Vereinigten Wirtschaftsgebiet waren — nach der Entwicklung der liquiden Reserven zu schließen — im Juli um nahezu 70 Mill. DM (im Bundesgebiet um rd. 78 Mill. DM) höher als die kassenmäßigen Einnahmen. Diese Entwicklung hing hauptsächlich damit zusammen, daß der wichtigste Einnahmeposten, nämlich das Aufkommen aus den Soforthilfeabgaben, lediglich aus Nachzahlungen auf die im Mai fälligen Beträge bestand und daher mit nur rd. 48 Mill. DM im ehemaligen Vereinigten Wirtschaftsgebiet (rd. 55 Mill. DM im Bundesgebiet) sehr niedrig war. Demgegenüber erreichten die Ausgaben mit rd. 137 Mill. DM wieder einen relativ hohen Stand, wenngleich sie um rd. 37 Mill. DM hinter den Ausgaben des Vormonats zurückblieben. Bei gleichbleibenden Aufwendungen für konsumtive Zwecke (Unterhaltshilfe und Hausrathilfe) in Höhe von rd. 54 Mill. DM ging der im Juli zu verzeichnende Rückgang ausschließlich zu Lasten der produktiven Ausgaben und unter diesen vor allem zu Lasten der Wohnungsbaufinanzierung. Betrachtet man die Entwicklung der letzten Monate im ganzen, so läßt sich allerdings noch nicht feststellen, daß die beträchtlichen Mittel, die sich

beim Soforthilfefonds im ersten Jahre seines Bestehens (1949/50) angesammelt hatten, nun rasch in Anspruch genommen werden. Im letzten Drei-Monats-Abschnitt (Mai bis Juli) sind die noch unverausgabten Mittel vielmehr weiter um 23 Mill. DM gewachsen. Der Grund liegt offenbar darin, daß die im Februar und Juni für produktive Vorhaben verplanten Mittel in Höhe von je 300 Mill. DM langsamer abgerufen werden, als dies ursprünglich erwartet wurde.

Über die Sozialversicherungen und die Arbeitslosenversicherung liegen Angaben für den Juli noch nicht vor. Es ist aber anzunehmen, daß trotz weiter steigendem Beitragsaufkommen die Überschüsse, die hier bis in die letzte Zeit hinein angefallen sind, nunmehr etwas abzunehmen begonnen haben. Das gilt besonders für die Rentenversicherungen, die 20 vH von den im Juli zur Auszahlung gekommenen Rentenerhöhungen aus eigenen Mitteln finanzieren mußten, wobei der Rest zu Lasten des Bundes ging. Bei der Arbeitslosenversicherung sind an sich die Unterstützungssätze zwar ebenfalls erhöht worden, jedoch ist es möglich, daß die hieraus resultierenden Mehrausgaben durch die weitere Abnahme der Zahl der Unterstützungsberechtigten infolge des Rückgangs der Arbeitslosigkeit zunächst noch kompensiert worden sind.

Auch die Finanzlage der großen öffentlichen Wirtschaftsunternehmungen, nämlich der Bundesbahn und der Bundespost, steht

deutlich im Zeichen der wachsenden Ausgaben. So ist bei der Bundesbahn die kurzfristige Verschuldung im Juli wieder etwas stärker — um rd. 19 Mill. DM — gestiegen, obwohl in diesem Monat die Einnahmen aus dem Personenverkehr besonders hoch gewesen sein dürften. Wenn die Betriebseinnahmen trotzdem die Ausgaben nicht voll zu decken vermochten, so lag dies daran, daß sich im Juli die Lohn- und Gehaltserhöhungen für die Bundesbahnbediensteten zum erstenmal voll auswirkten. Damit ist die Besserung, die sich in der Finanzlage der Bundesbahn in der ersten Hälfte des Jahres abzuzeichnen begonnen hatte, fürs erste wieder unterbrochen. Den Hauptanteil an der erwähnten Entspannung hatte vor allem die Einnahmesteigerung auf Grund der im Januar 1951 in Kraft getretenen Tarifierhöhungen im Güter- und Berufsverkehr. Eine Rolle spielte allerdings auch die Tatsache, daß die Bundesbahn sowohl ihren Erneuerungs- und Unterhaltungsaufwand als auch ihre Investitionstätigkeit sehr beschränkte. Die kurzfristige Verschuldung der Bundesbahn (einschließlich der Südwestdeutschen Eisenbahnen) stieg daher in diesem Zeitraum nur noch geringfügig — um rd. 15 Mill. DM¹⁾ —, während sie im gleichen Zeitraum des Vorjahres allein im Bereich des ehemaligen Vereinigten Wirtschaftsgebiets um nahezu 190 Mill. DM zugenommen hatte.

Anders als in früheren Jahren, in denen sich die finanzielle Lage der Bundesbahn in der zweiten Hälfte des Wirtschaftsjahres aus saisonalen Gründen (hohe Einnahmen aus dem Urlaubs- und Ernteverkehr) stark zu verbessern pflegte, dürfte eine solche Entspannung in diesem Jahre kaum zu erwarten sein. Zwar wird der Personenverkehr auf Grund der Urlaubsreisen bis in den September hinein hohe Einnahmen aufweisen, jedoch sind im Güterverkehr auf Grund der bereits jetzt nahezu vollständigen Kapazitätsausnutzung die Möglichkeiten einer weiteren Einnahme- und Leistungssteigerung begrenzt. Den verhältnismäßig langsam steigenden Einnahmen werden aber größere Ausgaben, vor allem auf Grund der Lohn- und Gehaltserhöhungen, gegenüberstehen. Nach den Schätzungen der Bundes-

bahnverwaltung werden sich auf Grund dieser zusätzlichen Belastungen die im vorläufigen Wirtschaftsplan für 1951 mit reichlich 4 Mrd. DM veranschlagten Betriebsausgaben um rd. 216 Mill. DM erhöhen, während die Steigerung der Einnahmen gegenüber den ursprünglichen Ansätzen nur auf 100 Mill. DM geschätzt wird. Der anfänglich mit 122 Mill. DM veranschlagte, aus Kreditmitteln zu finanzierende Fehlbetrag würde, wenn sich diese Schätzungen bewahrheiten, infolgedessen auf 238 Mill. DM ansteigen. Darüber hinaus macht die Bundesbahn geltend, daß die in den vorläufigen Wirtschaftsplan für 1951 eingesetzten Aufwendungen für Unterhaltung und Erneuerung um rd. 280 Mill. DM hinter dem zur Substanzerhaltung erforderlichen Soll zurückbleiben und daß die vorgesehenen Investitionsausgaben mit nur rd. 240 Mill. DM insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung des Güterwagenbestandes unzureichend seien. Die Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn hat sich daher veranlaßt gesehen, zur Deckung des oben erwähnten Defizits und zur Vermeidung eines weiteren Substanzverzehr eine neuerliche Tarifierhöhung sowohl für den Güterverkehr als auch für den Personenverkehr zu beantragen, aus der für ein volles Jahr Mehreinnahmen in Höhe von rd. 740 Mill. DM erzielt werden sollen.

Auch der Haushalt der B u n d e s p o s t steht teilweise unter dem Einfluß von kostenbedingten Ausgabensteigerungen. Doch treffen diese die Bundespost in einer weit besseren finanziellen Position, als dies bei der Bundesbahn der Fall ist. Die in den vorläufigen Ergebnissen — endgültige Zahlen liegen noch nicht vor — ausgewiesenen Überschüsse der Betriebsrechnung für das abgelaufene Rechnungsjahr (1950/51) waren so hoch, daß die Bundespost nicht nur ihre Abgabeverpflichtungen gegenüber dem Bund (143 Mill. DM) und die Zinsen für die von ihr zu bedienenden Ausgleichsforderungen (rd. 22 Mill. DM) in voller Höhe aufbringen, sondern darüber hinaus auch die Ausgaben innerhalb der Investitionsrechnung in Höhe von rd. 344 Mill. DM zum größten Teil aus eigenen Mitteln finanzieren konnte. Die Verschuldungszunahme betrug mit insgesamt 37 Mill. DM im Rechnungsjahr 1950/51 nur 2,1 vH der sich auf rd. 1,74 Mrd. DM belaufenden Betriebsausgaben.

¹⁾ Saldo aus dem nach der Errichtung der gemeinsamen Vermögensverwaltung der Bahn für das Bundesgebiet erfolgten Rückgang der kurzfristigen Verpflichtungen der Südwestdeutschen Eisenbahnen um rd. 81,4 Mill. DM und dem Zuwachs der kurzfristigen Verschuldung der Bahn im ehemaligen Vereinigten Wirtschaftsgebiet um rd. 96,4 Mill. DM.

Bereits im ersten Vierteljahr des laufenden Rechnungsjahres haben jedoch die Lohn- und Gehaltserhöhungen zu einer verhältnismäßig starken Belastung geführt. Den gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um rd. 22 vH gestiegenen Betriebsaufwendungen (insgesamt 460,5 Mill. DM) stand eine Einnahmenerhöhung von nur 12 vH auf 521 Mill. DM gegenüber, so daß der Betriebsgewinn mit 60,5 Mill. DM um rd. 30 Mill. DM unter demjenigen des Vergleichszeitraums lag. Der Reingewinn der Gewinn- und Verlustrechnung verringerte sich auf 14,3 Mill. DM im Vergleich zu rd. 49 Mill. DM im ersten Rechnungsvierteljahr 1950. Für die Finanzierung der mit 27,5 Mill. DM ausgewiesenen Neuinvestitionen sowie die übrigen Ausgabeposten der Kapitalrechnung mußte daher bereits in höherem Maße als früher Kredit in Anspruch genommen werden. Bei der Beurteilung des Rechnungsergebnisses für die Monate April bis Juni 1951 muß jedoch berücksichtigt werden, daß eine Reihe von Mehraufwendungen (Erhöhung der Dienstbezüge, Eingliederung der Senatspost Berlin in die

Einnahmen und Ausgaben der Bundespostverwaltung im 1. Rechnungsvierteljahr 1950/51 und 1951/52 in Mill. DM

	April bis Juni 1950	April bis Juni 1951
E i n n a h m e n insgesamt	469,5	524,1
darunter		
Erträge aus der Betriebsrechnung	466,6	521,1
A u s g a b e n insgesamt	420,6	509,8
davon für		
Aufwand der Betriebsrechnung	376,5	460,6
Verzinsung der Ausgleichsforderungen	10,9	10,9
Ablieferungen an den Bund	33,0	37,5
Zinsendienst	0,2	0,9
G e w i n n	48,9	14,3

Deutsche Bundespost, erhöhte Achsenkilometer-Vergütungen usw.), die dem Grunde oder der Höhe nach bei der Aufstellung der Finanzübersicht noch nicht festlagen, in den Ergebnissen des ersten Rechnungsvierteljahres nicht oder noch nicht voll zum Ausdruck kommen. Diese Mehraufwendungen werden aber in den folgenden Monaten in entsprechend höherem Maße in Erscheinung treten.

Produktion, Absatz und Beschäftigung

Die Industriekonjunktur

In der Industrie hat sich der seit dem Juni 1951 zu beobachtende Produktionsrückgang in den letzten Wochen fortgesetzt. Der alle Zweige der Industrie und die Bauwirtschaft umfassende Produktionsindex stellte sich im Juli nur noch auf 127 vH des Standes von 1936 gegen 130 vH im Juni und 134 vH im Mai, dem bisherigen Höhepunkt seiner Entwicklung. Der Index der eigentlichen Industrieproduktion (ohne Baugewerbe, Genußmittelindustrien und Energieerzeugung)

ist im Juli sogar um 4 Punkte, nämlich von 133 im Juni auf 129 vH des Standes von 1936 (= 100) gesunken. Er liegt damit allerdings noch immer um 6 Punkte über dem Stand von Januar 1951, der den Tiefpunkt des Produktionsrückschlags vom vergangenen Winter bildete, und um 24 Punkte über dem Stand von Juli 1950, in dem sich die erste „Korea-Hausse“ anbahnte.

Bis zu einem gewissen Grade war der Produktionsrückgang im Juli zweifellos durch Saisonfaktoren bedingt. In vielen Industrien, besonders im

Produktionsentwicklung der Industrie

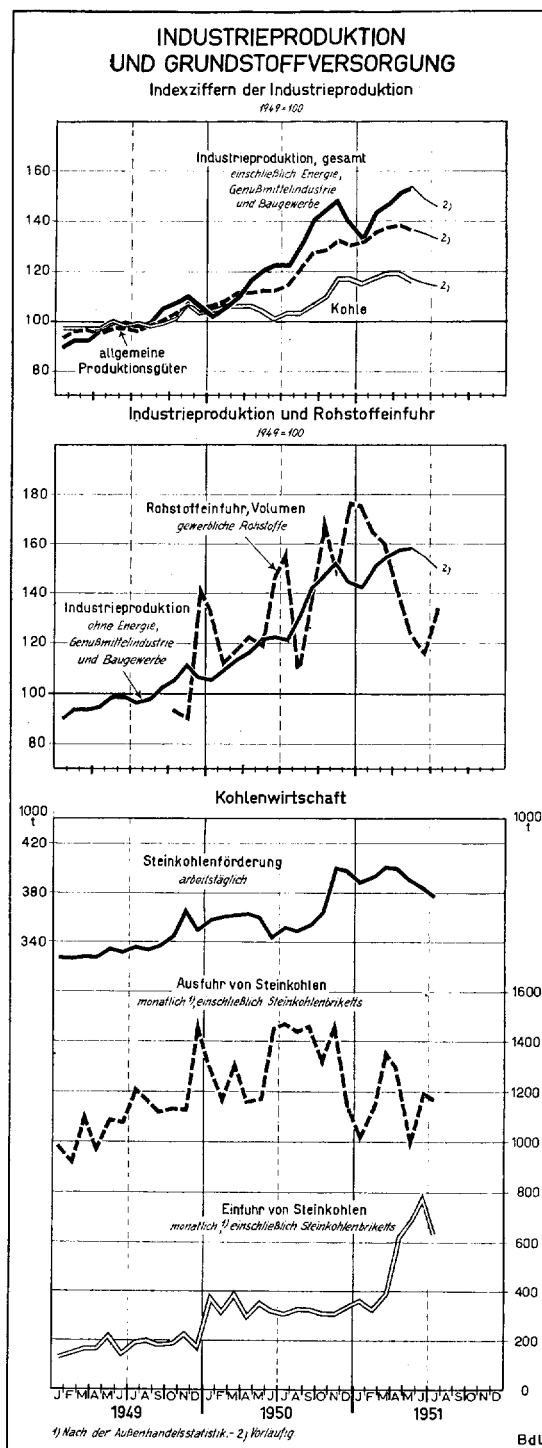
	März			Juni			Juli		
	1950	1951	Zunahme in vH	1950	1951	Zunahme in vH	1950	1951	Zunahme in vH
	1936 = 100			1936 = 100			1936 = 100		
Industrie insgesamt (einschl. Bauwirtschaft)	96	128	33	107	130	21	107	127	19
Investitionsgüter									
Rohstoffe	79	100	27	93	111	19	93	110	18
Fertigwaren	101	157	55	117	159	36	114	155	36
Allgemeine Produktionsgüter	120	148	23	121	144	19	123	142	15
Verbrauchsgüter	96	122	27	94	112	19	91	105	15

Verbrauchsgüterbereich, kommt die Produktion für die Frühjahrssaison im Juni zum Abschluß, dem dann die Umstellung auf die im August einsetzende Produktion für den Winter folgt. Durch die Urlaubszeit wird diese Zäsur, besonders im Juli, in der Regel noch stark akzentuiert. So ist auch in den beiden Vorjahren die Produktion von Juni auf Juli zurückgegangen, obwohl im vergangenen Jahr die unmittelbar nach dem Korea-Konflikt einsetzende Nachfragerwelle den Einschränkungen teilweise bereits entgegenwirkte.

Schon die Stärke des diesjährigen Rückgangs zeigt jedoch, daß für ihn die nicht-saisonalen Hemmungen, die bereits im zweiten Vierteljahr auf die Produktionsentwicklung zunächst dämpfend und im Juni dann deutlich einschränkend gewirkt hatten — also die seit einiger Zeit sich verschärfenden Produktionsengpässe und, in den Verbrauchsgüterindustrien vor allem, der Nachfragerückgang —, den ausschlaggebenden Faktor bildeten.

Was die verschiedenen Produktionsengpässe anbelangt, so weist die neuere Entwicklung allerdings nicht nur Schatten auf. Die Einfuhr an gewerblichen Rohstoffen und Halbwaren ist im Juli zum ersten Mal seit den Einfuhrrestriktionen von Anfang 1951 wieder gestiegen, und wenn auch ihr Niveau im allgemeinen noch immer unter dem normalen Bedarf der Wirtschaft liegen dürfte, so hat ihr neuerlicher Anstieg doch dazu beigetragen, wenigstens auf Teilgebieten die Lage etwas zu entspannen. Allerdings spielen in diesem Zusammenhang auch die derzeitigen Preiserwartungen und die Erschwerung der Aufnahme und der Durchhaltung von Vorratskrediten eine Rolle. Nur in Ausnahmefällen dürften heute jedenfalls die Vorräte noch erweitert werden. Im allgemeinen hat sich vielmehr eine starke Bereitschaft zur Verminderung der früher etwa angesammelten Bestände ergeben, auf die es zu einem wesentlichen Teil mit zurückzuführen ist, daß die Produktion durch den Mangel an Einfuhrrohstoffen bisher nicht stärker beeinträchtigt wurde.

Sehr bedrohliche Formen hat jedoch in letzter Zeit der Kohlenmangel angenommen. Die Steinkohlenförderung belief sich im Juli auf nur 377 500 t arbeitstäglich und blieb damit nicht nur gegenüber dem Vormonat, in dem sie sich



noch auf etwa 386 000 t gehalten hatte, sondern auch hinter dem im Kohlenplan für Juli angenommenen Stand um fast 2 000 t zurück. Die Abnahme erklärt sich einmal aus der (vom Landwirtschaftsministerium von Nordrhein-Westfalen aus Gründen der Betriebssicherheit angeordneten) Einschränkung der Sonderschichten, die in-

folgedessen im Juli nur noch 82 000 t gegen 219 000 t im Juni erbrachten, ferner aus dem besonders hohen Schichtausfall durch Urlaub, da im zweiten Vierteljahr der Urlaub mit Rücksicht auf die Förderung weitgehend aufgeschoben worden war, und schließlich aus einer neuen, aber nur noch leichten Abnahme der Belegschaftszahl um etwa 400 Mann. Auch in der ersten Augushälfte hat die arbeitstägliche Förderung im Durchschnitt nur etwa 370 000 betragen.

Hinzu kam, daß die Versorgung eines großen Teils der Industrie nunmehr stärker hinter dem im zweiten Vierteljahr im Interesse der Industrieproduktion nur unzureichend gedeckten Bedarf einer Reihe anderer Verbrauchergruppen zurücktreten mußte. Wie die folgende Tabelle zeigt, sind im Juli insbesondere der Hausbrand — der im zweiten Vierteljahr mit 3,9 Mill. t nur einen verhältnismäßig kleinen Bruchteil der bei einer Belieferung je Haushalt mit 20 Ztr. sich errechnenden Jahresmenge von 24 Mill. t (einschließlich Kleinverbrauch) erhalten hatte —, ferner die

Arbeitstägliche Kohlenverladungen
Steinkohlen und Braunkohlenbriketts¹⁾
in t

Empfänger	1951	
	2. Vierteljahr	Juli
Bahnen	33 842	37 224
Sonstiger Verkehr	7 944	7 955
Besatzungstuppe	10 742	9 250
Elektrizitätswerke	29 012	29 231
Gas- und Wasserwerke	17 744	17 082
Eisenschaffende Industrie	50 519	43 804
Sonstige Industrie	86 961	61 826
Hausbrand und Kleinverbraucher	54 130	74 421
Bundesgebiet	290 894	280 793
Berlin	10 088	10 619
Sowjetische Zone	2 773	—
Ausfuhr	81 686	82 048
Gesamtabsatz	385 441	373 460
davon		
Steinkohlen	330 994	317 099
Braunkohlen	54 447	56 361

¹⁾ Verladungen aus der Gewinnung Westdeutschlands, zuzüglich Einfuhr aus dem Saargebiet, Lieferungen aus Ostdeutschland und Einfuhr amerikanischer Kohle, soweit letztere im Rahmen der Richtmengen gegen deutsche Kohle ausgetauscht wird.
Quelle: Deutsche Kohlenbergbau-Leitung.

Bahnen und schließlich Berlin stärker bedacht worden. Die Einschränkung der Industrie hätte sogar noch stärker sein müssen, wenn auch die vordem noch weitgehend zurückgestellten Bedürfnisse der Versorgungsbetriebe stärker be-

rücksichtigt worden wären. Trotzdem erhielt die eisenschaffende Industrie bereits 13,3 vH und die sonstige Industrie sogar 28,9 vH weniger Kohle als im Durchschnitt des zweiten Vierteljahrs, obwohl auch die in diesem Zeitabschnitt zugeteilten Kohlenmengen den Bedarf nur unzureichend gedeckt hatten.

Für die beiden letzten Monate des Vierteljahres sieht das Bild noch ungünstiger aus. Die vom Bundeswirtschaftsministerium festgesetzten Richtmengen sehen mit Rücksicht auf die dringende Bevorratung des Hausbrandes und der Versorgungsbetriebe sowie im Hinblick auf die Anforderungen für die Ausfuhr und die Besatzungstruppen für die sonstige Industrie nur Lieferungen von 1,5 Mill. t für beide Monate zusammen (gegen 1 Mill. t im Juli) vor. Da es aber nicht möglich sein wird, den Verbrauch bestimmter ernährungswichtiger Industrien ebenso zu beschränken wie den anderer (vor allem weniger saisonabhängiger) Industrien, wird diesen im August und September eventuell nur halb so viel Kohle zur Verfügung stehen wie im Juli. Auch eine etwaige Steigerung der Förderung über die im Verteilungsplan eingesetzte Menge von 379 000 t im Tagesdurchschnitt dürfte dabei die Lage dieser Industrien kaum erleichtern, weil sie wahrscheinlich in erster Linie für die Winterbevorratung der Versorgungs- und Verkehrsbetriebe bestimmt werden würde, während aber umgekehrt ein etwaiges Zurückbleiben der Förderung hinter dem vorgesehenen Soll wahrscheinlich zu Lasten der Industrie gehen würde. Allerdings ist in Aussicht genommen, die auf Grund der Verfügbarkeiten an heimischer Kohle sicher zu erwartenden beträchtlichen Lücken wenigstens bis zu einem gewissen Grade durch eine Steigerung der Einfuhr amerikanischer Kohle von fast 1,2 Mill. t im 2. Vierteljahr auf über 2 Mill. t (einschließlich der eisenschaffenden Industrie) im laufenden Vierteljahr zu schließen. Aber ganz abgesehen von der finanziellen Belastung, die wegen des ungleich höheren Preises der amerikanischen Kohle damit für einen großen Teil der Industrie (und für die Devisenbilanz) verbunden wäre, ist es vorläufig noch ungewiß, ob es möglich sein wird, dieses Ziel zu erreichen, da die Einfuhr amerikanischer Kohle neuerdings auf erhebliche Verschiffungsschwierigkeiten gestoßen ist. Im Juli betrug jedenfalls die Einfuhr nur 324 000 t.

Wenig wahrscheinlich ist es auch, daß die Industrie in annähernd gleichem Maße wie bisher den Kohlenmangel wenigstens teilweise durch höheren Stromverbrauch kompensieren könnte. Die Stromerzeugung konnte ihren bisherigen Höchststand nur auf Grund der in der ersten Hälfte des Jahres ungewöhnlich reichen Wasserdarbietung behaupten. In der zweiten Hälfte des Jahres sinkt diese jedoch normalerweise ab. Eine Steigerung der Stromerzeugung wird damit, ganz abgesehen davon, daß teilweise die Kapazitäten kaum mehr einen Spielraum lassen, auch ihrerseits weitgehend von der Kohlenverfügbarkeit abhängig, deren Entwicklungsaussichten aus den oben dargelegten Gründen alles andere als günstig sind. Ebenso dürfte es kaum möglich sein, die in letzter Zeit bereits stark erhöhte Stromeinfuhr aus den Nachbarländern weiter auszudehnen.

Ein in seiner Wirkung eher noch verhängnisvolleres Beispiel dafür, wie auf Grund des Kohlenmangels immer weitere, die gesamte Industrie betreffende Versorgungsschwierigkeiten entstehen, bildet die Eisen- und Stahlerzeugung. Sie ist nach einer recht bemerkenswerten Erholung im zweiten Vierteljahr im Juli in fast allen Sparten wieder leicht gesunken, da die verstärkte Heranziehung amerikanischer Kohle nicht ausreichte, um die geringere Verfügbarkeit über inländische Kohle auszugleichen. Die Versorgung

Eisen- und Stahlerzeugung
in 1000 t

Material	1951			
	Juli		Juni	
	insgesamt	davon mit eingeführten Brennstoffen erzeugt	insgesamt	davon mit eingeführten Brennstoffen erzeugt
Roheisen	917	240	945	180
Rohstahl	1 158	217	1 187	159
Walzstahl	797 ¹⁾	130 ¹⁾	813	110

¹⁾ Vorläufig. — Quelle: Statistisches Bundesamt.

des Inlandsmarktes mit Eisen und Stahl hat dabei noch stärker abgenommen, da die Inanspruchnahme amerikanischer Kohle bekanntlich zum größeren Teil mit der Verpflichtung zu Gegenlieferungen an Walzwerkserzeugnissen verbunden ist, so daß sich für den Inlandsmarkt die Fehlmengen an Walzmaterial noch erhöhten.

Diese sich ständig verschärfenden Engpässe in der Brennstoff- und Grundstoffversorgung waren

ausschlaggebend dafür, daß sich der im ganzen schon seit Juni zu beobachtende Produktionsrückgang auch im Investitionsgüterbereich verbreitert und teilweise verschärft hat. Gewiß ist gleichzeitig in der Mehrzahl dieser Industrien auch der Auftragseingang weiter gesunken, was nicht nur mit der anhaltenden Normalisierung der Nachfrage, sondern auch mit der derzeitigen Absatzstokung der Verbrauchsgüterindustrien und dem im letzten Monatsbericht geschilderten Abbau der steuerlichen Vergünstigun-

Auftragseingang und Umsatz
in den Investitionsgüterindustrien

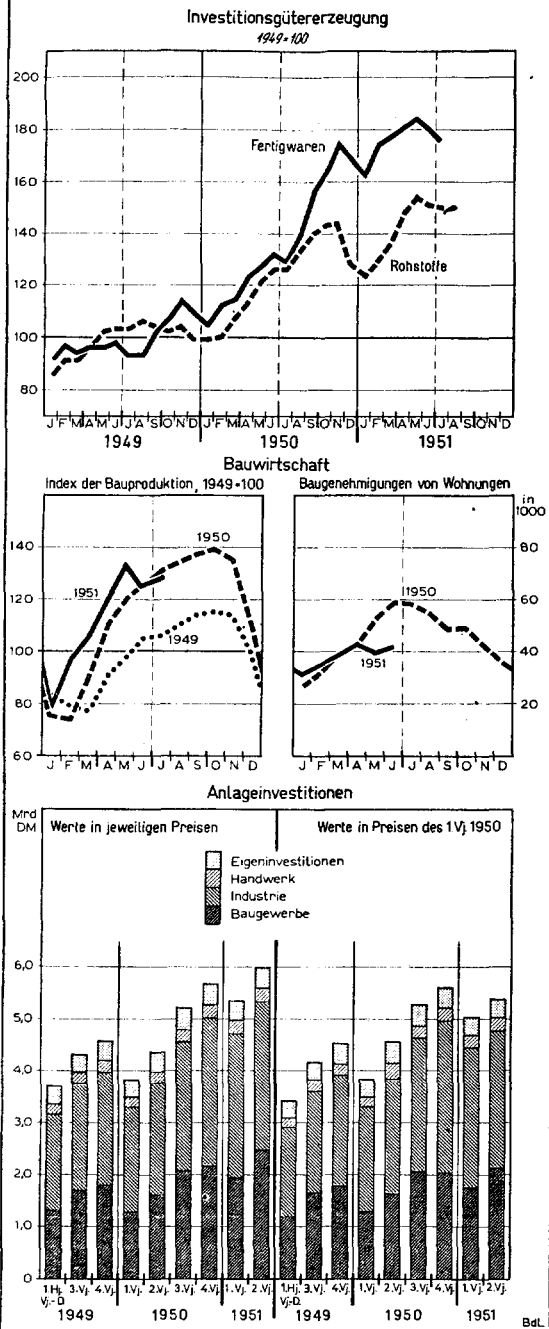
Industriezweig	Auftragseingang in vH des Umsatzes ¹⁾	
	1951	
	1. Halbjahr	Juni
Investitionsgüterindustrien insgesamt	118,1	97,5
darunter:		
Maschinenbau	143,5	111,4
Stahlbau	169,5	103,0
Karosserie- und Anhängerbau	95,8	82,0
Elektrotechnik	103,0	85,1
Feinmechanik und Optik	103,2	98,3
Eisen-, Stahl-, Blech- u. Metallwaren	117,8	94,3
Zementindustrie	102,2	98,1
Ziegelindustrie	112,3	94,3

¹⁾ Beide Indexziffern haben das Jahr 1949 als Basis. — Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft.

gen für gewisse selbst finanzierte Investitionen zusammenhängen dürfte. Hatte, wie die nunmehr vorliegenden Statistiken zeigen, schon im Juni der Index des Auftragseingangs den Umsatzindex unterschritten (beide Indices basieren auf dem Monatsdurchschnitt 1949), so ist daher anzunehmen, daß sich im Juli diese Schere eher noch weiter geöffnet hat. Die meisten Investitionsgüterindustrien dürften indes auf Grund der außergewöhnlich hohen Aufträge, die sie zumindest bis in die ersten Monate 1951 buchen konnten (teilweise wurde im Winter die Hereinnahme weiterer Aufträge sogar abgelehnt), noch über so hohe unerledigte Auftragsbestände verfügen, daß die Produktion sicher nur in Ausnahmefällen aus Absatzmangel eingeschränkt worden ist.

Verhältnismäßig gut hat sich jedoch im Bereich der Investitionstätigkeit in der Berichtsperiode die Bauwirtschaft gehalten. Im Juni war der Index der Bauproduktion, wie im letzten Bericht dargelegt, überraschend stark und völlig entgegen der Saisontendenz gesunken. Dieser Rückgang ist nun im Juli, nach den vorläufigen

ZUR ENTWICKLUNG DER INVESTITIONSTÄTIGKEIT



Ergebnissen der Produktionsstatistik, wenigstens zum Teil wieder aufgeholt worden. Mit 110 vH des Standes von 1936 liegt der Index allerdings noch immer nicht nur um 5 Punkte unter seinem diesjährigen Höchststand von Mai, sondern auch zum ersten Mal — um 2 Punkte — unter seinem entsprechenden Vorjahrsstand, der bis zum Höhepunkt der vorjährigen Bausaison im Oktober noch um 7 Punkte übertroffen war. Zweifellos wirken

sich also die im letzten Monatsbericht geschilderten Hemmungen der Bautätigkeit — vor allem also der starke Anstieg der Baukosten und die mit dem Rückgang der Sparkapitalbildung in der ersten Jahreshälfte entstandenen Schwierigkeiten in der Beschaffung erststelliger Hypotheken — weiter aus. Immerhin ist die Zahl der Baugenehmigungen, die im Mai 1951 entgegen der Saisontendenz nicht unbeträchtlich abgenommen hatte, im Juni wieder gestiegen, und zwar auch im eigentlichen Wohnungsbau, in dem die Stagnationserscheinungen, wenigstens in den Sommermonaten, weit ausgeprägter waren als im Sektor des gewerblichen Wohnungsbaus. Auch die nunmehr vorliegende Juni-Ziffer für den Neuzugang an Wohnungen ist mit 24 329 wieder sehr hoch. Sie liegt bedeutend über der des entsprechenden Vorjahrsmonats und bringt das Gesamtergebnis für das erste Halbjahr 1951 auf 108 668 gegen 43 591 im ersten Halbjahr 1950. Im übrigen wäre es, selbst wenn die Schwierigkeiten, die Finanzierung des Wohnungsbaus den gestiegenen Baukosten anzupassen, geringer wären, fraglich, ob im weiteren Verlauf der Saison die Wohnungsbautätigkeit noch gesteigert werden könnte, da infolge des Kohlenmangels auch in der Baustoffproduktion erhebliche Kürzungen zu befürchten sind und im Laufe der Zeit die Besatzungsbauten stärker in den Vordergrund treten dürften.

In ganz besonderem Maße hat zum Produktionsrückgang der letzten Wochen schließlich weiter die spezielle konjunkturelle Situation der Verbrauchsgüterindustrien beigetragen. Seit dem März 1951 stehen diese bekanntlich unter dem Einfluß eines ständig sinkenden Auftragsengangs. Im Juni, dem letzten Monat, für den Angaben vorliegen, stellte sich ihr Auftragsindex (1949 =

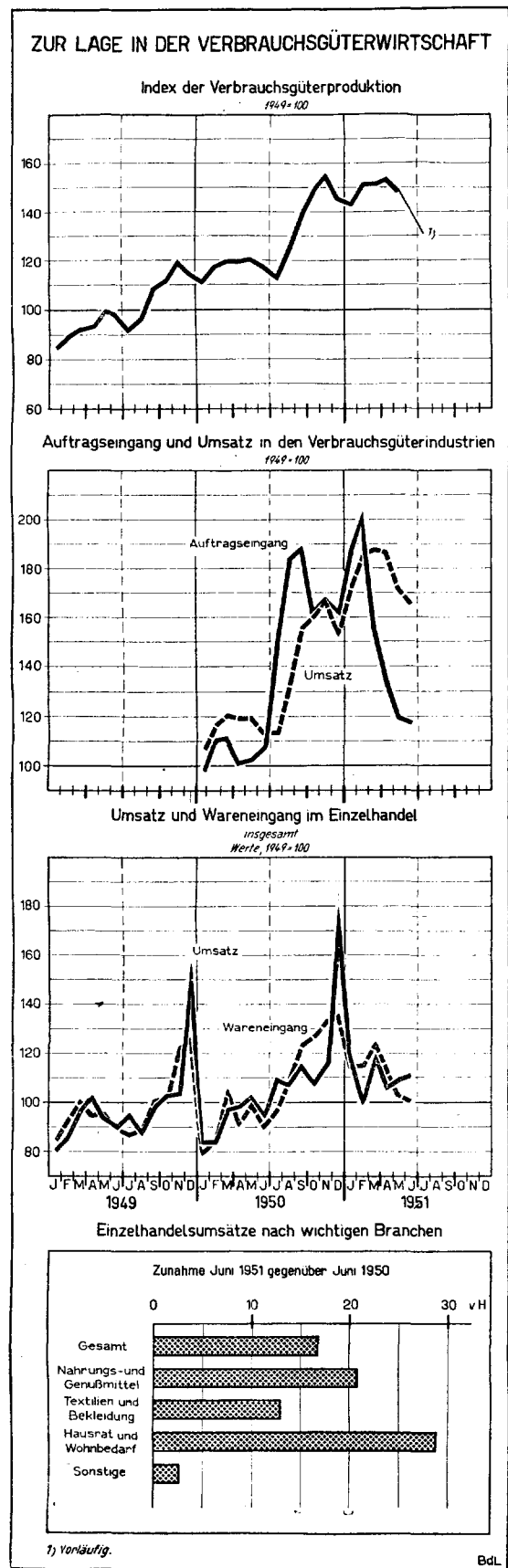
Auftragseingang und Umsatz in den Verbrauchsgüterindustrien

Industriezweig	Auftragseingang in vH des Umsatzes ¹⁾	
	1951	
	1. Halbjahr	Juni
Verbrauchsgüterindustrien insgesamt	86,1	71,1
darunter:		
Ledererzeugung	76,9	96,8
Schuhindustrie	71,7	88,6
Textilindustrie	84,4	61,1
Zellstoff- und Papierindustrie	97,9	100,5

¹⁾ Beide Indexziffern haben das Jahr 1949 als Basis. — Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft.

100) nur noch auf 118 gegen 120 im Mai und 203 im Februar, dem Höhepunkt der sogenannten „zweiten“ Hausse nach Ausbruch des Korea-Konflikts; im Juli dürfte er sich kaum wesentlich gebessert haben. In den ersten Monaten des Auftragsrückgangs ist die Produktion dieser Entwicklung zunächst überhaupt nicht und dann nur sehr zögernd angepaßt worden. Teils um die verhältnismäßig hohen unerledigten Auftragsbestände, die sich z. T. auch hier während des Winters angesammelt hatten, aufzuarbeiten, teils um ihre in der Zeit der Nachfragehausse vielfach stark gelichteten Vorräte wieder aufzufüllen, hatte die Industrie vielmehr ein relativ hohes Produktionsniveau aufrechterhalten. Erst im Juni setzten schärfere Produktionseinschränkungen ein und im Juli hat sich nun dieser Anpassungsprozeß, zumal auch auf Grund der eingangs erwähnten Saisonfaktoren ein gewisses Absinken der Produktion fällig war, verstärkt fortgesetzt. Der Produktionsindex der Verbrauchsgüterindustrien (1936 = 100) ist infolgedessen im Juli auf 105 (gegen 112 im Juni, 119 im Mai und 123 im April 1951) gesunken, womit er freilich noch immer um 14 Punkte über dem Stand von Juli 1950 lag, der gleichfalls nicht nur durch saisonmäßige Einflüsse, sondern, ganz ähnlich wie in diesem Jahr, wenn auch wesentlich schwächer, durch die deutlich ausgeprägte Nachfrageabschwächung in den vorangegangenen Monaten herabgedrückt worden war. Besonders scharf war im Juli der Produktionsrückgang in der Textilindustrie (Produktionsindex: 110 gegen 119 im Juni) aber auch die Schuherzeugung, die bereits im Juni ziemlich drastisch eingeschränkt worden war, wurde nochmals erheblich reduziert (Produktionsindex: 42 gegen 67 im Juni und 80 im Mai).

Immerhin beginnen nunmehr gewisse Gegen-tendenzen gegen diese Entwicklung zu erstarken. Der Endabsatz an den letzten Verbraucher, dessen relativ unbefriedigende Entwicklung neben dem Umschwung der Rohstoffpreise in den letzten Monaten für die starken Auftragsbeschränkungen des Handels bestimmend war, hat sich zwar auch in den letzten Wochen noch nicht entscheidend gebessert. Im Juli waren die Einzelhandelsumsätze mengenmäßig sogar niedriger als im Vorjahr, wobei freilich zu berücksichtigen ist, daß im Juli 1950 die Umsätze schon weitgehend



unter dem Einfluß der damals einsetzenden Hausse standen. Immerhin scheinen die vom 30. Juli bis zum 11. August 1951 abgehaltenen Sommerschlußverkäufe dann ein verhältnismäßig günstiges Ergebnis gezeitigt zu haben, zumal die Preise drastisch herabgesetzt worden waren. Der Einzelhandel dürfte deshalb in der Lage gewesen sein, seine Lagerbestände fühlbar zu vermindern und damit einen Prozeß zu beschleunigen, der — wie aus der Tatsache, daß die Indexziffer seines Wareneingangs nun schon mehrere Monate unter der des Umsatzes liegt (vgl. Schaubild), geschlossen werden kann — wohl bereits seit einiger Zeit im Gange ist. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß in den meisten Branchen die Läger im Frühsommer einen unverhältnismäßig hohen Stand erreicht haben dürften. Es ist deshalb sehr zweifelhaft, ob der Handel seine derzeitigen Bestände bereits als normal empfindet. Auch die Preisentwicklung und zum Teil wohl auch eine gewisse Liquiditätsbeengung wird ihn wohl veranlassen, vorläufig weiter relativ vorsichtig zu disponieren. Aber seine Bestellungsbereitschaft ist zweifellos im Wachsen, was sich sicher schon bei den Herbstdispositionen auswirken wird und bestimmt erst recht in Erscheinung träte, wenn sich irgendwelche Anzeichen für einen erneuten Anstieg der Preise ergeben sollten. Es ist daher anzunehmen, daß die in den letzten Monaten zu beobachtende kontraktive Phase des „Lagerzyklus“ allmählich ihr Ende gefunden hat und von den Dispositionen des Handels auf die Verbrauchsgüterproduktion im weiteren Verlauf des

Jahres eher neue Impulse als weitere Abschwächungstendenzen ausgehen.

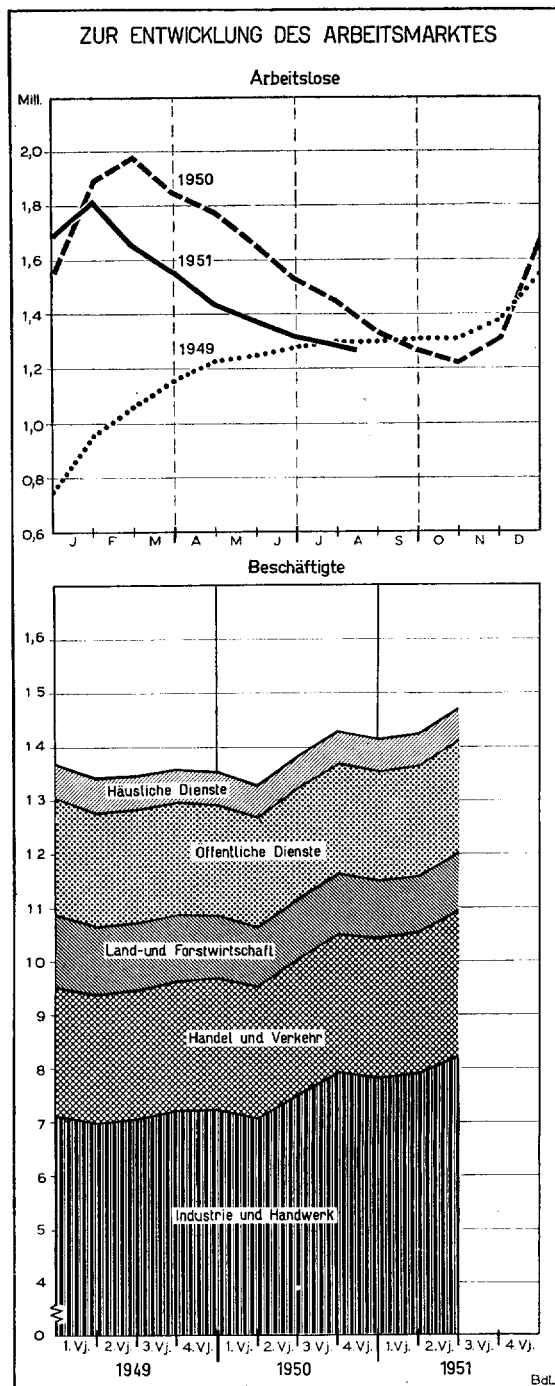
Arbeitslosigkeit und Beschäftigung

Ungeachtet der Verschärfung des Produktionsrückgangs in der Industrie hat die Arbeitslosigkeit in den letzten Wochen weiter abgenommen. Ende Juni waren 1 325 700 Arbeitslose gezählt worden. Ende Juli war diese Ziffer auf 1 291 600

Umsatz und Wareneingang im Einzelhandel
Monatsdurchschnitt 1949 = 100

Einzelhandelszweig	Umsatz	Wareneingang	Differenz Umsatz: Wareneingang
Einzelhandel insgesamt			
1951 1. Vj.	113,7	118,5	— 4,8
2. Vj.	109,7	106,3	+ 3,4
Nahrungs- und Genußmittel			
1951 1. Vj.	99,2	98,5	+ 0,7
2. Vj.	99,9	96,1	+ 3,8
Textilien und Bekleidung			
1951 1. Vj.	126,0	137,4	— 11,4
2. Vj.	112,9	106,0	+ 6,9
Hausrat und Wohnbedarf			
1951 1. Vj.	147,4	150,3	— 2,9
2. Vj.	134,0	141,1	— 7,1
Sonstiges			
1951 1. Vj.	107,7	117,4	— 9,7
2. Vj.	115,5	112,0	+ 3,5

Quelle: Institut für Handelsforschung, Köln.



gesunken und bis Mitte August hat sie sich weiter auf 1 276 400 vermindert, was gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres eine Abnahme um 132 800 bedeutet. Diese relativ günstige Entwicklung war im wesentlichen der Tatsache zu danken, daß sich im Zusammenhang mit der Ernte der Kräftebedarf der Landwirtschaft erhöhte und anscheinend auch der Handel für den Saisonschlußverkauf mehr Personal einstellte. Demgemäß war auch der Rückgang der Arbeitslosigkeit in der zweiten Julihälfte und in den Gebieten mit starkem landwirtschaftlichem Einschlag am stärksten. Von der Gesamtabnahme der Arbeitslosigkeit von Ende Juni bis Mitte August um fast 50 000 entfielen jedenfalls nicht weniger als 35 700 auf die Länder Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, während in den Ländern mit hohem Industrieanteil der Rückgang der Arbeitslosigkeit nur noch gering war. Immerhin ist es bemerkenswert, daß offenbar auch in der Industrie trotz des Produktionsrückgangs bisher noch keine umfangreicheren Entlassungen stattgefunden haben. Wahrscheinlich ist hier also zunächst nach Möglichkeit nur die Arbeitszeit eingeschränkt worden, sofern nicht der Abbau von Überschichten genügte.

Allerdings ist unverkennbar, daß sich mit den Produktionshemmungen in der Industrie die Ent-

lastung des Arbeitsmarktes ganz wesentlich verlangsamt hat. Gegenüber dem Vorjahr blieb jedenfalls der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Juli mit rd. 34 000 um mehr als 50 000, in der ersten Augushälfte mit rd. 15 000 um etwa 27 500 zurück. In Anbetracht der Tatsache, daß für die Absorption der Arbeitslosigkeit auf längere Sicht aus strukturellen Gründen im wesentlichen nur die Industrie in Frage kommt, kann das auch nicht Wunder nehmen. Sollte daher die Industrie aus Mangel an Grundstoffen im weiteren Verlauf des Jahres nicht in der Lage sein, ihre Produktion wieder zu steigern oder müßte sie sie sogar weiter einschränken, so würde das also für die Entwicklung des Arbeitsmarktes ernste Konsequenzen haben, zumal nach dem Abschluß der Hackfruchternten und mit dem Ende der Bausaison der Arbeitsmarkt von den Außenberufen her wieder stark belastet werden wird, in denen gegenwärtig etwa 2,4 Mill. Arbeitnehmer beschäftigt sein dürften. Auch die Tatsache, daß das Arbeitsangebot, abgesehen von dem natürlichen Zuwachs an Arbeitskräften, noch immer durch die Ausdehnung der Erwerbstätigen-Quote an der Gesamtbevölkerung und durch den Zustrom an Arbeitskräften aus der deutschen Ostzone erhöht wird, dürfte dann wieder deutlicher in Erscheinung treten.

Preise und Löhne

Die Stabilisierung des Preisniveaus hat in den letzten Wochen weitere Fortschritte gemacht. Wirft man einen Blick auf die einzelnen zur Verfügung stehenden Indexreihen, so wird dieser Eindruck allerdings dadurch gestört, daß sich der Index der Grundstoffpreise nach einem mehrere Monate währenden Rückgang Anfang August wieder plötzlich erhöht hat, und zwar nicht nur infolge von Preiserhöhungen bei den auch in der vorangegangenen Zeit nach oben tendierenden Nahrungsmittel-, sondern auch bei den industriellen Grundstoffpreisen. Es handelt sich hierbei vornehmlich um die Heraufsetzung gewisser noch gebundener Preise, deren allmähliche Anpassung an ein „marktkonformes“ Niveau eines der Hauptprobleme, wenn nicht gar das Hauptproblem der westdeutschen Preispolitik bildet. Zweifellos gehen von solchen Preiserhöhungen auch auf die übrigen Preise gewisse Auftriebstenden-

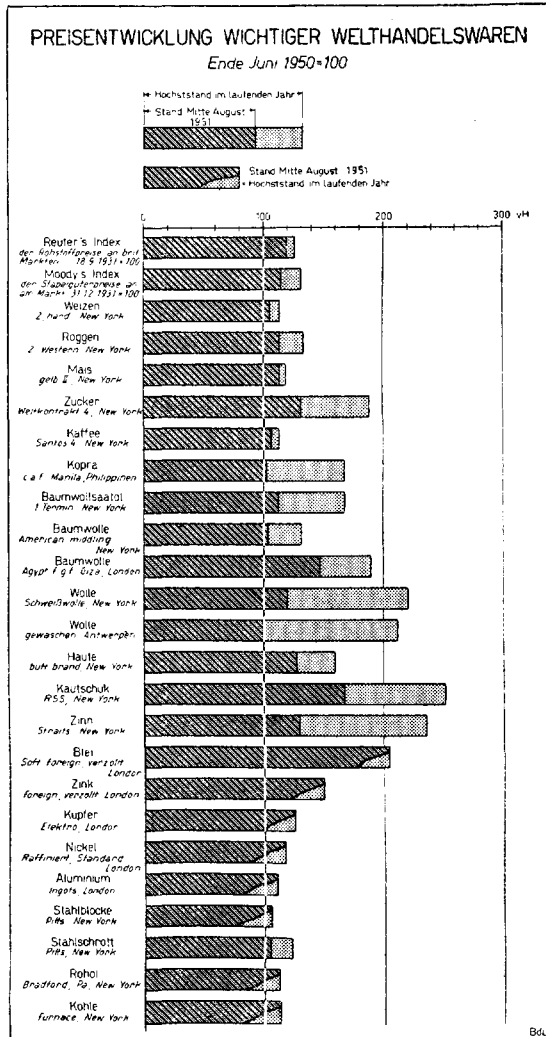
zen aus. Aber im allgemeinen dürften sich solche Wirkungen zur Zeit doch wesentlich schwerer durchsetzen als etwa im letzten Winter, da die konjunkturellen Einflüsse auf das Preisniveau zur Zeit eher in der umgekehrten Richtung wirken. Prüft man jedenfalls die Preisentwicklung in den Bereichen, in denen die Preisbildung frei ist, so zeigt sich, daß hier bis in die letzten Wochen hinein, von gewissen — überwiegend saisonbedingten — Erhöhungen der Preise einiger landwirtschaftlicher Produkte abgesehen, die Preise in der Regel eher rückläufig waren. Eine große Rolle spielte in diesem Zusammenhang auch weiterhin die Tatsache, daß die Preise an den internationalen Rohstoffmärkten in den Sommermonaten ziemlich scharf gesunken sind. Allerdings hat es den Anschein, als würden sich die scharfen Preiseinbrüche, die durch den

Beginn von Waffenstillstandsverhandlungen in Korea ausgelöst wurden, nicht weiter fortsetzen.

Moody's Index der Stapelgüterpreise an amerikanischen Märkten wie auch Reuter's Index der Rohstoffpreise an britischen Märkten haben sich in den letzten Wochen mit nur geringfügigen Schwankungen auf einem Niveau stabilisiert, das um etwa 13 bzw. 5 vH unter dem Höchststand von Februar bzw. April 1951 liegt, aber den Stand von Ende Juni 1950 noch immer um etwa 15 bzw. 20 vH übertrifft. Zur Schwäche neig-

verzeichnen. Die Tendenz der Preise der übrigen Nahrungs- und Genußmittel war trotz günstiger Meldungen aus den Anbaugebieten stetig, wie auch die Kautschukpreise in den letzten Wochen bemerkenswert stabil blieben.

Sollte die weltpolitische Lage keine erneute Verschärfung erfahren, ist in nächster Zeit noch mit weiteren teilweisen Preisrückgängen zu rechnen. So ist insbesondere die Marktlage für Textilrohstoffe noch labil. Die Ernteschätzung des Internationalen Baumwollausschusses für 1951/52, die Anfang August bekanntgegeben wurde, ist mit 35 bis 36 Mill. Ballen Baumwolle gegenüber einer Welternte von 27,5 Mill. Ballen 1950/51 noch günstiger als erwartet ausgefallen. Mit einer solchen Ernte könnte auch ein Weltverbrauch, der sich auf der Höhe des zum Teil durch spekulative Käufe auf 33 Mill. Ballen heraufgetriebenen Vorjahrskonsums bewegt, gedeckt und darüber hinaus sogar eine gewisse Vorratsbildung möglich werden. Das amerikanische Landwirtschaftsministerium hat infolgedessen die mengenmäßigen Exportbeschränkungen für Rohbaumwolle aufgehoben. Die ägyptische Regierung hat der veränderten Marktsituation insoweit Rechnung getragen, als für Baumwolle neuer Ernte bei Terminkontrakten ab Oktober die im Mai 1951 eingeführten Mindestpreise außer Kraft gesetzt wurden. Wenn auch die Preisschwankungen zunächst auf 2 vH gegenüber dem Vortag gesetzlich beschränkt bleiben, so kann doch auf Grund der Neuregelung mit einer allmählichen Anpassung der ägyptischen Preise an die übrigen Baumwollpreise gerechnet werden. Aber auch die Marktlage von Wolle, bei der bis zum Frühjahr 1951 die Nachfrage das Angebot um etwa 20 vH. übertraf, wird in letzter Zeit bedeutend günstiger beurteilt. Nach den neuesten Schätzungen wird das Gesamtangebot an Wolle in der nächsten Saison das Vorjahrsangebot wesentlich übertreffen, da nicht nur die Produktion auf nahezu 2 350 Mill. lbs gegenüber 2 222 Mill. lbs 1950/51 gestiegen ist, sondern auch infolge des Dockerstreiks in Neuseeland noch etwa 80 Mill. lbs Wolle (Reinbasis), die auf Sonderauktionen von Mitte August bis Oktober versteigert werden sollen, noch zur Verfügung stehen, womit das vorjährige Angebot aus Vorräten in Höhe von 85 Mill. lbs nahezu erreicht wird. Fast wichtiger ist aber noch, daß als



ten auch weiterhin die Zinn-, Baumwoll- und Wollpreise, aber nur bei Zucker, wo infolge einer weiteren Freigabe der kubanischen Regierung von 100 000 t Zucker für die allgemeine Ausfuhr und des Herannahens der europäischen Ernten eine merkliche Entspannung der Marktlage eingetreten ist, war als Reaktion auf die Hausse der letzten drei Monate ein scharfer Preisrückgang zu

Folge der hohen Preise der Wollkonsum international zurückgegangen ist. In Großbritannien, das als repräsentativ angesehen werden kann, ist z. B. der Verbrauch um etwa 20 vH gesunken. Sollte in den gegenwärtig herrschenden Verbrauchstendenzen kein Umschwung eintreten, dürften voraussichtlich das Weltangebot und der Weltverbrauch an Wolle in der Saison 1951/52 zum ersten Male seit Kriegsende einigermaßen ausgeglichen sein.

Bei anderen industriellen Rohstoffen ist allerdings von der Angebotsseite her kurzfristig kaum mit einer Entspannung der Marktlage zu rechnen, da in den meisten Fällen, vor allem aber bei Metallen, die Erzeugung nur durch langfristige

einsetzt. Vielmehr dürften Käufer, die Abschlüsse zu überhöhten Preisen getätigt hatten und nach dem Umschwung der Preistendenz gewisse Verluste in Kauf nehmen mußten, ihre Dispositionen nunmehr mit großer Vorsicht treffen. Eine übersteigerte Käuferkonkurrenz bei besonders knappen Rohstoffen würde jedenfalls aber auch durch die Aussicht auf Zuteilungen durch die „Internationale Rohstoffkonferenz“ in Washington oder amerikanische Regierungsstellen in Grenzen gehalten, wenn nicht sogar völlig ausgeschlossen werden. Ausschlaggebend für die Verhütung einer neuen Hausse dürfte aber die veränderte Haltung der amerikanischen Regierung sein, die im vergangenen Jahr durch umfangreiche

Zur Entwicklung der Weltproduktion wichtiger Rohstoffe

Ware	Einheit	1938	1946	1947	1948	1949	1950
Kupfer	1 000 lgt	1 901,5	1 653,5	2 055,0	2 099,3	2 075,8	2 190,8
Zink	" "	1 464,5	1 275,5	1 452,7	1 553,0	1 650,6	1 759,6
Blei	" "	1 547,2	1 015,7	1 263,7	1 272,5	1 458,6	1 541,2
Zinn, Erz	" "	149,5	89,0	112,0	152,9	162,0	167,5
Zinn, Metall	" "	162,1	99,3	124,6	159,3	168,3	171,9
Naturgummi	1 000 t	910,0	837,5	1 260,0	1 525,0	1 487,5	1 860,0
Rohwolle	Mill. lbs	3 788 ¹⁾	3 765	3 709	3 782	3 938	3 994
Rohwolle gereinigt	" "	2 058 ¹⁾	2 146	2 118	2 157	2 257	2 222
Baumwolle ²⁾	Mill. Ballen	29,5	21,6	25,3	29,0	31,3	27,35

¹⁾ 1934/1938, 1946/47 usw. jeweilige Saison. — ²⁾ Jeweiliges Erntejahr. — Quelle: Records and Statistics.

Entwicklungsprogramme allmählich gesteigert werden kann. Daß die amtlichen Preise dieser für die Entwicklung der Rüstungsproduktion in erster Linie wichtigen Grundstoffe zum Teil die tatsächlichen Produktions- bzw. Beschaffungskosten kaum decken oder zum mindesten keinen Anreiz für eine weitere Ausdehnung der Erzeugung bieten, geht aus der Tatsache hervor, daß Großbritannien, nachdem es Mitte Juli die amtlichen Festpreise für Blei und Zink heraufgesetzt hatte, am 13. August 1951 auch die Preise für die wichtigsten Stahlprodukte erhöhte und die Vereinigten Staaten, die die Inlandspreise für NE-Metalle stabil halten, die Importe teurerer Erze zum Teil subventionieren. Wenn sich auch mit dem weiteren Anlaufen der Rüstungsproduktion im zweiten Halbjahr 1951 und 1952 die bei einigen Rohstoffen bestehenden Engpässe verschärfen mögen, so erscheinen doch die Befürchtungen, daß im Herbst eine allgemeine neue Hausse einsetzen könnte, vorläufig unbegründet, wenn nicht aus exogenem Anlaß eine neue Voreindeckungswelle

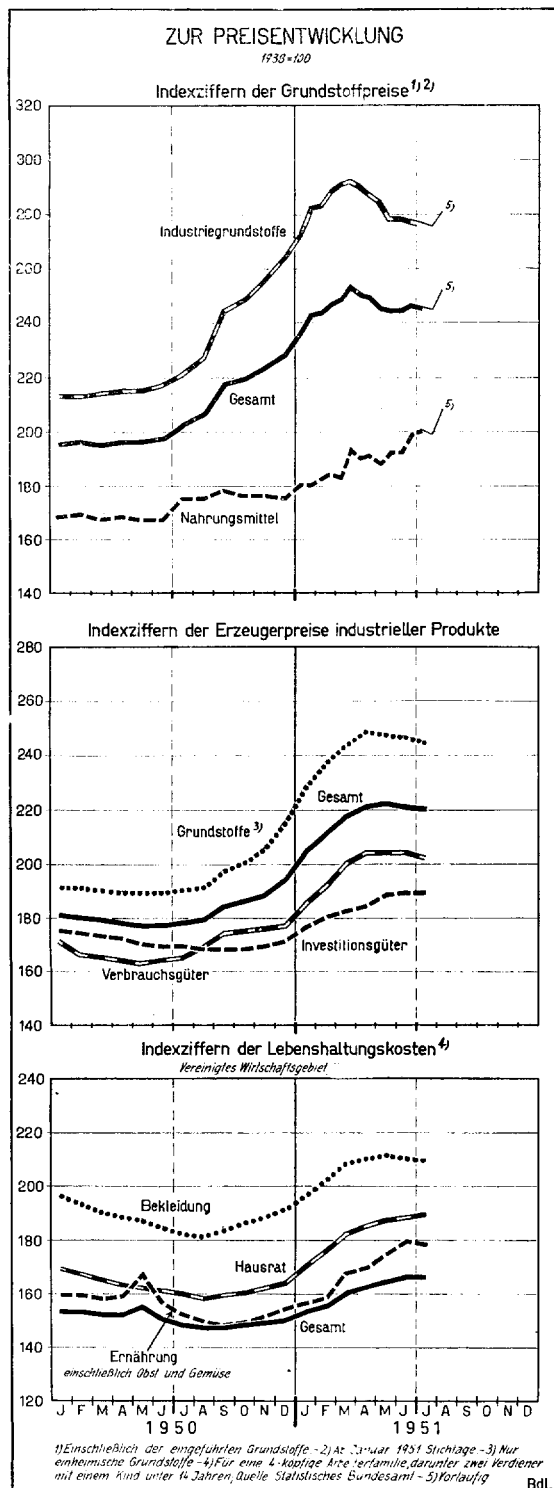
Käufe für die Anlage strategischer Vorräte, die Rohstoffpreise mit in die Höhe getrieben hatte. In diesem Zusammenhang ist der Anfang August veröffentlichte Rechenschaftsbericht des Munitions Board interessant, aus dem hervorgeht, daß, um eine Verknappung des kurzfristig zur Verfügung stehenden Angebots und damit plötzliche Preissteigerungen zu vermeiden, die Rohstoffkäufe für die strategische Reserve zum großen Teil auf der Basis langfristiger Verträge abgewickelt werden sollen. Der Wert der bis zum 30. Juni 1951 angesammelten Vorräte wurde mit 3 Mrd. \$ angegeben (berechnet zu den Ende Juni 1951 geltenden Preisen). Außerdem standen bereits in Auftrag gegebene, aber noch nicht durchgeführte Bestellungen im Werte von 1,93 Mrd. \$ aus, so daß bereits am Ende des Haushaltsjahres 1950/51 von dem für die Finanzierung der strategischen Rohstoffreserve in Aussicht genommenen Gesamtbetrag von 8,3 Mrd. \$ 59 vH vergeben waren. Im Haushaltsjahr 1951/52 soll aber das Tempo der Vorratsbildung vermindert wer-

den. Für strategische Rohstoffkäufe ist jedenfalls nur noch ein Aufwand von etwa 1 522 Mill. \$ in Aussicht genommen worden, während allein im ersten Halbjahr 1951 Neuaufträge im Werte von 1 645 Mill. \$ vergeben wurden. Das Ziel der Vorratsbildung, eine strategische Rohstoffreserve im Werte von etwa 8,3 Mrd. \$ anzulegen, soll etwa bis zum Jahre 1956 erreicht werden.

Unter dem Einfluß der an den internationalen Rohstoffmärkten herrschenden Baisseneigung hat sich auch die Preisindexziffer der westdeutschen industriellen Grundstoffe im Juli noch weiter abgeschwächt, doch reichte dieser leichte Rückgang nicht aus, so daß die Gesamtdexziffer der Grundstoffpreise, um die Erhöhung der Nahrungsmittelpreise voll auszugleichen, im Juli im Monatsdurchschnitt mit 0,8 vH einen geringfügigen Anstieg gegenüber den beiden Vormonaten aufwies. Der Anstieg der Nahrungsmittelpreise, bei dem bei einer Betrachtung der Monatsdurchschnitte sich auch noch die Mitte Juni 1951 erfolgte Erhöhung des Butterpreises auswirkt, ist zum Teil saisonmäßig bedingt (Übergang zu Kartoffeln aus der neuen Ernte, jahreszeitlich schwankende Viehauftriebe), zum Teil wirkt sich darin aber auch der Umfang der jeweiligen Einfuhren (Vieh, Eier) sowie die Einführung des Eierzolles in Höhe von 30,— DM je t ab 1. Juli 1951 und, in einem leichten Anstieg der Margarinepreise, die im Juli herrschende Unsicherheit über die Fortführung der Subventionierung der Margarinerohstoffe aus. Am 1. August 1951 sind ferner die neuen Getreidepreise in Kraft getreten, die unter der Voraussetzung, daß sich die Preise an der oberen Grenze der vorgesehenen Preisspanne von 20,— DM halten, im Jahresdurchschnitt um 15,— DM je t höher liegen als die am 16. März 1951 festgesetzten Höchstpreise. Da die jahreszeitliche Staffelung erhalten bleibt, wird sich diese Erhöhung zunächst aber in der Indexziffer, die in den letzten Monaten des Erntejahres ihren höchsten Stand erreicht, nur abgeschwächt auswirken. Um die frühzeitige Ablieferung von Brotgetreide sicherzustellen und die Verfütterung von Roggen auf ein Mindestmaß zu beschränken, werden der Landwirtschaft in der Zeit vom 1. August bis 15. November 1951 aus öffentlichen Mitteln (insgesamt voraussichtlich etwa 32 Mill. DM) zu

bestreitende Aufpreise in Form von Frühdruschprämien gezahlt, die für Roggen von 30,— bis 20,— DM und für Weizen von 20,— bis 16,— DM je t gestaffelt werden. Durch die Lieferung von Milocorn, das in den Monaten August bis Oktober an landwirtschaftliche Betriebe, die Roggen abgeliefert haben und Milocorn für Futterzwecke benötigen, zum Preise von 340,— DM je t frei Paritätspunkt (das bedeutet höchstens 365,— DM je t frei Hof) abgegeben werden soll, während für Roggen im August vom Erzeuger je nach Preisgebiet 441 bis 449 DM je t (einschließlich Frühdruschprämie) erzielt werden können, soll die Wirkung dieser Maßnahme noch erhöht werden.

Innerhalb des Sektors der industriellen Grundstoffpreise zeichnen sich nach wie vor Preisgruppen ab, die divergierenden Einflüssen unterliegen. Während die Preise der stark einfuhrabhängigen Textilrohstoffe und von Rohgummi weiter zurückgingen, zogen der Benzinpreis (Fortfall der Zollbegünstigung) sowie die Preise derjenigen Rohstoffe, bei denen die Nachfrage durch das Angebot nur knapp gedeckt werden kann, weiter an. Hierzu gehören neben Holz vor allem gewisse Grundchemikalien, deren Preissteigerung auch in der zu Beginn des neuen Erntejahres (1. Juli 1951) erfolgten Heraufsetzung der Düngemittelpreise zum Ausdruck kommt. In diese Gruppe sind aber auch Kohle, Eisen und Stahl einzuordnen, deren amtlich festgesetzte Preise allerdings nicht heraufgesetzt wurden, da bei einer allgemeinen Erhöhung dieser Preise, durch die alle Verbrauchergruppen betroffen worden wären, ein leichter Anstieg der Endverbraucherpreise auch einiger für die Lebenshaltungskosten wichtiger Waren nicht zu umgehen gewesen wäre, was im Interesse der Stabilhaltung des Lohn- und Preisniveaus vermieden werden mußte. Deshalb wurde — wie bereits im letzten Monatsbericht geschildert — der Ausweg einer Spaltung des Kohlenmarktes sowie, als Übergangslösung, eines „Kostenausgleichs“ zwischen der eisenschaffenden und der eisenverarbeitenden Industrie in der Form von gestaffelten Sonderaufschlägen auf die Preise der einzelnen Eisen- und Stahlsorten gewählt. Nach dem Kohlenverteilungsplan für das dritte Vierteljahr 1951, der nunmehr von einer durchschnittlichen Tagesförderung von 379 000 t ausgeht, werden etwa 20 vH der für die verarbeitende



Industrie vorgesehenen Mengen an Steinkohlen, Steinkohlenkoks und Steinkohlenbriketts mit einem Aufpreis von 35,— DM (bei Steinkohlenkoks von 46,— DM) je t verkauft, so daß sich für diese Industriezweige ein Durchschnittspreis von etwa 47,50 DM je t Steinkohle ergibt gegenüber

einem Normalpreis von 42,— DM je t. Nach dem Verteilungsplan sollen dem gleichen Bestellerkreis außerdem 1 Mill. t USA-Importkohle zu einem Durchschnittspreis frei Verbrauchsort von etwa 115 DM je t zur Verfügung gestellt werden, so daß sich, soweit diese Pläne verwirklicht werden können, ein gewogener Durchschnittspreis von etwa 66,— DM je t, also eine Kostenerhöhung um rd. 57 vH ergeben würde. Im Vergleich zu dieser Preissteigerung, die die westdeutsche verarbeitende Industrie zu tragen hat, erscheint die Heraufsetzung des durchschnittlichen Kohlenexportpreises, der zuletzt im Durchschnitt etwa 11 \$ oder 46,20 DM ab Zeche betrug und damit um 4,20 DM über dem durchschnittlichen westdeutschen Inlandspreis lag, auf 14,50 \$ oder 60,90 DM durchaus gerechtfertigt.

Ebenso wie der Einführung der „Aufpreiskohle“ liegt auch dem Kostenausgleich bei Eisen und Stahl die Erwartung zugrunde, daß auf diesem Wege die zur Abdeckung von Mehrkosten und zur Hebung des Produktionsanreizes unvermeidlichen Erlössteigerungen ohne stärkere Auswirkungen auf das allgemeine Preisniveau erreicht werden können. Allerdings erweist sich schon jetzt, daß durch die zunächst für die Zeit von Ende Juli bis 31. Oktober 1951 festgesetzten Ausgleichsbeträge, die je nach der Qualität der Stahlprodukte gestaffelt sind, aber einen Durchschnittssatz von 50,— DM je t Walzstahl nicht überschreiten sollen, ein voller Ausgleich der entstandenen Mehrkosten keineswegs erreicht ist. So waren unter anderem Kostenfaktoren wie die Verteuerung der Hilfsstoffe und die Lohnerhöhungen vom Februar und März 1951 nicht berücksichtigt worden, während die Mehrerlöse, die die Industrie aus dem Reexport von Walzwerkserzeugnissen erwartete, infolge stärkerer Heranziehung von Devisen zur Deckung der Kohlenimporte hinter den ursprünglichen Ansätzen zurückblieben. Je höher aber die Ausgleichsbeträge festgesetzt werden müssen — seitens der eisenschaffenden Industrie wird eine Erhöhung auf durchschnittlich 65,— DM je t angestrebt —, desto weniger kann der verarbeitenden Industrie zugemutet werden, solche Lasten innerbetrieblich auszugleichen. Auf die Dauer kann jedenfalls nur eine solche Lösung des Problems der „Engpaßpreise“ sinnvoll sein, die nicht nur dem Produzenten einen ausreichenden Anreiz zur Leistungs-

steigerung gibt, sondern auch alle Verarbeiter und Verbraucher zu sparsamster Verwendung der knappen Grundstoffe veranlaßt.

*Wichtige Preisindexziffern im Bundesgebiet
Juni 1950 = 100¹⁾*

Zeit	Grundstoffpreise ²⁾			Erzeugerpreise industrieller Produkte				Lebenshaltungskosten	
	gesamt	industrielle	landwirtschaftliche	gesamt	Grundstoffe ³⁾	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	mit Obst und Gemüse	ohne
1948									
Dezember	97,5	100,0	91,7	107,9	102,6	114,7	112,1	111,3	110,7
1949									
Dezember	98,5	93,6	107,7	101,7	100,0	104,7	103,6	103,3	104,7
1950									
Juli	102,5	101,8	104,8	100,6	100,5	100,0	100,6	98,7	100,0
August	104,5	104,6	104,8	101,1	101,1	99,4	103,0	98,0	100,0
September	110,1	112,4	106,5	103,9	104,2	99,4	106,1	98,0	100,7
Oktober	111,1	114,2	105,4	105,1	105,8	99,4	106,7	98,7	100,7
November	113,1	117,4	105,4	106,2	108,4	100,0	107,3	99,3	101,3
Dezember	115,7	121,6	104,8	109,6	113,7	101,2	107,9	100,0	102,0
1951									
Januar	121,2	128,0	108,3	115,2	120,5	104,1	112,7	102,0	103,3
Februar	123,7	131,2	109,5	119,1	125,3	106,5	117,0	103,3	104,7
März	126,8	134,4	111,3	122,5	128,4	107,6	121,8	106,6	108,0
April	126,3	132,6	114,3	124,7	131,1	108,8	124,2	107,9	108,7
Mai	123,7	128,9	113,7	125,3	130,5	111,2	124,2	109,3	109,3
Juni	123,7	127,5	116,7	124,7	130,0	111,8	124,2	110,6	110,0
Juli ⁴⁾	124,7	127,1	120,2	124,2	128,9	111,8	123,0	110,6	111,3

¹⁾ Umgerechnet auf Grund der Originalziffern des Statistischen Bundesamtes (1938 = 100). — ²⁾ Inländische und ausländische Grundstoffe. — ³⁾ Nur im Inland erzeugte Grundstoffe. — ⁴⁾ Vorläufig.

Die Gesamtindexziffer der Erzeugerpreise industrieller Produkte hat sich im Juli weiter geringfügig abgeschwächt. Während die Preise der „überwiegend Investitionsgüter erzeugenden Industrien“, die bereits im Juni nur noch geringfügig gestiegen waren, nunmehr stagnierten, gaben sowohl die Preise der im Inland erzeugten Grundstoffe (in dem Index kommen die für Eisen und Stahl zu zahlenden Aufschläge noch nicht zum Ausdruck) als auch die Preise der „überwiegend Verbrauchsgüter erzeugenden Industrien“ um etwa 1 vH nach. Der Rückgang der Verbrauchsgüterpreise ist vor allem auf erneute beträchtliche Preissenkungen (im Durchschnitt um 4 vH) bei der Textil- und Bekleidungsindustrie zurückzuführen, deren Preise innerhalb der letzten beiden Monate um 6 vH gesunken sind. Aber auch die Leder- und Schuhindustrie hat ihre Preise erneut herabgesetzt, so daß sie im Juli um 9 vH unter dem im März 1951 erreichten Höchststand lagen. Dem Rückgang der Erzeugerpreise entsprechend ist auch der Teil-

index „Bekleidung“ im Rahmen der Lebenshaltungskosten im Juli wie auch schon im Juni um rd. 0,5 vH gegenüber dem Vormonatsstand zurückgegangen, während allerdings der Teilindex „Hausrat“ noch seinen Anstieg um den gleichen Satz fortgesetzt hat. Immerhin spricht vieles dafür, daß die diesjährigen Sommerschlußverkäufe auf einigen Gebieten einen ziemlich heftigen Einbruch in die bis dahin noch verhältnismäßig starre Front der Einzelhandelspreise bewirkt haben, so daß breiten Schichten die Möglichkeit geboten war, ihren Bedarf zu vergleichsweise günstigen Bedingungen zu decken. Unter Berücksichtigung der saisonmäßig fallenden Obst- und Gemüsepreise ist ferner im Juli der Anstieg der Gesamtindexziffer der Lebenshaltungskosten

*Entwicklung der Löhne in wichtigen Industriezweigen
und der Lebenshaltungskosten im Bundesgebiet*

	März 1950	März 1951	Zunahme in vH
Bruttowocheverdienste, in DM			
Männliche Arbeiter			
Durchschnitt aller Gewerbegruppen (einschließlich Bergbau)	66,34	75,75	+ 14
Steinkohlenbergbau ¹⁾	74,79	88,09	+ 18
Eisenschaffende Industrie	74,97	89,21	+ 19
Gießereiindustrie	71,05	85,08	+ 20
Metallverarbeitende Industrie	65,92	77,18	+ 17
Chemische Industrie ²⁾	68,36	80,25	+ 17
Baugewerbe	61,64	66,50	+ 8
Textilindustrie	58,97	65,89	+ 12
Weibliche Arbeiter			
Durchschnitt aller Gewerbegruppen	38,29	43,47	+ 14
Metallverarbeitende Industrie	39,93	47,57	+ 19
Textilindustrie	40,90	45,14	+ 10
Bekleidungsindustrie	35,71	40,88	+ 14
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	30,71	33,29	+ 8
Stundenlöhne, in Dpf			
Männliche Arbeiter			
Durchschnitt aller Gewerbegruppen (einschließlich Bergbau)	137,2	155,3	+ 13
Steinkohlenbergbau ¹⁾	152,0	175,0	+ 15
Eisenschaffende Industrie	148,7	177,6	+ 19
Gießereiindustrie	147,6	171,5	+ 16
Metallverarbeitende Industrie	137,3	158,3	+ 15
Chemische Industrie ²⁾	140,5	160,2	+ 14
Baugewerbe	134,7	145,7	+ 8
Textilindustrie	118,1	135,1	+ 14
Weibliche Arbeiter			
Durchschnitt aller Gewerbegruppen	86,2	96,7	+ 12
Metallverarbeitende Industrie	88,5	101,8	+ 15
Textilindustrie	90,8	101,3	+ 12
Bekleidungsindustrie	84,1	93,3	+ 11
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	73,6	79,8	+ 8
Indexziffer der Lebenshaltungskosten, 1938 = 100			
Lebenshaltungskosten insgesamt	153	161	+ 5
Ernährung	159	168	+ 6
Bekleidung	191	209	+ 9

¹⁾ Einschließlich des Wertes der Deputatkohle. — ²⁾ Einschließlich Gummi- und Asbestverarbeitung.

zum ersten Mal seit September 1950 zum Stillstand gekommen. Bei Ausschaltung der Obst- und Gemüsepreise weist die Ziffer allerdings infolge des dann zu verzeichnenden Anstiegs der Untergruppe „Ernährung“ um etwa 2 vH, der sich vor allem aus dem Übergang zu Kartoffeln neuer Ernte erklärt, noch eine Erhöhung um 1 vH auf.

In der lohnpolitischen Lage Westdeutschlands ist während der vergangenen Wochen zumindest keine weitere Verschärfung eingetreten. Offensichtlich sind mit der Änderung der konjunkturellen Konstellation — dem Rückgang der Industrieproduktion, der nur noch sehr bescheidenen Beschäftigungszunahme, den wachsenden Schwierigkeiten der Grundstoffversorgung und der starken Erschwerung einer Exportsteigerung — auch die überaus engen Grenzen deutlich geworden, innerhalb deren Lohnerhöhungen geeignet wären, die wirtschaftliche Lage der werktätigen Bevölkerung tatsächlich zu verbessern. In einigen Wirtschaftszweigen, insbesondere im Verbrauchsgütersektor, ist die Liquiditätslage mancher Betriebe bereits so angespannt, daß angesichts der begrenzten Nachfrage Lohnerhöhungen die Aufrechterhaltung des Produktions- und Beschäftigungsstandes gefährden könnten. Außerdem scheint auch im zweiten Vierteljahr 1951

der Anstieg der Lebenshaltungskosten wieder hinter der Zunahme der Arbeitsverdienste zurückgeblieben zu sein, nachdem bereits in den zwölf Monaten von März 1950 bis März 1951 die Lebenshaltungskosten weniger gestiegen waren als die Industriearbeiter-Löhne, wie die Tabelle zeigt.

Wenn auch neuere Ergebnisse der amtlichen Lohnerhebungen noch nicht vorliegen, so ist doch aus den Ergebnissen der Industriebereichterstattung zu schließen, daß die Löhne eher wieder stärker als die Lebenshaltungskosten gestiegen sind. Mit dem Hinweis auf die gestiegenen Lebenshaltungskosten sind allerdings die bereits vor längerer Zeit erhobenen Lohnforderungen z. B. der Metallarbeiter weiterhin mit erheblichem Nachdruck geltend gemacht worden. Es sind auch in letzter Zeit in Einzelfällen (rheinischer Braunkohlenbergbau, Binnenschifffahrt, einige Verbrauchsgüterzweige) weitere Tarifabkommen von Gewerkschaftsseite gekündigt worden. Im großen und ganzen hat es jedoch den Anschein, als ob die — durch die Restriktionsmaßnahmen des Zentralbanksystems unterstützten — Bemühungen der Bundesregierung, im Rahmen der wirtschaftlichen Gegebenheiten das Verbraucherpreisniveau stabil zu halten, nicht ohne Einfluß auf den Stand der Lohndiskussion geblieben sind.

Außenwirtschaft

Einfuhr, Ausfuhr und Handelsbilanzsaldo

Die Entwicklung des Außenhandels bot im Juli wiederum ein verhältnismäßig günstiges Bild.

Die Ausfuhr hat ihren seit Ende 1949 in Gang befindlichen und seitdem nur durch mehr oder weniger zufallsbedingte monatliche Schwankungen unterbrochenen starken Anstieg fortgesetzt. Mit rd. 1 325 Mill. DM war sie um etwa 75 Mill. DM (= rund 6 vH) höher als im Juni, obwohl die Zahl der Arbeitstage im Juli nicht größer war als im Juni und die Industrieproduktion im Juli schon im zweiten Monat einen ziemlich starken Rückgang aufwies. Gegenüber dem Stand vom Dezember 1950 — dem Höchststand des vorigen Jahres — ist damit eine Zunahme von 315 Mill. DM oder fast einem Drittel erzielt worden. Der Hauptteil des Anstiegs entfiel auch im Juli auf die

Fertigwarenausfuhr, während die Ausfuhr von Rohstoffen und Halbwaren zusammengenommen nahezu unverändert blieb. Innerhalb der Fertigwarenausfuhr wieder hat der Export von Enderzeugnissen weit stärker zugenommen als der von Vorerzeugnissen, so daß also auch hier das Vordringen derjenigen Güter zum Ausdruck kommt, bei denen der Wertanteil der heimischen Arbeit besonders hoch ist.

Was die regionale Entwicklung der Ausfuhr anbelangt, so haben die Exporte in den EZU-Raum im Juli weiter zugenommen. Mit fast 944 Mill. DM waren sie um rd. 100 Mill. DM, also um mehr als 10 vH höher als im Durchschnitt des zweiten Vierteljahrs. Gegenüber dem Monatsdurchschnitt des vierten Vierteljahrs 1950 beträgt die Zunahme sogar annähernd 250 Mill. DM oder rd. 35 vH. Der Anteil der Ausfuhr nach den EZU-Ländern an der Gesamtausfuhr ist in der gleichen

Der Außenhandel des Bundesgebiets¹⁾
in Mill. DM

Warengruppen	1950 M.-D. 4. Vj.	1951			
		Mon.-Durchschn. 1. Vj. 2. Vj.		Juni	Juli
I. Ausfuhr, gesamt	963,5	991,6	1 183,2	1 249,7	1 324,7
davon:					
Ernährungswirtschaft	33,5	42,4	30,2	26,6	34,3
Gewerbliche Wirtschaft	930,0	949,2	1 153,0	1 223,1	1 290,4
davon:					
Rohstoffe	105,6	104,5	110,4	114,0	101,3
Halbwaren	154,3	155,6	164,8	167,4	177,7
Fertigwaren	670,1	689,1	877,8	941,7	1 011,4
II. Einfuhr, gesamt	1 280,6	1 240,4	1 067,0	1 072,5	1 196,4
davon:					
Ernährungswirtschaft	517,3	473,2	440,7	482,1	514,8
Gewerbliche Wirtschaft	763,3	767,2	626,3	590,4	681,6
davon:					
Rohstoffe	385,9	447,0	399,0	376,4	406,9
Halbwaren	202,5	163,8	133,9	136,6	177,2
Fertigwaren	174,9	156,4	93,4	77,4	97,5
III. Saldo, gesamt ²⁾	- 317,1	- 248,8	+ 116,2	+ 177,2	+ 128,3
IV. Einfuhr auf Grund von Auslandshilfe	179,1	172,0	214,5	191,3	168,4
V. Einfuhr gegen Devisen	1 101,5	1 068,4	852,5	881,2	1 028,0
VI. Saldo des „kommerziellen“ Außenhandels ³⁾	- 138,0	- 76,8	+ 330,7	+ 368,5	+ 296,7

¹⁾ Einschließlich West-Berlin. — ²⁾ Einfuhrüberschüsse = —, Ausfuhrüberschüsse = +. — ³⁾ Saldo zwischen der Einfuhr gegen Devisen und der Ausfuhr.

Zeit zwar von 73 auf 71 vH gesunken, doch ist dabei zu berücksichtigen, daß im Vorjahr die deutsche Ausfuhr nach wichtigen, nicht dem EZU-Raum angehörenden Überseegebieten noch sehr unentwickelt war und erst im laufenden Jahr wieder eine gewisse Bedeutung erlangte. Jedenfalls steht fest, daß die vorübergehende Suspension der Liberalisierung, zu der sich die Bundesrepublik im Februar 1951 entschließen mußte, gemäß den Empfehlungen der OEEC, die den deutschen Schritt ja als berechtigt anerkannt hatte, zu keinen den Export gefährdenden Maßnahmen der übrigen EZU-Länder geführt hat. Auch die Ausfuhr nach denjenigen Ländern, mit denen die Bundesrepublik bilaterale Verrechnungsabkommen unterhält, hat im Juli weiter zugenommen. Das gilt insbesondere von den lateinamerikanischen Ländern, in die im Juli fast dreimal so viel ausgeführt werden konnte wie im Monatsdurchschnitt des Jahres 1950. Relativ unbefriedigend war dagegen im Juli wiederum die Aus-

fuhr in diejenigen Länder, mit denen der Zahlungsverkehr grundsätzlich in freien Dollar abgewickelt wird. Auf den nur noch verhältnismäßig geringen Anstieg im Juni ist nun sogar ein leichter Rückgang gefolgt. Gegenüber dem Monatsdurchschnitt des vierten Vierteljahrs 1950 war die Ausfuhr in alle Dollarländer (unter denen die Vereinigten Staaten natürlich der bei weitem stärkste Abnehmer sind) im Juli mit knapp 147 Mill. DM nur um 18 Mill. DM höher. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die Zunahme der Ausfuhr in der ersten Hälfte des Jahres weitgehend auf den Gegenlieferungen für die von den Vereinigten Staaten bezogene Kohle beruht hatte und insofern keine Devisen für zusätzliche Rohstoff- und Nahrungsmittelimporte erbrachte. Diese Entwicklung ist um so ungünstiger zu beurteilen, als die ECA-Hilfe im laufenden Marshallplan-Jahr bekanntlich wiederum stark gekürzt werden wird und die Bundesrepublik für ihre schon infolge der Kohlenbezüge wachsenden Einfuhren aus dem Dollarraum daher in steigendem Maße auf selbstverdiente Dollar angewiesen ist.

Die bemerkenswerteste Veränderung, die der Außenhandel im Juli aufweist, besteht jedoch darin, daß die Einfuhr verstärkt gestiegen ist, nachdem sie sich schon im Juni — zum ersten Mal seit den Einschränkungsmaßnahmen vom Frühjahr — leicht erhöht hatte. Mit 1 196 Mill. DM erreichte sie im Juli einen Stand, der um knapp 124 Mill. DM (d. h. um etwa 12 vH) über dem von Juni lag. Hinter dem Monatsdurchschnitt vom vierten Vierteljahr 1950 und vom ersten Vierteljahr 1951 blieb sie allerdings noch um etwa 64 Mill. DM zurück, wobei überdies zu berücksichtigen ist, daß inzwischen die meisten Einfuhrpreise erheblich gestiegen sind. Dem Volumen nach war die Einfuhr daher im Juli noch um rund ein Fünftel geringer als im Durchschnitt des vergangenen Winterhalbjahrs.

Die Einfuhr an ernährungswirtschaftlichen Gütern war an der Zunahme der Gesamteinfuhr im Juli nur relativ geringfügig beteiligt. Sie war allerdings in der Zeit der Einfuhrbeschränkung auch nur verhältnismäßig wenig zurückgegangen. Die Einfuhr für die gewerbliche Wirtschaft stieg dagegen um 90 Mill. DM an, war damit aber trotzdem noch immer um ungefähr den gleichen Betrag niedriger als im Monatsdurchschnitt des

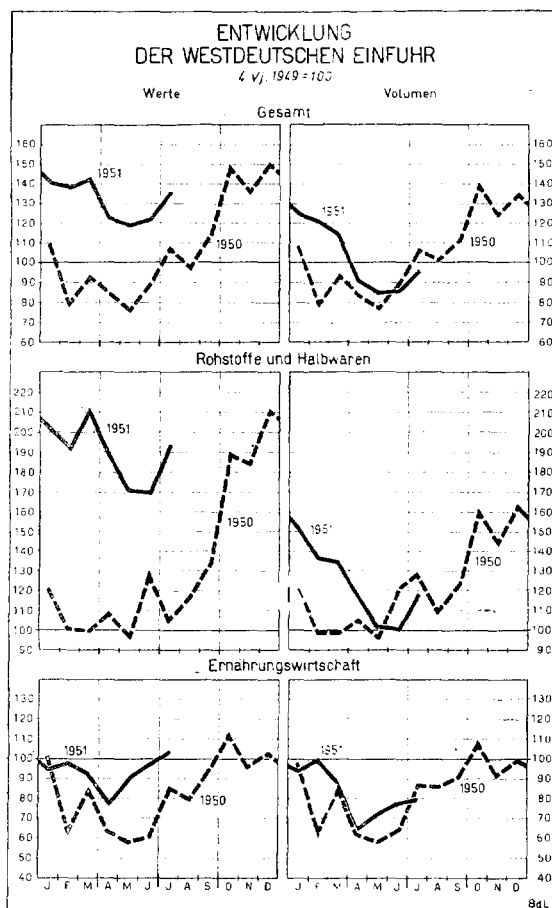
ersten Vierteljahrs. Von der Gesamtzunahme der „gewerblichen“ Einfuhr entfielen 30 Mill. DM auf industrielle Rohstoffe, 40 Mill. DM auf Halbwaren und 20 Mill. DM auf industrielle Fertigwaren. Wie die obige Übersicht zeigt, ist damit bei der Einfuhr an industriellen Fertigwaren jedoch erst ein kleiner Teil ihres von Anfang 1951 bis zum Juni zu verzeichnenden Rückgangs aufgeholt.

Regional betrachtet entfällt der größte Teil der Einfuhrzunahme wieder auf den EZU-Raum, auf den ja auch der dem Liberalisierungsstop folgende Einfuhrückgang beschränkt geblieben war. Die Juli-Einfuhr aus diesem Gebiet war um fast 110 Mill. DM (d. s. 19 vH) höher als die Juni-Einfuhr. Trotzdem lag sie damit noch immer um mehr als 200 Mill. DM oder rd. 23 vH unter der durchschnittlichen Monatseinfuhr im ersten Vierteljahr. Mit einem Dollarwert von 164 Mill. \$ war sie auch weiter geringer als dem im Einvernehmen mit der EZU für die Zeit bis nunmehr Oktober festgelegten monatlichen „Einfuhrplafond“ von 170 Mill. \$ entsprechen

hätte. Auf die Ursachen dieser Verzögerung wird im folgenden noch näher eingegangen werden.

Die Einfuhr aus den sonstigen Verrechnungsländern setzte ihren seit Jahresfrist nahezu ununterbrochenen Anstieg fort. Zurückgegangen ist jedoch die Einfuhr aus dem Dollar-Raum, die sich vom ersten zum zweiten Vierteljahr um fast 40 vH erhöht hatte. Allerdings beschränkte sich diese Abnahme auf die — nach dem Anstieg in der ersten Jahreshälfte tendenziell nun anscheinend wieder im Sinken begriffene — Einfuhr auf Grund der ECA-Hilfe, während die mit freien Dollar finanzierte Einfuhr weiter gewachsen ist.

Infolge der beträchtlichen Einfuhrzunahme ging der **Ausfuhrüberschuß**, den die Bundesrepublik seit dem April 1951 auch in ihrem gesamten, also nicht nur in ihrem „kommerziellen“ Außenhandel aufweist, zum ersten Male wieder etwas zurück, und zwar von 177 Mill. DM im Juni auf 128 Mill. DM im Juli. Die Abnahme wäre sogar noch stärker gewesen, wenn nicht, wie bereits oben angedeutet, die auf Auslandshilfe beruhende Einfuhr im Juli um 23 Mill. DM zurückgegangen wäre und damit den — erheblich über die Zunahme der Ausfuhr hinausgehenden — Anstieg der „kommerziellen“ Einfuhr um fast 147 Mill. DM teilweise kompensiert hätte. Der für die Entwicklung der Devisenposition maßgebliche Ausfuhrüberschuß im „kommerziellen“ Außenhandel ist jedenfalls von Juni bis Juli von 368,5 auf 296,7 Mill. DM, also um 71,8 Mill. DM gesunken und damit auch etwas unter den monatsdurchschnittlichen Stand vom zweiten Vierteljahr (330,7 Mill. DM) zurückgegangen. Wie aus der folgenden Übersicht hervorgeht, erklärt sich diese Abnahme vor allem aus der Saldenentwicklung gegenüber den EZU-Ländern, also aus der allmählich in Gang kommenden Anpassung der Einfuhr an den hier gegebenen Spielraum. Aber auch im Verkehr mit den sonstigen Verrechnungsländern und in noch stärkerem Maße im Verkehr mit dem „freien Dollar-Raum“, ist der Ausfuhrüberschuß gesunken, wobei bei den freien Dollar-Ländern von besonderer Bedeutung war, daß, wie oben erwähnt, die Ausfuhr in diese Gebiete im Juli zum ersten Mal seit längerer Frist nicht mehr gewachsen, sondern sogar leicht zurückgegangen ist.



Der „kommerzielle“ Außenhandel der Bundesrepublik nach Währungsräumen
in Mill. DM

Währungsräume	1950				1951				
	Monats-Durchschnitt				Monats-Durchschnitt				
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Juni	Juli	
Freie Dollar-Länder	Ausfuhr	47,6	62,0	95,8	129,0	113,2	139,4	147,9	146,9
	Einfuhr ¹⁾	32,4	41,9	24,4	40,4	49,8	90,7	113,2	126,2
	Saldo	+ 15,2	+ 20,1	+ 71,4	+ 88,6	+ 63,4	+ 48,7	+ 34,7	+ 20,7
EZU - Raum	Ausfuhr	399,8	457,4	549,4	698,8	731,8	846,2	889,1	943,5
	Einfuhr ¹⁾	571,1	508,3	677,0	941,9	892,8	590,1	581,1	691,4
	Saldo	- 171,3	- 50,9	- 127,6	- 243,1	- 161,0	+ 256,1	+ 308,0	+ 252,1
Sonstige Verrechnungsländer	Ausfuhr	53,4	75,2	77,6	133,0	144,2	195,0	210,2	231,7
	Einfuhr ¹⁾	49,1	42,3	70,5	118,8	125,9	171,7	186,9	210,4
	Saldo	+ 4,3	+ 32,9	+ 7,1	+ 14,2	+ 18,3	+ 23,3	+ 23,3	+ 21,3

¹⁾ Einfuhr gegen Devisen unter Zugrundelegung der Ergebnisse nach Einkaufsländern.

Zahlungsbilanz und Devisenposition

Parallel zur Entwicklung des Saldos im kommerziellen Außenhandel hat sich im Juli auch der Aktivsaldo, den die Bundesrepublik seit März im internationalen Zahlungsverkehr aufweist, verringert. Im ganzen war er nur noch etwa zwei Drittel so hoch wie im Mai, in dem er seinen bisherigen Höhepunkt erreicht hatte. Im Gegensatz zur allgemeinen Entwicklung sind dabei von Juni bis Juli die bei der Bank deutscher Länder angefallenen Überschüsse wieder etwas gewachsen, während bei den Außenhandelsbanken, deren Devisenbestände im Juni beträchtlich gestiegen waren, da sie in diesem Monat Deckung für einen ziemlich erheblichen Anstieg der Einfuhrakkreditive hatten beschaffen müssen, im Juli wieder ein leichter Devisenabgang zu verzeichnen war. Im ganzen war daher trotz der stärkeren Erhöhung der zentralen Devisenkonto, der Netto-Devisenanfall im Juli, wie gesagt, geringer als in jedem der beiden vorangegangenen Monate.

Regional gesehen ist vor allem der Überschuß im Verkehr mit dem Dollar-Raum gesunken. Zum ersten Male seit längerer Zeit erreichten hier die Devisenabgänge sogar beinahe die Devisenzugänge. Gegenüber den Verrechnungsländern außerhalb der EZU schloß die laufende Zahlungsbilanz — wie nun schon seit beinahe Jahresfrist — sogar wiederum mit einem leichten Defizit ab. Im Zahlungsverkehr mit den EZU-Ländern dagegen hat sich der Aktivsaldo — wie

aus der Tabelle zu ersehen ist — im Juli wieder um 9,9 Mill. \$ erhöht, obwohl in Anbetracht der oben geschilderten Abnahme des Ausfuhrüberschusses eher eine Verminderung zu erwarten gewesen wäre. Daß diese nicht eintrat, dürfte, abgesehen von den sich häufig ergebenden zeitlichen Verschiebungen in der Entwicklung des Handels- und Zahlungsverkehrs, vor allem darauf zurückzuführen sein, daß im Juli offenbar wieder nicht unbeträchtliche Vorauszahlungen für künftige Ausfuhr geleistet wurden, die später selbstverständlich zu entsprechenden Ausfällen in der Devisenbilanz führen werden.

Ähnliche Vorbehalte sind bei der Beurteilung der Entwicklung der offiziellen „Rechnungsposition“ der Bundesrepublik gegenüber der EZU zu machen. Wie aus der folgenden Übersicht hervorgeht, schloß diese im Juli mit einem Überschuß von 70,8 Mill. \$ (gegenüber einem solchen von 46,8 Mill. \$ im Juni) ab. Die Verbesserung der „Rechnungsposition“ war also noch stärker als die der gesamten Zahlungsposition, deren Überschuß sich von 59,5 Mill. \$ im Juni auf 69,4 Mill. \$ im Juli, also um die bereits oben erwähnten 9,9 Mill. \$ erhöhte. Der Unterschied erklärt sich daraus, daß im Juni zur Deckung umfangreicherer Akkreditivgestellungen für Importe auf den nicht in die Rechnungsposition einbezogenen Konten, vor allem also auf den Konten der privaten Außenhandelsbanken, zu Lasten der „zentralen“ Konten erhebliche Devisenbestände angesammelt worden waren, während im Juli diese Konten sogar leicht

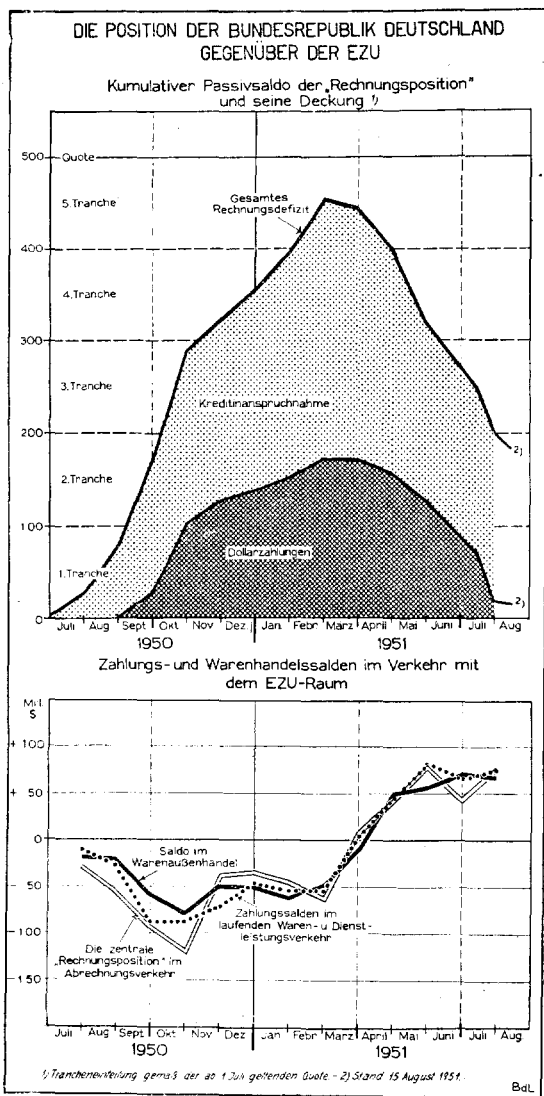
zurückgingen. Bis zu einem gewissen Grade ist also die Verbesserung der zentralen Verrechnungspositionen nur ein Reflex von zahlungstechnischen Verschiebungen, der für die längerfristige Entwicklung der Devisenbilanz wenig besagt, da derartige Verschiebungen sich oft rasch wieder in ihr Gegenteil verkehren.

Immerhin hat sich mit dem erneuten hohen Überschuß im Juli die Devisenposition nicht unbedeutend verbessert. Das kumulative Rechnungsdefizit, das die Bundesrepublik im Abrechnungsverkehr mit der EZU infolge der hohen Fehlbeträge vom vergangenen Winter auch heute noch aufweist, ist mit dem Aktivsaldo vom Juli

auf 202,0 Mill. \$ gegenüber 272,8 Mill. \$ per Ende Juni und 457,1 Mill. \$ per Ende Februar (seinem bisherigen Höhepunkt) geschrumpft, womit die Bundesrepublik freilich immerhin noch der zweitgrößte Schuldner der EZU ist. Die Abrechnung über das Juli-Ergebnis des Zahlungsverkehrs erfolgte überdies auf Grund der neuen, vom Rat der OEEC am 4. August 1951 beschlossenen Quotenregelung, durch die die Quote der Bundesrepublik bei der EZU für das am 1. Juli 1951 begonnene Geschäftsjahr von 320 auf 500 Mill. \$ (als einzige neben der Hollands) erhöht worden ist. Nach dieser Erhöhung — mit der der Tatsache Rechnung getra-

Zur Entwicklung der Devisenposition der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem EZU-Raum seit Juli 1950 in Mill. \$

Zahlungssalden und ihre Abdeckung	1950		1951					Juli 1950 bis Juli 1951
	Juli/Sept.	Okt./Dez.	Jan./März	April	Mai	Juni	Juli	
A. Die Entwicklung der Zahlungssalden								
1. Rechnungsposition gegenüber der EZU davon:	- 173,4	- 183,3	- 89,1	+ 45,1	+ 81,1	+ 46,8	+ 70,8	- 202,0
a) Monatliche Nettodefizite bzw. -überschüsse aus dem Handels- und Dienstleistungsverkehr ¹⁾	- 186,2	- 182,2	- 76,9	+ 48,1	+ 84,1	+ 52,3	+ 72,1	- 188,7
b) Ausgleich alter Forderungen und Schulden (netto)	+ 0,8	- 0,5 ²⁾	- 11,9	- 3,0	- 3,0	- 3,0	- 1,3 ²⁾	- 21,9
c) Verwendung von existing resources	+ 12,0	+ 0,3	- 0,3	-	-	-	-	+ 12,0
d) Zinsen auf Kreditinanspruchnahme im Rahmen der Quote	-	- 0,9	-	-	-	- 2,5	-	- 3,4
2. Veränderung der bei den Baseler Abrechnungen nicht berücksichtigten Konten der BDL und der Außenhandelsbanken	+ 66,9	- 25,3 ⁴⁾	- 21,2	- 1,2	- 1,0	+ 12,7	- 1,4	+ 29,5
Veränderung der gesamten Zahlungsposition gegenüber dem EZU-Raum (1+2) davon:	- 106,5	- 208,6	- 110,3	+ 43,9	+ 80,1	+ 59,5	+ 69,4	- 172,5
Zahlungssalden aus dem Handels- und Dienstleistungsverkehr	- 119,3	- 198,1	- 98,1	+ 46,9	+ 83,1	+ 65,0	+ 70,7	- 149,8
B. Die Abdeckung der Rechnungsposition gegenüber der EZU								
1. Kumulatives Rechnungsdefizit seit Anfang Juli 1950	- 173,4	- 356,7	- 445,8	- 400,7	- 319,6	- 272,8	- 202,0	-
2. Deckung (kumulativ)								
a) Kreditinanspruchnahme im Rahmen der Quote	142,4	192,0	192,0	192,0	191,9	182,6	181,2 ⁵⁾	-
b) Kreditinanspruchnahme im Rahmen des Sonderkredits	.	24,5	80,1	50,0	-	-	-	-
c) Dollarzahlungen im Rahmen der Quote	31,0	128,0	128,0	128,0	127,7	90,2	20,8 ⁵⁾	-
d) Dollarzahlungen im Rahmen des Sonderkredits	.	12,2	45,7	30,7	-	-	-	-
¹⁾ Bis Oktober 1950 ausschließlich der Schweiz. — ²⁾ Einschließlich einer Sonderforderung gegen Norwegen, die aus dem Jahre 1949 stammt und in halbjährlichen Raten von 1,3 Mill. \$ zurückgezahlt wird. — ³⁾ Darunter Verrechnung der seit 1. Juli 1950 aufgelaufenen Forderungen gegen die Schweiz in Höhe von 9,4 Mill. \$. — ⁴⁾ Darin enthalten 9,4 Mill. \$ für Monat November, die keine Verschuldung, sondern die Verrechnung der unter ²⁾ genannten Forderungen gegen die Schweiz darstellen. — ⁵⁾ Unter Berücksichtigung der Erhöhung der deutschen Quote auf 500 Mill. \$.								



gen wurde, daß die westdeutschen Zahlungsumsätze mit den EZU-Ländern im Jahre 1950 bereits um 70 vH höher waren als 1949, dem Basis-

jahr der bisherigen Quote, — hat sich der reine Kreditspielraum der Bundesrepublik bei der EZU wesentlich erweitert. Während nämlich im Rahmen der alten Quote bei einem Defizit von beispielsweise 200 Mill. \$ Goldzahlungen in Höhe von bereits 43,2 Mill. \$ fällig waren, beträgt nunmehr die Goldzahlungspflicht im gleichen Falle nur noch 20,0 Mill. \$, und der Rest geht ganz auf Kreditkonto.

Da sich die kumulativen Goldeinzahlungen der Bundesrepublik bei der EZU Ende Juni noch auf 90,2 Mill. \$ gestellt hatten, erhielt sie also auf Grund des Juli-Überschusses, der das kumulative Defizit von 272,8 auf 202,0 Mill. \$ verringerte, bei der Mitte August vorgenommenen Abrechnung 69,4 Mill. \$ in Gold zurück, während nach der alten Abrechnung die Goldrückzahlung nur 45,8 Mill. \$ ausgemacht hätte. Die gesamten Goldeinzahlungen der Bundesrepublik bei der EZU belaufen sich infolgedessen zur Zeit nur noch auf 20,8 Mill. \$, gegenüber 90,2 Mill. \$ nach der Abrechnung für Juni, während sich ihre Verschuldung gegenüber der EZU (ohne die in monatlichen Raten über die EZU abzudeckenden bilateralen Schulden gegenüber einzelnen Ländern in Höhe von zur Zeit noch 78,9 Mill. \$) durch die letzte Abrechnung von 182,6 auf 181,2 Mill. \$ ermäßigt hat. Der Kreditspielraum, den die Bundesrepublik nach der neuen Quote bei der EZU besitzt, beläuft sich für die Zeit ab 1. August 1951 noch auf 118,8 Mill. \$. Würde er voll in Anspruch genommen, so müßten gleichzeitig 179,2 Mill. \$ in Gold aufgebracht werden, da, wie aus der Tabelle zu ersehen ist, steigende Defizite nach wie vor

Kredit- und Goldanteile an der alten und an der neuen EZU-Quote der Bundesrepublik Deutschland
in Mill. \$

Tranche	Höhe der Tranchen innerhalb der Quoten		Vorgesehene Abdeckung von kumulativen Defiziten im Rahmen der einzelnen Tranchen				Vorgesehene Vergütung von kumulativen Überschüssen im Rahmen der einzelnen Tranchen			
	Alte Quote (320 Mill. \$)	Neue Quote ¹⁾ (500 Mill. \$)	durch Goldzahlung		durch Kreditanspruchnahme		Goldzahlungen		Kreditgutschriften	
			320	bei der Quote von 500	320	500	320	bei der Quote von 500	320	500
1. Tranche (20%)	0 bis 64	0 bis 100	—	—	64,0	100	—	—	64	100
2. Tranche (20%)	über 64 bis 128	über 100 bis 200	12,8	20	51,2	80	32	50	32	50
3. Tranche (20%)	über 128 bis 192	über 200 bis 300	25,6	40	38,4	60	32	50	32	50
4. Tranche (20%)	über 192 bis 256	über 300 bis 400	38,4	60	25,6	40	32	50	32	50
5. Tranche (20%)	über 256 bis 320	über 400 bis 500	51,2	80	12,8	20	32	50	32	50
			128,0	200	192,0	300	128	200	192	300

¹⁾ Wirksam für die Abrechnungen ab 1. Juli 1951.

mit überproportional wachsenden Goldzahlungen gedeckt werden müssen. Die Sonderkreditlinie in Höhe von 120 Mill. \$, die die Bundesrepublik von der EZU am 13. Dezember 1950 anlässlich der damaligen Zuspitzung der Zahlungsbilanzlage eingeräumt erhalten hatte und die an sich mit einer monatlichen Kürzung um 20 Mill. \$ bis Ende September aufrechterhalten werden sollte, ist mit Rücksicht auf die Quotenerhöhung am 10. August 1951 im gegenseitigen Einvernehmen zwischen Bundesregierung und OEEC vorzeitig annulliert worden. Die Linie ist bis zu 91,4 Mill. \$ ausgenutzt worden, und zwar wurde dieses Maximum bei der Abrechnung für Februar erreicht. Schon in der Abrechnung für April war es jedoch möglich geworden, auf eine weitere Inanspruchnahme jener Kreditmöglichkeit zu verzichten, da sich seitdem das Rechnungsdefizit der Bundesrepublik stets im Rahmen der Quote gehalten hat.

Tendenzen der weiteren Entwicklung

Die Verbesserung der Rechnungsposition Westdeutschlands gegenüber der EZU hat, soweit die Entwicklung übersehen werden kann, auch im August angehalten. Allerdings hat sich ihr Tempo bereits merklich verlangsamt, und es ist anzunehmen, daß sich hierin allmählich das Ende der Phase ständig hoher Überschüsse in der westdeutschen EZU-Bilanz anzukündigen beginnt.

Zweifellos hingen nämlich diese Überschüsse weitgehend damit zusammen, daß erst erheb-

liche Anlaufschwierigkeiten zu überwinden waren, bis es gelang, einer normaleren Einfuhr wieder die Wege zu ebneten. Nach dem Liberalisierungsstopp von Ende Februar dauerte es zunächst beinahe zwei Monate, bis mit dem Notprogramm vom April wieder die ersten Devisenfreigaben für Einfuhren aus dem EZU-Raum erfolgten. Diese Freigaben waren überdies sehr gering, da in keiner Weise vorausgesehen war, in welchem Tempo die noch ausstehenden Lizenzen realisiert werden würden und wie sich die Devisenerlöse entwickeln würden. Erst im Mai wurden dann größere Beträge freigegeben. Die Erwartung, daß sich diese alsbald in effektiven Einfuhren niederschlagen würden, ging indes nicht in Erfüllung. Es erwies sich nämlich, daß das Verfahren vom Beschluß des Einfuhrausschusses über die Durchführung einer bestimmten Ausschreibung bis zur endgültigen Ausstellung der Lizenz einen erheblichen Zeitraum erfordert, und daß dann in der Regel auch noch eine mehr oder weniger lange Zeit verstreicht, bis die Lizenz vom Importeur realisiert wird oder realisiert werden kann. Wie „schwerflüssig“ in manchen Fällen dieses Ganze ist, geht z. B. daraus hervor, daß auf Grund der bis Ende Juli bzw. Anfang August 1951 (Angaben für einen einheitlichen Stichtag sind nicht verfügbar) erfolgten Freigaben in Höhe von insgesamt 768 Mill. \$ bis zum gleichen Zeitpunkt erst für 361 Mill. \$ Lizenzen ausgegeben worden sind.

Nur wenig dürfte jedoch dieses Resultat durch „Einfuhrmüdigkeit“ bedingt sein. Dazu ist allein schon das Vakuum, das durch die nahezu zwei-

Devisenausschreibungen und Lizenzabgabe für Einfuhren aus dem EZU-Raum

Bezeichnung der Ausschreibungen	Beginn der Ausschreibungen	Ausschreibungen bis Anfang August ¹⁾ in Mill. \$	Ausgabe von Einfuhrbewilligungen bis Anfang August ¹⁾ in Mill. \$
Notprogramm April	14. 4. 1951	30,6 (bis 31. 7.)	25,7 (bis 31. 7.)
Notprogramm Mai	12. 5. 1951	49,6 (bis 31. 7.)	33,7 (bis 31. 7.)
Übergangsprogramm Juni			
exliberalisierter Sektor	28. 4. 1951	76,4	74,0
sonstige Einfuhren	5. 5. 1951	112,4	82,3
1. EZU-Ausschreibung			
exliberalisierter Sektor	29. 5. 1951	88,4	57,6
sonstige Einfuhren	22. 5. 1951	98,2	54,3
2. und 3. EZU-Ausschreibung			
exliberalisierter Sektor	9. 7. 1951	179,3	18,2
sonstige Einfuhren	9. 7. 1951	133,2	15,5
Insgesamt		768,1	361,3

¹⁾ Daten nach den letztverfügbaren Angaben in Klammern.

monatige Unterbrechung der Ausschreibungen und deren anfänglich nur geringe Höhe geschaffen wurde, viel zu groß. Tatsächlich zeigen die bisher vorliegenden Ausschreibungsergebnisse, daß bei fast allen „interessanteren“ Waren die seit dem April ausgeschriebenen Beträge mehr oder weniger stark überzeichnet worden sind:

*Grad der Überzeichnungen bei Ausschreibungen
im Reihfolgeverfahren*

Stand Ende Juli 1951

Ernährungssektor		
Notprogramm April	18,5 fach	
Notprogramm Mai	5,8 "	
Übergangsprogramm Juni, exliberalisierter Sektor	9,0 "	} 8,4 fach
Übergangsprogramm Juni, handelsvertraglicher Sektor	7,3 "	
1. EZU-Ausschreibung, exliberalisierter Sektor ¹⁾	6,6 "	
2. und 3. EZU-Ausschreibung, exliberalisierter Sektor (noch sehr unvollständig)	12,4 "	
Gewerblicher Sektor		
Notprogramm April	1,8 fach	
Notprogramm Mai	1,7 "	
Übergangsprogramm Juni, exliberalisierter Sektor	4,4 "	} 3,8 fach
Übergangsprogramm Juni, handelsvertraglicher Sektor	3,3 "	
1. EZU-Ausschreibung, exliberalisierter Sektor ¹⁾	5,0 "	
2. und 3. EZU-Ausschreibung, exliberalisierter Sektor (noch sehr unvollständig)	7,5 "	
Insgesamt		
Notprogramm April	12,1 fach	
Notprogramm Mai	4,3 "	
Übergangsprogramm Juni, exliberalisierter Sektor	6,1 "	} 5,1 fach
Übergangsprogramm Juni, handelsvertraglicher Sektor	4,1 "	
1. EZU-Ausschreibung, exliberalisierter Sektor ¹⁾	5,6 "	
2. und 3. EZU-Ausschreibung, exliberalisierter Sektor (noch sehr unvollständig)	10,0 "	

¹⁾ Einschl. Fachstellenverfahren.

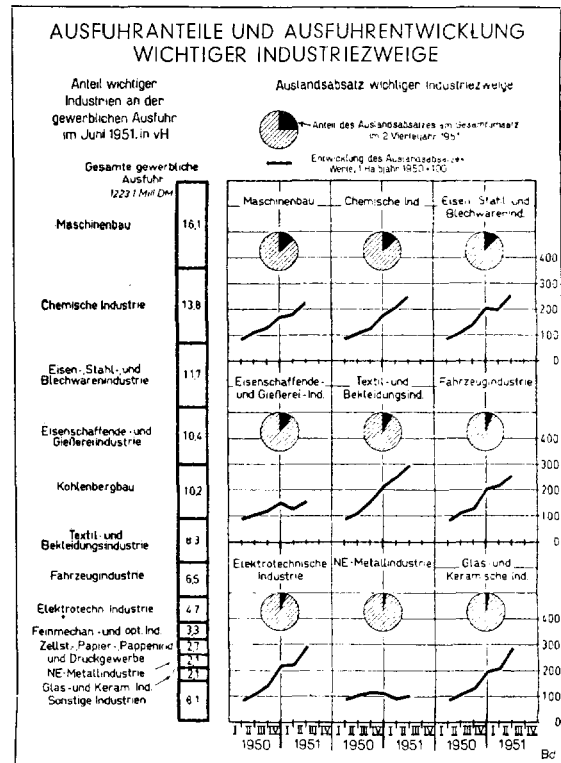
Aus diesem Grunde ist auch nicht anzunehmen, daß einmal erteilte Lizenzen sehr viel länger unausgenutzt bleiben als es die Beschaffungsmöglichkeiten erfordern, obwohl angesichts der in den letzten Monaten teilweise rückläufigen Preistendenzen an den Weltmärkten der Realisierungsdrang nicht mehr ganz so stark gewesen sein mag wie früher, sondern die Importeure sicher eher geneigt waren, unter Umständen auch etwas zu warten. Jedenfalls war der Betrag der unausgenutzten Einfuhrbewilligungen für den

EZU-Raum mit 296,6 Mill. \$ per 10. August 1951 nur um knapp 65 Mill. \$ höher als Ende Juni. Der Betrag an ausstehenden Devisenzuteilungsbestätigungen hat im Juli sogar um 33 Mill. \$ abgenommen und betrug Ende des Monats nur etwa 63 Mill. \$.

In letzter Zeit ist nun aber durch ein weitgehendes Vorziehen von Ausschreibungen, die erst in späteren Monaten zu entsprechenden Einfuhren führen sollen, dafür gesorgt worden, daß nicht infolge der Langwierigkeit des von der Devisenfreigabe bis zum effektiven Import reichenden Verfahrens der Anstieg der Einfuhr auf die Höhe des mit der EZU vereinbarten „Einfuhrplafonds“ noch länger verzögert wird. Dieser Einfuhrplafond sieht bekanntlich für die Zeit von Juni bis (nach den neuesten Abmachungen) zumindest Oktober effektive Einfuhren von 170 Mill. \$ (fob) im Monatsdurchschnitt vor. Die tatsächliche Einfuhr (und zwar die cif-Einfuhr, deren Wert um etwa 6 vH höher ist als die fob-Einfuhr) stellte sich demgegenüber im Juni auf nur 138 Mill. \$ und auch im Juli, wie bereits erwähnt, erst auf nur 164 Mill. \$, so daß sie in den Monaten August bis Oktober erheblich wachsen kann, um dem Plafond zu entsprechen. Im Hinblick auf diese Möglichkeit ist bereits im Juli mit massierten Ausschreibungen durch die Zusammenfassung zweier Monatsraten, nämlich der Rate für Juli und August, begonnen worden. Im Verlaufe des August wurden in Verfolg dieser Praxis die Ausschreibungen für September und Oktober (in Höhe von zusammen 380 Mill. \$) in Angriff genommen. Sicher wird sich damit auch die Lizenzausgabe beschleunigen. Die Dispositionsmöglichkeiten der Importeure sind also ständig im Wachsen begriffen, und es ist daher anzunehmen, daß sich in den nächsten Monaten der im Juni begonnene und im Juli bereits verstärkte Einfuhranstieg weiter fortsetzen wird.

Damit wird sich die Einfuhr dann freilich auch der Grenze nähern, die ihr gegenwärtig durch den Stand der Ausfuhr gezogen ist. Im Juli stellte sich diese nämlich auf knapp 225 Mill. \$, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Ausfuhrerlöse nicht nur zur Deckung des reinen Warenwertes der Einfuhr, sondern auch zur Bestreitung der Frachtkosten und anderer unsichtbarer Posten der Zahlungsbilanz sowie zur Tilgung der „alten“ Schulden dienen müssen — von der an sich

dringend erforderlichen Anschaffung einer gewissen Manipulationsreserve der Notenbank ganz abgesehen. Eine Steigerung der Einfuhr über den Stand von etwa 200 Mill. \$ hinaus (im Durchschnitt der Monate Oktober 1950 bis März 1951 stellte sie sich bei nicht unbeträchtlich niedrigeren Einfuhrpreisen auf fast 220 Mill. \$) würde jedenfalls, wenn sich die Devisenbilanz gegenüber der EZU nicht erneut verschlechtern soll, eine weitere Erhöhung der Ausfuhr zur Voraussetzung haben. Ob das möglich sein wird, läßt sich heute noch in keiner Weise übersehen. Fest steht nur, daß uns ein solches Ergebnis nicht als reife Frucht in den Schoß fallen wird. Schon seit geraumer Zeit ist aus Exportkreisen zu hören, daß der Wettbewerb an den internationalen Märkten wieder erheblich zugenommen hat. Auslandsaufträge sind daher zur Zeit weit schwieriger zu erhalten als im vergangenen Herbst, Winter und Frühjahr, aus welcher Zeit noch ein großer Teil der jetzt ausgeführten Exportaufträge stammt. Hinzu kommt, daß der derzeitige Kohlen- und Materialmangel naturgemäß auch den Export ungünstig zu beeinflussen droht, da es bei stärkeren, durch Versorgungsengpässe bedingten Produktionsrückgängen nicht leicht ist, einseitig die Belieferung von Auslandsaufträgen aufrechtzuerhalten. Gerade die wichtigsten Exportindustrien der Bundesrepublik, nämlich der Maschinenbau, die chemische Industrie, die Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwarenindustrie, die Eisenschaffende und Gießereiindustrie und der Fahrzeugbau, die, wie aus dem folgenden Schaubild hervorgeht, im Juni 1951 zusammen



fast 60 vH der Gesamtausfuhr ausmachen, sind aber im hohen Grade kohle- bzw. eisen- und stahlabhängig. Es wird daher großer Anstrengungen, und hierbei nicht zuletzt einer unbedingten Vermeidung jeder inflatorischen Tendenz bedürfen, um einer weiteren Ausdehnung des Exports die Wege zu ebnet, die übrigens nicht nur für die Aufrechterhaltung einer ausreichenden Versorgung, sondern auch für die „Re-Liberalisierung“ der Einfuhr eine unerläßliche Voraussetzung bildet.

Statistischer Teil

I. Zentralbankausweise	
1. Zusammengefaßter Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken	46
2. Ausweis der Bank deutscher Länder	48
3. Zahlungsmittelumlauf	49
4. Monatsausweise der Landeszentralbanken	49
II. Mindestreservenstatistik	
1. Reserveguthaben der Geldinstitute des Bundesgebietes, aufgegliedert nach Bankengruppen	50
2. Mindestreservesätze	50
III. Wöchentliche Bankenstatistik (480 Kreditinstitute)	
Kreditvolumen und Einlagen	51
IV. Monatliche Bankenstatistik (Bilanzstatistik)	
1. Geschäftsbanken	
a) Zwischenausweise, zusammengefaßt nach:	
Bundesgebiet	52
Länder	54
Bankengruppen	62
b) Gliederung der Einlagen von Nichtbanken nach Fristigkeit	70
c) Spareinlagen und Umsätze im Sparverkehr	70
2. Postscheckämter und Postsparkasse	
a) Einlagen und Vermögenswerte	71
b) Spareinlagen und Umsätze im Sparverkehr bei den Postsparkassenämtern	71
3. Bausparkassen	71
Einlagen, aufgenommene Gelder und Vermögenswerte	
4. Teilzahlungsfinanzierungsinstitute im Bundesgebiet	72
V. Kreditvolumen	
1. Kurzfristige Kredite der Geschäftsbanken und des Zentralbanksystems	72
2. Kredite des Zentralbanksystems an Bund, Länder und sonstige Nichtbanken	73
3. Kredite des Zentralbanksystems an Geldinstitute	74
4. Kurz-, mittel- und langfristige Kredite der Geschäftsbanken, zusammengefaßt nach:	
a) Bundesgebiet	75
b) Länder	76
c) Bankengruppen	80
5. Mittel- und langfristige Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Finanzierungs-AG	84
6. Gliederung der Kredite nach Wirtschaftszweigen (Geschäftsbanken, Kreditanstalt für Wiederaufbau und Finanzierungs-AG)	84
7. Inanspruchnahme von Freigaben aus counterpart funds	85
VI. Geldvolumen	
1. Entwicklung und Struktur des Geldvolumens	86
2. Umschlagshäufigkeit der Bankeinlagen von Nichtbanken	87
VII. Sonstige Geld- und Kreditstatistik	
1. Zinskonditionen	88
2. Festverzinsliche Wertpapiere (Durchschnittskurse und Indizes)	92
3. Emissionen von langfristigen Schuldverschreibungen und Aktien	92
VIII. Öffentliche Finanzen	
1. Aufkommen aus Bundes- und Ländersteuern, Monopolabgaben und Zöllen	93
2. Kurzfristige Verschuldung des Bundes	93
3. Haushaltseinnahmen und -ausgaben des Bundes	94
4. Die Hauptposten der kurzfristigen Verschuldung der Länder	94
5. Finanzstatus der Arbeitslosenversicherung im Bundesgebiet	95
6. Umlauf von kurzfristigen Schuldverschreibungen und Schatzwechseln	95
IX. Außenhandel	
1. Außenhandel des Bundesgebiets nach Warengruppen	96
2. Warenhandelsbilanz des Bundesgebiets nach Ländergruppen bzw. Ländern	97
X. Produktion, Beschäftigung und Preise	
1. Index der industriellen Produktion	98
2. Steinkohlenförderung und -ausfuhrüberschuß	99
3. Eisen- und Stahlerzeugung	99
4. Arbeitsmarkt	99
5. Preisindexziffern	100
XI. Internationale Übersichten	
Die Währungen der Welt, ihre Relation zum US-\$ und ihr errechneter Wert in DM	101
a) Feste Kursrelation verschiedener Währungen zum US-\$	101
b) Geld- und Briefkurse der Bank deutscher Länder	101
c) Feste und freie Kursrelationen von Fremdwäluen zum US-\$ und ihr errechneter Wert in DM	102

1. Zusammengefaßter Ausweis der Bank deutscher
in

Stand	Aktiva										
	Guthaben in aus- ländischer Währung ^{*)}	Sorten, ausländ. Wechsel und Schecks ^{*)}	Forderungen aus der Abwicklung des Auslands- geschäfts	Postscheck- guthaben	Inlands- wechsel	Schatz- wechsel und unverzins- liche Schatzan- weisungen	Deutsche Scheide- münzen ⁴⁾	Lombardforderungen			
								insgesamt	darunter gegen Ausgleichs- forderungen		
1	2	3	4	5	6	7	8	9			
Die Vergleichbarkeit der Zahlenreihen wurde durch Änderungen des Ausweis-Schemas											
1950											
31. März	657,6	(16,0)	(519,5)	28,5	(3 310,0)	228,3	.	258,8	241,4		
30. Juni	1 161,5	55,7	20,9	28,7	2 874,2	218,3	.	431,3	252,5		
31. Juli	1 317,8	53,7	19,6	27,8	2 776,1	179,7	21,7	240,9	231,2		
31. August	1 321,4	55,1	26,2	19,8	2 590,7	226,7	27,2	261,2	239,0		
30. September	1 461,2	58,0	50,3	27,1	3 235,3	297,7	29,7	312,0	287,3		
31. Oktober	1 262,5	57,8	24,9	30,3	3 900,3	420,3	40,1	300,4	273,7		
30. November	1 119,7	67,1	35,2	33,9	3 972,7	346,6	55,6	310,7	292,4		
31. Dezember	1 046,8	68,8	43,0	51,8	4 209,1	330,3	61,9	374,3	342,3		
1951											
31. Januar	936,2	71,8	40,8	23,6	3 747,6	405,6	76,5	342,8	333,2		
28. Februar	932,0	75,5	31,5	34,4	4 357,8	509,8	85,3	478,2	466,5		
31. März	1 087,7	78,7	18,5	135,7	4 024,8	238,7	85,0	435,2	421,9		
30. April	1 278,4	88,7	15,6	39,2	3 561,3	220,7	100,0	413,0	400,4		
31. Mai	1 539,1	138,5	13,6	67,9	3 529,9	450,7	92,4	389,6	383,4		
30. Juni	1 614,0	185,0	23,1	28,3	3 698,6	398,0	98,1	349,6	334,2		
31. Juli	1 925,7	172,7	14,7	32,2	3 565,6	342,3	90,3	285,9	222,4		
Passiva											
Stand	Banknoten- umlauf bis 30. 6. 50 Zahlungsmittelumlauf	Einlagen									
		insgesamt (Spalte 23, 24, 29 und 30)	Kredit- institute (einschl. Postscheck- u. Postsparkassen- ämter)	öffentlich-rechtlichen Körperschaften						von Spalte 22 entfallen	
				insgesamt	davon				Gemeinden und Gemeinde- verbände	sonstige öffentl. Körpers- schaften	
					alliierte Dienststellen ⁷⁾	Bund und Länder					
21	22	23	24	25	26	27	28				
Die Vergleichbarkeit der Zahlenreihen wurde durch Änderungen des Ausweis-Schemas											
1950											
31. März	(7 828,3)	(2 347,0)	866,8	(1 140,8)	(438,3)	(246,9)		14,2	441,4		
30. Juni	(8 160,0 ¹⁾	(4 248,6)	1 014,3	(2 854,8)	1 194,3	(1 294,9)		13,7	351,9		
31. Juli	8 100,8	(4 076,7)	1 036,4	(2 502,0)	964,9	(1 119,7)		9,9	407,5		
31. August	8 026,3	(4 035,9)	1 052,2	(2 583,0)	1 011,7	(1 221,2)		10,8	339,3		
30. September	8 213,1	(4 072,7)	1 055,4	(2 380,0)	1 036,0	(1 000,0)		14,2	329,8		
31. Oktober	8 122,8	(4 613,7)	1 436,1	(2 563,8)	1 039,9	(1 152,1)		10,2	361,6		
30. November	8 099,4	(4 912,3)	1 501,2	(2 741,4)	940,4	(1 361,8)		11,3	427,9		
31. Dezember	8 232,3	(5 178,8)	1 840,9	(2 523,1)	904,0	(1 240,2)		9,4	369,5		
1951											
31. Januar	7 761,0	4 992,9	1 361,9	2 686,8	1 032,6	1 386,2		8,5	259,5		
28. Februar	7 744,8	5 733,0	1 851,8	2 880,9	1 024,9	1 531,0		13,2	311,8		
31. März	7 781,0	4 959,6	1 678,4	2 380,9	1 008,8	1 115,8		14,1	242,2		
30. April	7 959,7	4 770,1	1 588,2	2 391,9	1 056,3	1 149,1		10,8	175,7		
31. Mai	7 867,1	5 557,2	1 812,5	2 429,5	1 052,3	1 167,5		10,2	199,5		
30. Juni	8 188,6	5 475,0	1 839,3	2 292,1	1 092,0	1 031,2		9,5	159,4		
31. Juli	8 383,8	5 724,4	1 845,8	2 593,0	1 106,9	1 250,8		12,9	222,4		

*) Differenzen in der Kommastelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen. den Aufsatz „Die Ausweise der Bank deutscher Länder“ in: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Januar 1949. — ²⁾ Bei landswechsel und Schecks in Spalte 2 (bis 31. 5. 1950 in Spalte 5). Ablösung des ERP-Vorlagekontos (bis 31. 5. 1950 in Spalte 3 mittel auf Grund des Vertrages über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den USA als Einlagen des Bundes (vgl. Spalte 26). waren bis 31. 5. 1950 in Spalte 31 enthalten. — Einbeziehung der Rücklagen und Rückstellungen der Bank deutscher Länder „sonstigen Passiven“ einbezogen.) — Am 7. 1. 1951 wurden einige Unterpositionen der Spalte 31, die im Zusammenhang mit den Ländern“ (vgl. Spalte 26) und „Guthaben sonstiger inländischer Einleger“ (vgl. Spalte 29) überführt. — ³⁾ Unter Kontrolle der findlichen Scheidemünzen ab 31. 7. 1950 aktiviert. — ⁴⁾ Nachträglich berichtigt durch Überführung eines Kredits (49,5 Mill. DM) 31. Juli 1951 25,7 Mill. DM „Schwebende Verrechnungen innerhalb des Zentralbanksystems“. — ⁷⁾ Bis zum 31. 12. 1950 „Hohe gen“ bei den Landeszentralbanken.

Ausweise

Länder und der Landeszentralbanken *) 1) 2)

Mill. DM

Aktiva										
insgesamt	Vorschüsse und kurzfristige Kredite				Wertpapiere		Beteiligung an der BdL	Forderungen gegen die öffentliche Hand		sonstige Vermögenswerte
	davon an				insgesamt	darunter angekaufte Ausgleichsforderungen		insgesamt	darunter Ausgleichsforderungen	
	Bund und Bundesverwaltungen	Länder	sonstige öffentliche Stellen	Besatzungsmächte						
10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
am 7. 6. 1950 und 7. 1. 1951 unterbrochen. Siehe Anmerkungen										
129,3	—	101,9	27,1	0,3	325,2	323,5	100,0	7 920,1	7 280,9	206,7
841,5	632,2	87,4	121,9	—	745,8	382,2	100,0	8 003,4	7 364,2	279,4
945,7	748,2	81,4	116,1	—	658,3	394,9	100,0	8 137,2	7 498,0	264,9
1 122,5	799,8	115,5	207,2	—	675,9	412,0	100,0	8 139,7	7 500,5	268,4
946,7	597,3	85,8	263,6	—	772,2	430,1	100,0	8 165,4	7 526,2	274,9
983,6	515,5	144,7	323,4	—	789,0	445,6	100,0	8 234,6	7 595,4	335,3
1 136,8	599,9 ⁵⁾	161,8	375,1 ⁵⁾	—	819,8	475,5	100,0	8 233,4	7 594,2	347,0
1 149,1	637,5	141,9	369,7	—	866,5	516,8	100,0	8 438,5	7 799,3	391,9
840,3	255,4	178,9	406,0	—	854,3	502,1	100,0	8 489,3	7 850,1	267,1 ⁶⁾
978,4	374,1	164,4	439,9	—	860,5	507,3	100,0	8 488,0	7 848,8	215,5
798,0	282,1	124,6	391,3	—	870,3	516,1	100,0	8 350,2	7 711,0	227,4
889,2	351,0	140,7	397,5	—	878,0	508,5	100,0	8 435,7	7 796,5	254,5
1 020,2	458,7	148,8	412,7	—	913,6	540,0	100,0	8 304,0	7 676,4	233,0
1 142,5	606,1	127,4	409,0	—	914,4	541,3	100,0	8 108,7	7 481,1	297,3 ⁶⁾
1 237,8	645,0	146,7	446,1	—	907,9	534,5	100,0	8 318,6	7 691,0	324,4 ⁶⁾

Passiva							
Einlagen		Verbindlichkeiten aus der Abwicklung des Auslandsgeschäfts	Grundkapital der BdL und der Landeszentralbanken	Rücklagen und Rückstellungen	Schwebende Verrechnungen innerhalb des Zentralbanksystems	sonstige Verbindlichkeiten	Bilanzsumme
auf Einlagen der							
sonstigen inländischen Einleger ⁸⁾	ausländischen Einleger						
29	30	31	32	33	34	35	36
am 7. 6. 1950 und 7. 1. 1951 unterbrochen. Siehe Anmerkungen							
(334,0)	5,4	(2 485,2)	385,0	(51,9)	142,9	(459,7)	13 700,0
(375,6)	3,9	(1 231,6)	385,0	289,1	86,3	360,1	14 760,7
(534,3)	4,0	(1 392,3)	385,0	312,7	65,1	410,8	14 743,4
(389,8)	10,9	(1 559,2)	385,0	313,8	99,3	415,3	14 834,8
(632,0)	5,3	(2 247,3)	385,0	369,7	47,2	395,5	15 730,5
(608,2)	5,6	(2 403,1)	385,0	381,9	156,7	415,9	16 479,1
(664,1)	5,6	(2 342,0)	385,0	381,9	24,8	433,1	16 578,5
(804,7)	10,1	(2 287,9)	385,0	393,1	110,5	544,4	17 132,0
936,5	7,7	2 114,6	385,0	386,0	—	556,4	16 195,9
997,4	2,9	2 309,3	385,0	385,8	35,4	553,6	17 146,9
895,9	4,4	2 311,7	385,0	347,7	74,2	591,0	16 450,2
781,2	8,8	2 188,7	385,0	365,3	22,2	583,3	16 274,3
1 305,6	9,6	1 987,8	385,0	559,6	53,8	382,0	16 792,5
1 335,9	7,7	1 808,4	385,0	493,2	—	607,4	16 957,6
1 281,1	4,5	1 727,9	385,0	511,2	—	585,8	17 318,1

— Nicht mehr vergleichbare Zahlenreihen sind durch () gekennzeichnet. — 1) Zur Erklärung der einzelnen Positionen siehe der Neugliederung des Ausweis-Schemas am 7. 6. 1950 ergaben sich folgende Veränderungen: Aktiva: Erfassung der Ausenthalten durch Übernahme von Wertpapieren (vgl. Spalte 15). — Passiva: Übernahme der ERP/GARIOA-Gegenwert-Umbuchung der Konten der JEIA, STEG und ERP-Verwaltung als Einlagen alliierter Dienststellen (Spalte 25). Beide Positionen in Spalte 33 (bisher in den „sonstigen Verbindlichkeiten“ — Spalte 35 — erfaßt. Im BdL-Ausweis sind die Rückstellungen in die ERP/GARIOA-Sonderkonten stehen bzw. reine Inlandsverbindlichkeiten darstellen, in die Positionen „Einlagen von Bund und Hohen Kommission. — 4) Infolge des Übergangs der Münzhoheit auf den Bund wurden die im Bestand des Zentralbanksystems bevon Spalte 13 in Spalte 11. — 6) Darin enthalten am 31. Januar 1951 18,0 Mill. DM, am 30. Juni 1951 40,0 Mill. DM und am Kommissare und sonstige alliierter Dienststellen“. — 8) Ab 31. 10. 1950 einschließlich des „Asservatenkontos Einfuhrbewilligung-

in Mill. DM

Stand	Aktiva												
	Guthaben in ausländischer Währung ³⁾	Sorten, ausländische Wechsel und Schecks ³⁾	Forderungen aus der Abwicklung des Auslands-geschäfts	Post-scheck-guthaben ⁴⁾	Inlands-wechsel	Schatz-wechsel und unver-zinsliche Schatzan-weisungen der Bundes-verwaltungen	Deutsche Scheide-münzen ⁵⁾	Lombard-forde-rungen	Vor-schüsse und kurz-fristige Kredite	Wert-papiere	Forderungen gegen die öffentliche Hand		sonstige Aktiva ⁴⁾
											Aus-gleichs-forde-rungen	unverzinsl. Schuld-verschrei-bungen	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
1949	Die Vergleichbarkeit der Zahlenreihen wurde durch Änderungen des Ausweis-Schemas am 7. 6. 1950 und am 7. 1. 1951 unterbrochen. Siehe Anmerkungen												
31. 12. 1949	833,9	(11,7)	(755,2)	31,7	(2 820,5)	—	. ⁵⁾	1 463,9	61,0	—	5 236,5	639,2	112,5
31. 3. 1950	657,6	(16,0)	(519,5)	27,0	(3 139,8)	19,4	.	1 458,4	24,0	0,2	5 057,2	639,2	75,2
30. 6. 1950	1 161,5	55,7	20,9	26,2	2 739,1	56,9	.	1 533,0	753,8	360,7	5 137,3	639,2	156,8
30. 9. 1950	1 461,2	58,0	50,3	25,3	3 084,3	162,8	29,7	1 349,4	860,7	335,0	5 215,6	639,2	120,4
31. 12. 1950	1 046,8	68,8	43,0	49,2	3 652,4	171,7	61,9	1 097,6	1 006,2	335,0	5 328,3	639,2	196,5
31. 1. 1951	936,2	71,8	40,8	21,9	3 514,5	249,0	76,5	1 153,6	659,4	335,0	5 373,5	639,2	89,2
28. 2. 1951	932,0	75,5	31,5	32,9	3 815,4	327,0	85,3	1 104,3	811,1	335,0	5 377,4	639,2	91,1
31. 3. 1951	1 087,7	78,7	18,5	133,4	3 782,6	78,4	85,0	1 010,8	670,2	335,0	5 289,2	639,2	91,3
30. 4. 1951	1 278,4	88,7	15,6	38,8	3 369,4	46,4	100,0	1 211,0	746,1	335,0	5 345,9	639,2	95,7
31. 5. 1951	1 539,1	138,5	13,6	67,5	3 125,3	303,3	92,4	870,4	869,1	335,0	5 201,9	627,6	107,6
30. 6. 1951	1 614,0	185,0	23,1	27,9	3 257,3	241,8	98,1	799,9	1 014,6	335,0	5 016,5	627,6	122,0
7. 7. 1951	1 704,9	182,9	13,5	55,0	3 257,2	278,8	100,1	569,2	942,0	335,0	5 089,2	627,6	124,2
15. 7. 1951	1 756,0	179,5	12,9	68,2	3 146,2	207,3	100,4	539,3	810,7	335,0	5 049,3	627,6	128,3
23. 7. 1951	1 839,0	179,8	10,4	100,0	3 016,7	91,1	103,1	500,2	668,0	335,0	5 260,8	627,6	135,2
31. 7. 1951	1 925,7	172,7	14,7	31,7	3 044,7	125,7	90,3	783,0	1 090,7	335,0	5 225,7	627,6	138,9
7. 8. 1951	1 965,5	174,7	7,7	45,3	3 126,4	130,2	92,2	472,2	1 091,9	335,0	5 290,6	627,6	140,6
15. 8. 1951	2 084,0	176,7	19,0	42,9	2 851,5	160,0	97,9	601,2	944,0	335,0	5 237,2	627,6	142,7

Passiva

Stand	Bank-noten-umlauf bis 30. 6. 50 Zahlungs-mittelumlauf	Einlagen								Verbind-lichkeiten aus der Abwick-lung des Auslands-geschäfts	sonstige Passiva	Grund-kapital	ge-setzliche und sonstige Rück-lagen	Bilanz-summe
		insgesamt (Spalte 16 bis 20)	aufgegliedert in Einlagen				alliiert Dienst-stellen ⁷⁾	sonstige						
			der Landes-zentral-banken	der Dienststellen des Bundes		sonstige								
				Gegenwert-konten des Bundes ⁶⁾	Gut-haben									
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25			
1949	Die Vergleichbarkeit der Zahlenreihen wurde durch Änderungen des Ausweis-Schemas am 7. 6. 1950 und am 7. 1. 1951 unterbrochen. Siehe Anmerkungen													
31. 12. 1949	(7 737,5)	(860,0)	426,3	—	(75,3)	(323,3)	(35,1)	(2 975,9)	(292,7)	100,0	—	11 966,1		
31. 3. 1950	(7 828,3)	(955,9)	308,7	—	(150,8)	(301,1)	(195,3)	(2 485,2)	(264,1)	100,0	—	11 633,5		
30. 6. 1950	(8 160,0)	(2 791,7)	342,9	(1 097,8)	(173,6)	996,6	(180,8)	(1 231,6)	287,8	100,0	70,0	12 641,1		
30. 9. 1950	8 213,1	(2 426,0)	186,4	(759,3)	(211,6)	840,7	(428,0)	(2 247,3)	335,5	100,0	70,0	13 391,9		
31. 12. 1950	8 232,3	(2 554,2)	372,2	(930,3)	(309,9)	750,5	(191,3)	(2 287,9)	452,2	100,0	70,0	13 696,6		
31. 1. 1951	7 761,0	2 657,0	330,3	1 052,7	233,1	847,2	193,7	2 114,6	458,0	100,0	70,0	13 160,6		
28. 2. 1951	7 744,8	2 977,0	440,1	1 176,7	337,1	838,3	184,8	2 309,3	456,6	100,0	70,0	13 657,7		
31. 3. 1951	7 781,0	2 610,2	360,5	901,6	142,5	844,8	360,8	2 311,7	427,1	100,0	70,0	13 300,0		
30. 4. 1951	7 959,7	2 548,1	340,8	1 003,7	70,5	845,3	287,8	2 188,7	443,7	100,0	70,0	13 310,2		
31. 5. 1951	7 867,1	2 828,6	386,8	953,9	152,0	854,1	481,8	1 987,8	317,8	100,0	190,0	13 291,3		
30. 6. 1951	8 188,6	2 659,6	363,6	824,7	147,9	950,0	373,4	1 808,4	496,2	100,0	110,0	13 362,8		
7. 7. 1951	7 926,0	2 802,8	589,6	827,0	129,9	936,4	319,9	1 844,8	496,0	100,0	110,0	13 297,6		
15. 7. 1951	7 782,6	2 677,1	462,5	824,7	136,7	935,5	317,7	1 799,9	491,1	100,0	110,0	12 960,7		
23. 7. 1951	7 394,2	3 003,1	513,3	1 068,3	167,1	949,2	305,2	1 777,4	482,2	100,0	110,0	12 866,9		
31. 7. 1951	8 383,8	2 793,0	277,6	1 066,9	221,4	947,7	279,4	1 727,9	491,7	100,0	110,0	13 606,4		
7. 8. 1951	8 071,1	3 042,8	567,7	1 136,8	261,1	819,3	257,9	1 685,2	490,8	100,0	110,0	13 499,9		
15. 8. 1951	7 836,4	3 046,6	584,5	1 139,1	300,9	806,9	215,2	1 729,5	497,2	100,0	110,0	13 319,7		

*) Differenzen in der Kommastelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen. — Nicht mehr vergleichbare Zahlenreihen sind durch () gekennzeichnet. — 1) Zur Erklärung der einzelnen Positionen siehe den Aufsatz „Die Ausweise der Bank deutscher Länder“, in: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Januar 1949. — 2) Bei der Neugliederung des Ausweis-Schemas am 7. 6. 1950 ergaben sich folgende Veränderungen: Aktiva: Erfassung der Auslandswechsel und Schecks in Spalte 2 (bis 31. 5. 1950 in Spalte 5). Ablösung des ERP-Vorlagekontos (bis 31. 5. 1950 in Spalte 3 enthalten) durch Übernahme von Wertpapieren (vgl. Spalte 10). — Passiva: Übernahme der ERP/GARIOA-Gegenwertmittel auf Grund des Vertrages über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den USA als Einlagen des Bundes (Sonderkonten des Bundes, vgl. Spalte 17). Umbuchung der Konten der JEIA, STEG und ERP-Verwaltung als Einlagen alliierter Dienststellen (Spalte 19). Beide Positionen waren bis 31. 5. 1950 in Spalte 21 enthalten. — Herausnahme der gesetzlichen und sonstigen Rücklagen (Spalte 24) aus den „sonstigen Passiven“. — Am 7. 1. 1951 wurde die Position „Sonderkonten des Bundes“ durch die den ERP/GARIOA-Sonderkonten vorgeschalteten Sammelkonten (bisher in Spalte 21 erfaßt) zur Position „Gegenwertkonten des Bundes“ erweitert. — Ferner wurden einige Unterpositionen der Spalte 21, die reine Inlandsverbindlichkeiten darstellen, in die Positionen „sonstige Guthaben der Dienststellen des Bundes“ (vgl. Spalte 18) und „sonstige Einlagen“ (vgl. Spalte 20) überführt. — 3) Unter Kontrolle der Hohen Kommission. — 4) Die Postscheckguthaben, die bis zum 31. 5. 1950 unter „Sonstige Aktiva“ erfaßt waren, wurden rückwirkend ausgegliedert. — 5) Infolge des Übergangs der Münzhohheit auf den Bund wurden die im Bestand des Zentralbanksystems befindlichen Scheidemünzen ab 31. 7. 1950 aktiviert. — 6) Bis zum 31. 12. 1950 „Sonderkonten des Bundes“. — 7) Bis zum 31. 5. 1950 „Einlagen der Besatzungsmächte“.

3. Zahlungsmittelumlauf
in Mill. DM

4. Monatsausweise der Landeszentralbanken nach dem Stand vom 31. Juli 1951*)
in Mill. DM

Stand	im Bundesgebiet ausgegebene Zahlungsmittel		im Bundes- gebiet und in Berlin ausge- gebene Zah- lungs- mittel
	Bank- noten und Klein- geld- zeichen ¹⁾	Scheide- münzen des Bundes	
1950			
30. 9.	7 781	143	8 356
7. 10.	7 559	143	8 114
15. 10.	7 370	144	7 918
23. 10.	6 974	143	7 520
31. 10.	7 694	145	8 268
7. 11.	7 455	145	8 010
15. 11.	7 202	146	7 748
23. 11.	6 886	146	7 435
30. 11.	7 672	147	8 246
7. 12.	7 606	148	8 173
15. 12.	7 467	150	8 056
21. 12.	7 251	170	7 875
31. 12.	7 797	182	8 414
1951			
7. 1.	7 538	187	8 149
15. 1.	7 127	193	7 738
23. 1.	6 658	199	7 255
31. 1.	7 325	214	7 975
7. 2.	7 072	223	7 724
15. 2.	6 820	231	7 478
23. 2.	6 599	237	7 255
28. 2.	7 298	246	7 991
7. 3.	7 075	255	7 766
15. 3.	6 851	262	7 542
23. 3.	6 707	268	7 422
31. 3.	7 320	277	8 058
7. 4.	7 043	282	7 770
15. 4.	6 876	287	7 604
23. 4.	6 489	289	7 209
30. 4.	7 479	300	8 260
7. 5.	7 238	305	8 003
15. 5.	7 082	323	7 841
23. 5.	6 521	332	7 273
31. 5.	7 407	348	8 215
7. 6.	7 199	354	8 003
15. 6.	7 033	363	7 830
23. 6.	6 703	366	7 504
30. 6.	7 720	382	8 570
7. 7.	7 477	389	8 315
15. 7.	7 343	394	8 177
23. 7.	6 966	396	7 791
31. 7.	7 915	413	8 797
7. 8.	7 624	417	8 488

*) Mit Ablauf des 31. 1. 1951 Anspruch aus allen Kleingeldzeichen erloschen.

	Baden	Bayern	Bremen	Hamburg	Hessen	Nieder- sachsen	Nord- rhein- Westfalen	Rhein- land- Pfalz	Schles- wig- Hol- stein	Würt- tem- berg- Baden	Würt- tem- berg- Hohen- zollern	insgesamt
Aktiva:												
Guthaben bei der BdL	16,5	48,3	2,9	85,5	38,9	27,4	0,1	20,1	7,8	34,6	11,8	293,9
Postscheckguthaben	0,1	0,1	0,0	0,1	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,5
Wechsel und Schecks	25,9	9,4	70,2	178,7	3,8	8,1	207,8	5,8	2,3	5,4	3,6	521,0
Schatzwechsel	36,0	—	—	13,6	19,6	2,6	137,0	—	7,9	—	—	216,7
Wertpapiere	0,6	5,1	0,9	—	—	2,7	14,9	1,4	5,5	6,2	0,9	38,2
Ausgleichsforderungen	92,2	567,2	50,4	219,5	292,9	365,3	725,2	130,2	169,9	327,0	60,2	3 000,0
davon:												
aus der eigenen Umstellung	(76,8)	(449,5)	(41,0)	(188,1)	(245,1)	(306,1)	(631,2)	(100,7)	(125,0)	(250,1)	(51,2)	(2 465,4)
angekaufte	(15,4)	(117,7)	(9,4)	(31,4)	(47,8)	(59,2)	(94,0)	(29,5)	(44,3)	(76,9)	(9,0)	(534,6)
Lombardforderungen	1,2	17,1	0,8	43,6	48,7	31,2	25,6	54,5	24,4	23,8	14,8	285,7
darunter												
gegen Ausgleichsforderungen	(1,2)	(16,5)	(0,8)	(5,8)	(34,5)	(30,5)	(24,6)	(48,0)	(23,9)	(21,7)	(14,8)	(222,3)
Kassenkredite	11,8	55,8	—	—	50,1	2,4	—	16,8	10,0	0,2	—	147,1
davon:												
an Landesregierung	(11,8)	(55,8)	(—)	(—)	(50,0)	(2,4)	(—)	(16,7)	(10,0)	(—)	(—)	(146,7)
sonstige öffentliche Stellen	(—)	(—)	(—)	(—)	(0,1)	(—)	(—)	(0,1)	(—)	(0,2)	(—)	(0,4)
Beteiligung an der BdL	2,5	17,5	3,0	8,0	8,5	11,5	28,0	5,5	4,5	9,0	2,0	100,0
Sonstige Vermögenswerte	9,1	16,6	2,2	4,2	24,5	15,4	60,4	8,1	9,6	6,9	2,9	159,9
Interimsforderungen aus der Neuordnung des Geldwesens	—	—	—	—	—	—	—	—	0,0	—	—	0,0
Summe der Aktiva	195,9	737,1	130,4	553,2	487,0	466,6	1 199,1	242,5	241,9	413,1	96,2	4 763,0
Passiva:												
Grundkapital	10,0	50,0	10,0	10,0	30,0	40,0	65,0	20,0	10,0	30,0	10,0	285,0
Rücklagen und Rückstellungen	8,1	50,3	7,0	29,8	27,0	31,7	33,4	14,2	18,0	25,7	5,6	250,8
Einlagen	137,9	402,8	104,5	481,2	353,4	227,9	917,7	166,2	64,9	287,0	56,2	3 199,7
davon:												
Kreditinstitute innerhalb des Landes (einschl. Postscheck- und Postsparkassenämter)	(53,5)	(288,0)	(25,5)	(87,3)	(189,3)	(190,4)	(509,9)	(91,5)	(41,3)	(186,3)	(41,0)	(1 764,0)
Kreditinstitute in anderen deutschen Ländern	(0,1)	(0,3)	(2,6)	(1,6)	(0,4)	(1,0)	(0,1)	(1,1)	(3,1)	(2,0)	(0,2)	(12,5)
öffentliche Verwaltungen	(2,3)	(16,2)	(19,6)	(10,8)	(15,5)	(7,5)	(67,0)	(26,3)	(4,5)	(25,7)	(2,5)	(197,9)
Dienststellen der Besatzungsmächte	(66,2)	(3,9)	(0,0)	(24,3)	(31,4)	(1,2)	(8,9)	(20,6)	(0,1)	(1,6)	(1,0)	(159,2)
sonstige inländische Einleger	(14,3)	(92,2)	(56,7)	(355,7)	(116,5)	(28,4)	(284,0)	(25,4)	(16,4)	(70,2)	(11,1)	(1 070,9)
ausländische Einleger	(0,1)	(0,1)	(—)	(1,5)	(2,8)	(0,0)	(0,1)	(0,0)	(0,0)	(0,0)	(0,0)	(4,6)
zwischen den Niederlassungen der LZB unterwegs befindliche Giroübertragungen	(1,4)	(2,1)	(0,1)	(—)	(/ 2,5)	(/ 0,6)	(/ 12,3)	(1,3)	(/ 0,5)	(1,2)	(0,4)	(/ 9,4)
Lombardverpflichtungen gegenüber der BdL	31,2	210,7	—	—	53,2	149,0	99,1	30,2	133,3	55,7	20,5	782,9
Interimsverbindlichkeiten aus der Neuordnung des Geldwesens	8,7	23,3	8,9	32,2	23,4	18,0	83,9	11,8	15,7	14,7	3,9	244,5
Sonstige Verbindlichkeiten	—	—	—	—	—	—	—	0,1	—	—	—	0,1
Summe der Passiva	195,9	737,1	130,4	553,2	487,0	466,6	1 199,1	242,5	241,9	413,1	96,2	4 763,0
Inlossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln	40,2	633,6	82,1	480,2	289,9	277,6	411,2	196,1	224,9	394,5	74,5	3 104,8
darunter												
Auslandswechsel (einschließlich Export-Tratten)	(6,6)	(41,1)	(7,5)	(41,7)	(30,0)	(26,4)	(178,0)	(11,9)	(6,9)	(42,7)	(10,6)	(403,4)

*) Differenzen in der Kommastelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen.

II. Mindestreservenstatistik

1. Reserveguthaben der Geldinstitute des Bundesgebietes, aufgegliedert nach Bankengruppen *)

Monatliche Reserve-Meldungen der Geldinstitute an die Landeszentralbanken

Bankengruppen	1951				1951				1951			
	April	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
	Gesetzliche Mindestreserven (Reserve-Soll) in Mill. DM				Summe der Überschubreserven (brutto) in Mill. DM				Summe der Reservefehlbeträge (brutto) in Mill. DM			
1. Kreditbanken	855,9	868,8	877,1	909,5	44,8	46,3	29,1	67,6	1,3	1,4	1,2	0,9
a) Nachfolgeinstitute ehem. Großbankfilialen	(527,3)	(537,6)	(539,4)	(557,2)	(29,1)	(30,5)	(14,5)	(39,5)	(0,1)	(0,0)	(0,0)	(—)
b) Staats-, Regional- und Lokalbanken	(249,6)	(253,6)	(257,4)	(266,7)	(9,4)	(8,1)	(7,7)	(19,5)	(0,1)	(0,2)	(0,2)	(0,1)
c) Privatbanken	(79,0)	(77,6)	(80,3)	(85,6)	(6,3)	(7,7)	(6,9)	(8,6)	(1,1)	(1,2)	(1,0)	(0,8)
2. Hypothekenbanken und öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten	2,6	3,3	3,5	3,1	1,5	0,9	2,2	1,5	0,0	0,0	—	—
3. Girozentralen	148,6	146,0	156,2	163,4	10,9	10,7	5,2	34,9	—	0,1	—	—
4. Sparkassen	518,7	525,7	535,1	540,6	8,0	9,0	8,4	9,8	5,9	3,8	3,4	1,4
5. Ländl. Zentralkassen und ländliche Kredit- genossenschaften	95,3	96,9	98,0	100,4	1,5	1,8	1,8	2,2	2,6	1,2	1,3	0,9
6. Gewerbliche Zentralkassen	3,1	2,9	3,0	3,2	0,3	0,3	0,3	0,5	—	—	—	—
7. Gewerbliche Kredit- genossenschaften	94,1	97,4	97,6	101,0	4,6	4,5	4,3	4,2	2,6	3,1	2,5	1,6
8. Sonstige Geldinstitute	138,8	140,9	137,5	144,0	3,9	4,8	4,7	5,3	0,2	0,0	0,1	0,0
Bankengruppen insgesamt	1 857,1	1 881,9	1 908,0	1 965,2	75,5	78,3	56,0	126,0	12,6	9,6	8,5	4,8
	Überschubreserven netto (Reservefehlbeträge netto —) in Mill. DM				Anteil der Überschubreserven (netto)							
					in vH der gesetzlichen Mindest- reserven (Reserve-Soll)				in vH der Gesamtsumme der Überschubreserven aller Bankengruppen			
1. Kreditbanken	43,5	44,9	27,9	66,7	5,1	5,2	3,2	7,3	69,2	65,4	58,7	55,0
a) Nachfolgeinstitute ehem. Großbankfilialen	(29,0)	(30,5)	(14,5)	(39,5)	(5,5)	(5,7)	(2,7)	(7,1)	(46,1)	(44,4)	(30,5)	(32,6)
b) Staats-, Regional- und Lokalbanken	(9,3)	(7,9)	(7,5)	(19,4)	(3,7)	(3,1)	(2,9)	(7,3)	(14,8)	(11,5)	(15,8)	(16,0)
c) Privatbanken	(5,2)	(6,5)	(5,9)	(7,8)	(6,6)	(8,4)	(7,3)	(9,1)	(8,3)	(9,5)	(12,4)	(6,4)
2. Hypothekenbanken und öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten	1,5	0,9	2,2	1,5	57,7	27,3	62,9	48,4	2,4	1,3	4,6	1,2
3. Girozentralen	10,9	10,6	5,2	34,9	7,3	7,3	3,3	21,4	17,3	15,4	11,0	28,8
4. Sparkassen	2,1	5,2	5,0	8,4	0,4	1,0	0,9	1,6	3,3	7,6	10,5	6,9
5. Ländl. Zentralkassen und ländliche Kredit- genossenschaften	— 1,1	0,6	0,5	1,3	— 1,2	0,6	0,5	1,3	— 1,8	0,9	1,1	1,1
6. Gewerbliche Zentralkassen	0,3	0,3	0,3	0,5	9,7	10,3	10,0	15,6	0,5	0,4	0,6	0,4
7. Gewerbliche Kredit- genossenschaften	2,0	1,4	1,8	2,6	2,1	1,4	1,8	2,6	3,2	2,0	3,8	2,2
8. Sonstige Geldinstitute	3,7	4,8	4,6	5,3	2,7	3,4	3,3	3,7	5,9	7,0	9,7	4,4
Bankengruppen insgesamt	62,9	68,7	47,5	121,2	3,4	3,7	2,5	6,2	100,0	100,0	100,0	100,0

*) Veränderungen gegenüber bereits bekanntgegebenen Zahlen sind auf nachträgliche Korrekturmeldungen zurückzuführen.

2. Mindestreservesätze in vH der reservspflichtigen Einlagen ¹⁾

Gültig ab:	Sichteinlagen		Befristete Einlagen	Spar- einlagen
	an Bank- plätzen ²⁾	an Nichtbank- plätzen		
1948 1. Juli	10	10	5	5
1. Dezember	15	10	5	5
1949 1. Juni	12	9	5	5
1. September	10	8	4	4
1950 1. Oktober	15	12	8	4

¹⁾ Reservspflichtig sind alle Einlagen auf Freikonto, Festkonto und Anlagekonto. Abgesetzt werden die Einlagen solcher Geldinstitute, die ihrerseits zum Halten von Mindestreserven bei Landeszentralbanken oder bei der Berliner Zentralbank verpflichtet sind. Als befristete Einlagen gelten: alle Einlagen mit fester Laufzeit oder Kündigungsfrist von mindestens einem Monat und die Guthaben auf Anlagekonto. Spareinlagen sind die in § 22 ff. KWG behandelten Konten. Als Sichteinlagen gelten alle übrigen Einlagen.

²⁾ Bankplätze sind Orte mit Landeszentralbank-Niederlassungen.

III. Wöchentliche Bankenstatistik (480 Kreditinstitute)

Kreditvolumen und Einlagen *)

Repräsentativerhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei 480 Kreditinstituten des Bundesgebiets

in Mill. DM

a) Kreditvolumen (nur kurzfristige Kredite)

Stand	Kurzfristige Kredite an Nichtbanken												kurzfristige Kredite an Kreditinstitute insgesamt
	insgesamt	davon			Wirtschaft und Private	Spalte 1 gliedert sich in kurzfristige Kredite an							
		Debitoren mit Laufzeit bis weniger als 6 Monate		Wechselobligo d. Kundschaft, Schatzwechsel u. unverzinsl. Schatzanweisungen		Öffentl. rechtl. Körperschaften	davon		davon				
		insgesamt	darunter Akzeptkredite				Debitoren mit Laufzeit bis weniger als 6 Monate	Wechselobligo der Kundschaft	Debitoren mit Laufzeit bis weniger als 6 Monate	Schatzwechsel u. unverzinsl. Schatzanweisungen, sonstige Wechsel			
1	2	3	4	5	6		7	8	9	10	11	12	13
1951													
31. 1.	9 703,5	6 053,8	1 782,7	3 649,7	9 342,5	5 862,0	1 782,5	3 480,5	361,0	191,8	0,2	169,2	1 755,8
28. 2.	9 972,5	6 161,6	1 673,3	3 810,9	9 635,5	5 992,5	1 673,2	3 643,0	337,0	169,1	0,1	167,9	1 769,6
31. 3.	9 493,0	5 698,2	1 491,1	3 794,8	9 140,3	5 529,3	1 490,8	3 611,0	352,7	168,9	0,3	183,8	1 817,7
30. 4.	9 264,3 ¹⁾	5 451,0 ¹⁾	1 361,9	3 813,3	8 819,7 ¹⁾	5 285,5 ¹⁾	1 361,8	3 534,2	444,6	165,5	0,1	279,1	1 735,6
31. 5.	9 349,6	5 548,0	1 273,8	3 801,6	8 917,1	5 354,8	1 273,7	3 562,3	432,5	193,2	0,1	239,3	1 736,3
7. 6.	9 311,2	5 498,6	1 264,5	3 812,6	8 903,7	5 334,8	1 264,4	3 568,9	407,5	163,8	0,1	243,7	1 774,6
15. 6.	9 649,4	5 858,3	1 221,6	3 791,1	9 276,8	5 683,8	1 221,5	3 593,0	372,6	174,5	0,1	198,1	1 813,5
23. 6.	9 644,1	5 696,0	1 214,4	3 948,1	9 205,8	5 554,3	1 214,3	3 651,5	438,3	141,7	0,1	296,6	1 833,9
30. 6.	9 606,9	5 511,5	1 208,0	4 095,4	9 150,3	5 343,5	1 207,9	3 806,8	456,6	168,0	0,1	288,6	1 761,4
7. 7.	9 850,0	5 749,4	1 191,0	4 100,6	9 407,4	5 576,7	1 190,9	3 830,7	442,6	172,7	0,1	269,9	1 773,4
15. 7.	9 678,7	5 539,6	1 178,5	4 139,1	9 214,5	5 387,1	1 178,2	3 827,4	464,2	152,5	0,3	311,7	1 717,1
23. 7.	9 876,4	5 561,5	1 161,2	4 314,9	9 225,8	5 411,6	1 161,1	3 814,2	650,6	149,9	0,1	500,7	1 690,8
31. 7.	9 860,3	5 559,1	1 155,1	4 301,2	9 302,2	5 411,1	1 155,0	3 891,1	558,1	148,0	0,1	410,1	1 712,6
7. 8.	9 898,3	5 627,5	1 144,9	4 270,8	9 355,1	5 460,3	1 144,8	3 894,8	543,2	167,2	0,1	376,0	1 656,8

b) Einlagen

Stand	Nichtbanken insgesamt	davon sind			Einlagen von Kreditinstituten insgesamt
		Sicht- u. Termin-einlagen		Spar-einlagen	
		Wirtschaft und Private	Öffentl. rechtl. Körperschaften		
1	2	3	4	5	
1951					
31. 1.	11 547,5	7 041,8	2 473,2	2 032,5	1 498,5
28. 2.	11 843,4	7 234,8	2 565,0	2 043,6	1 580,9
31. 3.	11 813,7	7 194,4	2 576,4	2 042,9	1 496,5
30. 4.	11 974,5	7 363,4	2 547,1	2 064,0	1 551,7
31. 5.	12 119,4	7 440,7	2 587,0	2 091,7	1 637,1
7. 6.	12 395,5	7 543,6	2 747,4	2 104,5	1 571,2
15. 6.	12 366,3	7 344,9	2 910,5	2 110,9	1 574,7
23. 6.	12 653,2	7 463,2	3 075,7	2 114,3	1 606,6
30. 6.	12 539,4	7 590,1	2 815,4	2 133,9	1 677,0
7. 7.	12 689,0	7 660,7	2 879,0	2 149,3	1 641,0
15. 7.	12 879,3	7 746,6	2 975,8	2 156,9	1 740,2
23. 7.	13 088,6	7 874,1	3 049,4	2 165,1	1 693,1
31. 7.	12 796,3	7 797,1	2 821,4	2 177,8	1 817,8
7. 8.	12 970,0	7 911,4	2 865,1	2 193,5	1 743,8

*) Veränderungen gegenüber bereits bekanntgegebenen Zahlen sind auf nachträgliche Korrekturmeldungen zurückzuführen. — ¹⁾ Enthält statistisch bedingte Abnahme (rd. 25 Mill. DM).

IV. Monatliche Bankenstatistik

1. Geschäfts-

a) Zwischenausweis:

Monatliche Bankenstatistik*)^{1) 2)}; Gesamterhebung³⁾ der Bank deutscher Länder

A k t i v a

Beträge in

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ⁴⁾	Summe der Aktiva	Barreserve		Post-scheck-guthaben	Guthaben bei Kreditinstituten ⁶⁾		Währungs- und DM-Guthaben bei der BdL für gestellte Aktive	fällige Zins- und Dividen- schein	Schecks und Inkasso- wechsel	Wechsel		Schatz- wechsel und un- verzins- liche Schatz- anweis. des Bundes und der Länder ⁸⁾	Wert- und Kon- beteili- ins- gesamt			
			ins- gesamt ⁵⁾	darunter Giro- gut- haben bei der LZB		ins- gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 3 Monaten				ins- gesamt	Hand- wels- wechsel ⁷⁾			Bank- akzente		
																1	2
1949																	
Jan.	3 556	.	1 488,0	1 232,8	56,1	1 200,1	(1 200,1)	.	.	.	1 257,7	1 139,8	63,0	13,4	.	.	.
Juni	3 549	.	1 348,3	1 093,0	53,3	1 628,7	(1 577,6)	.	.	.	1 868,3	1 609,3	162,2	62,9	.	.	.
Dez.	3 555	.	1 388,2	1 128,8	80,6	1 557,8	(1 412,8)	440,7	.	.	1 672,8	1 418,9	154,2	169,2	.	.	.
1950																	
März	3 566	.	936,3	676,8	46,7	1 709,7	(1 480,6)	119,5	.	.	1 818,0	1 548,8	162,5	280,3	.	.	.
Juni	3 571	25 202,3	1 093,2	818,3	50,1	1 983,4	1 611,6	69,8	1,7	161,1	2 175,9	1 886,4	171,1	399,1	278,5	.	.
Sept.	3 565	28 037,7	1 216,0	923,8	47,9	2 059,4	1 698,7	264,6	1,4	147,5	2 332,9	2 067,2	140,3	286,3	328,3	.	.
Okt.	3 564	29 573,2	1 544,5	1 220,8	47,6	2 293,2	1 943,6	297,7	0,8	160,0	2 208,6	1 967,4	99,4	197,9	339,8	.	.
Nov.	3 565	30 099,5	1 618,3	1 290,7	44,6	2 178,1	1 839,7	214,9	0,8	165,3	2 280,7	2 028,2	118,6	181,0	344,7	.	.
Dez.	3 564	30 835,1	1 962,2	1 669,3	82,8	2 113,1	1 844,3	177,8	1,8	242,0	2 564,7	2 283,1	142,1	154,4	356,1	.	.
1951																	
Jan.	3 563	31 014,2	1 516,1	1 189,0	44,8	2 156,3	1 839,1	181,0	0,8	168,8	2 717,5	2 478,8	100,2	187,9	376,0	.	.
Febr.	3 561	31 834,1	1 917,9	1 598,0	45,8	2 178,2	1 858,0	205,0	0,7	183,1	2 509,0	2 275,6	89,7	183,2	387,7	.	.
März	3 561	31 799,4	1 839,4	1 536,9	53,6	2 061,7	1 759,9	215,1	1,6	201,8	2 599,6	2 370,9	79,7	205,8	401,1	.	.
April	3 562	32 090,0	1 768,7	1 442,5	52,0	2 120,1	1 789,8	183,9	1,0	231,1	2 745,0	2 529,1	71,9	294,5	420,9	.	.
Mai	3 562	32 622,6	1 891,5	1 534,9	50,1	2 164,0	1 876,4	163,2	0,8	228,5	2 781,1	2 552,0	92,2	258,8	433,4	.	.
Juni	3 559	33 448,3	1 960,7	1 642,4	60,2	2 371,3	2 037,4	164,4	3,1	346,7	2 819,7	2 584,0	89,5	311,3	445,6	.	.

P a s s i v a

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ⁴⁾	Summe der Passiva	Einlagen (einschließlich Anlagekonto)							aufgenommene Gelder ¹⁵⁾				
			mit	ohne	die Einlagen von Nichtbanken (Sp. 34) gliedern sich in:				Einlagen von Kreditinstituten	Einlagen auf Festkonto	ins- gesamt	darunter		
					Sicht- und Term- einlagen	davon		Spar- einlagen				für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren hereinge- nommene Gelder	seitens der Kundschaft bei aus- ländischen Banken benutzte Kredite ¹⁶⁾	
						Wirtschaft und Private	Öffentlich- rechtliche Körper- schaften							
insgesamt	darunter Anlage- konto	insgesamt	darunter Anlage- konto	insgesamt	darunter	insgesamt	darunter							
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	
1949														
Jan.	3 556	.	10 235,6	9 104,4	7 381,5	5 270,8	329,9	2 110,7	1 722,9	1 131,2	298,5	642,9	.	.
Juni	3 549	.	12 819,8	11 222,3	8 829,6	6 389,2	383,5	2 440,4	2 392,7	1 597,5	46,3	796,6	(46,2)	.
Dez.	3 555	.	14 106,1	12 752,3	9 786,1	7 105,8	318,9	2 680,3	2 966,2	1 353,8	14,6	1 462,4	(77,6)	.
1950														
März	3 566	.	14 493,8	13 095,0	9 712,2	6 919,5	312,0	2 792,7	3 382,8	1 398,8	10,2	1 495,7	(102,6)	.
Juni	3 571	25 202,3	16 015,5	14 306,1	10 611,0	7 830,6	291,7	2 780,4	3 695,1	1 709,4	²¹⁾	1 752,7	276,2	9,3
Sept.	3 565	28 037,7	17 304,1	15 735,3	11 972,9	9 097,6	287,6	2 875,3	3 762,4	1 568,8	.	1 799,1	239,5	15,6
Okt.	3 564	29 573,2	17 887,6	16 304,8	12 471,6	9 626,4	.	2 845,2	3 833,2	1 582,8	.	1 987,3	262,1	13,6
Nov.	3 565	30 099,5	17 976,4	16 389,2	12 516,8	9 572,2	.	2 944,6	3 872,4	1 587,2	.	2 057,4	263,2	12,3
Dez.	3 564	30 835,1	18 432,1	16 684,2	12 752,8	9 614,1	289,0	3 138,7	3 931,4	1 747,9	.	2 005,5	275,8	5,5
1951														
Jan.	3 563	31 014,2	18 518,7	16 772,2	12 835,7	9 753,9	.	3 081,8	3 936,5	1 746,5	.	2 097,2	294,8	5,3
Febr.	3 561	31 834,1	18 904,4	17 102,0	13 159,5	9 974,5	.	3 185,0	3 942,5	1 802,4	.	2 202,4	313,4	13,3
März	3 561	31 799,4	18 713,1	17 016,4	13 085,7	9 915,2	283,8	3 170,5	3 930,7	1 696,7	.	2 284,2	312,2	6,4
April	3 562	32 090,0	19 033,0	17 240,8	13 286,0	10 145,6	.	3 140,4	3 954,8	1 792,2	.	2 097,8	303,8	5,6
Mai	3 562	32 622,6	19 329,6	17 467,8	13 474,0	10 263,4	.	3 210,6	3 993,8	1 861,8	.	2 145,8	314,8	7,7
Juni	3 559	33 448,3	19 924,0	18 030,1	13 975,7	10 533,2	279,7	3 442,5	4 054,4	1 893,9	.	2 116,0	341,9	10,7

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind bis Mai 1950 einschließlich auf die Umgestaltung der Statistik im Juni 1950 zurückzu- ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute. — ²⁾ Nicht mehr ohne weiteres vergleichbare Zahlen sind durch () gekennzeichnet. — ³⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag schließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe „Über- Die bis Mai 1950 getrennt erfaßten Filialen sind bei der rückwirkenden Bereinigung der Zahlenreihen ebenfalls nur als ein Institut eingesetzt, so daß nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — ⁵⁾ Kasse und Landeszentralbankguthaben. — ⁶⁾ Einschließlich mittel- Mai 1949 sind nur Schatzwechsel erfaßt. — ⁹⁾ Abzüglich verkaufter und getilgter Ausgleichsforderungen. — ¹⁰⁾ Bis Mai 1950 einschließlich enthalten die Debi- RM-Zeit mit enthalten, Stand August 1949: 267 Mill. DM. — ¹²⁾ Einschließlich Kapitalentwertungskonto, nicht eingezahltes Kapital, eigene Aktien durch einen statistischen Zugang um rd. 20 Mill. DM; z. B. haben einige als verlagert anerkannte Institute im Juni 1950 erstmalig Ausgleichsforderungen fristigen Ausleihungen gegen Grundpfandrechte und gegen Kommunaldeckung und Abgang bei den sonstigen langfristigen Ausleihungen. — ¹⁵⁾ Ab August Kapitalbeteiligung eines Landes an zwei Landeskreditanstalten in Höhe von rd. 100 Mill. DM, Stand Juni 1950. — ¹⁶⁾ Es handelt sich um Institute, die und Wertberichtigungen“ und Bilanzausgleichsposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — ²⁰⁾ Einbezogen sind etwaige in den „Einlagen“ lichen RM-Einlagen in den Spalten 33 bis 40 mit enthalten.

(Bilanzstatistik)

banken

Bundesgebiet

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Aktiva

papiere sortial- gungen	eigene Schuld- ver- schrei- bungen (Pfand- briefe u. ä.)	Ausgleichs- forderungen		Debitoren ¹⁰⁾				langfristige Ausleihungen			durch- lau- fende Kredite (nur Treuh- hand- ge- schäfte)	Betei- ligun- gen	Grund- stücke und Ge- bäude	son- stige Aktiva ¹²⁾	Stand am Mo- nats- ende
		gegen- wärtiger Be- stand ⁹⁾	Be- stand lt. Umstel- lungs- rech- nung	ins- gesamt ¹¹⁾	Wirt- schaft und Private	Öffent- lich- recht- liche Kör- per- schaf- ten	Kredit- insti- tute	ins- gesamt	darunter						
									gegen Grund- pfand- rechte	gegen Kom- munal- dek- kung					
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
.	.	4 920,7	4 318,0	(3 914,2)	(3 312,5)	(157,7)	(444,0)	1949
.	.	5 138,6	.	(4 855,1)	(4 135,2)	(170,9)	(549,0)	(800,4)	685,8	114,6	454,8	.	.	.	Jan.
.	.	.	.	(7 859,5)	(6 658,7)	(489,9)	(710,9)	(1 270,3)	1 074,5	195,8	434,3	.	.	.	Juni
.	.	5 204,9	.	(8 818,6)	(7 482,8)	(531,9)	(803,9)	(1 703,5)	1 369,6	333,9	561,5	.	.	.	1950
44,8	25,8	5 273,5 ¹³⁾	5 603,8	8 736,2	7 640,2	395,9	700,1	2 914,7	1 862,3 ¹⁴⁾	476,8 ¹⁴⁾	621,0	77,2	376,9	964,2	März
65,4	43,8	5 315,8	5 696,2	9 784,7	8 545,4	421,6	817,7	3 896,8	2 415,3 ¹⁴⁾	641,9 ¹⁴⁾	825,1	82,5	400,9	1 003,8	Juni
65,4	44,9	5 405,4	5 801,3	10 388,3	9 048,4	433,7	906,2	4 245,9	2 618,7 ¹⁴⁾	762,5 ¹⁴⁾	908,1	79,8	413,4	997,3	Sept.
62,8	49,1	5 399,6	5 823,6	10 523,5	9 218,2	414,1	891,2	4 703,2	2 923,3	848,7	885,2	81,8	421,9	1 006,8	Okt.
66,7	48,8	5 391,6	5 855,3	10 179,3	8 978,4	358,6	842,3	5 069,6	3 155,0	908,2	970,3	85,5	440,2	994,9	Nov.
79,7	46,1	5 417,5	5 878,5	10 410,5	9 099,1	353,4	958,0	5 283,3	3 298,4	941,1	1 033,6	87,5	449,8	936,7	Dez.
82,7	48,0	5 445,6	5 902,4	10 640,5	9 326,4	333,9	980,2	5 487,3	3 408,2	975,8	1 090,9	89,0	469,3	952,9	Jan.
83,4	47,3	5 432,1	5 903,5	10 299,4	8 900,9	325,0	1 073,5	5 736,1	3 546,5	1 034,8	1 164,1	94,1	480,9	965,7	Febr.
90,1	44,6	5 433,3	5 920,9	9 996,7	8 651,5	325,3	1 019,9	5 985,5	3 671,1	1 071,6	1 231,2	98,7	489,2	993,6	März
92,3	43,9	5 424,6	5 938,7	10 088,3	8 717,7	364,5	1 006,1	6 167,1	3 782,3	1 101,2	1 290,8	104,0	494,8	1 037,7	April
93,6	48,7	5 421,0	5 943,5	10 114,2	8 739,1	373,8	1 001,3	6 363,5	3 881,1	1 145,8	1 326,3	107,4	508,7	1 075,5	Mai
															Juni

Passiva

eigene Akzepte im Umlauf	eigene Schuld- ver- schrei- bungen	aufge- nommene lang- fristige Darlehen (für 4 Jahre und darüber)	durch- lau- fende Kredite (nur Treuh- hand- ge- schäfte)	Eigenkapital § 11 KWG			sonstige Passiva ¹⁰⁾	Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (Sp. 43, 47, 48, z. T. Sp. 33) ²⁰⁾ (ohne Zahlen d. ländl. Kreditgenoss.)				Verbind- lichkeiten aus Bürg- schaften u. a.	eigene Zie- hungen im Umlauf	Indossa- ments- verbind- lichkeiten	Stand am Mo- nats- ende
				insgesamt	darunter			Kredit- anstalt für Wieder- aufbau	Kredit- institute (ohne Sp. 53)	Öffent- lich- recht- liche Kör- per- schaf- ten	sonstige				
					Neu- bildung seit dem 21. 6. 1948 ¹⁷⁾	darunt. Eigenkap. von neuge- gründeten Instituten ¹⁸⁾									
45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	
517,3	33,5	1 350,9	1949
661,8	726,4	200,9	483,3	313,2	403,4	54,9	1 138,7	Jan.
1 850,6	901,4	526,0	467,9	816,9	278,9	147,9	1 120,8	112,7	2 197,9	Dez.
1 729,3	1 137,5	919,1	598,2	878,0	299,1	153,3	884,3	141,6	2 473,4	1950
1 450,0	1 195,9	1 440,4	621,0	1 047,0	404,3	164,9	1 679,8	679,2	545,3	1 034,0	158,8	907,6	136,0	2 317,9	März
1 690,8	1 324,7	2 071,4	825,1	1 097,3	414,7	164,1	1 925,2	1 044,1	740,0	1 253,6	173,5	1 217,8	132,4	2 428,8	Juni
1 941,7	1 355,5	2 295,8	908,1	1 113,4	411,8	163,7	2 083,8	1 193,6	816,2	1 381,7	146,7	1 348,5	138,7	2 755,4	Sept.
1 900,3	1 380,7	2 596,6	885,2	1 126,1	421,5	163,8	2 176,8	1 367,5	856,0	1 445,3	143,8	1 396,4	133,1	2 945,9	Okt.
1 784,1	1 444,7	2 806,2	970,3	1 110,2	394,3	170,8	2 282,0	1 516,4	896,3	1 566,0	154,2	1 379,3	131,3	3 279,1	Nov.
1 489,8	1 467,3	2 930,1	1 033,6	1 178,4	458,0	184,0	2 299,1	1 564,3	944,8	1 663,1	159,3	1 401,4	114,7	3 146,0	Dez.
1 491,6	1 503,0	3 035,7	1 090,9	1 214,3	484,8	187,3	2 391,8	1 636,5	979,5	1 744,6	169,0	1 442,3	105,5	3 603,0	1951
1 279,5	1 531,3	3 179,4	1 164,1	1 238,2	497,8	193,6	2 409,6	1 657,5	1 040,2	1 833,2	183,7	1 453,1	95,7	3 391,1	Jan.
1 096,4	1 596,0	3 279,2	1 231,2	1 243,5	495,1	193,6	2 512,9	1 726,6	1 065,0	1 914,2	191,9	1 422,2	86,2	3 089,3	Febr.
1 040,7	1 616,8	3 384,9	1 290,8	1 256,7	504,8	195,6	2 557,3	1 762,6	1 111,8	2 012,5	197,4	1 490,3	79,7	3 037,6	März
1 023,2	1 647,4	3 478,0	1 326,3	1 280,7	523,6	201,8	2 652,7	1 775,8	1 149,6	2 081,9	206,2	1 526,8	69,2	3 380,8	April
															Mai
															Juni

führen, Veränderungen ab Juni 1950 auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen. — 1) Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, deren Bilanzsumme am 31. März 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr erfaßt. Die vorliegenden Reihen sind für alle aufgeführten Termine rückwirkend bereinigt. — 4) Ein-regionale Institute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt. sich kleine Abweichungen von der früher veröffentlichten Spalte „Zahl der berichtenden Institute“ ergeben. — Veränderungen entstehen durch Abgang und langfristiger Guthaben. — 7) Bis einschließlich Mai 1949 sind noch geringfügige Beträge an sonstigen Wechseln enthalten. — 8) Bis einschließlich toren auch langfristige Ausleihungen; ab Juni 1950 nur kurz- und mittelfristige (bis zu 4 Jahren). — 11) Ab August 1949 sind die Valutaforderungen aus der usw., Bilanzausgleichsposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — 13) Ein effektiver Rückgang in Höhe von 18,5 Mill. DM wurde überdeckt ausgewiesen. — 14) Nachträgliche Berichtigung ist verursacht durch die Umbuchung einiger überregionaler Institute mit Sonderaufgaben (Erhöhung der lang-1949 sind die Valutaverpflichtungen aus der RM-Zeit einbezogen. — 16) Nur Neugeschäft seit der Währungsreform. — 17) In der Neubildung enthalten nach der Währungsreform gegründet wurden, wie z. B. die Landwirtschaftliche Rentenbank etc. — 18) Einschließlich „Sonstige Rücklagen, Rückstellungen enthaltene, noch nicht weitergeleitete zweckgebundene Mittel. — 21) Ab Juni 1950 sind die Einlagen auf Festkonto je nach dem Charakter der ursprüng-

Aktiva

Beträge in

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ³⁾	Summe der Aktiva	Barreserve		Post-scheck-guthaben	Guthaben bei Kreditinstituten ⁵⁾		Währungs- und DM-Guthaben bei der BdL für gestellte Akkreditive	fällige Zins- und Dividen-den-scheine	Schecks und Inkasso- wechsel	Wechsel			Schatz- wechsel und unver- zinsliche Schatz- anweis. des Bundes und der Länder	Wert und Kon- beteili- ins- gesamt
			ins- gesamt ⁴⁾	darunter Giro- gut- haben bei der LZB		ins- gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 3 Mo- naten				ins- gesamt	Hand- dels- wechsel	Bank- akzepten		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1951 Bundesgebiet															
Febr.	3 561	31 834,1	1 917,9	1 598,0	45,8	2 178,2	1 858,0	205,0	0,7	183,1	2 509,0	2 275,6	89,7	183,2	387,7
März	3 561	31 799,4	1 839,4	1 536,9	53,6	2 061,7	1 759,9	215,1	1,6	201,8	2 599,6	2 370,9	79,7	205,8	401,1
April	3 562	32 090,0	1 768,7	1 442,5	52,0	2 120,1	1 789,8	183,9	1,0	231,1	2 745,0	2 529,1	71,9	294,5	420,9
Mai	3 562	36 622,6	1 891,5	1 534,9	50,1	2 164,0	1 876,4	163,2	0,8	228,5	2 781,1	2 552,0	92,2	258,8	433,4
Juni	3 559	33 448,3	1 960,7	1 642,4	60,2	2 371,3	2 037,4	164,4	3,1	346,7	2 819,7	2 584,0	89,5	311,3	445,6
Baden															
Febr.	170	710,6	58,1	50,1	1,4	39,3	37,8	1,0	—	2,3	41,5	34,3	1,7	12,5	6,6
März	170	707,5	60,1	52,2	1,7	31,0	29,5	0,8	0,0	2,6	41,9	35,3	1,3	10,8	6,4
April	170	713,1	52,1	43,9	1,9	34,8	33,6	1,1	0,1	3,8	42,5	36,3	1,5	9,9	6,1
Mai	170	722,3	64,9	55,8	2,3	29,5	27,9	0,4	0,0	4,0	38,7	32,7	1,4	9,5	6,2
Juni	169	746,8	53,9	45,7	1,9	50,9	49,6	0,7	0,1	6,6	43,8	37,4	1,6	9,8	5,6
Bayern															
Febr.	576	5 178,7	296,6	236,5	8,7	209,0	168,5	5,4	0,4	26,3	251,2	203,3	17,2	40,6	78,7
März	576	5 174,0	306,7	250,1	8,7	212,2	199,1	6,8	0,9	37,2	248,0	200,3	18,1	27,6	80,7
April	576	5 173,5	262,0	203,8	8,4	210,2	197,4	5,6	0,3	38,1	264,4	218,7	15,8	30,3	91,8
Mai	576	5 284,0	306,9	237,9	7,3	204,3	187,7	5,3	0,4	35,6	253,3	212,7	10,8	24,1	94,2
Juni	575	5 348,6	299,7	241,5	8,9	244,3	226,6	8,8	0,8	52,1	270,0	227,2	13,3	15,4	97,3
Bremen															
Febr.	28	1 056,7	68,5	60,0	1,3	65,0	60,0	41,1	—	4,2	73,8	71,4	0,3	—	6,5
März	28	993,3	44,2	38,4	1,7	49,9	44,9	34,0	—	5,1	79,0	76,0	0,1	—	6,7
April	28	932,7	35,7	28,7	1,6	49,8	44,8	14,0	—	5,9	72,1	70,2	—	—	6,9
Mai	28	942,2	39,9	32,5	1,1	50,8	48,3	9,8	0,0	5,9	77,3	73,0	2,6	—	10,0
Juni	28	975,3	45,4	39,4	1,5	54,3	51,5	17,6	0,0	7,3	74,7	72,1	—	—	10,2
Hamburg															
Febr.	55	2 582,6	135,0	116,7	1,5	178,2	167,0	91,4	0,0	14,9	188,6	178,0	2,0	12,5	25,9
März	55	2 500,8	132,5	114,9	3,5	178,6	163,4	92,9	0,0	14,5	209,0	198,1	2,9	11,8	28,5
April	55	2 550,3	124,1	104,7	1,6	173,7	157,0	94,9	0,0	19,7	259,8	248,2	2,8	20,8	29,0
Mai	55	2 561,2	145,8	126,9	1,4	201,4	177,3	86,1	0,0	14,3	233,6	225,7	4,1	10,8	30,7
Juni	54	2 670,5	162,2	142,6	3,0	223,6	185,6	74,4	0,2	21,4	208,7	201,5	1,3	10,8	34,1
Hessen															
Febr.	306	2 781,5	183,4	154,7	4,7	317,4	308,9	15,0	0,0	20,6	287,1	241,9	27,9	17,1	50,1
März	306	2 784,2	178,7	150,0	5,6	325,9	317,2	14,7	0,2	25,4	296,7	252,3	26,0	16,3	53,0
April	307	2 866,5	170,7	142,6	5,2	406,7	382,6	15,0	0,1	25,1	282,8	237,9	25,5	23,3	54,6
Mai	307	2 954,6	198,5	166,7	6,5	441,1	424,8	12,3	0,0	26,2	296,9	234,1	42,6	12,5	56,4
Juni	307	2 972,9	209,3	179,0	7,5	394,8	354,3	14,4	0,2	36,1	293,3	241,7	32,4	11,4	58,0
Niedersachsen															
Febr.	610	2 985,5	155,7	118,1	5,6	126,8	120,2	5,1	0,1	19,1	209,7	189,3	4,5	12,4	28,2
März	610	3 019,9	184,5	147,5	6,0	110,5	104,5	4,1	0,1	18,5	179,9	160,4	3,7	12,6	28,4
April	610	3 011,9	171,1	131,9	5,7	113,0	106,5	3,0	0,0	25,6	195,8	177,6	3,0	16,7	29,0
Mai	610	3 103,5	175,2	134,2	6,3	157,7	146,8	2,8	0,0	25,1	198,7	181,5	3,2	18,5	30,9
Juni	610	3 173,6	195,6	157,5	6,3	173,1	163,1	1,8	0,1	31,2	204,4	185,7	4,1	18,1	31,1

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kredit- — 2) Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe — Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — 3) Kasse und Landeszentral- mittelfristige Ausleihungen (bis zu 4 Jahren). — 4) Einschließlich Kapitalbewertungskonto, nicht eingezahltes Kapital, eigene Aktien usw., Bilanzaus-

papiere sortial- lungen	eigene Schuld- ver- schrei- bungen (Pfand- briefe u. ä.)	Ausgleichs- forderungen		Debitoren ⁷⁾				langfristige Ausleihungen			durch- lau- fende Kredite (nur Treu- hand- ge- schäfte)	Betei- ligun- gen	Grund- stücke und Ge- bäude	son- stige Aktiva ⁸⁾	Stand am Mo- nats- ende
		gegen- wär- tiger Be- stand ⁶⁾	Be- stand lt. Umstel- lungs- rech- nung	ins- gesamt	davon			ins- gesamt	darunter						
					Wirt- schaft und Private	Öffentl.- rechtl. Kör- per- schaf- ten	Kredit- insti- tute		gegen Grund- pfand- rechte	gegen Kom- munal- dek- kung					
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
Bundesgebiet															1951
82,7	48,0	5 445,6	5 902,4	10 640,5	9 326,4	333,9	980,2	5 487,3	3 408,2	975,8	1 090,9	89,0	469,3	952,9	Febr.
83,4	47,3	5 432,1	5 903,5	10 299,4	8 900,9	325,0	1 073,5	5 736,1	3 546,5	1 034,8	1 164,1	94,1	480,9	965,7	März
90,1	44,6	5 433,3	5 920,9	9 996,7	8 651,5	325,3	1 019,9	5 985,5	3 671,1	1 071,6	1 231,2	98,7	489,2	993,6	April
92,3	43,9	5 424,6	5 938,7	10 088,3	8 717,7	364,5	1 006,1	6 167,1	3 782,3	1 101,2	1 290,8	104,0	494,8	1 037,7	Mai
93,6	48,7	5 421,0	5 943,5	10 114,2	8 739,1	373,8	1 001,3	6 363,5	3 881,1	1 145,8	1 326,3	107,4	508,7	1 075,5	Juni
Baden															
1,5	1,5	175,9	199,1	274,4	230,2	20,9	23,3	46,4	30,9	4,5	7,9	1,7	10,0	30,1	Febr.
1,5	1,5	176,6	199,5	266,8	220,6	18,0	28,2	51,0	33,1	7,0	9,8	1,8	9,9	34,8	März
1,2	1,5	178,0	200,8	271,4	221,9	23,7	25,8	51,4	34,5	7,3	13,6	1,9	10,0	33,0	April
1,2	1,6	178,0	200,9	270,6	224,4	19,7	26,5	52,9	36,0	7,5	14,6	1,8	10,2	37,1	Mai
0,6	1,5	178,1	201,6	274,4	228,3	20,2	25,9	55,7	36,9	8,0	15,6	1,9	10,2	36,1	Juni
Bayern															
16,0	13,6	1 023,0	1 121,4	1 797,5	1 531,5	85,1	180,9	1 074,0	751,9	154,3	80,8	15,2	110,6	147,1	Febr.
17,3	13,0	1 023,4	1 120,5	1 723,1	1 447,1	84,6	191,4	1 121,6	775,6	158,5	87,9	16,0	112,1	148,1	März
23,3	14,7	1 025,1	1 129,0	1 685,5	1 411,0	86,3	188,2	1 167,8	803,4	163,0	90,7	16,1	114,7	147,8	April
24,2	14,2	1 027,6	1 131,0	1 711,5	1 416,5	104,2	190,8	1 211,1	825,2	169,8	94,8	17,9	115,3	160,2	Mai
25,7	14,6	1 025,9	1 132,1	1 682,9	1 399,1	94,1	189,7	1 256,0	852,2	176,1	69,6	18,9	119,9	163,5	Juni
Bremen															
0,2	1,6	128,2	137,8	338,8	294,6	0,7	43,5	272,1	106,1	54,1	10,5	2,2	14,2	28,7	Febr.
0,1	1,6	125,2	140,2	313,4	269,5	0,8	43,1	275,9	109,9	54,0	11,7	2,4	14,3	28,2	März
0,1	1,8	124,9	137,6	281,2	241,3	0,7	39,2	278,5	113,8	54,8	13,0	2,4	14,3	30,6	April
0,1	1,9	116,7	137,5	269,6	240,7	0,6	28,3	289,5	116,8	54,7	16,4	2,6	14,5	36,2	Mai
0,1	1,9	115,5	137,5	279,7	248,0	0,1	31,6	294,8	118,9	55,2	18,2	2,7	14,9	36,6	Juni
Hamburg															
1,0	10,1	290,1	328,6	1 266,9	1 200,7	2,3	63,9	200,8	162,2	0,6	46,8	6,4	28,6	84,9	Febr.
1,1	9,9	287,7	326,7	1 166,1	1 108,5	2,4	55,2	205,8	165,5	6,7	49,2	6,9	29,0	74,9	März
1,1	2,7	286,9	326,1	1 152,0	1 099,5	2,3	50,2	219,7	174,4	6,7	49,6	8,0	30,2	77,6	April
1,1	2,0	289,1	328,3	1 162,3	1 111,7	2,4	48,2	226,9	181,4	6,6	48,9	8,0	30,6	69,3	Mai
1,1	5,6	286,1	325,5	1 240,7	1 189,3	2,4	49,0	232,4	185,3	13,2	52,3	8,9	31,2	74,9	Juni
Hessen															
4,5	5,1	462,9	496,0	958,1	859,8	11,8	86,5	292,1	180,7	66,3	53,6	9,7	42,2	62,4	Febr.
4,5	4,8	462,0	497,0	923,6	811,4	10,5	101,7	302,2	185,1	69,1	54,1	9,9	42,9	68,2	März
4,7	5,4	458,4	496,8	927,6	806,6	12,6	108,4	318,3	192,4	74,2	55,7	11,3	44,3	62,0	April
4,7	5,2	456,3	498,4	922,8	798,6	12,7	111,5	327,8	198,8	76,2	58,8	13,8	44,3	75,2	Mai
5,4	5,2	457,1	498,9	948,6	820,9	17,3	110,4	332,1	204,2	77,4	63,7	14,1	46,2	80,9	Juni
Niedersachsen															
8,4	4,1	679,9	736,5	848,6	695,8	36,8	116,0	705,4	443,7	176,4	81,9	3,6	45,5	53,8	Febr.
8,4	4,1	679,0	736,6	835,1	676,6	35,4	123,1	753,5	460,7	183,2	93,1	4,1	46,1	60,3	März
8,4	4,6	682,0	742,2	763,0	636,4	25,9	100,7	785,7	479,2	188,0	103,8	4,1	46,8	62,0	April
9,5	4,7	683,6	745,6	774,4	638,9	36,1	99,4	799,5	495,6	191,5	110,0	4,3	48,5	63,3	Mai
9,8	4,9	686,3	748,1	774,3	656,8	23,5	94,0	817,4	506,3	194,6	117,1	4,3	49,2	58,4	Juni

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit gering-
institute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt.
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt.
bankguthaben. — ⁵⁾ Einschließlich mittel- und langfristiger Guthaben. — ⁶⁾ Abzüglich verkaufter und getilgter Ausgleichsforderungen. — ⁷⁾ Kurz- und
gleichposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes.

noch: Aktiva

Beträge in

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ¹⁾	Summe der Aktiva	Barreserve		Postscheckguthaben	Guthaben bei Kreditinstituten ⁵⁾		Währungs- und DM-Guthaben bei der BdL für gestellte Akkreditive	fällige Zins- und Dividenden-scheine	Schecks und Inkasso-wechsel	Wechsel		Schatz-wechsel und unverzinsliche Schatz-anweis. des Bundes und der Länder	Wert- und Kon- teile- ins- gesamt	
			ins- gesamt ⁴⁾	darunter Giro- gut- haben bei der LZB		ins- gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 3 Monaten				ins- gesamt	darunter Handels- wechsel			Bank- akzepte
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1951															
Nordrhein-Westfalen															
Febr.	831	8 582,2	653,7	565,1	13,6	845,7	638,2	34,6	0,0	60,3	1 094,3	1 030,4	25,0	71,9	111,8
März	831	8 557,4	536,2	454,4	15,1	757,8	563,0	52,2	0,2	60,6	1 145,5	1 086,9	16,7	108,1	115,8
April	831	8 721,6	562,4	469,3	16,0	725,1	527,8	41,7	0,0	70,9	1 204,1	1 155,6	10,4	175,6	119,8
Mai	831	8 759,7	525,8	428,6	16,2	661,9	530,3	38,6	0,0	71,5	1 249,6	1 207,9	9,3	166,3	120,5
Juni	831	9 057,3	587,0	499,7	20,1	754,4	611,1	39,3	0,4	130,3	1 269,1	1 208,0	22,6	218,3	125,2
Rheinland-Pfalz															
Febr.	278	1 307,8	69,8	55,7	2,0	46,6	45,5	0,9	0,0	7,3	70,6	64,2	0,8	6,3	9,9
März	278	1 302,4	81,7	67,6	2,4	40,0	38,5	1,1	0,0	7,4	73,5	67,7	0,8	5,8	9,9
April	278	1 300,5	79,3	64,6	2,5	39,3	37,8	0,6	0,1	9,0	77,1	71,2	0,7	5,2	10,0
Mai	278	1 310,4	91,4	75,5	2,0	40,0	38,5	1,1	0,0	9,8	74,4	68,2	0,7	3,2	9,7
Juni	278	1 324,8	87,1	72,3	2,3	43,6	43,1	1,1	0,0	13,2	75,3	69,3	0,7	6,8	10,0
Schleswig-Holstein															
Febr.	185	1 009,7	49,7	35,9	1,5	24,4	22,3	0,4	—	4,8	35,1	32,3	0,4	—	3,4
März	185	1 037,1	51,2	38,2	2,3	31,0	29,1	0,3	0,0	5,6	45,8	43,1	0,5	—	3,4
April	185	1 027,2	51,5	36,8	2,0	23,3	21,8	0,1	—	7,4	46,3	43,4	0,6	—	3,4
Mai	185	1 063,7	64,7	49,3	1,5	23,0	21,0	0,1	—	5,9	50,3	47,3	0,4	—	3,6
Juni	185	1 081,4	48,8	35,3	2,1	24,1	21,9	0,0	0,0	7,1	64,2	61,0	0,6	2,0	3,6
Württemberg-Baden															
Febr.	364	3 474,2	181,1	149,7	4,2	208,5	184,7	3,5	0,0	20,6	164,7	154,2	3,1	5,1	40,4
März	364	3 546,3	196,8	167,2	4,5	210,5	170,5	2,3	0,2	22,2	190,1	175,3	5,2	9,1	41,2
April	364	3 575,9	193,2	159,9	5,7	236,6	188,8	2,2	0,1	22,3	194,3	177,7	6,8	9,1	43,3
Mai	364	3 651,8	204,0	166,1	4,4	241,0	179,2	2,5	0,1	26,8	197,1	173,4	11,9	10,2	43,7
Juni	364	3 756,2	205,3	173,8	4,6	271,0	219,6	4,6	0,6	35,8	208,9	182,7	8,2	14,9	42,8
Württemberg-Hohenzollern															
Febr.	145	657,5	49,0	39,1	0,6	48,2	41,7	0,6	0,0	1,7	27,4	24,7	0,9	2,9	4,7
März	145	654,3	49,6	39,8	1,0	48,4	41,5	0,2	0,0	2,0	30,7	27,9	1,0	1,7	5,1
April	145	677,3	46,0	36,6	0,9	55,8	44,7	0,1	0,0	2,3	29,3	26,4	1,4	1,7	4,9
Mai	145	682,2	54,4	42,5	0,7	56,1	42,7	0,0	0,0	2,3	27,4	25,2	0,9	1,7	4,7
Juni	145	690,9	50,2	40,3	0,9	55,0	42,3	0,0	0,1	4,1	29,9	28,3	0,4	1,8	4,3
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
Febr.	13	1 507,2	17,3	16,4	0,6	69,0	63,2	6,0	0,0	0,9	65,0	51,6	5,9	2,0	21,7
März	13	1 522,2	17,4	16,6	1,0	65,9	58,7	5,9	0,0	0,7	59,5	47,7	3,5	2,0	21,9
April	13	1 539,6	20,7	19,8	0,5	51,8	46,9	5,5	0,0	1,0	76,6	66,0	3,5	2,0	22,6
Mai	13	1 587,2	20,0	18,9	0,5	57,2	51,8	4,1	0,1	1,1	83,7	70,2	4,2	2,0	22,8
Juni	13	1 650,0	16,3	15,4	1,3	82,2	68,7	1,5	0,6	1,5	77,5	69,2	4,2	2,0	23,2

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kre- — 2) Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe — Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — 3) Kasse und Landeszentral- mittelfristige Ausleihungen (bis zu 4 Jahren). — 4) Einschließlich Kapitalentwertungskonto, nicht eingezahltes Kapital, eigene Aktien usw., Bilanzaus-

Länder

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

noch: Aktiva

papier- sortial- ungen	eigene Schuld- ver- schrei- bungen (Pfand- briefe u. ä.)	Ausgleichs- forderungen		Debitoren ⁷⁾				langfristige Ausleihungen			durch- lau- fende Kredite (nur Treuh- hand- ge- schäfte)	Betei- ligun- gen	Grund- stücke und Ge- bäude	son- stige Aktiva ⁸⁾	Stand am Mo- nats- ende
		gegen- wärtiger Be- stand ⁶⁾	Be- stand lt. Umstel- lungs- rech- nung	ins- gesamt	davon			ins- gesamt	darunter						
					Wirt- schaft und Private	Öffentl. rechtl. Kör- per- schaf- ten	Kredit- insti- tute		gegen Grund- pfand- rechte	gegen Kom- munal- dek- kung					
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
Nordrhein-Westfalen															
27,9	4,8	1 275,4	1 339,2	2 594,9	2 404,7	27,6	162,6	1 075,1	552,0	256,5	430,0	25,4	106,9	183,8	Febr.
27,0	4,9	1 274,4	1 342,6	2 575,9	2 358,1	28,2	189,6	1 123,4	572,9	280,1	456,1	27,2	113,7	190,3	März
27,4	4,8	1 282,4	1 355,2	2 511,0	2 288,3	37,2	185,5	1 195,8	597,1	294,7	476,9	28,0	115,7	191,4	April
27,5	4,9	1 274,9	1 356,6	2 536,1	2 326,0	39,1	171,0	1 243,5	620,8	307,5	497,9	28,5	117,2	206,3	Mai
26,9	5,0	1 274,9	1 356,9	2 446,2	2 231,3	45,3	169,6	1 290,1	638,2	323,3	525,5	29,1	121,1	221,3	Juni
Rheinland-Pfalz															
2,3	0,7	298,4	327,4	552,3	440,7	13,1	98,5	149,5	90,2	27,6	18,0	1,2	22,8	51,5	Febr.
2,4	0,0	293,8	323,1	529,1	415,7	13,0	100,4	161,7	96,8	29,8	19,3	1,2	23,0	52,5	März
2,2	1,2	296,4	324,8	510,0	400,8	11,5	97,7	169,3	101,4	30,4	20,9	1,2	23,1	55,3	April
1,9	1,3	297,6	327,2	505,4	398,1	10,2	97,1	173,5	105,7	31,1	21,9	1,2	23,1	54,8	Mai
1,8	1,3	296,7	326,0	500,6	394,8	10,9	94,9	177,8	107,3	32,3	22,6	1,2	23,2	62,0	Juni
Schleswig-Holstein															
0,2	0,7	199,2	230,9	342,0	292,9	14,0	35,1	229,4	82,4	37,2	73,8	4,2	20,2	20,9	Febr.
0,2	0,7	196,4	230,7	328,7	277,0	13,3	38,4	247,5	103,5	40,4	76,9	4,4	20,5	22,4	März
0,2	0,7	196,8	230,8	302,8	255,4	16,5	30,9	264,7	116,3	42,4	80,1	5,1	20,6	22,4	April
0,2	0,7	200,3	234,3	298,1	251,9	16,7	29,5	273,4	118,8	43,1	89,6	5,1	20,8	26,6	Mai
0,2	0,8	200,3	234,3	302,0	258,2	13,1	30,7	282,2	124,4	44,6	92,1	5,4	21,1	25,6	Juni
Württemberg-Baden															
0,1	4,2	587,3	646,9	1 200,8	1 044,9	52,1	103,8	792,7	571,9	98,2	93,8	12,3	52,6	102,4	Febr.
0,2	4,9	587,6	647,1	1 180,0	995,1	55,5	129,4	821,9	595,6	99,4	101,3	12,4	53,1	108,2	März
0,2	5,1	586,1	647,9	1 145,0	964,9	55,7	124,4	848,7	601,3	101,5	112,8	12,6	53,4	105,4	April
0,2	5,2	584,4	648,9	1 168,4	988,1	54,5	125,8	869,6	619,8	102,6	117,4	12,6	53,9	110,5	Mai
0,2	5,6	583,6	649,2	1 158,0	981,5	58,5	118,0	913,0	636,1	107,7	123,7	12,8	55,1	115,9	Juni
Württemberg-Hohenzollern															
0,7	0,0	145,6	153,8	254,2	213,4	9,6	31,2	65,7	37,0	15,8	5,1	1,0	8,6	42,2	Febr.
0,7	—	145,6	153,9	245,0	202,0	9,7	33,3	71,8	40,7	16,4	5,4	1,0	8,8	38,0	März
0,7	—	146,0	154,3	238,6	197,2	10,1	31,3	76,5	43,3	17,0	5,7	1,0	8,8	59,7	April
0,7	—	146,0	154,3	240,7	195,0	11,9	33,8	79,0	45,0	17,3	6,2	1,1	8,8	53,1	Mai
0,5	—	146,3	154,6	245,3	195,9	12,1	37,3	82,1	46,5	18,3	6,4	1,1	9,1	54,3	Juni
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
19,9	1,7	179,8	184,7	212,0	117,2	59,8	35,0	584,1	399,1	84,5	188,8	6,3	7,1	144,9	Febr.
20,0	2,0	180,4	185,7	212,6	119,4	53,6	39,6	599,8	407,1	90,2	199,5	6,8	7,3	139,5	März
20,7	2,1	170,3	175,7	208,7	128,2	42,9	37,6	609,1	414,0	91,6	208,4	6,9	7,2	146,2	April
20,9	2,2	170,3	175,7	228,5	127,9	56,4	44,2	620,4	418,5	93,3	214,4	7,2	7,5	145,2	Mai
21,3	2,2	170,2	178,7	261,6	135,0	76,3	50,3	629,9	425,0	95,1	219,6	7,1	7,6	145,7	Juni

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit gering-
ditinstitute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag, wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt.
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt.
bankguthaben. — ³⁾ Einschließlich mittel- und langfristiger Guthaben. — ⁴⁾ Abzüglich verkaufter und getilgter Ausgleichsforderungen. — ⁷⁾ Kurz- und
gleichposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes.

Passiva

Beträge in

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute 3)	Summe der Passiva	Einlagen (einschließlich Anlagekonto) 4)							aufgenommene Gelder 5)				
			mit	ohne	Die Einlagen von Nichtbanken (Sp. 34) gliedern sich in:				Einlagen von Kreditinstituten	insgesamt	darunter			
					Sicht- und Termin-einlagen	Wirtschaft und Private		Spar-einlagen			für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren hereingekommene Gelder	seitens der Kundschaft bei ausländischen Banken benutzte Kredite 6)		
			Einlagen von Kreditinstituten	Öffentlich-rechtliche Körperschaften		insgesamt	darunter Anlagekonto							
					31	32	33	34	35	36	37	38	39	40
Bundesgebiet														
1951														
Febr.	3 561	31 834,1	18 904,4	17 102,0	13 159,5	9 974,5	.	3 185,0	3 942,5	1 802,4	2 202,4	313,4	13,3	
März	3 561	31 799,4	18 713,1	17 016,4	13 085,7	9 915,2	283,8	3 170,5	3 930,7	1 696,7	2 284,2	312,2	6,4	
April	3 562	32 090,0	19 033,0	17 240,8	13 286,0	10 145,6	.	3 140,4	3 954,8	1 792,2	2 097,8	303,8	5,6	
Mai	3 562	32 622,6	19 329,6	17 467,8	13 474,0	10 263,4	.	3 210,6	3 993,8	1 861,8	2 145,8	314,8	7,7	
Juni	3 559	33 448,3	19 924,0	18 030,1	13 975,7	10 533,2	279,7	3 442,5	4 054,4	1 893,9	2 116,0	341,9	10,7	
Baden														
Febr.	170	710,6	580,1	541,3	375,5	261,3	.	114,2	165,8	38,8	32,2	4,8	0,1	
März	170	707,5	567,4	528,7	362,7	259,8	10,7	102,9	166,0	38,7	39,3	5,3	0,1	
April	170	713,1	569,3	532,5	365,8	267,6	.	98,2	166,7	36,8	37,5	6,5	0,1	
Mai	170	722,3	567,1	532,7	365,4	260,1	.	105,3	167,3	34,4	44,1	6,6	0,1	
Juni	169	746,8	597,7	543,7	375,0	264,3	10,4	110,7	168,7	54,0	39,5	8,5	0,1	
Bayern														
Febr.	576	5 178,7	2 826,3	2 587,2	1 904,6	1 403,2	.	501,4	682,6	239,1	412,0	42,4	0,2	
März	576	5 174,0	2 816,2	2 574,0	1 894,5	1 381,6	49,5	512,9	679,5	242,2	402,9	43,3	0,1	
April	576	5 173,5	2 837,7	2 603,4	1 922,3	1 416,0	.	506,3	681,1	234,3	356,2	46,0	0,1	
Mai	576	5 284,0	2 909,1	2 651,9	1 966,2	1 423,7	.	542,5	685,7	257,2	369,0	51,3	0,2	
Juni	575	5 348,6	2 969,6	2 706,2	2 015,0	1 467,2	48,5	547,8	691,2	263,4	361,0	59,8	0,2	
Bremen														
Febr.	28	1 056,7	486,4	433,6	381,3	300,4	.	80,9	52,3	52,8	79,9	1,5	3,4	
März	28	993,3	453,3	407,5	354,7	290,3	3,9	64,4	52,8	45,8	72,8	0,5	0,5	
April	28	932,7	420,4	365,4	311,8	250,2	.	61,6	53,6	55,0	65,7	0,6	0,0	
Mai	28	942,2	406,9	347,2	293,1	248,3	.	44,8	54,1	59,7	76,6	1,1	0,3	
Juni	28	975,3	440,9	372,6	317,5	267,5	3,8	50,0	55,1	68,3	67,4	1,0	—	
Hamburg														
Febr.	55	2 582,6	1 538,6	1 388,4	1 244,6	1 107,0	.	137,6	143,8	150,2	163,6	17,9	6,0	
März	55	2 500,8	1 533,2	1 397,2	1 252,4	1 105,4	10,8	147,0	144,8	136,0	158,7	17,1	3,1	
April	55	2 550,3	1 577,7	1 422,5	1 275,2	1 130,7	.	144,5	147,3	155,2	170,4	16,6	3,2	
Mai	55	2 561,2	1 583,6	1 427,5	1 277,7	1 130,7	.	147,0	149,8	156,1	163,9	15,7	4,1	
Juni	54	2 670,5	1 627,3	1 470,9	1 320,5	1 156,5	10,4	164,0	150,4	156,4	202,1	17,6	3,6	
Hessen														
Febr.	306	2 781,5	1 898,1	1 639,0	1 306,5	1 043,0	.	263,5	332,5	259,1	176,4	6,6	—	
März	306	2 784,2	1 892,6	1 638,1	1 306,3	1 045,8	24,5	260,5	331,8	254,5	190,1	5,7	—	
April	307	2 866,5	1 967,6	1 664,8	1 332,0	1 063,8	.	268,2	332,8	302,8	166,6	5,5	—	
Mai	307	2 954,6	2 045,6	1 723,7	1 386,1	1 104,0	.	282,1	337,6	321,9	162,5	6,5	—	
Juni	307	2 972,9	2 071,4	1 757,7	1 413,8	1 124,0	24,2	289,8	343,9	313,7	148,1	5,8	—	
Niedersachsen														
Febr.	610	2 985,5	1 752,3	1 630,5	1 126,5	921,0	.	205,5	504,0	121,8	209,1	10,3	0,1	
März	610	3 019,9	1 716,8	1 596,7	1 095,8	894,9	42,5	200,9	500,9	120,1	219,0	10,3	0,0	
April	610	3 011,9	1 713,4	1 619,2	1 116,5	934,0	.	182,5	502,7	94,2	183,3	10,5	0,0	
Mai	610	3 103,5	1 796,1	1 661,4	1 153,6	944,2	.	209,4	507,8	134,7	180,7	12,5	0,0	
Juni	610	3 173,6	1 837,9	1 696,0	1 179,6	957,0	42,8	222,6	516,4	141,9	172,4	12,6	0,1	

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kredit- — 2) Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe — Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — 3) Auch die Einlagen auf Festaus der RM-Zeit. — 4) Nur Neugeschäft seit der Währungsreform. — 5) In der Neubildung enthalten Kapitalbeteiligung eines Landes an zwei Landes- wie z. B. die Landwirtschaftliche Rentenbank etc. — 6) Einschließlich „Sonstige Rücklagen, Rückstellungen und Wertberichtigungen“ und Bilanzauszweckgebundene Mittel.

eigene Akzepte im Umlauf	eigene Schuldverreibungen im Umlauf	aufgenommene langfristige Darlehen (für 4 Jahre und darüber)	durchlaufende Kredite (nur Treuhandschäfte)	Eigenkapital § 11 KWG			sonstige Passiva ⁹⁾	Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (Sp. 42, 46, 47, z. T. Sp. 33) ¹⁰⁾ (ohne Zahlen der ländl. Kreditgenossenschaften)				Verbindlichkeiten aus Bürgschaften u. a.	eigene Ziehungen im Umlauf	Indossamentsverbindlichkeiten	Stand am Monatsende
				insgesamt	darunter			Kreditanstalt für Wiederaufbau	Kreditinstitute (ohne Sp. 52)	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	sonstige				
					Neubildung seit dem 21. 6. 1948 ⁷⁾	darunt. Eigenkap. von neugegründeten Instituten ⁸⁾									
44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	
Bundesgebiet⁷⁾															1951
1 491,6	1 503,0	3 035,7	1 090,9	1 214,3	484,8	187,3	2 391,8	1 636,5	979,5	1 744,6	169,0	1 442,3	105,5	3 603,0	Febr.
1 279,5	1 531,3	3 179,4	1 164,1	1 238,2	497,8	193,6	2 409,6	1 657,5	1 040,2	1 833,2	183,7	1 453,1	95,7	3 391,1	März
1 096,4	1 596,0	3 279,2	1 231,2	1 243,5	495,1	193,6	2 512,9	1 726,6	1 065,0	1 914,2	191,9	1 422,2	86,2	3 089,3	April
1 040,7	1 616,8	3 384,9	1 290,8	1 256,7	504,8	195,6	2 557,3	1 762,6	1 111,8	2 012,5	197,4	1 490,3	79,7	3 037,6	Mai
1 023,2	1 647,4	3 478,0	1 326,3	1 280,7	523,6	201,8	2 652,7	1 775,8	1 149,6	2 081,9	206,2	1 526,8	69,2	3 380,8	Juni
Baden															
20,2	0,0	8,8	7,9	19,7	3,9	—	41,7	4,7	11,8	5,2	0,8	14,1	3,2	49,1	Febr.
17,7	0,0	10,0	9,8	20,1	4,0	—	43,2	5,1	14,2	6,6	0,7	15,2	2,4	46,6	März
16,3	0,0	9,4	13,6	20,3	4,2	—	46,7	5,2	13,8	9,5	1,8	15,7	2,1	46,9	April
17,4	0,0	9,6	14,6	20,5	4,3	—	49,0	5,2	15,9	8,5	1,9	14,8	1,8	49,2	Mai
17,2	0,0	10,1	15,6	20,8	4,2	—	45,9	5,5	17,8	9,5	1,9	15,5	1,9	52,0	Juni
Bayern															
295,4	378,8	540,5	80,8	193,5	85,9	1,0	451,4	270,3	133,2	247,3	22,8	202,6	28,9	494,1	Febr.
266,6	383,4	571,9	87,9	195,7	80,5	1,0	449,4	280,8	141,4	265,9	24,4	221,6	26,8	510,1	März
241,0	398,7	586,2	90,7	196,9	80,6	1,0	466,1	287,7	145,1	278,7	25,9	203,8	21,4	474,9	April
227,9	406,4	607,0	94,8	203,2	84,1	1,0	466,6	294,9	156,0	287,7	26,0	216,3	20,1	473,3	Mai
211,3	415,2	617,6	69,6	204,8	85,6	1,0	499,5	299,4	160,6	277,4	28,0	216,7	16,1	499,4	Juni
Bremen															
100,1	119,6	160,9	10,5	29,1	9,4	4,0	70,2	89,5	42,5	39,0	3,9	56,2	0,8	138,0	Febr.
70,9	122,2	163,4	11,7	26,4	6,5	4,0	72,6	92,3	41,7	40,0	3,2	54,2	0,4	132,1	März
50,3	123,9	165,1	13,0	26,4	6,6	4,1	67,9	93,1	42,7	40,2	3,8	46,2	0,5	126,0	April
40,3	124,0	172,6	16,4	26,6	7,7	5,1	78,8	93,4	48,5	43,4	6,0	48,7	0,5	114,9	Mai
37,0	125,6	174,4	18,2	26,7	8,0	5,1	85,1	95,3	49,9	44,6	5,7	60,3	0,4	121,6	Juni
Hamburg															
348,7	57,6	113,1	46,7	73,0	26,7	1,0	241,3	88,5	15,9	43,2	31,3	329,0	1,5	480,0	Febr.
292,3	57,7	113,4	49,1	73,6	29,0	1,0	222,8	88,6	18,6	42,5	31,2	294,6	1,6	445,7	März
267,7	64,7	114,1	49,6	74,6	30,2	1,0	231,5	89,7	18,1	43,6	30,4	291,7	1,6	392,6	April
276,2	65,7	116,0	48,9	75,7	31,1	1,0	231,2	91,4	17,7	44,5	28,6	308,5	1,4	425,1	Mai
276,0	70,7	117,4	52,3	81,8	34,2	1,0	242,9	93,1	19,0	45,3	30,8	324,4	1,2	487,6	Juni
Hessen															
108,3	111,4	118,3	53,6	86,9	18,3	2,0	228,5	81,5	49,9	41,6	10,3	111,2	13,6	250,4	Febr.
97,4	112,0	122,1	54,1	88,6	19,3	2,0	227,3	83,9	51,5	39,4	12,4	117,3	13,5	221,0	März
90,1	118,2	128,9	55,7	89,3	19,7	2,0	250,1	85,8	55,4	43,5	12,8	119,9	12,9	224,8	April
90,4	119,0	134,6	58,8	90,6	20,9	2,0	253,1	91,0	57,4	46,1	12,7	126,2	12,3	220,4	Mai
91,3	119,3	138,0	63,7	91,2	21,9	2,0	249,9	93,7	56,5	44,1	16,3	136,6	10,3	233,3	Juni
Niedersachsen															
59,1	172,9	452,5	81,9	88,7	14,0	—	169,0	125,4	150,3	255,3	15,4	67,4	24,9	243,7	Febr.
53,1	176,6	492,5	93,1	89,3	14,1	—	179,5	132,0	164,4	271,6	30,3	74,3	22,0	247,7	März
42,7	183,7	505,4	103,8	89,4	14,4	—	190,2	135,6	172,9	284,2	30,0	76,2	21,6	209,6	April
34,9	185,5	515,4	110,0	90,1	13,8	—	190,8	137,5	180,3	292,6	31,5	75,4	19,3	200,1	Mai
35,2	188,4	525,7	117,1	90,8	15,6	—	206,1	140,5	181,5	303,2	31,3	76,0	16,1	222,6	Juni

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit gering-
institute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt.
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt.
konto sind je nach dem Charakter der ursprünglichen RM-Einlagen in den Spalten 33 bis 40 mit enthalten. — ⁵⁾ Einschließlich Valutaverpflichtungen
kreditanstalten in Höhe von rd. 100 Mill. DM, Stand Juni 1950. — ⁸⁾ Es handelt sich um Institute, die nach der Währungsreform gegründet wurden,
gleichposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — ¹⁰⁾ Einbezogen sind etwaige in den „Einlagen“ enthaltene noch nicht weitergeleitete

Monatliche Bankenstatistik*) 1); Gesamterhebung 2) der Bank deutscher Länder
noch: Passiva

Beträge in

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute 3)	Summe der Passiva	Einlagen (einschließlich Anlagekonto) 4)							aufgenommene Gelder 5)			
			mit Einlagen von Kreditinstituten	ohne Einlagen von Kreditinstituten	Die Einlagen von Nichtbanken (Sp. 34) gliedern sich in:				Einlagen von Kreditinstituten	insgesamt	darunter		
					Sicht- und Termin-einlagen	davon		Spar-einlagen			für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren hereingekommene Gelder	seitens der Kundschaft bei ausländischen Banken benutzte Kredite 6)	
						Wirtschaft und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften						
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	
1951													
Nordrhein-Westfalen													
Febr.	831	8 582,2	5 952,9	5 428,0	4 282,4	3 209,3	.	1 073,1	1 145,6	524,9	502,1	128,6	3,6
März	831	8 557,4	5 893,9	5 433,7	4 288,5	3 215,6	68,0	1 072,9	1 145,2	460,2	513,9	133,7	2,6
April	831	8 721,6	6 050,8	5 557,7	4 400,1	3 326,6	.	1 073,5	1 157,6	493,1	489,3	128,3	2,1
Mai	831	8 759,7	6 067,8	5 591,8	4 418,0	3 368,5	.	1 049,5	1 173,8	476,0	485,3	120,0	2,9
Juni	831	9 057,3	6 273,4	5 840,2	4 648,6	3 452,0	67,3	1 196,6	1 191,6	433,2	491,2	125,5	6,6
Rheinland-Pfalz													
Febr.	278	1 307,8	787,0	709,9	462,5	347,6	.	114,9	247,4	77,1	161,3	9,7	0,0
März	278	1 302,4	769,5	700,1	455,7	340,1	19,6	115,6	244,4	69,4	166,9	8,0	0,0
April	278	1 300,5	776,6	708,1	464,4	345,7	.	118,7	243,7	68,5	161,7	8,8	—
Mai	278	1 310,4	799,9	724,9	479,5	354,9	.	124,6	245,4	75,0	154,5	9,6	0,0
Juni	278	1 324,8	810,1	733,4	484,9	352,4	19,1	132,5	248,5	76,7	153,8	10,6	0,0
Schleswig-Holstein													
Febr.	185	1 009,7	444,2	418,3	287,4	234,6	.	52,8	130,9	25,9	106,2	19,3	—
März	185	1 037,1	470,0	433,6	302,8	246,3	13,4	56,5	130,8	36,4	92,5	18,7	—
April	185	1 027,2	458,2	430,7	298,5	249,3	.	49,2	132,2	27,5	80,1	8,4	—
Mai	185	1 063,7	463,7	437,2	303,9	250,0	.	53,9	133,3	26,5	84,9	9,7	—
Juni	185	1 081,4	478,1	449,5	314,2	251,0	13,3	63,2	135,3	28,6	82,5	10,2	—
Württemberg-Baden													
Febr.	364	3 474,2	1 932,3	1 734,8	1 332,0	869,5	.	462,5	402,8	197,5	234,7	23,4	—
März	364	3 546,3	1 922,4	1 738,9	1 339,1	865,2	30,2	473,9	399,8	183,5	300,5	28,9	—
April	364	3 575,9	1 942,1	1 755,1	1 352,6	876,8	.	475,8	402,5	187,0	247,9	29,3	—
Mai	364	3 651,8	1 972,9	1 784,0	1 379,8	892,2	.	487,6	404,2	188,9	253,5	31,3	—
Juni	364	3 756,2	2 064,9	1 843,9	1 426,3	937,9	29,0	488,4	417,6	221,0	238,7	31,1	—
Württemberg-Hohenzollern													
Febr.	145	657,5	504,1	439,4	304,8	199,6	.	105,2	134,6	64,7	40,1	8,0	—
März	145	654,3	492,9	424,6	290,2	190,3	10,4	99,9	134,4	68,3	46,6	8,0	—
April	145	677,3	518,9	438,9	304,6	195,3	.	109,3	134,3	80,0	42,6	8,1	—
Mai	145	682,2	519,7	439,8	305,3	198,3	.	107,0	134,5	79,9	49,7	14,9	—
Juni	145	690,9	516,2	438,5	303,0	199,8	10,3	103,2	135,5	77,7	54,2	14,3	—
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben													
Febr.	13	1 507,2	202,0	151,6	151,4	78,0	.	73,4	0,2	50,4	84,8	40,8	—
März	13	1 522,2	184,9	143,3	143,1	79,9	0,4	63,2	0,2	41,6	81,0	32,7	—
April	13	1 539,6	200,3	142,6	142,4	89,8	.	52,6	0,2	57,7	96,6	35,0	—
Mai	13	1 587,2	197,2	145,7	145,5	88,6	.	56,9	0,2	51,5	121,2	35,5	—
Juni	13	1 650,0	236,5	177,5	177,2	103,3	0,4	73,9	0,3	59,0	105,2	45,1	—

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kredit- — 2) Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe — Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — 3) Auch die Einlagen auf Fest- aus der RM-Zeit. — 4) Nur Neugeschäft seit der Währungsreform. — 5) In der Neubildung enthalten Kapitalbeteiligung des Landes an zwei Landes- wie z. B. die Landwirtschaftliche Rentenbank etc. — 6) Einschließlich „Sonstige Rücklagen, Rückstellungen und Wertberichtigungen“ und Bilanzaus- zweckgebundene Mittel.

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

noch: Passiva

eigene Akzepte im Umlauf	eigene Schuldverreibungen im Umlauf	aufgenommene langfristige Darlehen (für 4 Jahre und darüber)	durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)	Eigenkapital § 11 KWG			sonstige Passiva ⁹⁾	Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (Sp. 42, 46, 47, z. T. Sp. 33) ¹⁰⁾ (ohne Zahlen der ländl. Kreditgenossenschaften)				Verbindlichkeiten aus Bürgschaften u. a.	eigene Zielungen im Umlauf	Indossamentsverbindlichkeiten	Stand am Monatsende
				insgesamt	darunter			Kreditanstalt für Wiederaufbau	Kreditinstitute (ohne Sp. 52)	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	sonstige				
					Neubildung seit dem 21. 6. 1948 ⁷⁾	Eigenkapital von neu gegründeten Instituten ⁸⁾									
44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	
Nordrhein-Westfalen															
257,1	210,8	537,3	430,0	204,8	24,4	2,9	487,2	215,8	331,2	556,4	15,6	417,2	4,7	773,5	Febr.
200,9	224,0	558,1	456,1	207,0	25,3	2,9	503,5	220,1	342,8	582,4	20,5	434,8	4,7	675,7	März
129,5	235,8	589,4	476,9	210,1	27,6	2,9	539,8	235,1	349,3	607,4	20,2	443,0	4,7	542,1	April
104,6	239,5	609,3	497,9	211,8	27,9	2,9	543,5	234,7	357,9	629,7	21,1	457,4	4,9	494,8	Mai
121,1	243,6	632,6	525,5	214,0	29,8	2,9	555,9	249,1	368,3	664,3	21,8	459,7	4,4	638,9	Juni
Rheinland-Pfalz															
69,1	33,2	62,2	18,0	37,6	7,3	—	139,4	31,2	39,1	20,6	2,4	33,2	7,9	160,0	Febr.
65,9	33,2	65,9	19,3	38,0	7,7	—	143,7	31,7	41,1	21,9	1,6	33,9	6,6	155,5	März
58,0	39,5	68,2	20,9	38,4	8,0	—	137,2	33,1	43,9	21,9	1,6	34,1	5,9	146,0	April
53,3	39,5	70,3	21,9	38,8	7,8	—	132,2	33,9	44,4	23,8	1,7	37,1	6,3	147,0	Mai
53,5	41,8	68,7	22,6	38,9	7,6	—	135,4	34,0	43,2	24,9	1,8	39,8	6,2	146,5	Juni
Schleswig-Holstein															
49,7	29,3	197,3	73,8	35,2	11,1	5,4	74,0	96,8	90,3	87,4	17,4	34,8	7,0	204,9	Febr.
45,7	30,2	203,2	76,9	38,0	13,4	5,4	80,6	99,1	98,6	93,0	9,5	31,7	6,9	218,5	März
42,6	33,7	217,4	80,1	39,0	14,3	5,3	76,1	100,8	91,6	96,5	18,0	31,2	6,0	218,7	April
40,2	34,2	223,4	89,6	40,0	15,5	6,3	87,7	103,0	101,2	98,9	20,4	35,9	4,9	227,1	Mai
37,6	34,2	231,6	92,1	40,3	15,7	6,3	85,0	108,8	102,5	102,1	20,3	37,6	4,5	216,6	Juni
Württemberg-Baden⁷⁾															
154,9	187,6	346,7	93,8	200,3	108,9	—	323,9	151,2	64,4	268,5	10,3	118,3	11,9	306,0	Febr.
141,9	189,5	365,9	101,3	208,8	116,6	—	316,0	129,3	72,7	287,7	11,4	126,0	9,6	289,3	März
132,5	206,2	377,5	112,8	201,3	107,9	—	355,6	156,4	78,5	301,4	12,7	114,4	8,0	295,0	April
134,2	209,1	397,9	117,4	201,5	110,2	—	365,3	158,4	77,1	326,8	12,7	124,8	7,1	294,4	Mai
122,4	213,0	423,6	123,7	205,4	112,9	—	364,5	134,6	84,4	348,7	12,9	111,3	7,0	332,5	Juni
Württemberg-Hohenzollern															
22,3	—	29,9	5,1	14,9	3,7	—	41,1	5,8	24,1	14,5	—	11,6	1,1	47,2	Febr.
18,2	—	31,0	5,4	15,6	4,0	—	44,6	6,1	24,3	15,0	0,0	13,7	1,0	50,0	März
15,1	—	32,8	5,7	15,8	4,2	—	46,4	6,4	24,8	16,0	0,1	14,0	1,4	50,9	April
12,8	—	33,3	6,2	16,0	4,4	—	44,5	11,7	25,4	25,3	0,2	14,8	1,0	50,2	Mai
13,0	—	34,8	6,4	16,4	4,5	—	49,9	6,8	24,7	26,4	0,6	16,6	0,9	51,9	Juni
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
6,6	201,6	468,2	188,8	230,8	171,1	171,0	124,4	476,0	26,9	165,3	38,9	46,6	0,0	456,1	Febr.
8,8	202,3	481,9	199,5	237,2	177,3	177,3	126,6	488,6	28,5	167,4	38,5	35,9	0,0	398,8	März
10,5	191,7	484,7	208,4	241,9	177,3	177,3	105,5	497,8	29,1	171,1	34,1	32,1	0,0	362,0	April
8,6	193,8	495,4	214,4	241,9	177,3	177,3	114,7	507,6	29,9	185,0	34,7	30,5	0,1	340,9	Mai
7,8	195,6	503,5	219,6	249,5	183,4	183,4	132,3	514,7	41,0	191,6	35,2	32,2	0,1	378,0	Juni

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringen Institute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Überregionale Institute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt. Konto sind je nach dem Charakter der ursprünglichen RM-Einlagen in den Spalten 33 bis 40 mit enthalten. — ³⁾ Einschließlich Valutaverpflichtungen kreditanstalten in Höhe von rd. 100 Mill. DM, Stand Juni 1950. — ⁸⁾ Es handelt sich um Institute, die nach der Währungsreform gegründet wurden, gleichposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — ¹⁰⁾ Einbezogen sind etwaige in den „Einlagen“ enthaltene noch nicht weitergeleitete

Monatliche Bankenstatistik*) 1); Gesamterhebung 2) der Bank deutscher Länder
A k t i v a

Beträge in

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute 3)	Summe der Aktiva	Barreserve		Post-scheck-guthaben	Guthaben bei Kreditinstituten 5)		Währungs- und DM-Guthaben bei der BdL für gestellte Akkreditive	fällige Zins- und Dividen- schein	Schecks und Inkasso- wechsel	Wechsel			Schatz- wechsel und unver- zins- liche Schatz- anweis- des Bundes und der Länder	Wert- und Kon- beteili- ins- gesamt
			ins- gesamt 4)	darunter Giro- gut- haben bei der LZB		ins- gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 3 Mo- naten				ins- gesamt	Hand- dels- wechsel	Bank- akzpte		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1951															
Alle Banken															
Febr.	3 561	31 834,1	1 917,9	1 598,0	45,8	2 178,2	1 858,0	205,0	0,7	183,1	2 509,0	2 275,6	89,7	183,2	387,7
März	3 561	31 799,4	1 839,4	1 536,9	53,6	2 061,7	1 759,9	215,1	1,6	201,8	2 599,6	2 370,9	79,7	205,8	401,1
April	3 562	32 090,0	1 768,7	1 442,5	52,0	2 120,1	1 789,8	183,9	1,0	231,1	2 745,0	2 529,1	71,9	294,5	420,9
Mai	3 562	32 622,6	1 891,5	1 534,9	50,1	2 164,0	1 876,4	163,2	0,8	228,5	2 781,1	2 552,0	92,2	258,8	433,4
Juni	3 559	33 448,3	1 960,7	1 642,4	60,2	2 371,3	2 037,4	164,4	3,1	346,7	2 819,7	2 584,0	89,5	311,3	445,6
Kreditbanken 4)															
Febr.	255	12 087,5	919,7	812,0	20,9	834,2	825,8	181,2	0,4	124,0	1 632,5	1 526,0	34,5	64,7	165,5
März	255	11 824,9	883,8	778,4	23,9	752,1	743,0	180,6	1,2	147,0	1 719,9	1 608,1	38,4	43,6	174,6
April	256	11 904,4	869,2	753,9	22,3	735,7	726,2	157,2	0,6	158,0	1 823,7	1 718,5	37,5	95,2	185,1
Mai	256	12 044,3	893,7	768,7	22,4	711,4	700,5	141,6	0,5	157,2	1 830,4	1 715,0	55,3	83,2	190,8
Juni	255	12 401,0	971,5	863,3	26,4	813,8	803,5	149,4	1,8	256,6	1 803,6	1 695,8	40,4	80,9	201,4
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten															
Febr.	38	2 296,1	3,4	2,7	0,4	180,2	151,8	—	0,0	0,0	0,3	0,2	—	10,2	3,8
März	38	2 401,3	4,0	3,4	0,7	207,0	161,0	—	0,0	0,0	0,3	0,1	—	15,0	4,2
April	38	2 493,3	6,6	6,0	0,5	224,5	171,6	—	0,0	0,1	0,4	0,1	—	17,3	9,0
Mai	38	2 542,3	6,4	5,7	0,3	238,2	165,6	—	0,0	0,0	0,5	0,2	—	17,3	8,9
Juni	38	2 613,7	10,8	10,2	1,0	249,4	182,8	—	0,0	0,0	0,6	0,2	—	22,5	8,7
Girozentralen															
Febr.	18	4 437,5	213,0	202,5	4,2	454,4	284,2	6,5	0,1	12,9	393,5	350,2	34,3	58,5	65,0
März	18	4 476,4	140,8	130,5	6,7	430,4	297,8	17,2	0,2	8,8	407,4	373,2	26,0	100,6	65,6
April	18	4 357,0 ⁹⁾	71,7	63,6	5,2	418,9	281,2	10,7	0,0	14,9	423,6	395,4	19,0	140,1	66,3
Mai	18	4 458,1	107,1	98,9	5,3	414,5	347,8	6,6	0,1	15,6	426,7	401,8	17,2	115,2	67,5
Juni	18	4 677,9	106,0	97,0	4,8	458,4	367,0	8,4	0,4	20,4	495,9	448,8	30,4	161,4	68,3
Sparkassen															
Febr.	883	7 934,3	569,8	415,9	11,5	437,5	338,5	0,1	0,1	26,9	253,7	242,3	1,9	44,8	107,5
März	883	8 016,2	612,5	471,5	11,9	403,2	304,9	0,1	0,2	25,2	251,2	237,5	2,4	41,6	110,5
April	884	8 226,6 ¹⁰⁾	598,7	451,5	13,1	459,7	353,3	0,0	0,2	31,2	255,5	238,5	3,5	36,7	113,0
Mai	884	8 377,7	638,6	473,8	11,2	505,5	387,7	0,0	0,0	31,3	269,2	248,6	6,4	38,5	118,1
Juni	882	8 481,7	638,0	490,1	14,9	518,1	381,7	—	0,1	35,5	270,5	251,2	5,9	41,7	118,7
Zentralkassen 9)															
Febr.	31	864,4	60,1	56,0	1,3	28,6	24,6	0,1	0,0	4,0	54,7	28,4	8,3	0,5	6,9
März	31	850,1	38,7	34,9	1,9	28,4	24,4	0,1	0,0	4,2	53,6	26,8	7,2	0,8	6,6
April	31	846,6	47,7	43,7	1,6	28,6	24,3	0,1	0,0	5,8	53,8	28,1	6,8	0,8	6,9
Mai	31	848,6	50,7	46,4	1,7	31,7	27,3	0,1	0,0	4,8	54,0	28,4	7,2	0,3	7,0
Juni	31	831,1	46,8	43,2	1,9	26,3	21,8	—	0,0	7,0	53,0	27,1	8,1	0,3	6,8
Kreditgenossenschaften 9)															
Febr.	2 294	2 331,3	124,2	83,1	6,4	102,8	99,3	0,0	0,0	14,0	87,6	59,8	0,2	2,1	13,0
März	2 294	2 329,6	129,4	90,1	7,3	99,6	96,0	0,1	0,0	15,3	86,6	58,4	0,3	2,2	13,2
April	2 294	2 346,7	144,9	96,0	8,4	109,0	105,3	0,0	0,1	19,6	91,6	63,8	0,4	2,2	13,2
Mai	2 294	2 375,5	165,1	113,8	8,4	106,1	100,4	0,4	0,0	18,1	95,4	68,2	0,3	2,2	13,1
Juni	2 294	2 409,1	154,5	107,7	9,6	132,4	125,8	0,3	0,1	24,2	96,3	69,6	0,2	2,5	13,4
Sonstige Kreditinstitute															
Febr.	29	375,8	10,4	9,3	0,3	71,5	70,6	11,2	—	0,3	21,7	17,1	4,6	0,3	4,3
März	29	378,8	12,7	11,5	0,4	75,2	74,2	11,2	—	0,4	21,1	19,2	1,9	—	4,5
April	28	375,9	9,1	7,9	0,4	91,8	80,7	10,4	—	0,4	19,8	18,5	1,2	0,4	5,0
Mai	28	388,9	9,9	8,7	0,3	99,3	95,1	10,5	—	0,3	21,2	19,7	1,5	0,1	5,1
Juni	28	383,8	16,8	15,5	0,4	90,5	86,1	4,8	—	1,5	22,3	22,0	0,3	0,1	5,2
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
Febr.	13	1 507,2	17,3	16,4	0,6	69,0	63,2	6,0	0,0	0,9	65,0	51,6	5,9	2,0	21,7
März	13	1 522,2	17,4	16,6	1,0	65,9	58,7	5,9	0,0	0,7	59,5	47,7	3,5	2,0	21,9
April	13	1 539,6	20,7	19,8	0,5	51,8	46,9	5,5	0,0	1,0	76,6	66,0	3,5	2,0	22,6
Mai	13	1 587,2	20,0	18,9	0,5	57,2	51,8	4,1	0,1	1,1	83,7	70,2	4,2	2,0	22,8
Juni	13	1 650,0	16,3	15,4	1,3	82,2	68,7	1,5	0,6	1,5	77,5	69,2	4,2	2,0	23,2

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kredit- — 2) Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe — Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — 3) Kasse und Landeszentral- mittelfristige Ausleihungen (bis zu 4 Jahren). — 4) Einschließlich Kapitalentwertungskonto, nicht eingezahltes Kapital, eigene Aktien usw., Bilanzaus- Landesbank Wiesbaden über das Sparkassengeschäft und ihr Geschäft als Girozentrale getrennt berichtet (Rückgang bei den Girozentralen und Zunahme nal- und Lokalbanken“ und „Privatbankiers“ umseitig. — 5) Aufgliederung umseitig.

banken

Bankengruppen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Aktiva

papiere sortial- gungen	eigene Schuld- ver- schrei- bungen (Pfand- briefe u. ä.)	Ausgleichs- forderungen		Debitoren ⁷⁾				langfristige Ausleihungen			durch- lau- fende Kredite (nur Treuh- hand- ge- schäfte)	Betei- ligun- gen	Grund- stücke und Ge- bäude	son- stige Aktiva ⁸⁾	Stand am Mo- nats- ende
		gegen- wärtiger Be- stand ⁶⁾	Be- stand lt. Umstel- lungs- rech- nung	ins- gesamt	Wirt- schaft und Private	Öffentl.- rechtl. Kör- per- schaf- ten	Kredit- insti- tute	ins- gesamt	gegen Grund- pfand- rechte	gegen Kom- munal- dek- kung					
darunter Anleihen und verzinsliche Schatzan- weisungen des Bundes und der Länder															
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
Alle Banken															
82,7	48,0	5 445,6	5 902,4	10 640,5	9 326,4	333,9	980,2	5 487,3	3 408,2	975,8	1 090,9	89,0	469,3	952,9	1951
83,4	47,3	5 432,1	5 903,5	10 299,4	8 900,9	325,0	1 073,5	5 736,1	3 546,5	1 034,8	1 164,1	94,1	480,9	965,7	Febr.
90,1	44,6	5 433,3	5 920,9	9 996,7	8 651,5	325,3	1 019,9	5 985,5	3 671,1	1 071,6	1 231,2	98,7	489,2	993,6	März
92,3	43,9	5 424,6	5 938,7	10 088,3	8 717,7	364,5	1 006,1	6 167,1	3 782,3	1 101,2	1 290,8	104,0	494,8	1 037,7	April
93,6	48,7	5 421,0	5 943,5	10 114,2	8 739,1	373,8	1 001,3	6 363,5	3 881,1	1 145,8	1 326,3	107,4	508,7	1 075,5	Mai
Kreditbanken ⁴⁾															
15,7	7,5	1 424,4	1 475,9	5 513,8	5 298,3	84,3	131,2	665,6	263,9	15,6	90,3	46,6	156,3	239,9	Febr.
16,9	7,1	1 423,6	1 474,7	5 205,6	4 980,5	81,1	144,0	705,3	270,7	14,5	102,8	49,8	161,8	242,2	März
22,2	10,3	1 430,2	1 482,7	5 104,0	4 871,0	85,0	148,0	747,2	269,3	14,6	111,0	52,9	165,1	236,7	April
23,7	8,9	1 434,6	1 487,8	5 222,1	4 957,2	104,3	160,6	773,8	278,4	14,8	108,2	55,6	166,3	243,6	Mai
24,7	9,0	1 433,3	1 485,8	5 233,8	4 977,2	98,2	158,4	818,7	284,9	15,2	91,8	58,0	173,8	277,2	Juni
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten															
0,0	21,5	315,8	420,0	40,8	22,8	4,5	13,5	1 553,8	1 299,6	144,9	116,0	1,6	15,6	32,7	Febr.
0,0	21,7	310,8	420,6	39,1	22,3	3,4	13,4	1 618,9	1 357,7	148,2	126,4	2,0	15,7	35,5	März
0,0	22,5	306,9	423,6	47,1	22,5	9,3	15,3	1 662,2	1 394,4	151,9	136,2	2,4	16,5	41,1	April
0,0	23,9	297,2	421,6	45,0	21,4	8,8	14,8	1 702,4	1 428,9	155,0	144,0	2,4	16,7	39,1	Mai
0,0	24,7	292,3	421,3	44,0	20,9	9,0	14,1	1 751,1	1 470,3	159,9	151,4	2,4	16,8	38,0	Juni
Girozentralen															
37,2	17,3	258,6	294,7	1 185,9	615,5	117,5	452,9	1 113,4	323,6	560,1	513,8	2,9	25,8	111,7	Febr.
37,2	16,6	258,4	294,3	1 199,3	576,6	120,9	501,8	1 156,1	333,6	599,1	529,4	3,3	25,9	109,7	März
37,7	9,8	212,2 ⁹⁾	248,1 ⁹⁾	1 088,4 ⁹⁾	515,8 ⁹⁾	113,3	459,3	1 202,4	355,1	619,5	546,0	3,5	26,1	117,2	April
38,5	8,9	214,9	249,6	1 091,5	536,0	128,9	426,6	1 235,5	368,1	632,4	579,6	3,6	26,2	139,3	Mai
39,3	12,7	213,7	249,5	1 097,6	556,4	116,5	424,7	1 270,9	377,0	662,5	604,0	3,6	26,5	124,9	Juni
Sparkassen															
8,2	—	2 466,2	2 675,3	2 015,7	1 947,8	60,4	7,5	1 388,4	1 083,1	166,1	138,1	6,5	179,3	288,2	Febr.
7,4	—	2 462,6	2 685,7	1 983,1	1 909,3	58,6	15,2	1 465,1	1 135,4	178,0	156,9	6,6	182,7	302,8	März
7,2	—	2 518,9 ¹⁰⁾	2 747,7 ¹⁰⁾	1 953,5 ¹⁰⁾	1 873,7 ¹⁰⁾	67,1	12,7	1 565,3	1 194,6	189,2	177,1	6,8	185,6	311,3	April
7,1	—	2 507,2	2 755,3	1 917,9	1 847,9	58,3	11,7	1 633,0	1 233,9	200,1	189,5	6,9	188,7	322,1	Mai
6,3	—	2 510,9	2 758,1	1 910,7	1 830,6	69,1	11,0	1 685,7	1 263,7	207,4	200,9	7,1	192,8	336,1	Juni
Zentralkassen ⁵⁾															
0,7	—	61,5	64,4	494,9	164,3	0,4	330,2	78,3	13,9	—	2,8	4,6	14,3	51,8	Febr.
0,7	—	55,6	58,5	505,8	160,1	0,4	345,3	80,4	14,7	—	2,9	4,6	14,6	51,9	März
0,7	—	54,4	58,0	483,2	146,5	0,4	336,3	86,0	13,8	—	1,9	4,7	15,2	55,9	April
0,5	—	54,9	58,0	472,6	134,5	0,4	337,7	85,8	23,2	—	2,3	7,0	15,2	60,5	Mai
0,5	—	54,7	57,0	459,6	127,0	0,3	332,3	87,6	28,4	0,2	2,6	7,1	15,5	61,9	Juni
Kreditgenossenschaften ⁶⁾															
0,8	—	718,4	763,9	998,4	985,9	6,8	5,7	82,6	22,6	4,5	36,7	9,0	64,2	71,9	Febr.
1,0	—	719,2	762,7	977,8	963,3	7,0	7,5	89,6	24,8	4,9	41,6	9,1	65,5	73,1	März
1,0	—	719,9	762,6	946,6	932,9	7,3	6,4	95,1	27,4	4,9	46,0	9,4	66,5	74,2	April
0,8	—	720,9	764,0	945,7	931,6	7,3	6,8	96,5	27,7	5,5	49,8	9,9	68,0	75,9	Mai
0,9	—	721,5	766,2	942,1	931,2	4,4	6,5	99,9	28,2	5,5	53,0	10,2	69,5	79,6	Juni
Sonstige Kreditinstitute															
0,3	—	21,2	23,7	178,9	174,7	0,1	4,1	21,1	2,5	—	4,6	11,6	6,9	11,5	Febr.
0,3	—	21,5	21,4	176,0	169,4	0,0	6,6	21,0	2,5	—	4,6	11,9	7,4	10,9	März
0,6	—	20,4	22,7	165,2	160,7	0,0	4,5	18,3	2,5	—	4,6	12,0	7,0	11,1	April
0,6	—	24,6	26,9	165,1	161,2	0,0	3,9	19,7	3,7	—	3,1	11,5	6,2	12,0	Mai
0,6	—	24,5	26,9	164,8	160,7	0,0	4,1	19,8	3,8	—	3,0	11,9	6,2	12,0	Juni
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
19,9	1,7	179,8	184,7	212,0	117,2	59,8	35,0	584,1	399,1	84,5	188,8	6,3	7,1	144,9	Febr.
20,0	2,0	180,4	185,7	212,6	119,4	53,6	39,6	599,8	407,1	90,2	199,5	6,8	7,3	139,5	März
20,7	2,1	170,3	175,7	208,7	128,2	42,9	37,6	609,1	414,0	91,6	208,4	6,9	7,2	146,2	April
20,9	2,2	170,3	175,7	228,5	127,9	56,4	44,2	620,4	418,5	93,3	214,4	7,2	7,5	145,2	Mai
21,3	2,2	170,2	178,7	261,6	135,0	76,3	50,3	629,9	425,0	95,1	219,6	7,1	7,6	145,7	Juni

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit gering-
institute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt.
„Überregionale Institute mit Sonderaufgaben“, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt.
bankguthaben. — ⁵⁾ Einschließlich mittel- und langfristiger Guthaben. — ⁶⁾ Abzüglich verkaufter und getilgter Ausgleichsforderungen. — ⁷⁾ Kurz- und
gleichposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — ⁹⁾ Der Rückgang ist überwiegend dadurch verursacht, daß ab April 1951 die Nassauische
bei der Bankengruppe Sparkassen). — ¹⁰⁾ Vgl. Anmerkung ⁹⁾. — ⁴⁾ Aufgliederung in „Nachfolgeinstitute ehemaliger Großbankfilialen“, „Staats-, Regio-

Aktiva

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ³⁾	Summe der Aktiva	Barreserve		Post-scheck-guthaben	Guthaben bei Kreditinstituten ⁵⁾		Währungs- und DM-Guthaben bei der BdL für gestellte Akkreditive	fällige Zins- und Dividen-den-scheine	Schecks und Inkasso-wechsel	Wechsel		Schatz-wechsel und unver-zins-liche Schatz-anweis-des Bundes und der Länder	Wert- und Kon-beiteili- ins-gesamt	
			ins-gesamt ⁴⁾	darunter Giro-gut-haben bei der LZB		ins-gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 3 Monaten				ins-gesamt	Hand-dels-wechsel			Bank-akzpte
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	
Kreditbanken, Aufgliederung:															
Nachfolgeinstitute ehemaliger Großbankfilialen															
1951															
Febr.	30	6 723,6	509,4	453,2	11,6	516,2	510,2	104,4	0,2	89,6	1 134,0	1 081,8	18,4	30,9	43,3
März	30	6 543,8	480,2	424,5	13,3	449,7	444,3	105,6	0,6	103,5	1 187,0	1 137,2	11,1	13,4	49,0
April	30	6 630,5	523,2	461,2	12,0	428,6	423,2	85,1	0,3	109,3	1 230,8	1 185,5	7,9	68,1	52,6
Mai	30	6 741,7	507,5	440,5	12,3	457,5	452,4	82,7	0,2	116,2	1 266,2	1 211,4	26,1	61,0	54,3
Juni	30	6 892,5	559,8	502,8	15,0	478,7	473,3	87,4	1,2	186,5	1 182,7	1 131,1	19,5	62,6	60,0
Staats-, Regional- und Lokalbanken															
Febr.	78	3 964,3	314,4	271,4	7,4	184,4	182,2	18,4	0,1	27,1	374,6	325,3	14,7	32,9	85,0
März	78	3 930,6	299,3	257,6	8,5	196,0	192,5	23,1	0,5	33,7	377,4	320,8	25,3	29,4	87,7
April	79	3 929,1	255,3	211,0	8,1	208,4	204,5	21,8	0,3	36,5	413,7	359,5	27,4	26,2	92,4
Mai	79	3 960,9	276,4	229,0	8,1	152,6	146,8	18,6	0,2	30,4	401,3	350,8	22,5	21,3	95,5
Juni	79	4 071,5	286,9	246,3	9,1	215,4	210,9	22,0	0,5	48,5	446,6	395,6	19,0	15,4	98,3
Privatbankiers															
Febr.	147	1 399,6	95,9	87,4	1,9	133,6	133,4	58,4	0,1	7,3	123,9	118,9	1,4	0,9	37,2
März	147	1 350,5	104,3	96,3	2,1	106,4	106,2	51,9	0,1	9,8	155,6	150,1	2,1	0,8	37,9
April	147	1 344,8	90,8	81,7	2,2	98,7	98,5	50,3	0,1	12,1	179,2	173,5	2,2	0,8	40,1
Mai	147	1 341,8	109,8	99,2	2,0	101,3	101,3	40,3	0,1	10,6	162,9	152,8	6,7	0,8	41,2
Juni	146	1 437,0	124,8	114,2	2,3	119,7	119,3	40,0	0,1	21,6	174,3	169,1	1,9	2,9	43,1
Zentralkassen und Kreditgenossenschaften, Aufgliederung:															
Gewerbliche Zentralkassen															
Febr.	12	219,5	3,4	2,9	0,4	20,4	16,4	0,1	0,0	1,8	25,7	11,0	4,6	0,4	2,5
März	12	227,7	2,1	1,7	0,5	20,3	16,3	0,1	0,0	2,4	24,4	9,3	4,1	0,7	2,2
April	12	227,5	3,1	2,6	0,4	19,1	14,8	0,1	0,0	2,5	26,7	11,2	4,5	0,7	2,3
Mai	12	239,6	3,5	3,1	0,5	24,6	20,2	0,1	0,0	2,5	24,4	8,9	3,9	0,3	2,5
Juni	12	237,6	5,5	4,9	0,5	21,2	16,7	—	0,0	3,9	23,2	8,1	3,8	0,3	2,5
Gewerbliche Kreditgenossenschaften															
Febr.	667	1 429,0	90,7	66,1	3,9	57,5	54,0	0,0	0,0	9,3	71,7	46,4	0,1	2,1	10,1
März	667	1 424,7	94,8	71,4	4,5	53,6	50,0	0,1	0,0	10,3	71,5	45,6	0,2	2,2	10,1
April	667	1 440,3	106,5	75,6	5,3	61,0	57,3	0,0	0,1	13,3	75,5	50,1	0,3	2,2	10,2
Mai	667	1 460,9	124,1	92,1	5,3	55,1	49,4	0,4	0,0	12,5	78,0	53,3	0,3	2,2	10,2
Juni	667	1 482,1	114,8	86,0	6,3	76,0	69,4	0,3	0,1	16,4	77,3	53,2	0,2	2,5	10,4
Ländliche Zentralkassen															
Febr.	19	644,9	56,8	53,2	0,9	8,2	8,2	—	—	2,2	28,9	17,4	3,7	0,1	4,5
März	19	622,4	36,6	33,2	1,4	8,1	8,1	0,0	0,0	1,8	29,2	17,5	3,1	0,1	4,4
April	19	619,1	44,6	41,1	1,2	9,5	9,5	0,0	—	3,3	27,1	16,9	2,3	0,1	4,6
Mai	19	609,0	47,2	43,3	1,2	7,1	7,1	—	0,0	2,3	29,6	19,5	3,4	—	4,5
Juni	19	593,5	41,3	38,3	1,4	5,1	5,1	—	0,0	3,1	29,8	19,0	4,3	0,0	4,3
Ländliche Kreditgenossenschaften ⁶⁾															
Febr.	1 627	902,3	33,5	17,0	2,5	45,3	45,3	—	—	4,7	15,9	13,4	0,1	—	2,9
März	1 627	904,9	34,6	18,7	2,8	46,0	46,0	—	—	5,0	15,1	12,8	0,1	—	3,1
April	1 627	906,4	38,4	20,4	3,1	48,0	48,0	—	—	6,3	16,1	13,7	0,1	—	3,0
Mai	1 627	914,6	41,0	21,7	3,1	51,0	51,0	—	—	5,6	17,4	14,9	0,0	—	2,9
Juni	1 627	927,0	39,7	21,7	3,3	56,4	56,4	—	—	7,8	19,0	16,4	0,0	—	3,0

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kredit-
2) Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Veränderungen ent-schließlich mittel- und langfristiger Guthaben. — 3) Abzüglich verkaufter und getilgter Ausgleichsforderungen. — 4) Kurz- und mittelfristige Auslei-Niederlassungen außerhalb des Landes. — 5) Erfasst sind 1627 Institute von insgesamt 11 216 ländlichen Kreditgenossenschaften am 31. 12. 1950.

Banken
Bankengruppen
einzelner Bankengruppen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets
Mill. DM

Aktiva

papier- sortial- gungen	eigene Schuld- ver- schrei- bungen (Pfand- briefe u. ä.)	Ausgleichs- forderungen		Debitoren ⁷⁾				langfristige Ausleihungen			durch- lau- fende Kredite (nur Treuh- hand- ge- schäfte)	Betei- ligun- gen	Grund- stücke und Ge- bäude	son- stige Aktiva ⁸⁾	Stand am Mo- nats- ende
		gegen- wär- tiger Be- stand ⁶⁾	Be- stand lt. Umstel- lungs- rech- nung	ins- gesamt	Wirt- schaft und Private	Öffentl.- rechtl. Kör- per- schaf- ten	Kredit- insti- tute	ins- gesamt	gegen Grund- pfand- rechte	gegen Kom- munal- dek- kung					
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
Kreditbanken. Aufgliederung:															
Nachfolgeinstitute ehemaliger Großbankfilialen															
0,2	—	830,7	831,1	3 073,5	3 001,0	8,6	63,9	200,2	16,9	1,4	18,3	9,2	64,4	87,7	Febr.
0,1	—	831,7	832,4	2 919,5	2 825,0	8,1	86,4	203,0	18,6	0,1	20,6	11,8	68,1	86,8	März
0,4	—	831,6	833,8	2 866,0	2 772,5	8,1	85,4	226,0	8,6	0,1	23,9	14,2	68,7	90,1	April
1,0	—	831,2	834,0	2 919,6	2 816,4	13,4	89,8	236,6	10,1	0,2	25,1	14,2	68,6	88,5	Mai
1,5	—	830,5	833,2	2 920,4	2 814,0	16,3	90,1	269,6	9,8	0,3	29,9	15,6	69,9	122,7	Juni
Staats-, Regional- und Lokalbanken															
15,4	7,3	520,0	568,3	1 694,3	1 580,3	75,4	38,6	429,6	244,5	14,1	43,5	19,1	73,3	132,9	Febr.
16,6	6,8	520,2	567,9	1 606,6	1 493,1	72,6	40,9	465,9	249,5	14,3	46,8	19,6	74,5	134,6	März
21,6	10,0	526,4	573,8	1 575,8	1 454,7	76,5	44,6	481,1	257,1	14,4	49,6	20,1	76,9	126,5	April
22,4	8,6	531,2	578,8	1 638,9	1 494,8	90,6	53,5	496,4	264,7	14,5	50,2	20,3	77,9	133,0	Mai
22,8	8,7	530,5	577,5	1 622,2	1 491,3	81,4	49,5	505,1	271,5	14,8	26,4	20,7	83,1	132,1	Juni
Privatbankiers															
0,1	0,3	73,6	76,5	746,0	717,0	0,3	28,7	35,8	2,5	0,1	28,5	18,3	18,6	19,3	Febr.
0,2	0,3	71,6	74,4	679,5	662,5	0,3	16,7	36,4	2,6	0,1	35,4	18,4	19,2	20,8	März
0,2	0,3	72,3	75,1	662,2	643,8	0,4	18,0	40,0	3,5	0,1	37,4	18,7	19,5	20,1	April
0,3	0,3	72,2	75,0	663,5	646,0	0,3	17,2	40,8	3,6	0,1	32,9	21,1	19,8	22,2	Mai
0,4	0,3	72,3	75,1	691,2	671,9	0,5	18,8	44,0	3,6	0,1	35,5	21,7	20,8	22,4	Juni
Zentralkassen und Kreditgenossenschaften, Aufgliederung:															
Gewerbliche Zentralkassen															
0,4	—	7,8	8,1	109,8	11,7	—	98,1	28,6	5,4	—	0,8	1,1	1,6	15,1	Febr.
0,4	—	7,8	8,1	116,6	11,0	—	105,6	28,7	5,6	—	0,9	1,1	1,7	18,2	März
0,4	—	7,8	8,1	109,9	11,8	—	98,1	30,3	2,8	—	0,9	1,1	1,7	20,9	April
0,4	—	7,8	8,1	112,3	11,7	—	100,6	30,7	3,6	—	1,0	3,4	1,8	24,2	Mai
0,4	—	7,6	7,9	110,1	10,9	—	99,2	30,8	3,7	—	1,3	3,5	1,9	25,3	Juni
Gewerbliche Kreditgenossenschaften															
0,4	—	362,6	380,9	662,2	649,8	6,8	5,6	44,8	22,6	4,5	27,1	5,9	37,9	43,2	Febr.
0,4	—	362,7	380,8	645,9	631,7	7,0	7,2	50,0	24,8	4,8	30,4	5,9	38,8	43,9	März
0,5	—	362,9	380,2	624,6	611,2	7,3	6,1	54,0	27,4	4,9	33,8	6,1	39,4	45,4	April
0,3	—	363,2	380,6	624,8	611,2	7,3	6,3	55,5	27,7	5,5	36,4	6,3	41,0	45,9	Mai
0,4	—	363,3	382,4	619,9	609,3	4,4	6,2	57,6	28,2	5,5	38,9	6,6	42,2	49,5	Juni
Ländliche Zentralkassen															
0,3	—	53,7	56,3	385,1	152,6	0,4	232,1	49,6	8,5	—	2,0	3,5	12,7	36,7	Febr.
0,3	—	47,8	50,4	389,2	149,1	0,4	239,7	51,7	9,1	—	2,0	3,5	12,9	33,7	März
0,3	—	46,6	49,9	373,3	134,7	0,4	238,2	55,7	11,0	—	1,0	3,6	13,5	35,0	April
0,1	—	47,1	49,9	360,3	122,9	0,4	237,0	55,1	19,6	—	1,3	3,6	13,4	36,3	Mai
0,1	—	47,1	49,1	349,5	116,1	0,3	233,1	56,8	24,7	0,2	1,3	3,6	13,6	36,6	Juni
Ländliche Kreditgenossenschaften ⁹⁾															
0,4	—	355,8	383,0	336,2	336,1	—	0,1	37,8	—	—	9,6	3,1	26,3	28,7	Febr.
0,6	—	356,5	381,9	331,9	331,6	—	0,3	39,5	—	—	11,2	3,2	26,7	29,3	März
0,5	—	357,0	382,4	322,0	321,7	—	0,3	41,1	—	—	12,2	3,3	27,1	28,8	April
0,5	—	357,7	383,4	320,9	320,4	—	0,5	41,0	—	—	13,4	3,6	27,0	30,0	Mai
0,5	—	358,2	383,8	322,2	321,9	—	0,3	42,3	—	—	14,1	3,6	27,3	30,1	Juni

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit gering-
institute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. —
stehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — ⁴⁾ Kasse und Landeszentralbankguthaben. — ⁵⁾ Ein-
hungen (bis zu 4 Jahren). — ⁸⁾ Einschließlich Kapitalentwertungskonto, nicht eingezahltes Kapital, eigene Aktien usw., Bilanzausgleichsposten gegenüber

Passiva

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute 3)	Summe der Passiva	Einlagen (einschließlich Anlagekonto) 4)							aufgenommene Gelder 5)			
			mit Einlagen von Kreditinstituten	ohne Einlagen von Kreditinstituten	die Einlagen von Nichtbanken (Sp. 34) gliedern sich in:				Einlagen von Kreditinstituten	insgesamt	darunter		
					Sicht- und Termin-einlagen	Wirtschaft und Private		Öffentlich-rechtliche Körperschaften			Spar-einlagen	für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren hereingekommene Gelder	seitens der Kundschaft bei ausländischen Banken benutzte Kredite 6)
						insgesamt	darunter Anlage-konto						
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	
Alle Banken													
1951													
Febr.	3 561	31 834,1	18 904,4	17 102,0	13 159,5	9 974,5	.	3 185,0	3 942,5	1 802,4	2 202,4	313,4	13,3
März	3 561	31 799,4	18 713,1	17 016,4	13 085,7	9 915,2	283,8	3 170,5	3 930,7	1 696,7	2 284,2	312,2	6,4
April	3 562	32 090,0	19 033,0	17 240,8	13 286,0	10 145,6	.	3 140,4	3 954,8	1 792,2	2 097,8	303,8	5,6
Mai	3 562	32 622,6	19 329,6	17 467,8	13 474,0	10 263,4	.	3 210,6	3 993,8	1 861,8	2 145,8	314,8	7,7
Juni	3 559	33 448,3	19 924,0	18 030,1	13 975,7	10 533,2	279,7	3 442,5	4 054,4	1 893,9	2 116,0	341,9	10,7
Kreditbanken +)													
Febr.	255	12 087,5	8 251,4	7 512,6	7 021,8	6 133,3	.	888,5	490,8	738,8	621,2	77,3	9,8
März	255	11 824,9	8 166,0	7 438,9	6 946,4	6 058,1	30,7	888,3	492,5	727,1	589,9	85,1	5,9
April	256	11 904,4	8 338,2	7 586,4	7 087,1	6 204,7	.	882,4	499,3	751,8	593,7	87,7	5,3
Mai	256	12 044,3	8 456,1	7 681,9	7 175,1	6 259,0	.	916,1	506,8	774,2	613,6	85,3	7,3
Juni	255	12 401,0	8 751,7	7 922,1	7 405,1	6 428,2	29,2	976,9	517,0	829,6	628,9	87,2	10,4
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten													
Febr.	38	2 296,1	24,6	10,2	9,9	4,4	.	5,5	0,3	14,4	52,8	8,4	—
März	38	2 401,3	25,6	11,9	11,6	4,3	0,1	7,3	0,3	13,7	50,1	7,4	—
April	38	2 493,3	32,8	17,0	16,7	4,4	.	12,3	0,3	15,8	48,3	7,3	—
Mai	38	2 542,3	28,6	15,6	15,3	3,7	.	11,6	0,3	13,0	43,3	7,4	—
Juni	38	2 613,7	30,3	16,0	15,7	3,6	0,0	12,1	0,3	14,3	44,3	9,6	—
Girozentralen													
Febr.	18	4 437,5	2 128,1	1 430,3	1 377,3	452,5	.	924,8	53,0	697,8	361,8	114,1	3,4
März	18	4 476,4	2 068,6	1 450,7	1 397,8	464,3	6,7	933,5	52,9	617,9	441,6	114,5	0,5
April	18	4 357,0 ¹¹⁾	1 977,4 ¹¹⁾	1 327,8 ¹¹⁾	1 320,7 ¹¹⁾	401,3 ¹¹⁾	.	919,4 ¹¹⁾	7,1 ¹¹⁾	649,6	332,7	105,7	0,1
Mai	18	4 458,1	1 972,4	1 281,3	1 274,1	411,8	.	862,3	7,2	691,1	363,3	103,2	0,4
Juni	18	4 677,9	2 115,3	1 477,2	1 469,6	410,1	3,0	1 059,5	7,6	638,1	379,2	114,3	0,2
Sparkassen													
Febr.	883	7 934,3	6 230,4	6 144,2	3 416,8	2 188,5	.	1 228,3	2 727,4	86,2	483,7	42,4	—
März	883	8 016,2	6 216,8	6 126,9	3 410,1	2 193,7	188,6	1 216,4	2 716,8	89,9	518,3	44,8	—
April	884	8 226,6 ¹²⁾	6 391,3 ¹²⁾	6 293,5 ¹²⁾	3 513,2 ¹²⁾	2 302,1 ¹²⁾	.	1 211,1 ¹²⁾	2 780,3 ¹²⁾	97,8	473,9	39,8	—
Mai	884	8 377,7	6 552,8	6 447,2	3 638,6	2 339,0	.	1 299,6	2 808,6	105,6	439,9	46,5	—
Juni	882	8 481,7	6 597,3	6 497,4	3 646,9	2 390,7	190,7	1 256,2	2 850,5	99,9	449,3	51,5	—
Zentralkassen 0)													
Febr.	31	864,4	313,8	115,3	104,6	87,1	.	17,5	10,7	198,5	278,8	6,8	—
März	31	850,1	306,5	115,5	104,9	87,8	2,1	17,1	10,6	191,0	279,0	6,6	0,0
April	31	846,6	328,2	122,9	112,2	95,2	.	17,0	10,7	205,3	251,4	9,3	—
Mai	31	848,6	335,2	126,8	116,0	99,7	.	16,3	10,8	208,4	257,3	15,6	0,0
Juni	31	831,1	362,8	126,2	115,4	98,9	2,1	16,5	10,8	236,6	216,2	13,5	0,0
Kreditgenossenschaften 0)													
Febr.	2 294	2 331,3	1 620,2	1 608,8	954,8	910,3	.	44,5	654,0	11,4	295,7	16,1	—
März	2 294	2 329,6	1 604,1	1 592,9	941,6	899,0	53,5	42,6	651,3	11,2	298,5	14,1	—
April	2 294	2 346,7	1 629,9	1 619,3	968,0	926,2	.	41,8	651,3	10,6	280,5	14,4	—
Mai	2 294	2 375,5	1 651,4	1 638,6	984,1	938,7	.	45,4	654,5	12,8	286,4	16,9	—
Juni	2 294	2 409,1	1 686,1	1 673,6	1 011,0	967,0	52,6	44,0	662,6	12,5	272,5	16,1	—
Sonstige Kreditinstitute													
Febr.	29	375,8	133,7	128,8	122,6	120,3	.	2,3	6,2	4,9	23,5	7,5	0,1
März	29	378,8	140,5	136,3	130,2	128,1	1,7	2,1	6,1	4,2	25,7	7,0	—
April	28	375,9	134,9	131,3	125,8	122,0	.	3,8	5,5	3,6	20,6	4,5	0,1
Mai	28	388,9	136,0	130,8	125,5	123,0	.	2,5	5,3	5,2	20,8	4,4	—
Juni	28	383,8	144,0	140,1	134,9	131,5	1,6	3,4	5,2	3,9	20,3	4,5	—
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben													
Febr.	13	1 507,2	202,0	151,6	151,4	78,0	.	73,4	0,2	50,4	84,8	40,8	—
März	13	1 522,2	184,9	143,3	143,1	79,9	0,4	63,2	0,2	41,6	81,0	32,7	—
April	13	1 539,6	200,3	142,6	142,4	89,8	.	52,6	0,2	57,7	96,6	35,0	—
Mai	13	1 587,2	197,2	145,7	145,5	88,6	.	56,9	0,2	51,5	121,2	35,5	—
Juni	13	1 650,0	236,5	177,5	177,2	103,3	0,4	73,9	0,3	59,0	105,2	45,1	—

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kredit- — 2) Einschließlich selbstständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe — Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — 3) Auch die Einlagen auf Fest- aus der RM-Zeit. — 4) Nur Neugeschäft seit der Währungsreform. — 5) In der Neubildung enthalten Kapitalbeteiligung eines Landes an zwei Landes- wie z. B. die Landwirtschaftliche Rentenbank etc. — 6) Einschließlich „Sonstige Rücklagen, Rückstellungen und Wertberichtigungen“ und Bilanzaus- zweckgebundene Mittel. — 7) Der Rückgang ist überwiegend dadurch verursacht, daß ab April 1951 die Nassauische Landesbank Wiesbaden über das — 8) Vgl. Anmerkung 11). — 9) Aufgliederung in „Nachfolgeinstitute ehemaliger Großbankfilialen“, „Staats-, Regional- und Lokalbanken“ und

banken
Bankengruppen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets
Mill. DM

Passiva

eigene Akzepte im Umlauf	eigene Schuldverschreibungen im Umlauf	aufgenommene langfristige Darlehen (für 4 Jahre und darüber)	durchlaufende Kredite (nur Treuhandschäfte)	Eigenkapital § 11 KWG			sonstige Passiva ⁹⁾	Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (Sp. 42, 46, 47, z. T. Sp. 33) ¹⁰⁾ (ohne Zahlen der ländl. Kreditgenossenschaften)				Verbindlichkeiten aus Bürgschaften u. a.	eigene Ziehungen im Umlauf	Indossamentsverbindlichkeiten	Stand am Monatsende
				insgesamt	darunter			Kreditanstalt für Wiederaufbau	Kreditinstitute (ohne Sp. 52)	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	sonstige				
					Neubildung seit dem 21. 6. 1948 ⁷⁾	Eigenkap. von neugegründeten Instituten ⁸⁾									
44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	
Alle Banken⁷⁾															1951
1 491,6	1 503,0	3 035,7	1 090,9	1 214,3	484,8	187,3	2 391,8	1 636,5	979,5	1 744,6	169,0	1 442,3	105,5	3 603,0	Febr.
1 279,5	1 531,3	3 179,4	1 164,1	1 238,2	497,8	193,6	2 409,6	1 657,5	1 040,2	1 833,2	183,7	1 453,1	95,7	3 391,1	März
1 096,4	1 596,0	3 279,2	1 231,2	1 243,5	495,1	193,6	2 512,9	1 726,6	1 065,0	1 914,2	191,9	1 422,2	86,2	3 089,3	April
1 040,7	1 616,8	3 384,9	1 290,8	1 256,7	504,8	195,6	2 557,3	1 762,6	1 111,8	2 012,5	197,4	1 490,3	79,7	3 037,6	Mai
1 023,2	1 647,4	3 478,0	1 326,3	1 280,7	523,6	201,8	2 652,7	1 775,8	1 149,6	2 081,9	206,2	1 526,8	69,2	3 380,8	Juni
Kreditbanken⁺															
1 158,8	212,1	489,4	90,3	276,7	77,4	5,5	987,6	440,9	124,9	89,5	35,8	1 123,9	15,8	1 934,2	Febr.
973,1	213,5	516,8	102,8	275,6	74,6	5,5	987,2	427,9	134,3	95,8	57,8	1 126,7	12,2	1 773,2	März
815,5	217,2	547,0	111,0	278,3	77,3	5,5	1 003,5	472,8	141,7	101,7	62,7	1 092,2	11,6	1 581,8	April
782,4	219,1	568,4	108,2	285,9	82,0	6,5	1 010,6	482,2	150,4	107,5	62,8	1 140,7	9,7	1 575,8	Mai
794,1	221,1	589,3	91,8	292,0	89,4	6,5	1 032,1	464,0	157,5	94,0	67,3	1 162,6	8,3	1 882,3	Juni
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten⁷⁾															
—	801,8	742,0	116,0	232,0	138,6	6,2	326,9	234,3	103,3	523,9	19,1	7,1	—	—	Febr.
—	815,4	801,4	126,4	240,8	142,6	6,2	341,6	258,1	113,2	558,5	19,3	7,6	—	—	März
—	866,5	816,0	136,2	233,2	134,1	6,2	360,3	263,1	116,1	581,6	19,9	7,9	—	—	April
—	874,1	854,0	144,0	233,3	134,1	6,2	365,0	268,2	123,4	610,0	21,7	7,8	—	—	Mai
—	887,0	882,5	151,4	235,3	136,2	6,2	382,9	274,5	124,2	640,6	22,0	7,8	—	—	Juni
Girozentralen															
40,9	286,8	821,9	513,8	62,2	17,5	—	222,0	466,5	256,8	707,5	44,7	75,3	0,4	329,7	Febr.
23,7	299,4	833,2	529,4	62,9	18,2	—	217,6	464,2	269,1	728,1	36,7	72,2	0,8	329,6	März
25,0	319,8	863,8	546,0	62,7	19,0	—	229,6	473,3	268,3	753,8	45,6	63,4	1,6	271,8	April
22,6	329,1	883,7	579,6	62,7	19,0	—	244,7	484,9	278,5	782,5	46,9	83,5	1,4	286,2	Mai
15,3	343,0	902,2	604,0	62,7	19,0	—	256,2	501,5	282,4	812,6	50,1	87,9	1,4	279,2	Juni
Sparkassen															
45,3	—	383,8	138,1	214,9	3,0	—	438,1	6,0	353,2	219,8	13,1	48,5	8,7	227,3	Febr.
45,1	—	408,1	156,9	217,4	3,8	—	453,6	5,9	376,8	240,8	13,4	51,6	8,9	231,4	März
38,9	—	428,0	177,0	221,2	5,3	—	496,3	6,1	390,3	260,6	13,5	58,7	8,6	231,8	April
39,0	—	441,1	189,5	222,2	4,7	—	493,2	6,4	401,4	279,3	13,8	61,3	7,6	207,4	Mai
32,6	—	454,6	200,9	223,1	4,8	—	523,9	6,8	416,8	292,5	14,0	65,2	7,4	207,6	Juni
Zentralkassen⁹⁾															
91,3	0,5	68,6	2,8	32,6	16,0	—	76,0	7,6	61,9	4,5	4,6	75,4	19,8	379,3	Febr.
89,1	0,5	71,2	2,9	32,5	16,3	—	68,4	7,0	65,4	4,4	4,2	90,0	14,0	379,5	März
82,0	0,5	73,4	1,9	32,5	16,4	—	76,7	7,4	66,9	4,5	5,9	92,7	12,7	363,0	April
68,6	0,5	74,0	2,3	33,2	17,7	—	77,5	7,5	74,1	4,5	6,1	91,2	12,1	351,3	Mai
59,4	0,5	75,8	2,6	34,0	17,9	—	79,8	7,8	74,1	4,5	6,1	93,4	6,4	351,7	Juni
Kreditgenossenschaften⁹⁾															
86,8	0,1	38,7	36,7	140,7	56,0	0,3	112,4	3,4	36,8	23,7	5,8	46,2	54,5	218,5	Febr.
83,1	0,2	43,5	41,6	145,5	57,9	0,3	113,1	3,8	37,7	27,7	6,5	48,9	52,1	217,6	März
76,2	0,2	45,7	46,0	148,5	59,5	0,3	119,7	3,9	39,7	30,0	6,3	51,8	48,8	212,9	April
71,7	0,2	46,2	49,8	151,2	62,7	0,4	118,6	3,9	41,2	32,9	7,5	52,9	45,5	203,3	Mai
65,9	0,2	47,8	53,0	154,9	65,5	0,4	128,7	4,2	40,9	35,4	7,4	54,2	42,6	205,3	Juni
Sonstige Kreditinstitute															
61,9	—	23,2	4,6	24,4	5,3	4,3	104,5	2,0	15,7	10,5	7,1	19,4	6,2	58,1	Febr.
56,6	—	23,3	4,6	26,3	7,0	4,3	101,8	2,0	15,1	10,6	7,2	20,2	7,5	60,9	März
48,3	—	20,6	4,6	25,3	6,3	4,3	121,6	2,0	13,0	10,8	3,9	23,4	2,9	66,1	April
47,7	—	22,1	3,1	26,2	7,3	5,2	133,0	2,0	12,7	10,8	4,1	22,4	3,3	72,7	Mai
48,1	—	22,2	3,0	29,3	7,3	5,2	116,9	2,0	12,7	10,8	4,2	23,5	3,1	76,8	Juni
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
6,6	201,6	468,2	188,8	230,8	171,1	171,0	124,4	476,0	26,9	165,3	38,9	46,6	0,0	456,1	Febr.
8,8	202,3	481,9	199,5	237,2	177,3	177,3	126,6	488,6	28,5	167,4	38,5	35,9	0,0	398,8	März
10,5	191,7	484,7	208,4	241,9	177,3	177,3	105,5	497,8	29,1	171,1	34,1	32,1	0,0	362,0	April
8,6	193,8	495,4	214,4	241,9	177,3	177,3	114,7	507,6	29,9	185,0	34,7	30,5	0,1	340,9	Mai
7,8	195,6	503,5	219,6	249,5	183,4	183,4	132,3	514,7	41,0	191,6	35,2	32,2	0,1	378,0	Juni

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postcheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringeinstufiger Bedeutung. —²⁾ Die Postsparkassen- und Postcheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. „Überregionale Institute mit Sonderaufgaben“, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Institute stets nur als ein Institut gezählt. Konto sind je nach dem Charakter der ursprünglichen RM-Einlagen in den Spalten 33 bis 40 mit enthalten. —³⁾ Einschließlich Valutaverpflichtungen kreditanstalten in Höhe von rd. 100 Mill. DM, Stand Juni 1950. —⁸⁾ Es handelt sich um Institute, die nach der Währungsreform gegründet wurden, gleichposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. —¹⁰⁾ Einbezogen sind etwaige in den „Einlagen“ enthaltene noch nicht weitergeleitete Sparkassengeschäft und ihr Geschäft als Girozentrale getrennt berichtet (Rückgang bei den Girozentralen und Zunahme bei der Bankengruppe Sparkassen). „Privatbankiers“ umseitig. —⁹⁾ Aufgliederung umseitig.

Passiva

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ³⁾	Summe der Passiva	Einlagen (einschließlich Anlagekonto ⁴⁾)							aufgenommene Gelder ⁵⁾			
			mit Einlagen von Kreditinstituten	ohne Einlagen von Kreditinstituten	die Einlagen von Nichtbanken (Sp. 34) gliedern sich in:				Einlagen von Kreditinstituten	insgesamt	darunter		
					Sicht- und Termin-einlagen	Wirtschaft und Private		Spar-einlagen			für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren hereingekommene Gelder	seitens der Kundschaft bei ausländischen Banken benutzte Kredite ⁶⁾	
						insgesamt	darunter Anlage-konto						Öffentlich-rechtliche Körperschaften
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	
Kreditbanken, Aufgliederung:													
Nachfolgeinstitute ehemaliger Großbankfilialen													
1951													
Febr.	30	6 723,6	4 951,8	4 515,6	4 260,8	3 942,6	.	318,2	254,8	436,2	358,7	49,8	0,6
März	30	6 543,8	4 880,5	4 447,6	4 189,8	3 889,3	10,1	300,5	257,8	432,9	353,3	55,4	0,5
April	30	6 630,5	5 020,5	4 568,4	4 305,3	4 018,1	.	287,2	263,1	452,1	371,4	57,4	0,4
Mai	30	6 741,7	5 135,4	4 660,0	4 392,3	4 093,6	.	298,7	267,7	475,4	361,4	53,4	0,2
Juni	30	6 892,5	5 226,5	4 740,1	4 465,6	4 139,4	9,9	326,2	274,5	486,4	365,0	50,0	0,7
Staats-, Regional- und Lokalbanken													
Febr.	78	3 964,3	2 484,5	2 256,2	2 052,7	1 497,7	.	555,0	203,5	228,3	144,5	23,3	—
März	78	3 930,6	2 485,1	2 258,8	2 057,1	1 484,3	16,9	572,8	201,7	226,3	116,9	24,8	0,0
April	79	3 929,1	2 522,1	2 290,9	2 088,2	1 507,5	.	580,7	202,7	231,2	101,7	25,0	0,0
Mai	79	3 960,9	2 528,2	2 300,6	2 095,5	1 495,4	.	600,1	205,1	227,6	127,1	26,4	0,0
Juni	79	4 071,5	2 674,9	2 409,0	2 201,4	1 568,3	15,6	633,1	207,6	265,9	112,1	31,5	0,0
Privatbankiers													
Febr.	147	1 399,6	815,1	740,8	708,3	693,0	.	15,3	32,5	74,3	118,0	4,2	9,2
März	147	1 350,5	800,4	732,5	699,5	684,5	3,7	15,0	33,0	67,9	119,7	4,9	5,4
April	147	1 344,8	795,6	727,1	693,6	679,1	.	14,5	33,5	68,5	120,6	5,3	4,9
Mai	147	1 341,8	792,5	721,3	687,3	670,0	.	17,3	34,0	71,2	125,0	5,4	7,1
Juni	146	1 437,0	850,3	773,0	738,0	720,5	3,7	17,5	35,0	77,3	151,8	5,7	9,7
Zentralkassen und Kreditgenossenschaften, Aufgliederung:													
Gewerbliche Zentralkassen													
Febr.	12	219,5	93,0	22,4	22,3	16,3	.	6,0	0,1	70,6	60,9	—	—
März	12	227,7	85,9	23,8	23,7	18,3	0,3	5,4	0,1	62,1	74,1	—	—
April	12	227,5	108,2	26,7	26,6	21,3	.	5,3	0,1	81,5	48,1	0,1	—
Mai	12	239,6	107,0	25,1	25,0	19,7	.	5,3	0,1	81,9	60,5	5,5	—
Juni	12	237,6	128,0	26,9	26,8	21,6	0,3	5,2	0,1	101,1	37,4	3,3	—
Gewerbliche Kreditgenossenschaften													
Febr.	667	1 429,0	965,4	955,4	625,9	581,4	.	44,5	329,5	10,0	161,5	16,1	—
März	667	1 424,7	953,9	944,3	614,2	571,6	25,3	42,6	330,1	9,6	161,8	14,1	—
April	667	1 440,3	975,3	966,4	635,4	593,6	.	41,8	331,0	8,9	151,7	14,4	—
Mai	667	1 460,9	990,1	978,9	645,1	599,7	.	45,4	333,8	11,2	158,0	16,9	—
Juni	667	1 482,1	1 011,1	1 000,6	661,6	617,6	24,7	44,0	339,0	10,5	149,2	16,1	—
Ländliche Zentralkassen													
Febr.	19	644,9	220,8	92,9	82,3	70,8	.	11,5	10,6	127,9	217,9	6,8	—
März	19	622,4	220,6	91,7	81,2	69,5	1,8	11,7	10,5	128,9	204,9	6,6	0,0
April	19	619,1	220,0	96,2	85,6	73,9	.	11,7	10,6	123,8	203,3	9,2	—
Mai	19	609,0	228,2	101,7	91,0	80,0	.	11,0	10,7	126,5	196,8	10,2	0,0
Juni	19	593,5	234,8	99,3	88,6	77,3	1,8	11,3	10,7	135,5	178,8	10,2	0,0
Ländliche Kreditgenossenschaften ¹⁰⁾													
Febr.	1 627	902,3	654,8	653,4	328,9	328,9	.	—	324,5	1,4	134,2	—	—
März	1 627	904,9	650,3	648,7	327,4	327,4	28,2	—	321,3	1,6	136,7	—	—
April	1 627	906,4	654,6	652,9	332,6	332,6	.	—	320,3	1,7	128,8	—	—
Mai	1 627	914,6	661,3	659,7	339,0	339,0	.	—	320,7	1,6	128,4	—	—
Juni	1 627	927,0	675,0	673,0	349,4	349,4	27,9	—	323,6	2,0	123,3	—	—

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kredit-
²⁾ Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Veränderungen ent-
Charakter der ursprünglichen RM-Einlagen in den Spalten 33 bis 40 mit enthalten. — ⁵⁾ Einschließlich Valutaverpflichtungen aus der RM-Zeit. — ⁶⁾ Nur
Rentenbank etc. — ⁸⁾ Einschließlich „Sonstige Rücklagen, Rückstellungen und Wertberichtigungen“ und Bilanzausgleichsposten gegenüber Niederlassungen
1627 Institute von insgesamt 11 216 ländlichen Kreditgenossenschaften am 31. 12. 1950.

noch: 1. Geschäftsbanken

Monatliche Bankenstatistik*) 1); Gesamterhebung²⁾ der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets
in Mill. DM

b) Gliederung der Einlagen von Nichtbanken nach Fristigkeit bei den Kreditinstituten im Bundesgebiet
(ohne Spareinlagen)

Stand am Monatsende	Einlagen von Nichtbanken (ohne Spareinlagen)						die Spalten 4 und 6 ⁴⁾ gliedern sich in Einlagen mit Kündigungsfrist bzw. Laufzeit von:							
	insgesamt ⁵⁾	davon					30 Tagen bis 89 Tage		90 Tagen bis 179 Tage		180 Tagen bis 359 Tage		360 Tagen und darüber (einschl. Anlagekonten)	
		Sichteinlagen (bis weniger als 30 Tage)		befristete Einlagen ⁶⁾			Wirtschaft und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	Wirtschaft und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	Wirtschaft und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	Wirtschaft und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften
		Wirtschaft und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	insgesamt	darunter Anlagekonten	Öffentlich-rechtliche Körperschaften								
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
1950														
Jan.	9 532,0	5 632,2	1 660,2	1 162,0	316,8	1 077,6	306,9	563,0	243,5	174,7	160,9	226,2	417,4	113,7
März	9 712,2	5 610,3	1 542,1	1 309,2	312,0	1 250,6	328,1	637,8	296,6	227,6	202,2	232,8	447,2	152,4
April	10 068,7	5 789,2	1 506,6	1 423,2	310,4	1 349,7	374,7	734,5	317,3	209,8	232,2	247,8	463,7	157,6
Mai	10 572,8	6 042,5	1 540,9	1 496,3	308,8	1 493,1	421,8	785,0	312,6	248,9	246,0	272,2	481,4	187,0
Juni	10 611,0	6 073,6	1 375,2	1 757,0	291,7	1 405,2	497,1	641,5	409,1	323,8	285,5	295,0	531,7	144,9
Juli ⁶⁾	11 076,1
Aug.	11 779,7
Sept.	11 972,9	7 017,8	1 338,8	2 079,8	287,6	1 536,5	601,2	744,8	513,7	346,7	360,2	273,1	570,9	171,9
Okt.	12 471,6
Nov. ⁶⁾	12 516,8	7 293,8	1 296,8	2 278,4	.	1 647,8
Dez.	12 752,8	7 191,3	1 405,3	2 422,8	289,0	1 733,4	720,4	695,2	613,7	491,8	391,1	322,3	661,1	224,1
1951														
Jan.	12 835,7	7 178,2	1 281,0	2 575,7	.	1 800,8
Febr.	13 159,5	7 228,7	1 317,8	2 745,8	.	1 867,2
März	13 085,7	7 120,6	1 287,2	2 794,6	283,8	1 883,3	877,9	736,7	770,1	515,3	417,4	398,0	689,8	233,3
April	13 286,0	7 282,5	1 202,0	2 863,1	.	1 938,4
Mai	13 474,0	7 318,2	1 260,2	2 945,2	.	1 950,4
Juni	13 975,7	7 579,9	1 272,6	2 953,3	279,7	2 169,9	958,2	850,3	847,7	558,5	469,7	498,9	666,6	262,2

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind bis Mai 1950 einschließlich auf die Umgestaltung der Statistik im Juni 1950 zurückzuführen, Veränderungen ab Juni 1950 auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen. — 1) Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. — 2) Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Die vorliegenden Reihen sind für alle aufgeführten Termine rückwirkend bereinigt. — 3) Bis einschließlich Mai 1950 ohne Festkonto. — 4) Ohne die in den Spalten 1 und 4 enthaltenen Einlagen der ländlichen Kreditgenossenschaften, für die eine Aufgliederung auf die Spalten 7 bis 14 nicht vorliegt. — 5) In den befristeten Einlagen ist im Gegensatz zu bisherigen Publikationen auch das Anlagekonto mit erfaßt. — 6) Infolge Änderung des Erhebungsschemas der monatlichen Bankenstatistik werden ab Juni 1950 die Einlagen jeweils nur zum Quartalsultimo nach der Fristigkeit aufgliedert; ab November 1950 fällt die Aufteilung der Einlagen in Sichteinlagen und befristete Einlagen wieder monatlich an, die weitere Aufgliederung der befristeten Einlagen (Sp. 7 bis 14) jedoch weiterhin nur vierteljährlich.

c) Spareinlagen und Umsätze im Sparverkehr bei den Kreditinstituten

Stand	Spar-einlagen-bestand am Monats-anfang ¹⁾	Ein-zahlungen	Aus-zahlungen	Saldo der Ein- und Auszahlungen	Zugänge aus Zinsen	Sonstige ⁴⁾ Veränderungen (z. B. Umstel-lung, Umbu-chung, Zu- bzw. Abgang von Instituten usw.)	Spareinlagenbestand am Monatsende	
							insgesamt ²⁾	darunter steuer-begünstigte Spareinlagen
	1	2	3	4	5	6	7	8
1950								
Febr.	3 136,9	265,1	147,6	+ 117,5	8,2	+ 4,4	3 267,0	112,2
März	3 267,2	286,6	178,2	+ 108,4	4,5	+ 2,7	3 382,8	122,6
April	3 382,7	278,5	173,8	+ 104,7	2,0	+ 1,9	3 491,3	132,2
Mai	3 491,2	272,6	187,4	+ 85,2	1,4	+ 1,0	3 578,8	142,3
Juni	3 566,9	303,4	189,4	+ 114,0	1,4	+ 12,8	3 695,1	172,4
Juli	3 695,1	254,8	230,0	+ 24,8	0,7	+ 1,1	3 721,7	184,8
Aug.	3 721,7	240,8	225,3	+ 15,5	0,6	— 1,3	3 736,5	194,0
Sept.	3 736,5	255,3	231,1	+ 24,2	0,2	+ 1,5	3 762,4	207,3
Okt.	3 762,4	289,0	215,2	+ 73,8	0,1	— 3,1	3 833,2	222,8
Nov.	3 833,2	265,7	226,8	+ 38,9	0,7	— 0,4	3 872,4	237,6
Dez.	3 872,4	307,5	300,3	+ 7,2	53,0	— 1,2	3 931,4	278,2
1951								
Jan.	3 931,4	267,6	287,9	— 20,3	25,2	+ 0,2	3 936,5	296,5
Febr.	3 936,5	228,9	231,9	— 3,0	8,0	+ 1,0	3 942,5	307,4
März	3 942,5	239,8	255,7	— 15,9	4,3	— 0,2	3 930,7	319,3
April	3 930,7	263,2	241,8	+ 21,4	1,8	+ 0,9	3 954,8	332,6
Mai	3 954,8	254,4	216,8	+ 37,6	0,6	+ 0,8	3 993,8	344,4
Juni	3 993,8	275,5	225,2	+ 50,3	0,6	+ 9,7	4 054,4	360,3

*) 1) 2) Siehe die entsprechenden Anmerkungen der vorstehenden Tabelle b). — 3) Bis Mai 1950 auftretende Differenzen gegenüber dem Endbestand des Vormonats erklären sich aus Umbuchungen verschiedener Institute, die ab Juni 1950 in einer Sonderposition erfaßt werden (Spalte 6). — 4) Bis einschließlich Mai 1950 nur Zugänge aus Umstellung.

2. Postscheckämter und Postsparkasse

IV. Monatliche Bankenstatistik
(Bilanzstatistik)

a) Einlagen und Vermögenswerte in Mill. DM

Stand am Monatsende	Einlagen der Postscheck- und Postsparkassenämter ¹⁾											Vermögenswerte ²⁾														
	Einlagen (einschl. Anlagekonto) insgesamt mit ohne Einlagen von Kreditinstituten (Sp. 3 + 7 + 8) (Sp. 3 + 8)	Spalte 1 gliedert sich in:										Kasse und Bankguthaben	Schatzwechsel des Bundes und der Länder	verzinsliche Wertpapiere	Ausgleichsfordern (einschl. angekaufte)	mittel- und langfristige Ausleihungen										
		Einlagen auf Postscheckkonto							Einlagen auf Postsparkonto		Einlagen auf Festkonto bei den Postscheck-ämtern					Postsparkassen-ämtern	davon									
		Einlagen von Nichtbanken					Einlagen von Kreditinstituten	insgesamt	dar. Anl.-konto	Öffentl. rechtl. Körperschaften							Wirtschaft und Private	insgesamt	dar. Anl.-konto	insgesamt	dar. Anl.-konto	Post-scheck-ämtern	Post-spar-kassen-ämtern	Wirt-schaft und Private	Öffentl.-rechtl. Körper-schaften	Kredit-institut-
		insgesamt (Spalte 4+6)		Wirtschaft und Private		Öffentl. rechtl. Körperschaften																				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18									
1949																										
Jan.	812,4	653,3	604,9	481,0	7,4	123,9	159,1	48,4	3,9	15,0	12,2	—	—	—	—	—	—									
März	840,9	673,4	608,7	487,2	8,7	121,5	167,5	64,7	5,8	5,2	7,1	—	—	—	—	—	—									
Juni	792,6	679,2	595,1	493,4	8,6	101,7	113,4	84,1	7,6	2,3	1,9	—	—	—	—	—	—									
Sept.	812,3	699,3	600,7	498,4	6,1	102,3	113,0	98,6	7,5	1,6	1,2	—	—	—	—	—	—									
Dez.	874,1	746,3	645,5	525,1	5,1	120,4	127,8	100,8	6,4	1,3	0,9	—	—	—	—	—	—									
1950																										
März	827,7	713,7	591,7	474,6	5,0	117,1	114,0	122,0	6,5	1,1	0,9	175,2	112,7	136,0	308,9	—	61,8	35,1								
Juni	899,7	783,6	645,6	527,8	4,1	117,8	116,1	138,0	6,5	· ³⁾	· ³⁾	158,5	112,7	137,0	319,2	—	142,2	30,1								
Sept.	922,3	804,3	665,7	552,0	4,1	113,7	118,0	138,6	6,7	·	·	132,3	232,7	164,1	214,4	—	149,2	29,6								
Dez.	1 028,3	873,8	732,9	603,0	4,0	129,9	154,5	140,9	6,8	·	·	104,9	367,0	168,1	214,2	—	145,0	29,1								
1951																										
Jan.	932,9	811,1	670,9	565,6	4,0	105,3	121,8	140,2	6,8	·	·	105,3	272,0	168,6	214,4	—	143,5	29,1								
Febr.	953,6	831,1	690,9	581,8	3,9	109,1	122,5	140,2	6,8	·	·	96,6	302,7	169,1	213,8	—	142,3	29,1								
März	1 098,5	873,2	732,9	585,9	3,9	147,0	225,3	140,3	6,8	·	·	154,1	392,3	169,1	213,8	—	140,1	29,1								
April	963,7	839,2	696,4	588,0	3,9	108,4	124,5	142,8	6,7	·	·	86,5	342,1	141,0	213,8	—	161,2	19,1								
Mai	988,8	834,7	688,7	579,1	3,9	109,6	154,1	146,0	6,8	·	·	138,6	309,0	147,5	213,8	—	160,8	19,1								
Juni	999,5	879,5	726,3	611,2	3,8	115,3	120,0	153,0	6,8	·	·	118,7	269,0	151,0	214,2	—	227,5	19,1								

¹⁾ Lt. Meldungen der Postscheck- und Postsparkassenämter zur Bankenstatistik. — ²⁾ Lt. Angaben des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen. — ³⁾ Ab Juni 1950 sind die Einlagen auf Festkonto in den Spalten 3 und 4 bzw. 8 mit enthalten.

b) Spareinlagen und Umsätze im Sparverkehr bei den Postsparkassenämtern

in Mill. DM

Stand	Spareinlagenbestand am Monatsanfang	Einzahlungen	Auszahlungen	Saldo der Ein- und Auszahlungen	Zugänge aus Zinsen	sonstige ¹⁾ Veränderungen (z. B. Umstellung, Umbuchung usw.)	Spareinlagenbestand am Monatsende
1949							
Januar	38,8	·	·	·	·	·	44,5
März	51,9	·	·	·	·	·	58,9
Juni	71,9	8,7	7,7	+ 1,0	—	+ 3,6	76,5
September	88,1	11,5	9,9	+ 1,6	0,0	+ 1,4	91,1
Dezember	93,7	9,0	8,9	+ 0,1	0,1	+ 0,5	94,4
1950							
Januar	94,4	14,0	6,3	+ 7,7	0,8	+ 0,4	103,3
Februar	103,3	12,2	6,9	+ 5,3	0,6	+ 0,3	109,5
März	109,5	14,4	8,8	+ 5,6	0,1	+ 0,3	115,5
April	115,5	11,9	8,2	+ 3,7	0,0	+ 0,2	119,4
Mai	119,4	13,8	10,0	+ 3,8	0,1	+ 0,2	123,5
Juni	123,5	18,8	11,9	+ 6,9	0,1	+ 0,2	130,7
Juli	130,7	16,7	14,4	+ 2,3	0,1	+ 0,2	133,3
August	133,3	15,6	17,0	— 1,4	0,1	+ 0,2	132,2
September	132,2	13,7	14,8	— 1,1	0,2	+ 0,2	131,5
Oktober	131,5	14,4	12,1	+ 2,3	0,3	+ 0,2	134,3
November	134,3	13,2	11,9	+ 1,3	0,1	+ 0,3	136,0
Dezember	136,0	10,6	14,2	— 3,6	1,6	+ 0,1	134,1
1951							
Januar	134,1	13,0	13,9	— 0,9	0,1	+ 0,1	133,4
Februar	133,4	11,6	12,2	— 0,6	0,5	+ 0,1	133,4
März	133,4	12,9	13,6	— 0,7	0,7	+ 0,1	133,5
April	133,5	14,2	11,7	+ 2,5	0,0	+ 0,1	136,1
Mai	136,1	16,2	13,1	+ 3,1	0,0	+ 0,0	139,2
Juni	139,2	20,5	13,7	+ 6,8	0,0	+ 0,2	146,2

¹⁾ Bis einschließlich Mai 1950 nur Zugänge aus Umstellung.

3. Zur Entwicklung der Bausparkassen im Bundesgebiet

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Ausleihungen		Ausgleichsfordern		Einlagen und aufgenommene Gelder	
	Hypo- theken	Zwischen- kredite	im Bestand	verkaufte	Sparein- lagen	aufgen. Fremd- mittel
	1	2	3	4	5	6
Bausparkassen insgesamt						
1950 Juni	113,2	103,9	52,4	10,6	351,8	26,8
Dezember	217,2	190,6	50,3	12,7	502,6	35,8
1951 Januar	235,5	202,1	51,3	11,7	527,6	39,3
Februar	252,7	198,6	51,8	11,1	538,6	40,2
März	265,6	204,9	52,1	10,8	553,6	47,5
April	287,4	204,0	53,8	9,3	560,8	60,2
Mai	307,0	204,1	54,4	8,9	564,3	67,5
Juni	326,7	199,9	54,3	8,8	573,2	72,0
Private Bausparkassen						
1950 Juni	72,4	18,3	37,4	9,3	197,0	0,4
Dezember	132,2	48,4	35,4	11,4	274,7	1,1
1951 Januar	143,3	53,7	36,4	10,4	287,7	1,3
Februar	154,4	49,5	37,0	9,8	294,0	1,3
März	166,2	47,3	37,4	9,5	307,3	1,8
April	178,8	45,0	38,8	8,0	311,6	2,2
Mai	187,8	47,8	39,0	7,7	316,5	2,1
Juni	196,0	48,5	39,0	7,6	325,8	2,6
Öffentl. Bausparkassen						
1950 Juni	40,8	85,6	15,0	1,3	154,8	26,4
Dezember	85,0	142,2	14,9	1,3	227,9	34,7
1951 Januar	92,2	148,4	14,9	1,3	239,9	38,0
Februar	98,3	149,1	14,8	1,3	244,6	38,9
März	99,4	157,6	14,7	1,3	246,3	45,7
April	108,6	159,0	15,0	1,3	249,2	58,0
Mai	119,2	156,3	15,4	1,2	247,8	65,4
Juni	130,7	151,4	15,3	1,2	247,4	69,4

4. Teilzahlungsfinanzierungsinstitute im Bundesgebiet *)

Beträge in Mill. DM

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ¹⁾	Bilanzsumme	Aktiva				Passiva										Kreditvolumen insgesamt
			Barreserve und Bankguthaben ²⁾	Wechsel	Debitoren	sonstige Aktiva ³⁾	Einlagen	Verpflichtungen aus Anweisungenheften	aufgenommene Gelder	eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	Eigenkapital § 11 KWG	sonstige Passiva ³⁾	Verbindlichkeiten aus Bürgschaften u. a.	eigene Ziehungen im Umlauf	Indossamentsverbindlichkeiten		
																3	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16		
1950																	
Sept.	64	131,2	2,5	64,3	57,5	6,9	17,2	8,3	70,1	1,9	9,4	24,3	3,4	6,2	36,4	164,5	
Okt.	65	150,0	3,2	69,7	69,7	7,4	18,5	11,2	78,6	2,6	10,0	29,1	3,8	7,8	51,4	198,8	
Nov.	66	172,6	3,7	75,6	85,5	7,8	25,3	14,4	89,6	3,0	10,3	30,0	0,1	10,0	53,3	224,6	
Dez.	67	180,8	5,7	60,8	105,1	9,2	15,5	15,9	100,4	5,2	10,8	33,0	0,0	10,3	73,1	249,6	
1951																	
Jan.	71	188,0	3,5	67,5	107,8	9,2	16,1	10,8	111,3	5,4	11,3	33,1	0,0	12,0	72,1	259,7	
Febr.	72	187,9	4,2	66,2	108,3	9,2	16,4	10,2	109,6	5,4	11,6	34,7	0,0	13,7	79,4	267,9	
März	73	211,3	4,3	87,1	110,3	9,6	16,9	12,4	111,5	3,3	12,1	55,1	0,0	14,7	60,6	273,0	
April	73	216,3	5,2	92,9	108,3	9,9	17,7	13,3	111,6	2,6	13,6	57,5	0,0	15,3	63,7	280,9	
Mai	74	226,2	5,8	97,8	111,1	11,5	18,5	14,2	116,9	1,4	13,8	61,4	0,1	15,2	65,3	288,6	
Juni	76	226,6	5,0	102,3	106,9	12,4	18,8	11,6	119,0	0,6	14,8	61,8	0,1	15,3	67,1	292,4	

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. —
1) Veränderungen entstehen durch Zugang neu berichtender Institute. — 2) Einschließlich Postscheckguthaben. — 3) Nicht identisch mit der gleichnamigen Bilanzposition. Einbezogen sind alle diejenigen Positionen des Ausweises, die in der Tabelle nicht gesondert aufgeführt sind.

V. Kreditvolumen

1. Kurzfristige Kredite¹⁾ der Geschäftsbanken und des Zentralbanksystems

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Geschäftsbanken ²⁾				Zentralbanksystem (BdL und LZB) ⁴⁾	insgesamt
	nach der monatlichen Bankenstatistik		Zuschlag für die statistisch nicht erfaßten Institute (Schätzung) ³⁾	insgesamt		
	insgesamt	darunter Valutaforderungen aus der RM-Zeit				
1950						
Januar	10 218	275	161	10 379	374	10 753
Februar	10 604	281	165	10 769	388	11 157
März	10 986	282	169	11 155	420	11 575
April	11 128	284	171	11 299	601	11 900
Mai	11 222	285	172	11 394	1 008	12 402
Juni	11 420 ⁶⁾	.	175	11 595	1 592 ⁵⁾	13 187 ⁵⁾
Juli	11 595 ⁶⁾	.	177	11 772	1 418	13 190
August	11 784 ⁶⁾	.	179	11 963	1 564	13 527
September	12 377 ⁶⁾	.	185	12 562	1 483	14 045
Oktober	12 981	.	190	13 171	1 583	14 754
November	13 272 ⁶⁾	.	193	13 465	1 559	15 024
Dezember	13 524 ⁶⁾	.	196	13 720	1 580	15 300
1951						
Januar	13 706 ⁶⁾	.	198	13 904	1 311	15 215
Februar	14 088 ⁶⁾	.	202	14 290	1 517	15 807
März	13 490 ⁶⁾	.	196	13 686	1 114	14 800
April	13 179 ⁶⁾	.	192	13 371	1 193	14 564
Mai	13 208 ⁶⁾	.	192	13 400	1 540	14 940
Juni	13 548	.	196	13 744	1 614	15 358

1) Ohne Kredite an Geldinstitute. — 2) Ohne Teilzahlungsfinanzierungsinstitute (s. vorst. Tabelle); Kontokorrent-, Akzept-, Wechselkredite, Schatzwechsel und unverzinsl. Schatzanweisungen, sonstige kurzfristige Kredite. — 3) Statistisch nicht erfaßt sind lediglich diejenigen Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. März 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. — 4) Schatzwechsel, Kassenvorschüsse, Lombardkredite an die öffentliche Hand, Wertpapiere (einschl. der von Versicherungsunternehmen und Bausparkassen angekauften Ausgleichsforderungen) und Direktkredite an Wirtschaft und Private (letztere nur von den Landeszentralbanken der französischen Zone). — 5) Zunahme in Höhe von 400 Mill. DM bedingt durch die Übertragung des „suspense account-Kredits“. — 6) Berichtigte Zahlen.

2. Kredite des Zentralbanksystems an Bund, Länder und sonstige Nichtbanken

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Kredite und Wertpapierankäufe des Zentralbanksystems										
	insgesamt (Spalte 2 + 6 + 10)	Bund und Bundesverwaltungen				Länder				Sonstige ¹⁾	
		insgesamt	davon			insgesamt	davon			insgesamt	darunter: von Versicher. u. Bauspar- kassen ange- kaufte Aus- gleichsfordern.
			Schatzwechsel und unver- zinsl. Schatz- anweisungen	Kassen- vor- schüsse	ange- kaufte Wert- papiere		Schatz- wechsel	Kassen- vor- schüsse	Lom- bard- kredite		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1949											
Januar	86,5	28,0	—	28,0	—	8,0	1,1	6,9	—	50,5	.
Februar	69,3	—	—	—	—	22,9	0,6	22,3	—	46,4	.
März	172,4	87,8	35,0	52,8	—	38,7	0,3	38,4	—	45,9	.
April	342,3	268,6	50,0	218,6	—	42,5	—	42,5	—	31,2	.
Mai	310,9	227,6	49,8	177,8	—	55,0	0,8	54,2	—	28,3	.
Juni	401,8	294,9	100,8	194,1	—	79,0	0,8	78,2	—	27,9	.
Juli	313,6	233,7	99,7	134,0	—	53,6	1,2	52,4	—	26,3	.
August	238,7	142,9	142,9	—	—	68,2	0,2	68,0	—	27,6	.
September	263,6	153,1	153,1	—	—	80,3	0,3	57,4	22,6	30,2	.
Oktober	258,8	150,7	150,7	—	—	79,8	7,7	45,6	26,5	28,3	4,7
November	232,2	90,0	90,0	—	—	102,3	42,3	47,6	12,4	39,9	8,4
Dezember	388,9	93,8	93,8	—	—	239,9	132,6	86,5	20,8	55,2	15,6
1950											
Januar	373,5	85,9	85,9	—	—	229,7	143,4	80,5	5,8	57,9	17,2
Februar	387,5	88,9	88,9	—	—	232,7	149,2	77,7	5,8	65,9	18,8
März	420,3	101,7	77,7	24,0	—	237,7	130,0	101,9	5,8	80,9	21,5
April	601,3	311,7	107,6	204,1	—	181,6	91,5	69,9	20,2	108,0	28,1
Mai	1 007,9	775,2	131,2	644,0	—	126,0	57,1	48,7	20,2	106,7	30,4
Juni	1 592,0	1 294,1	154,9	779,2 ²⁾	360,0	161,5	53,9	87,4	20,2	136,4	32,6
Juli	1 418,2	1 090,9	82,7	748,2	260,0	177,6	90,3	81,4	5,9	149,7	41,7
August	1 564,2	1 172,8	113,0	799,8	260,0	235,5	105,7	115,5	14,3	155,9	43,9
September	1 482,5	1 115,4	183,1	597,3	335,0	197,2	105,5	85,8	5,9	169,9	46,8
Oktober	1 582,8	1 185,0	334,5	515,5	335,0	229,3	76,3	144,7	8,3	168,5	47,7
November	1 558,7	1 182,1	247,2	599,9	335,0	258,0	91,9	161,8	4,3	118,6	50,4
Dezember	1 580,0	1 204,5	232,0	637,5	335,0	238,4	89,0	141,9	7,5	137,1	54,8
1951											
Januar	1 311,3	901,1	310,7	255,4	335,0	273,7	85,7	178,9	9,1	136,5	53,7
Februar	1 517,0	1 096,1	387,0	374,1	335,0	282,5	115,0	164,4	3,1	138,4	53,3
März	1 113,9	772,4	155,3	282,1	335,0	211,0	83,4	124,6	3,0	130,5	49,6
April	1 193,2	815,5	129,5	351,0	335,0	234,8	91,2	140,7	2,9	142,9	49,4
Mai	1 539,7	1 159,9	366,2	458,7	335,0	236,1	84,5	148,8	2,8	143,7	49,0
Juni	1 614,4	1 278,6	337,5	606,1	335,0	187,9	60,5	127,4	—	147,9	49,6
Juli	1 627,3	1 278,8	298,8	645,0	335,0	209,6	43,5	146,7	19,4	138,7	49,0

¹⁾ Darin sind enthalten — außer Spalte 11 — Direktkredite an Wirtschaft und Private (nur von den Landeszentralbanken der französischen Zone), Schatzwechsel der südwestdeutschen Eisenbahn, Kassenkredite an sonstige öffentliche Körperschaften und Wertpapiere, soweit diese nicht in Spalte 5 erfaßt sind. — ²⁾ Einbezogen sind 147,0 Mill. DM Lombardkredit der Landeszentralbanken zu Gunsten des Bundes.

3. Kredite des Zentralbanksystems an Geldinstitute

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Geschäftsbanken des Bundesgebietes (ohne KfW)				Kredit- anstalt für Wieder- aufbau	Berliner Zentralbank
	insgesamt	davon				
		Wechsel- kredite ¹⁾	Lombard- kredite	angekaufte fremde Ausgleichs- forderungen		
1	2	3	4	5	6	
1949						
Januar	1 481,2	1 279,5	162,2	39,5	—	—
Februar	1 538,6	1 294,0	201,2	43,4	—	—
März	1 565,2	1 357,4	163,6	44,2	—	—
April	1 566,7	1 328,9	190,2	47,6	—	—
Mai	1 353,2	1 119,5	183,9	49,8	—	—
Juni	1 213,1	1 008,6	144,3	60,2	—	4,7
Juli	1 426,9	1 176,2	181,5	69,2	—	7,8
August	1 797,8	1 535,0	173,9	88,9	—	5,2
September	2 059,7	1 810,5	149,2	100,0	—	3,5
Oktober	2 736,0	2 424,5	205,1	106,4	—	0,5
November	3 394,1	2 908,5	355,8	129,8	—	—
Dezember	3 753,1	3 198,0	335,6	219,5	58,4	—
1950						
Januar	3 774,5	3 216,9	298,4	259,2	—	—
Februar	3 852,5	3 197,7	376,9	277,9	—	—
März	3 820,8	3 262,7	244,5	313,6	—	20,4
April	3 678,8	3 118,9	231,1	328,8	—	20,0
Mai	3 546,2	2 937,4	264,7	344,1	20,0	31,4
Juni	3 419,2	2 809,3	246,2	363,7	77,6	36,4
Juli	3 318,3	2 719,6	231,4	367,3	65,0	13,3
August	3 168,1	2 542,2	243,4	382,5	151,2	7,9
September	3 856,8	3 177,3	280,6	398,9	205,8	34,4
Oktober	4 520,9	3 819,0	287,5	414,4	273,7	32,7
November	4 615,2	3 874,7	297,9	442,6	374,5	55,7
Dezember	4 923,7	4 083,1	360,6	480,0	368,7	74,9
1951						
Januar	4 396,4	3 613,2	316,8	466,4	404,0	96,9
Februar	5 021,4	4 127,2	422,1	472,1	437,0	167,6
März	4 693,6	3 788,8	419,8	485,0	388,1	128,7
April	4 227,9	3 357,9	372,4	497,6	395,1	141,1
Mai	4 177,8	3 284,1	384,2	509,5	410,4	139,6
Juni	4 342,3	3 501,5	325,1	515,7	408,5	108,7
Juli	4 129,1	3 363,0	262,1	504,0	445,7	107,2

¹⁾ In Übereinstimmung mit den Positionen des BdL-Ausweises bis Mai 1950 einschließlich der ausländischen Wechsel und Schecks; ab Juni 1950 nur Inlandswechsel. Einbezogen sind die seit Januar 1951 vom Zentralbanksystem angekauften Exporttratten.

4. Kurz-, mittel- und langfristige Kredite der Geschäftsbanken

V. Kreditvolumen

a) Bundesgebiet

Monatliche Bankenstatistik*) 1); Gesamterhebung²⁾ der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets in Mill. DM

Stand am Monatsende	Kredite an Nichtbanken														
	insgesamt						von den Spalten 1 bis 6 entfallen auf:								
	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre) ²⁾	langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ³⁾)	Wirtschaft und Private								
		Debitoren		Wechselobligo der Kundschaft, Schatzwechsel und unverzinsl. Scharanzweisungen			kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ³⁾)		
insgesamt	darunter Akzeptkredite	insgesamt	darunter Akzeptkredite		Wechselobligo der Kundschaft	Debitoren		durchlaufende Kredite							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14		
1950															
Jan.	10 217,6	6 911,8	2 020,7	3 305,8	2 370,9	9 614,7	6 626,1	1 944,0	2 988,6			2 067,8			
März	10 986,3	7 276,1	2 139,4	3 710,2	2 879,9	10 078,4	6 799,4	2 038,4	3 279,0			2 463,5			
April	11 127,7	7 281,6	2 076,1	3 846,1	3 105,2	10 249,9	6 862,6	1 973,5	3 387,3			2 652,3			
Mai	11 221,9 ⁶⁾	7 261,5	2 027,0	3 960,4 ⁶⁾	3 326,9	10 315,6	6 845,8	1 924,6	3 469,8			2 836,8			
Juni	11 419,5	7 375,4	2 001,8	4 044,1	735,2	3 001,4	10 549,0	7 022,4	2 000,4	3 526,6	687,1	618,4	68,7	2 572,2	
Juli	11 595,2	7 469,0	2 034,6	4 126,2	773,2	3 270,2	10 785,9	7 144,5	2 034,2	3 641,4	712,9	635,6	77,3	2 825,8	
Aug.	11 784,4	7 649,0	2 082,7	4 135,4	815,1	3 669,8	11 025,5	7 330,9	2 082,2	3 694,6	753,0	673,4	79,6	3 181,3	
Sept.	12 376,9 ⁸⁾	8 200,1	2 326,6	4 176,8	853,5	4 019,3	11 611,5 ⁹⁾	7 845,1	2 326,2	3 766,4	782,1	700,5	81,6	3 485,3	
Okt.	12 980,5	8 669,1	2 570,5	4 311,4	897,8	4 424,8	12 303,9	8 305,6	2 568,3	3 998,3	822,6	743,3	79,3	3 797,4	
Nov.	13 271,6	8 787,5	2 504,2	4 484,1	922,5	4 751,8	12 630,3	8 444,3	2 502,9	4 186,0	848,1	774,3	73,8	4 100,5	
Dez.	13 524,1	8 458,6	2 343,9	5 065,5	962,0	5 148,3	12 964,0	8 175,0	2 342,9	4 789,0	883,7	803,5	80,2	4 440,0	
1951															
Jan.	13 705,5 ¹⁰⁾	8 548,6 ¹⁰⁾	2 166,2	5 156,9	992,3 ¹¹⁾	5 395,8	13 097,1 ¹⁰⁾	8 273,5 ¹⁰⁾	2 165,2	4 823,6	910,6 ¹¹⁾	825,9 ¹¹⁾	84,7	4 662,0	
Febr.	14 087,7	8 703,5	2 058,4	5 384,2	1 042,8	5 630,9	13 513,6	8 452,2	2 057,8	5 061,4	956,9	874,3	82,6	4 857,8	
März	13 490,0	8 154,4	1 838,9	5 335,6	1 167,2	5 916,5	12 923,7	7 914,2	1 838,7	5 009,5	1 078,6	987,0	91,6	5 118,8	
April	13 179,3	7 849,0	1 684,0	5 330,3	1 227,6	6 201,8	12 541,1	7 612,3	1 683,9	4 928,8	1 135,8	1 039,5	96,3	5 376,7	
Mai	13 207,7	7 924,1	1 575,2	5 283,6	1 268,3	6 407,9	12 565,7	7 652,2	1 575,1	4 913,5	1 164,3	1 066,0	98,3	5 556,3	
Juni	13 547,9	7 887,0	1 494,2	5 660,9	1 340,7	6 647,9	12 844,0	7 619,2	1 494,1	5 224,8	1 223,5	1 120,2	103,3	5 765,7	
	noch: Kredite an Nichtbanken														
	von den Spalten 1 bis 6 entfallen auf:														
	Öffentlich-rechtliche Körperschaften														
	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ³⁾)	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ³⁾)
		Debitoren	Schatzwechsel und unverzinsl. Scharanzweisungen, sonstige Wechsel		Debitoren	durchlaufende Kredite			insgesamt	darunter Akzeptkredite	Wechselobligo der Kundschaft		Debitoren	durchlaufende Kredite	
	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29
1950															
Jan.	602,9	285,7	317,2				303,1	1 730,2	656,0	21,3	1 074,2			218,3	
März	907,9	476,7	431,2				416,4	1 732,8	664,8	19,7	1 068,0			262,8	
April	877,8	419,0	458,8				452,9	1 703,2	664,9	21,2	1 038,3			273,3	
Mai	906,3 ⁶⁾	415,7	490,6 ⁶⁾				490,1	1 762,2 ⁷⁾	684,5	17,0	1 077,7 ⁷⁾			331,6	
Juni	870,5	353,0	517,5	48,1	42,8	5,3	429,2	1 728,7	662,4	20,7	1 066,3	41,0	37,2	3,8	456,5
Juli	809,3	324,5	484,8	60,3	54,7	5,6	444,4	1 765,1	667,5	22,8	1 097,6	49,1	41,6	7,5	496,0
Aug.	758,9	318,1	440,8	62,1	56,8	5,3	488,5	1 759,7	679,4	22,5	1 080,3	47,8	40,3	7,5	543,7
Sept.	765,4	355,0	410,4	71,4	66,6	4,8	534,0	1 835,2	779,7	23,0	1 055,5	45,4	37,8	7,6	608,6
Okt.	676,6	363,5	313,1	75,2	70,2	5,0	627,4	1 856,1	865,9	23,3	990,2	46,3	39,8	6,5	638,4
Nov.	641,3	343,2	298,1	74,4	70,9	3,5	651,3	1 875,6	848,9	24,4	1 026,7	76,6	41,9	34,7	724,6
Dez.	560,1	283,6	276,5	78,3	75,0	3,3	708,3	1 810,6	789,4	19,5	1 021,2	87,8	52,8	35,0	773,1
1951															
Jan.	608,4	275,1	333,3	81,7	78,3	3,4	733,8	1 920,3	892,9	18,4	1 027,4	99,9	64,8	35,1	797,9
Febr.	574,1	251,3	322,8	85,9	82,6	3,3	773,1	1 964,2	920,2	24,1	1 044,0	96,0	59,9	36,1	825,3
März	566,3	240,2	326,1	88,6	84,8	3,8	797,7	1 989,1	999,5	24,0	989,6	110,1	73,7	36,4	851,9
April	638,2	236,7	401,5	91,8	88,6	3,2	825,1	1 902,4	940,8	20,3	961,6	116,1	78,8	37,3	878,1
Mai	642,0	271,9	370,1	104,0	92,6	11,4	851,6	1 903,8	922,4	21,1	981,4	120,3	83,2	37,1	903,2
Juni	703,9	267,8	436,1	117,2	106,0	11,2	882,2	1 937,6	914,7	19,3	1 022,9	97,1	86,3	10,8	916,6

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind bis Mai 1950 einschließlich auf die Umgestaltung der Statistik im Juni 1950 zurückzuführen, Veränderungen ab Juni 1950 auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen. — 1) Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckkämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. März 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. — 2) Die Postsparkassen- und Postscheckkämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Die vorliegenden Reihen sind für alle aufgeführten Termine rückwirkend bereinigt. — 3) Einschließlich mittelfristige „durchlaufende Kredite“. — 4) Hypotheken, Kommunal-darlehen, sonstige langfristige Ausleihungen und langfristige durchlaufende Kredite. — 5) Vgl. Anmerkung 4). — 6) Nachträglicher Zugang in Höhe von 25 Mill. DM durch Korrekturmeldung einer Girozentrale (Abgang bei den Wechselkrediten an Kreditinstitute und Erhöhung der Schatzwechsel). — 7) Vgl. Anmerkung 6). — 8) Zunahme im September 1950 rd. 682 Mill. DM, wenn ein statistisch bedingter Rückgang in Höhe von rd. 89 Mill. DM ausgeschaltet wird. Der Rückgang ist verursacht durch den Abgang von 8 Instituten, die ab September 1950 unter den Teilzahlungsfinanzierungsinstituten berichten. — 9) Vgl. Anmerkung 8). — 10) Enthält statistisch bedingte Abnahme in Höhe von rd. 21 Mill. DM (nachträgliche Korrekturmeldung einer Girozentrale). — 11) Hierin enthalten statistisch bedingte Zunahme in Höhe von rd. 21 Mill. DM (nachträgliche Korrekturmeldung einer Girozentrale).

Stand am Monats- ende	Kredite an von den Spalten 1															
	insgesamt						Wirtschaft und Private									
	kurz- fristige Kredite ins- gesamt (Lauf- zeit bis weniger als 6 Monate)	davon		Wechsel- obligo der Kund- schaft, Schatz- wechsel u. unver- zinsliche Schatzan- weisungen	mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre) ³⁾	langfristige Kredite (einschließ- lich lang- fristige durchlauf- ende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁴⁾	kurz- fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließ- lich lang- fristige durchlauf- Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾		
		Debitoren						Wechsel- obligo der Kund- schaft	kurz- fristige Kredite insgesamt	Debitoren		Wechsel- obligo der Kund- schaft	davon			
		ins- gesamt	darunter Akzept- kredite							ins- gesamt			darunter Akzept- kredite		Debi- toren	durch- laufende Kredite
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14			
Bundesgebiet																
1951																
Febr.	14 087,7	8 703,5	2 058,4	5 384,2	1 042,8	5 630,9	13 513,6	8 452,2	2 057,8	5 061,4	956,9	874,3	82,6	4 857,8		
März	13 490,0	8 154,4	1 838,9	5 335,6	1 167,2	5 916,5	12 923,7	7 914,2	1 838,7	5 009,5	1 078,6	987,0	91,6	5 118,8		
April	13 179,3	7 849,0	1 684,0	5 330,3	1 227,6	6 201,8	12 541,1	7 612,3	1 683,9	4 928,8	1 135,8	1 039,5	96,3	5 376,7		
Mai	13 207,7	7 924,1	1 575,2	5 283,6	1 268,3	6 407,9	12 565,7	7 652,2	1 575,1	4 913,5	1 164,3	1 066,0	98,3	5 556,3		
Juni	13 547,9	7 887,0	1 494,2	5 660,9	1 340,7	6 647,9	12 844,0	7 619,2	1 494,1	5 224,8	1 223,5	1 120,2	103,3	5 765,7		
Baden																
Febr.	313,0	227,1	38,6	85,9	25,4	50,1	283,2	209,9	38,6	73,3	21,7	20,3	1,4	44,5		
März	295,1	212,7	38,8	82,4	28,0	55,7	269,9	198,4	38,8	71,5	24,1	22,2	1,9	48,5		
April	301,3	218,4	36,2	82,9	30,0	59,2	272,4	199,6	36,2	72,8	24,6	22,3	2,3	51,7		
Mai	298,7	216,6	34,5	82,1	31,1	61,0	274,3	202,0	34,5	72,3	25,2	22,4	2,8	53,2		
Juni	307,6	218,3	29,1	89,3	33,5	64,7	283,7	204,5	29,1	79,2	26,3	23,8	2,5	55,7		
Bayern																
Febr.	2 170,6	1 478,3	419,4	692,3	149,4	1 054,6	2 049,1	1 399,7	419,3	649,4	140,5	131,8	8,7	911,9		
März	2 055,9	1 368,6	384,1	687,3	174,0	1 106,8	1 948,6	1 289,3	383,9	659,3	166,4	158,0	8,4	958,9		
April	1 978,8	1 301,1	351,5	677,7	206,1	1 152,5	1 862,4	1 220,9	351,4	641,5	198,6	190,3	8,3	998,1		
Mai	1 990,2	1 325,9	323,2	664,3	204,7	1 198,4	1 859,7	1 227,6	323,1	632,1	197,3	189,1	8,2	1 036,3		
Juni	1 982,7	1 295,2	311,8	687,5	206,8	1 244,7	1 867,3	1 205,8	311,7	661,5	200,6	193,4	7,2	1 075,6		
Bremen																
Febr.	484,6	285,9	114,1	198,7	10,3	243,5	483,8	285,2	114,1	198,6	10,3	9,4	0,9	236,2		
März	461,8	262,5	90,4	199,3	8,7	248,3	461,0	261,7	90,4	199,3	8,7	7,8	0,9	241,1		
April	424,5	234,1	64,4	190,4	9,2	251,8	423,8	233,4	64,4	190,4	9,2	7,9	1,3	244,5		
Mai	415,8	232,8	54,5	183,0	12,5	257,8	415,2	232,2	54,5	183,0	12,5	8,5	4,0	250,6		
Juni	426,3	239,7	47,1	186,6	13,7	263,6	426,1	239,6	47,1	186,5	13,7	8,4	5,3	256,5		
Hamburg																
Febr.	1 749,1	1 108,8	455,5	640,3	101,7	224,2	1 734,4	1 106,7	455,5	627,7	101,5	94,0	7,5	223,3		
März	1 646,2	1 014,3	386,6	631,9	105,9	229,9	1 632,1	1 012,1	386,6	620,0	105,7	96,4	9,3	229,0		
April	1 639,9	1 002,4	364,6	637,5	108,2	244,7	1 617,0	1 000,3	364,6	616,7	108,0	99,2	8,8	243,9		
Mai	1 641,8	1 009,8	351,2	632,0	111,1	253,2	1 628,8	1 007,6	351,2	621,2	110,9	104,1	6,8	252,4		
Juni	1 747,7	1 073,6	347,4	674,1	125,9	260,3	1 734,8	1 071,5	347,4	663,3	125,6	117,8	7,8	259,5		
Hessen																
Febr.	1 240,0	788,3	145,8	451,7	93,2	318,0	1 215,5	782,2	145,8	433,3	87,5	77,6	9,9	260,1		
März	1 150,8	703,6	127,0	447,2	130,9	323,9	1 128,9	699,0	127,0	429,9	125,0	112,4	12,6	265,8		
April	1 141,5	692,6	117,8	448,9	139,2	334,3	1 111,0	686,2	117,8	424,8	133,0	120,4	12,6	277,8		
Mai	1 113,0	686,4	109,3	426,6	138,5	345,8	1 092,8	679,3	109,3	413,5	132,9	119,5	13,4	287,7		
Juni	1 151,7	700,6	102,4	451,1	151,8	357,1	1 129,1	691,5	102,4	437,6	143,6	129,4	14,2	297,9		
Niedersachsen																
Febr.	1 106,8	700,5	73,5	406,3	40,3	692,5	1 055,0	664,6	73,5	390,4	38,9	31,2	7,7	573,6		
März	1 059,6	679,9	65,6	379,7	40,9	749,3	1 009,6	645,4	65,6	364,2	39,3	31,2	8,1	639,9		
April	998,1	628,9	54,5	369,2	44,7	786,4	953,4	604,0	54,5	349,4	43,0	32,4	10,6	673,0		
Mai	1 014,0	640,1	50,3	373,9	46,5	806,2	957,2	605,0	50,3	352,2	44,8	33,9	10,9	690,0		
Juni	1 043,8	644,4	50,7	399,4	47,3	830,4	998,6	621,3	50,7	377,3	46,4	35,6	10,8	712,0		

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kredit- — 2) Einschließlich mittelfristige „durchlaufende Kredite“. — 3) Hypotheken, Kommunaldarlehen, sonstige langfristige Ausleihungen und langfristige

Kredite der Geschäftsbanken

V. Kreditvolumen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets
Mill. DM

Nichtbanken							Kredite an Kreditinstitute								Stand am Monats- ende
bis 6 entfallen auf:							davon				davon				
Öffentlich-rechtliche Körperschaften							kurz- fristige Kredite ins- gesamt (Lauf- zeit bis weniger als 6 Monate)	Debitoren		Wech- sel- obligo der Kund- schaft	mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		lang- fristige Kredite (ein- schließlich langfristige durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾	
kurz- fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (ein- schließlich langfristige durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾		ins- gesamt	dar- unter Ak- zept- kredite			Debi- toren	durch- lau- fende Kredite		
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	
Bundesgebiet															1951
574,1	251,3	322,8	85,9	82,6	3,3	773,1	1 964,2	920,2	24,1	1 044,0	96,0	59,9	36,1	825,3	Febr.
566,3	240,2	326,1	88,6	84,8	3,8	797,7	1 989,1	999,5	24,0	989,6	110,1	73,7	36,4	851,9	März
638,2	236,7	401,5	91,8	88,6	3,2	825,1	1 902,4	940,8	20,3	961,6	116,1	78,8	37,3	878,1	April
642,0	271,9	370,1	104,0	92,6	11,4	851,6	1 903,8	922,4	21,1	981,4	120,3	83,2	37,1	903,2	Mai
703,9	267,8	436,1	117,2	106,0	11,2	882,2	1 937,6	914,7	19,3	1 022,9	97,1	86,3	10,8	916,6	Juni
Baden															
29,8	17,2	12,6	3,7	3,7	—	5,6	40,7	19,1	—	21,6	4,2	4,2	—	2,8	Febr.
25,2	14,3	10,9	3,9	3,7	0,2	7,2	44,2	23,8	—	20,4	4,4	4,4	—	3,0	März
28,9	18,8	10,1	5,4	4,9	0,5	7,5	41,5	21,4	—	20,1	4,4	4,4	—	3,0	April
24,4	14,6	9,8	5,9	5,1	0,8	7,8	40,6	22,0	—	18,6	4,5	4,5	—	2,9	Mai
23,9	13,8	10,1	7,2	6,4	0,8	9,0	40,7	21,1	—	19,6	4,8	4,8	—	3,3	Juni
Bayern															
121,5	78,6	42,9	8,9	6,5	2,4	142,7	293,4	165,8	1,7	127,6	45,0	15,1	29,9	59,2	Febr.
107,3	79,3	28,0	7,6	5,3	2,3	147,9	305,2	175,8	1,5	129,4	45,4	15,4	30,0	62,0	März
116,4	80,2	36,2	7,5	6,1	1,4	154,4	291,0	172,3	1,0	118,7	45,9	15,7	30,2	66,1	April
130,5	98,3	32,2	7,4	5,9	1,5	162,1	289,8	174,9	1,0	114,9	45,9	15,7	30,2	67,6	Mai
115,4	89,4	26,0	6,2	4,7	1,5	169,1	297,8	177,7	1,0	120,1	14,4	11,9	2,5	69,7	Juni
Bremen															
0,8	0,7	0,1	—	—	—	7,3	56,6	43,5	—	13,1	—	—	—	38,2	Febr.
0,8	0,8	0,0	—	—	—	7,2	52,7	40,6	—	12,1	2,5	2,5	—	38,4	März
0,7	0,7	0,0	—	—	—	7,3	45,1	36,7	—	8,4	2,5	2,5	—	38,4	April
0,6	0,6	0,0	—	—	—	7,2	37,6	28,3	—	9,3	0,0	0,0	—	44,1	Mai
0,2	0,1	0,1	—	—	—	7,1	41,7	31,6	—	10,1	0,0	0,0	—	44,1	Juni
Hamburg															
14,7	2,1	12,6	0,2	0,2	—	0,9	106,8	61,0	3,9	45,8	5,2	2,9	2,3	13,6	Febr.
14,1	2,2	11,9	0,2	0,2	—	0,9	93,0	51,8	4,4	41,2	5,7	3,4	2,3	13,5	März
22,9	2,1	20,8	0,2	0,2	—	0,8	89,4	46,6	4,0	42,8	5,9	3,6	2,3	13,6	April
13,0	2,2	10,8	0,2	0,2	—	0,8	88,1	44,1	3,7	44,0	6,3	4,1	2,2	13,6	Mai
12,9	2,1	10,8	0,3	0,3	—	0,8	85,1	45,2	3,3	39,9	7,3	3,8	3,5	13,1	Juni
Hessen															
24,5	6,1	18,4	5,7	5,7	—	57,9	214,2	84,1	10,0	130,1	3,4	2,4	1,0	16,8	Febr.
21,9	4,6	17,3	5,9	5,9	—	58,1	208,9	92,1	10,5	116,8	10,7	9,6	1,1	18,7	März
30,5	6,4	24,1	6,2	6,2	—	56,5	207,7	95,4	9,2	112,3	14,1	13,0	1,1	26,0	April
20,2	7,1	13,1	5,6	5,6	0,0	58,1	231,8	97,3	10,7	134,5	15,1	14,0	1,1	26,3	Mai
22,6	9,1	13,5	8,2	8,2	0,0	59,2	216,1	98,1	10,6	118,0	13,5	12,3	1,2	23,3	Juni
Niedersachsen															
51,8	35,9	15,9	1,4	0,9	0,5	118,9	204,8	113,0	0,1	91,8	3,0	3,0	—	86,6	Febr.
50,0	34,5	15,5	1,6	0,9	0,7	109,4	209,6	119,9	0,1	89,7	3,2	3,2	—	88,5	März
44,7	24,9	19,8	1,7	1,0	0,7	113,4	182,4	98,7	0,1	83,7	2,0	2,0	—	91,8	April
56,8	35,1	21,7	1,7	1,0	0,7	116,2	170,4	96,5	0,0	73,9	2,9	2,9	—	91,7	Mai
45,2	23,1	22,1	0,9	0,4	0,5	118,4	159,7	90,2	0,0	69,5	3,7	3,7	—	92,8	Juni

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit gering-
institute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt.
durchlaufende Kredite. — ⁵⁾ Vgl. Anmerkung ⁴⁾.

Stand am Monats- ende	Kredite an													
	insgesamt						von den Spalten 1							
	kurz- fristige Kredite ins- gesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		Wechsel- obligo der Kund- schaft, Schatz- wechsel u. unver- zinsliche Schatzan- weisungen	mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre) ³⁾	langfristige Kredite (einschließ- lich lang- fristige durchlauf- ende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁴⁾	Wirtschaft und Private						langfristige Kredite (einschließ- lich lang- fristige durchlauf- Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ⁵⁾)	
		ins- gesamt	darunter Akzept- kredite				kurz- fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
1951														
Nordrhein-Westfalen														
Febr.	3 834,8	2 165,7	378,8	1 669,1	292,3	1 236,8	3 751,4	2 154,9	378,3	1 596,5	275,5	249,8	25,7	1 026,2
März	3 777,6	2 093,7	353,4	1 683,9	320,9	1 299,5	3 659,3	2 084,2	353,4	1 575,1	302,2	273,9	28,3	1 070,8
April	3 717,3	2 019,4	333,3	1 697,9	334,9	1 387,9	3 523,7	2 002,5	333,3	1 521,2	314,6	285,8	28,8	1 150,4
Mai	3 724,3	2 043,3	304,1	1 681,0	348,8	1 447,5	3 542,0	2 028,6	304,1	1 513,4	324,4	297,4	27,0	1 200,1
Juni	3 762,9	1 932,9	271,4	1 830,0	372,4	1 511,7	3 526,5	1 916,1	271,4	1 610,4	343,9	315,2	28,7	1 252,5
Rheinland-Pfalz														
Febr.	587,4	411,1	87,9	176,3	43,9	150,4	568,7	400,2	87,9	168,5	41,7	40,5	1,2	127,3
März	557,9	385,4	82,9	172,5	44,6	162,9	539,2	374,3	82,9	164,9	42,7	41,4	1,3	138,6
April	539,6	370,0	73,9	169,6	43,7	171,5	522,2	360,0	73,9	162,2	42,2	40,8	1,4	144,5
Mai	530,3	364,5	69,8	165,8	45,4	176,8	517,2	356,9	69,8	160,3	42,8	41,2	1,6	148,9
Juni	535,0	362,3	66,2	172,7	45,2	180,6	517,2	354,1	66,2	163,1	42,5	40,7	1,8	152,8
Schleswig-Holstein														
Febr.	454,8	262,3	55,2	192,5	48,2	284,7	442,8	250,9	55,2	191,9	45,6	42,0	3,6	247,5
März	457,5	244,6	51,1	212,9	49,4	305,9	445,9	233,6	51,1	212,3	46,9	43,4	3,5	265,3
April	449,2	236,1	47,8	213,1	39,4	326,4	434,3	221,9	47,8	212,4	36,9	33,5	3,4	283,9
Mai	456,9	232,9	45,4	224,0	47,9	336,2	442,1	218,7	45,4	223,4	37,4	33,2	4,2	292,9
Juni	465,1	235,4	42,4	229,7	48,1	347,5	452,0	225,0	42,4	227,0	37,4	33,2	4,2	302,8
Württemberg-Baden														
Febr.	1 368,7	960,7	251,4	408,0	148,1	836,6	1 350,0	947,2	251,4	402,8	109,1	97,7	11,4	688,3
März	1 308,2	894,9	228,2	413,3	168,5	871,8	1 282,6	878,6	228,2	404,0	128,9	116,5	12,4	719,7
April	1 291,5	863,7	210,2	427,8	171,5	907,0	1 265,8	847,4	210,2	418,4	131,7	117,5	14,2	751,0
Mai	1 311,6	877,5	204,8	434,1	180,4	931,6	1 284,4	860,9	204,8	423,5	142,1	127,2	14,9	773,4
Juni	1 365,8	869,9	199,5	495,9	186,8	980,1	1 334,2	853,7	199,5	480,5	144,2	127,8	16,4	817,5
Württemberg-Hohenzollern														
Febr.	281,5	213,1	26,7	68,4	12,0	57,5	269,1	203,6	26,7	65,5	11,9	9,8	2,1	45,5
März	272,1	200,2	21,8	71,9	13,6	63,7	260,8	190,6	21,8	70,2	13,5	11,4	2,1	51,4
April	266,8	194,5	18,3	72,3	14,7	68,2	255,1	184,6	18,3	70,5	14,5	12,6	1,9	55,3
Mai	264,6	193,2	16,8	71,4	15,4	71,4	251,1	181,5	16,8	69,6	15,2	13,5	1,7	58,1
Juni	268,8	193,7	16,4	75,1	15,9	74,8	255,1	181,9	16,4	73,2	15,6	14,0	1,6	60,6
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben														
Febr.	496,3	101,6	11,5	394,7	78,1	482,1	310,5	47,1	11,5	263,4	72,8	70,1	2,7	473,3
März	447,4	94,1	9,1	353,3	81,7	498,8	285,8	46,9	9,1	238,9	75,3	72,5	2,8	489,9
April	430,7	87,8	11,6	342,9	86,0	512,0	299,9	51,4	11,6	248,5	79,5	76,8	2,7	502,7
Mai	446,5	101,3	11,3	345,2	85,7	522,4	301,0	52,0	11,3	249,0	78,6	75,9	2,7	513,0
Juni	490,2	120,8	9,8	369,4	93,3	532,3	319,1	54,0	9,8	265,1	83,8	81,0	2,8	522,1

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kre-
— 3) Einschließlich mittelfristige „durchlaufende Kredite“. — 4) Hypotheken, KommunalDarlehen, sonstige langfristige Ausleihungen und langfristige

Kredite der Geschäftsbanken

V. Kreditvolumen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets
Mill. DM

Nichtbanken							Kredite an Kreditinstitute										Stand am Monats- ende
bis 6 entfallen auf:							kurz- fristige Kredite ins- gesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		lang- fristige Kredite (ein- schließlich langfristige durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) 5)			
Öffentlich-rechtliche Körperschaften								Debitoren		Wech- sel- obligo der Kund- schaft		Debi- toren	durch- lau- fende Kredite				
kurz- fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (ein- schließlich langfristige durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) 5)		ins- gesamt	dar- unter Ak- zept- kredite								
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29			
Nordrhein-Westfalen																1951	
83,4	10,8	72,6	16,8	16,8	—	210,6	477,4	149,9	1,9	327,5	13,3	12,7	0,6	242,0	Febr.		
118,3	9,5	108,8	18,7	18,7	—	228,7	468,4	176,4	1,0	292,0	14,0	13,2	0,8	250,9	März		
193,6	16,9	176,7	20,3	20,3	—	237,5	465,8	170,0	1,4	295,8	16,3	15,5	0,8	255,2	April		
182,3	14,7	167,6	24,4	24,4	—	247,4	461,2	153,8	—	307,4	18,1	17,2	0,9	266,0	Mai		
236,4	16,8	219,6	28,5	28,5	—	259,2	531,9	151,8	—	380,1	18,7	17,8	0,9	274,3	Juni		
Rheinland-Pfalz																	
18,7	10,9	7,8	2,2	2,2	—	23,1	168,0	96,5	1,2	71,5	2,0	2,0	—	15,9	Febr.		
18,7	11,1	7,6	1,9	1,9	—	24,3	169,5	98,5	1,5	71,0	1,9	1,9	—	16,8	März		
17,4	10,0	7,4	1,5	1,5	—	27,0	163,8	95,9	1,9	67,9	1,8	1,8	—	17,3	April		
13,1	7,6	5,5	2,6	2,6	—	27,9	163,6	94,9	0,8	68,7	2,2	2,2	—	17,0	Mai		
17,8	8,2	9,6	2,7	2,7	—	27,8	156,9	91,7	0,1	65,2	3,2	3,2	—	18,0	Juni		
Schleswig-Holstein																	
12,0	11,4	0,6	2,6	2,6	—	37,2	88,9	34,0	0,0	54,9	2,9	1,1	1,8	13,1	Febr.		
11,6	11,0	0,6	2,5	2,3	0,2	40,6	95,7	37,2	0,0	58,5	2,9	1,2	1,7	13,1	März		
14,9	14,2	0,7	2,5	2,3	0,2	42,5	87,9	29,7	—	58,2	2,9	1,2	1,7	13,1	April		
14,8	14,2	0,6	10,5	2,5	8,0	43,3	87,9	28,5	—	59,4	2,5	1,0	1,5	13,1	Mai		
13,1	10,4	2,7	10,7	2,7	8,0	44,7	87,6	29,5	—	58,1	2,7	1,2	1,5	13,1	Juni		
Württemberg-Baden																	
18,7	13,5	5,2	39,0	38,6	0,4	148,3	187,1	101,1	4,7	86,0	3,1	2,7	0,4	37,7	Febr.		
25,6	16,3	9,3	39,6	39,2	0,4	152,1	212,4	123,8	4,7	88,6	6,0	5,6	0,4	38,2	März		
25,7	16,3	9,4	39,8	39,4	0,4	156,0	205,2	118,5	2,3	86,7	6,8	5,9	0,9	39,0	April		
27,2	16,6	10,6	38,3	37,9	0,4	158,2	205,7	119,4	2,1	86,3	7,3	6,4	0,9	39,2	Mai		
31,6	16,2	15,4	42,6	42,3	0,3	162,6	188,4	109,8	1,9	78,6	9,2	8,2	1,0	38,9	Juni		
Württemberg-Hohenzollern																	
12,4	9,5	2,9	0,1	0,1	—	12,0	37,0	26,0	0,5	11,0	5,2	5,2	—	11,2	Febr.		
11,3	9,6	1,7	0,1	0,1	—	12,3	40,5	28,2	0,4	12,3	5,1	5,1	—	11,4	März		
11,7	9,9	1,8	0,2	0,2	—	12,9	38,5	26,2	0,4	12,3	5,1	5,1	—	12,1	April		
13,5	11,7	1,8	0,2	0,2	—	13,3	39,0	28,7	0,2	10,3	5,1	5,1	—	12,1	Mai		
13,7	11,8	1,9	0,3	0,3	—	14,2	42,6	32,2	0,2	10,4	5,1	5,1	—	12,1	Juni		
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben																	
185,8	54,5	131,3	5,3	5,3	—	8,8	89,5	26,3	—	63,2	8,9	8,7	0,2	287,9	Febr.		
161,6	47,2	114,4	6,4	6,4	—	8,9	89,0	31,4	—	57,6	8,4	8,2	0,2	297,5	März		
130,8	36,4	94,4	6,5	6,5	—	9,3	84,3	29,4	—	54,9	8,6	8,2	0,4	302,4	April		
145,5	49,3	96,2	7,1	7,1	—	9,4	88,2	34,0	2,7	54,2	10,4	10,2	0,2	309,5	Mai		
171,1	66,8	104,3	9,5	9,5	—	10,2	89,3	36,0	2,2	53,3	14,6	14,3	0,3	314,1	Juni		

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit gering-
ditenstitute ist nicht von Bedeutung. — 3) Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni erstmalig nicht mehr mit erfaßt.
durchlaufende Kredite. — 5) Vgl. Anmerkung 4).

Stand am Monatsende	Kredite an																
	insgesamt													von den Spalten 1			
	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			Wechselobligo der Kundschaft, Schatzwechsel u. unverzinsliche Schatzanweisungen	mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre ³⁾)	langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ⁴⁾)	Wirtschaft und Private									
		Debitoren		Wechselobligo der Kundschaft				mittelfristige Kredite	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		Wechselobligo der Kundschaft	mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ⁵⁾)	
		insgesamt	darunter Akzeptkredite							insgesamt	darunter Akzeptkredite			Debitoren	darunter Akzeptkredite		Debitoren
1																	
Alle Banken																	
1951																	
Febr.	14 087,7	8 703,5	2 058,4	5 384,2	1 042,8	5 630,9	13 513,6	8 452,2	2 057,8	5 061,4	956,9	874,3	82,6	4 857,8			
März	13 490,0	8 154,4	1 838,9	5 335,6	1 167,2	5 916,5	12 923,7	7 914,2	1 838,7	5 009,5	1 078,6	987,0	91,6	5 118,8			
April	13 179,3	7 849,0	1 684,0	5 330,3	1 227,6	6 201,8	12 541,1	7 612,3	1 683,9	4 928,8	1 135,8	1 039,5	96,3	5 376,7			
Mai	13 207,7	7 924,1	1 575,2	5 283,6	1 268,3	6 407,9	12 565,7	7 652,2	1 575,1	4 913,5	1 164,3	1 066,0	98,3	5 556,3			
Juni	13 547,9	7 887,0	1 494,2	5 660,9	1 340,7	6 647,9	12 844,0	7 619,2	1 494,1	5 224,8	1 223,5	1 120,2	103,3	5 765,7			
Kreditbanken +)																	
Febr.	8 665,4	5 186,4	1 710,8	3 479,0	231,4	685,7	8 516,2	5 106,5	1 710,2	3 409,7	225,6	191,8	33,8	656,0			
März	8 162,9	4 773,4	1 524,7	3 389,5	332,1	729,2	8 040,8	4 697,9	1 524,5	3 342,9	324,7	282,6	42,1	712,4			
April	7 989,0	4 610,6	1 396,3	3 378,4	393,1	774,6	7 812,0	4 532,5	1 396,1	3 279,5	384,2	338,5	45,7	757,5			
Mai	8 056,9	4 690,4	1 312,1	3 366,5	414,2	803,2	7 874,9	4 596,1	1 312,0	3 278,8	402,0	361,1	40,9	785,6			
Juni	8 310,4	4 675,1	1 258,8	3 635,3	446,4	854,5	8 135,7	4 587,9	1 258,7	3 547,8	433,4	389,3	44,1	836,2			
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten																	
Febr.	21,5	11,1	—	10,4	21,8	1 614,2	8,4	8,2	—	0,2	20,2	14,6	5,6	1 455,1			
März	25,0	9,7	—	15,3	22,0	1 689,2	8,1	7,8	—	0,3	20,5	14,5	6,0	1 524,9			
April	34,3	16,7	—	17,6	21,3	1 742,1	9,5	9,2	—	0,3	19,5	13,3	6,2	1 571,9			
Mai	32,5	14,8	—	17,7	21,8	1 790,0	8,0	7,6	—	0,4	20,2	13,8	6,4	1 614,4			
Juni	39,0	16,0	—	23,0	20,4	1 845,9	8,9	8,4	—	0,5	19,0	12,5	6,5	1 665,1			
Girozentralen																	
Febr.	916,2	529,2	82,5	387,0	226,6	1 199,6	783,6	458,7	52,5	324,9	178,2	156,8	21,4	813,1			
März	949,7	488,5	36,4	461,2	231,8	1 241,4	773,2	415,4	36,4	357,8	182,7	161,2	21,5	831,2			
April	910,4 ⁶⁾	426,9 ⁶⁾	37,2	483,5	224,1	1 289,6	702,9 ⁶⁾	362,8 ⁶⁾	37,2	340,1	174,5	153,0	21,5	875,2			
Mai	926,6	458,5	36,7	468,1	241,9	1 327,3	730,7	380,6	36,7	350,1	182,6	155,4	27,2	902,2			
Juni	974,6	445,3	28,6	529,3	264,1	1 379,4	751,3	386,8	28,6	364,5	197,8	169,6	28,2	936,4			
Sparkassen																	
Febr.	2 248,7	1 717,3	48,2	531,4	302,1	1 501,3	2 159,7	1 675,2	48,2	484,5	283,3	272,6	10,7	1 316,2			
März	2 196,3	1 665,8	45,4	530,5	313,6	1 597,3	2 111,5	1 624,6	45,4	486,9	295,5	284,7	10,8	1 401,6			
April	2 169,3 ⁷⁾	1 636,1 ⁷⁾	41,3	533,2	317,0	1 713,5	2 081,3 ⁷⁾	1 586,8 ⁷⁾	41,3	494,5	298,5	286,9	11,6	1 503,3			
Mai	2 120,1	1 601,7	38,2	518,4	317,2	1 789,5	2 037,7	1 559,8	38,2	477,9	299,9	288,1	11,8	1 569,5			
Juni	2 106,3	1 582,0	36,6	524,3	330,9	1 852,7	2 016,7	1 536,1	36,6	480,6	306,9	294,5	12,4	1 626,5			
Zentralkassen⁸⁾																	
Febr.	309,4	162,2	95,0	147,2	2,5	23,3	308,6	161,9	95,0	146,7	2,4	2,4	0,0	23,3			
März	305,2	157,5	94,3	147,7	3,0	24,0	304,1	157,2	94,3	146,9	2,9	2,9	0,0	24,0			
April	286,4	143,5	83,5	142,9	3,5	26,5	285,3	143,2	83,5	142,1	3,4	3,4	0,0	26,5			
Mai	269,6	130,9	72,0	138,7	4,0	27,5	269,0	130,6	72,0	138,4	3,9	3,9	0,0	27,5			
Juni	265,2	123,3	63,1	141,9	4,0	28,3	264,6	123,0	63,1	141,6	4,0	4,0	0,0	28,3			
Kreditgenossenschaften⁹⁾																	
Febr.	1 202,9	845,8	76,8	357,1	153,9	112,4	1 199,8	844,9	76,8	354,9	148,0	141,1	6,9	108,5			
März	1 176,2	822,0	71,0	354,2	155,4	124,4	1 173,0	821,1	71,0	351,9	149,3	142,5	6,8	120,5			
April	1 143,7	792,7	63,4	351,0	155,0	133,9	1 140,4	791,7	63,4	348,7	148,7	141,5	7,2	130,0			
Mai	1 133,6	791,6	57,2	342,0	155,5	138,6	1 130,3	790,6	57,2	339,7	149,2	141,5	7,7	134,6			
Juni	1 133,8	790,4	49,9	343,4	153,2	145,2	1 129,7	788,9	49,9	340,8	150,3	142,6	7,7	141,5			
Sonstige Kreditinstitute																	
Febr.	227,2	149,8	63,6	77,4	26,5	12,3	226,8	149,7	63,6	77,1	26,5	25,0	1,5	12,3			
März	227,1	143,3	57,9	83,8	27,6	12,3	227,1	143,3	57,9	83,8	27,6	26,1	1,5	12,3			
April	215,6	134,7	50,8	80,9	27,6	9,6	209,7	134,7	50,8	75,0	27,6	26,0	1,6	9,6			
Mai	221,9	134,9	47,7	87,0	27,9	9,6	214,1	134,9	47,7	79,2	27,9	26,3	1,6	9,6			
Juni	228,3	134,1	47,4	94,2	28,1	9,7	217,9	134,1	47,4	83,8	28,1	26,6	1,5	9,7			
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben																	
Febr.	496,3	101,6	11,5	394,7	78,1	482,1	310,5	47,1	11,5	263,4	72,8	70,1	2,7	473,3			
März	447,4	94,1	9,1	353,3	81,7	498,8	285,8	46,9	9,1	238,9	75,3	72,5	2,8	489,9			
April	430,7	87,8	11,6	342,9	86,0	512,0	299,9	51,4	11,6	248,5	79,5	76,8	2,7	502,7			
Mai	446,5	101,3	11,3	345,2	85,7	522,4	301,0	52,0	11,3	249,0	78,6	75,9	2,7	513,0			
Juni	490,2	120,8	9,8	369,4	93,3	532,3	319,1	54,0	9,8	265,1	83,8	81,0	2,8	522,1			

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. -- 1) Ohne Bank föhigen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute. — 2) Einschließlich mittelfristige „durchlaufende Kredite“. — 3) Hypotheken, Kommunaldarlehen, sonstige langfristige Ausleihungen und langfristige bank Wiesbaden über das Sparkassengeschäft und ihr Geschäft als Girozentrale getrennt berichtet (Abnahme bei den Girozentralen und Zunahme nal- und Lokalbanken“ und „Privatbankiers“ umseitig. — 4) Aufgliederung umseitig.

Kredite der Geschäftsbanken

V. Kreditvolumen

gruppen
und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets
Mill. DM

Nichtbanken							Kredite an Kreditinstitute											Stand am Monats- ende
bis 6 entfallen auf:							davon				davon			lang- fristige Kredite (ein- schließlich langfristige durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾				
Öffentlich-rechtliche Körperschaften							kurz- fristige Kredite ins- gesamt (Lauf- zeit bis weniger als 6 Monate)	Debitoren		Wech- sel- obligo der Kund- schaft	mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon						
kurz- fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (ein- schließlich langfristige durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) 6)		ins- gesamt	dar- unter Ak- zept- kredite			Debi- toren	durch- laufende Kredite					
	Debi- toren	Schatz- wechsel u. unver- zinsliche Schatzan- weisung., sonstige Wechsel		Debi- toren	durch- laufende Kredite													
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29				
Alle Banken															1951			
574,1	251,3	322,8	85,9	82,6	3,3	773,1	1 964,2	920,2	24,1	1 044,0	96,0	59,9	36,1	825,3	Febr.			
566,3	240,2	326,1	88,6	84,8	3,8	797,7	1 989,1	999,5	24,0	989,6	110,1	73,7	36,4	851,9	März			
638,2	236,7	401,5	91,8	88,6	3,2	825,1	1 902,4	940,8	20,3	961,6	116,1	78,8	37,3	878,1	April			
642,0	271,9	370,1	104,0	92,6	11,4	851,6	1 903,8	922,4	21,1	981,4	120,3	83,2	37,1	903,2	Mai			
703,9	267,8	436,1	117,2	106,0	11,2	882,2	1 937,6	914,7	19,3	1 022,9	97,1	86,3	10,8	916,6	Juni			
Kreditbanken +)																		
149,2	79,9	69,3	5,8	4,4	1,4	29,7	356,7	129,4	17,2	227,3	34,4	1,8	32,6	2,4	Febr.			
122,1	75,5	46,6	7,4	5,6	1,8	16,8	350,8	133,5	17,9	217,3	43,1	10,5	32,6	2,4	März			
177,0	78,1	98,9	8,9	6,9	2,0	17,1	336,8	133,0	14,3	203,8	48,4	15,0	33,4	2,5	April			
182,0	94,3	87,7	12,2	10,0	2,2	17,6	369,6	142,7	15,4	226,9	51,2	17,9	33,3	2,4	Mai			
174,7	87,2	87,5	13,0	11,0	2,0	18,3	363,5	141,7	15,0	221,8	23,7	16,7	7,0	2,9	Juni			
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten																		
13,1	2,9	10,2	1,6	1,6	—	159,1	1,4	1,3	—	0,1	12,3	12,2	0,1	49,9	Febr.			
16,9	1,9	15,0	1,5	1,5	—	164,3	1,3	1,2	—	0,1	12,3	12,2	0,1	50,0	März			
24,8	7,5	17,3	1,8	1,8	—	170,2	4,2	4,1	—	0,1	11,2	11,2	0,0	50,1	April			
24,5	7,2	17,3	1,6	1,6	—	175,6	3,8	3,7	—	0,1	11,1	11,1	0,0	50,0	Mai			
30,1	7,6	22,5	1,4	1,4	—	180,8	3,8	3,7	—	0,1	10,4	10,4	0,0	50,1	Juni			
Girozentralen																		
132,6	70,5	62,1	48,4	47,0	1,4	386,5	848,4	424,6	4,2	423,8	29,9	28,3	1,6	403,3	Febr.			
176,5	73,1	103,4	49,1	47,8	1,3	408,2	865,6	470,9	4,0	394,7	32,7	30,9	1,8	419,5	März			
207,5	64,1	143,4	49,6	49,2	0,4	414,4	820,8	428,1	3,7	392,7	33,0	31,2	1,8	435,1	April			
195,9	77,9	118,0	59,3	51,0	8,3	425,1	785,6	394,3	2,4	391,3	34,3	32,3	2,0	450,2	Mai			
223,3	58,5	164,8	66,3	58,0	8,3	443,0	842,5	391,8	1,4	450,7	35,1	32,9	2,2	456,8	Juni			
Sparkassen																		
89,0	42,1	46,9	18,8	18,3	0,5	185,1	17,3	5,4	—	11,9	2,2	2,1	0,1	13,9	Febr.			
84,8	41,2	43,6	18,1	17,4	0,7	195,5	21,1	10,3	—	10,8	4,9	4,9	—	13,2	März			
88,0	49,3	38,7	18,5	17,8	0,7	210,2	16,5	7,0	—	9,5	5,7	5,7	—	16,6	April			
82,4	41,9	40,5	17,3	16,4	0,9	220,0	22,0	8,3	—	13,7	3,4	3,4	—	20,3	Mai			
89,6	45,9	43,7	24,0	23,2	0,8	226,2	21,5	7,6	—	13,9	3,4	3,4	—	20,7	Juni			
Zentralkassen °)																		
0,8	0,3	0,5	0,1	0,1	—	—	630,6	327,2	2,6	303,4	3,0	3,0	0,0	57,8	Febr.			
1,1	0,3	0,8	0,1	0,1	—	—	640,9	342,1	1,6	298,8	3,2	3,2	0,0	59,3	März			
1,1	0,3	0,8	0,1	0,1	—	—	619,9	332,4	1,7	287,5	3,8	3,8	0,0	61,4	April			
0,6	0,3	0,3	0,1	0,1	—	—	613,5	333,4	0,2	280,1	4,3	4,3	0,0	60,6	Mai			
0,6	0,3	0,3	0,0	0,0	—	—	598,9	328,0	0,2	270,9	4,3	4,3	0,0	61,9	Juni			
Kreditgenossenschaften °)																		
3,1	0,9	2,2	5,9	5,9	—	3,9	8,1	2,8	0,1	5,3	2,8	2,8	—	—	Febr.			
3,2	0,9	2,3	6,1	6,1	—	3,9	8,9	4,3	0,6	4,6	2,9	2,9	—	—	März			
3,3	1,0	2,3	6,3	6,3	—	3,9	7,7	3,0	0,6	4,7	3,1	3,1	—	—	April			
3,3	1,0	2,3	6,3	6,3	0,0	4,0	7,8	3,1	0,4	4,7	3,2	3,2	—	—	Mai			
4,1	1,5	2,6	2,9	2,9	0,0	3,7	7,1	3,1	0,5	4,0	3,1	3,1	—	—	Juni			
Sonstige Kreditinstitute																		
0,4	0,1	0,3	0,0	0,0	—	—	12,3	3,3	—	9,0	2,6	0,8	1,8	10,1	Febr.			
0,0	0,0	—	0,0	0,0	—	—	11,7	5,9	—	5,8	2,4	0,7	1,7	10,1	März			
5,9	0,0	5,9	—	—	—	—	12,0	3,7	—	8,3	2,4	0,8	1,6	10,1	April			
7,8	0,0	7,8	—	—	—	—	13,4	3,0	—	10,4	2,4	0,9	1,5	10,1	Mai			
10,4	0,0	10,4	—	—	—	—	11,2	3,0	—	8,2	2,6	1,1	1,5	10,1	Juni			
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben																		
185,8	54,5	131,3	5,3	5,3	—	8,8	89,5	26,3	—	63,2	8,9	8,7	0,2	287,9	Febr.			
161,6	47,2	114,4	6,4	6,4	—	8,9	89,0	31,4	—	57,6	8,4	8,2	0,2	297,5	März			
130,8	36,4	94,4	6,5	6,5	—	9,3	84,3	29,4	—	54,9	8,6	8,2	0,4	302,4	April			
145,5	49,3	96,2	7,1	7,1	—	9,4	88,2	34,0	2,7	54,2	10,4	10,2	0,2	309,5	Mai			
171,1	66,8	104,3	9,5	9,5	—	10,2	89,3	36,0	2,2	53,3	14,6	14,3	0,3	314,1	Juni			

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit gering-
institute ist nicht von Bedeutung. — 2) Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag, wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt.
durchlaufende Kredite. — 5) Vgl. Anmerkung 4). — 6) Der Rückgang ist überwiegend dadurch verursacht, daß ab April 1951 die Nassauische Landes-
bei der Bankengruppe Sparkassen). — 7) Vgl. Anmerkung 6). — 8) Aufgliederung in „Nachfolgeinstitute ehemaliger Großbankfilialen“, „Staats-, Regio-

Stand am Monatsende	Kredite an													
	insgesamt						von den Spalten 1							
	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		Wechselobligo der Kundschaft, Schatzwechsel u. unverzinsliche Schatzanweisungen	mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre) ³⁾	langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁴⁾	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	Wirtschaft und Private			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾
		insgesamt	darunter Akzeptkredite					Debitoren	darunter Akzeptkredite	Wechselobligo der Kundschaft		Debitoren	durchlaufende Kredite	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
Kreditbanken, Aufgliederung:														
Nachfolgeinstitute ehemaliger Großbankfilialen														
1951														
Febr.	4 953,4	2 918,5	897,5	2 034,9	99,1	208,0	4 916,8	2 913,2	897,0	2 003,6	95,8	87,8	8,0	208,0
März	4 681,1	2 708,8	798,9	1 972,3	133,6	211,8	4 663,0	2 704,6	798,9	1 958,4	129,5	120,4	9,1	211,8
April	4 615,4	2 642,9	724,1	1 972,5	149,2	235,9	4 542,9	2 638,9	724,1	1 904,0	144,6	133,6	11,0	235,9
Mai	4 663,3	2 679,8	668,7	1 983,5	161,9	247,3	4 596,1	2 674,4	668,7	1 921,7	153,4	142,0	11,4	247,3
Juni	4 850,6	2 668,3	619,7	2 182,3	175,2	283,8	4 778,9	2 660,4	619,7	2 118,5	166,3	153,6	12,7	283,7
Staats-, Regional- und Lokalbanken														
Febr.	2 468,7	1 573,6	516,8	895,1	86,4	438,6	2 357,4	1 499,3	516,7	858,1	85,3	81,0	4,3	408,9
März	2 303,0	1 429,3	457,9	873,7	141,9	476,9	2 200,1	1 358,3	457,7	841,8	140,1	134,8	5,3	460,1
April	2 233,4	1 354,4	418,4	879,0	182,1	494,4	2 130,2	1 280,7	418,2	849,5	179,2	174,0	5,2	477,4
Mai	2 278,5	1 400,3	400,4	878,2	190,4	510,3	2 164,9	1 311,7	400,3	853,2	188,3	183,1	5,2	492,8
Juni	2 302,6	1 373,0	391,2	929,6	205,8	520,3	2 202,8	1 294,0	391,1	908,8	203,4	197,3	6,1	502,1
Privatbankiers														
Febr.	1 243,3	694,4	296,5	548,9	45,8	39,2	1 242,1	694,1	296,5	548,0	44,4	22,9	21,5	39,2
März	1 178,8	635,3	267,9	543,5	56,6	40,4	1 177,7	635,0	267,9	542,7	55,2	27,5	27,7	40,4
April	1 140,1	613,3	253,8	526,8	61,7	44,3	1 138,9	612,9	253,8	526,0	60,3	30,9	29,4	44,3
Mai	1 115,1	610,3	243,0	504,8	61,8	45,6	1 114,0	610,0	243,0	504,0	60,3	36,0	24,3	45,6
Juni	1 157,2	633,8	247,9	523,4	65,4	50,4	1 154,0	633,5	247,9	520,5	63,7	38,4	25,3	50,4
Zentralkassen und Kreditgenossenschaften, Aufgliederung:														
Gewerbliche Zentralkassen														
Febr.	16,3	11,7	4,5	4,6	0,0	0,6	15,9	11,7	4,5	4,2	0,0	0,0	—	0,6
März	16,3	10,6	4,2	5,7	0,4	0,7	15,6	10,6	4,2	5,0	0,4	0,4	—	0,7
April	18,0	11,4	3,9	6,6	0,4	0,9	17,3	11,4	3,9	5,9	0,4	0,4	—	0,9
Mai	17,5	11,3	3,3	6,2	0,4	0,9	17,2	11,3	3,3	5,9	0,4	0,4	—	0,9
Juni	17,6	10,5	3,2	7,1	0,4	1,0	17,3	10,5	3,2	6,8	0,4	0,4	—	1,0
Gewerbliche Kreditgenossenschaften														
Febr.	869,0	568,9	68,5	300,1	92,7	66,9	865,9	568,0	68,5	297,9	86,8	81,8	5,0	63,0
März	847,4	548,5	63,0	298,9	94,9	75,7	844,2	547,6	63,0	296,6	88,8	84,1	4,7	71,8
April	823,3	527,4	56,1	295,9	96,1	82,8	820,0	526,4	56,1	293,6	89,8	84,8	5,0	78,9
Mai	815,8	527,5	51,6	288,3	96,1	86,8	812,5	526,5	51,6	286,0	89,8	84,7	5,1	82,8
Juni	815,0	524,9	45,8	290,1	94,0	91,3	810,9	523,4	45,8	287,5	91,1	85,9	5,2	87,6
Ländliche Zentralkassen														
Febr.	293,1	150,5	90,5	142,6	2,5	22,7	292,7	150,2	90,5	142,5	2,4	2,4	0,0	22,7
März	288,9	146,9	90,1	142,0	2,6	23,3	288,5	146,6	90,1	141,9	2,5	2,5	0,0	23,3
April	268,4	132,1	79,6	136,3	3,1	25,6	268,0	131,8	79,6	136,2	3,0	3,0	0,0	25,6
Mai	252,1	119,7	68,7	132,4	3,6	26,6	251,8	119,4	68,7	132,4	3,5	3,5	0,0	26,6
Juni	247,6	112,8	59,9	134,8	3,6	27,3	247,3	112,5	59,9	134,8	3,6	3,6	0,0	27,3
Ländliche Kreditgenossenschaften														
Febr.	333,9	276,9	8,3	57,0	61,2	45,5	333,9	276,9	8,3	57,0	61,2	59,3	1,9	45,5
März	328,8	273,5	8,0	55,3	60,5	48,6	328,8	273,5	8,0	55,3	60,5	58,4	2,1	48,6
April	320,4	265,3	7,3	55,1	58,9	51,1	320,4	265,3	7,3	51,1	58,9	56,7	2,2	51,1
Mai	317,8	264,1	5,6	53,7	59,4	51,8	317,8	264,1	5,6	53,7	59,4	56,8	2,6	51,8
Juni	318,8	265,5	4,1	53,3	59,2	53,9	318,8	265,5	4,1	53,3	59,2	56,7	2,5	53,9

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fähigen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kredit- 3) Einschließlich mittelfristige „durchlaufende Kredite“. — 4) Hypotheken, Kommunaldarlehen, sonstige langfristige Ausleihungen und langfristige durch-

Kredite der Geschäftsbanken

V. Kreditvolumen

gruppen

einzelner Bankengruppen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Nichtbanken							Kredite an Kreditinstitute										Stand am Monats- ende
bis 6 entfallen auf:							kurz- fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon			langfristige Kredite (einschließ- lich lang- fristige durchlau- fende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) 5)		
Öffentlich-rechtliche Körperschaften								Debitoren		Wechsel- obligo der Kund- schaft		Debi- toren	durch- lau- fende Kredite	langfristige Kredite (Laufzeit 4 Jahre und mehr) 6)			
kurz- fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließ- lich lang- fristige durchlau- fende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) 5)		ins- gesamt	dar- unter Ak- zept- kredite							Debi- toren	
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29			
Kreditbanken, Aufgliederung:																	
Nachfolgeinstitute ehemaliger Großbankfilialen																	
36,6	5,3	31,3	3,3	3,3	—	—	160,5	63,0	11,1	97,5	1,3	0,9	0,4	2,1	Febr.		
18,1	4,2	13,9	4,1	3,9	0,2	—	164,9	77,6	12,0	87,3	9,2	8,8	0,4	2,1	März		
72,5	4,0	68,5	4,6	4,1	0,5	—	160,9	73,1	9,0	87,8	12,7	12,3	0,4	2,1	April		
67,2	5,4	61,8	8,5	8,0	0,5	—	183,8	76,1	10,5	107,7	14,1	13,7	0,4	2,1	Mai		
71,7	7,9	63,8	8,9	8,4	0,5	0,1	177,1	77,5	10,5	99,6	13,0	12,6	0,4	2,1	Juni		
Staats-, Regional- und Lokalbanken																	
111,3	74,3	37,0	1,1	1,1	—	29,7	143,5	38,2	1,1	105,3	30,3	0,4	29,9	0,3	Febr.		
102,9	71,0	31,9	1,8	1,6	0,2	16,8	148,4	39,6	1,0	108,8	31,3	1,3	30,0	0,3	März		
103,2	73,7	29,5	2,9	2,8	0,1	17,0	139,1	42,4	0,3	96,7	32,9	2,2	30,7	0,3	April		
113,6	88,6	25,0	2,1	2,0	0,1	17,5	145,4	50,1	0,1	95,3	34,1	3,4	30,7	0,3	Mai		
99,8	79,0	20,8	2,4	2,4	—	18,2	140,0	45,8	0,1	94,2	8,0	3,7	4,3	0,8	Juni		
Privatbankiers																	
1,2	0,3	0,9	1,4	0,0	1,4	0,0	52,6	28,1	5,0	24,5	2,8	0,6	2,2	—	Febr.		
1,1	0,3	0,8	1,4	0,0	1,4	0,0	37,4	16,2	4,9	21,2	2,8	0,5	2,3	—	März		
1,2	0,4	0,8	1,4	0,0	1,4	0,0	36,8	17,5	5,0	19,3	2,8	0,5	2,3	—	April		
1,1	0,3	0,8	1,5	0,0	1,5	0,0	40,3	16,5	4,8	23,8	3,0	0,7	2,3	—	Mai		
3,2	0,3	2,9	1,7	0,2	1,5	0,0	46,4	18,4	4,4	28,0	2,7	0,4	2,3	—	Juni		
Zentralkassen und Kreditgenossenschaften, Aufgliederung:																	
Gewerbliche Zentralkassen																	
0,4	—	0,4	—	—	—	—	278,2	98,1	0,3	180,1	0,0	0,0	—	28,8	Febr.		
0,7	—	0,7	—	—	—	—	279,3	105,5	0,3	173,8	0,1	0,1	0,0	28,9	März		
0,7	—	0,7	—	—	—	—	263,3	97,9	—	165,4	0,1	0,1	0,0	30,3	April		
0,3	—	0,3	—	—	—	—	258,6	100,5	—	158,1	0,1	0,1	0,0	30,8	Mai		
0,3	—	0,3	—	—	—	—	254,9	99,1	—	155,8	0,1	0,1	0,0	31,1	Juni		
Gewerbliche Kreditgenossenschaften																	
3,1	0,9	2,2	5,9	5,9	—	3,9	8,1	2,8	0,1	5,3	2,8	2,8	—	—	Febr.		
3,2	0,9	2,3	6,1	6,1	—	3,9	8,9	4,3	0,6	4,6	2,9	2,9	—	—	März		
3,3	1,0	2,3	6,3	6,3	—	3,9	7,7	3,0	0,6	4,7	3,1	3,1	—	—	April		
3,3	1,0	2,3	6,3	6,3	0,0	4,0	7,8	3,1	0,4	4,7	3,2	3,2	—	—	Mai		
4,1	1,5	2,6	2,9	2,9	0,0	3,7	7,1	3,1	0,5	4,0	3,1	3,1	—	—	Juni		
Ländliche Zentralkassen																	
0,4	0,3	0,1	0,1	0,1	—	—	352,4	229,1	2,3	123,3	3,0	3,0	0,0	28,9	Febr.		
0,4	0,3	0,1	0,1	0,1	—	—	361,6	236,6	1,3	125,0	3,1	3,1	0,0	30,4	März		
0,4	0,3	0,1	0,1	0,1	—	—	356,6	234,5	1,7	122,1	3,7	3,7	0,0	31,1	April		
0,3	0,3	—	0,1	0,1	—	—	354,9	232,9	0,2	122,0	4,1	4,1	0,0	29,8	Mai		
0,3	0,3	0,0	0,0	0,0	—	—	344,0	228,9	0,2	115,1	4,2	4,2	—	30,8	Juni		
Ländliche Kreditgenossenschaften																	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Febr.		
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	März		
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	April		
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Mai		
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Juni		

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit gering-
institute ist nicht von Bedeutung. — 2) Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. —
laufende Kredite. — 5) Vgl. Anmerkung 4). —

5. Mittel- und langfristige Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Finanzierungs-Aktiengesellschaft

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Mittel- und langfristige Kredite an Nichtbanken			Kredite an Kreditinstitute
	insgesamt	davon an:		
		Wirtschaft und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	
1949				
August	238,6	238,6	—	30,1
September	265,5	260,5	5,0	55,3
Oktober	374,3	359,2	15,1	67,8
November	419,7	399,8	19,9	81,8
Dezember	462,9	432,5	30,4	130,0
1950				
Januar	487,3	451,6	35,7	179,4
Februar	592,0	555,8	36,2	259,5
März	652,1	610,5	41,6	430,4
April	703,5	661,6	41,9	500,7
Mai	736,7	694,7	42,0	573,1
Juni	797,3	755,3	42,0	703,4
Juli	830,6	788,3	42,3	824,3
August	877,7	835,3	42,4	971,1
September	910,1	867,7	42,4	1 129,0
Oktober	953,0	910,5	42,5	1 283,4
November	1 002,2	959,7	42,5	1 394,7
Dezember	1 110,5	1 048,0	62,5	1 541,0
1951				
Januar	1 138,5	1 076,0	62,5	1 604,6
Februar	1 167,8	1 105,3	62,5	1 661,4
März	1 208,7	1 146,2	62,5	1 707,1
April	1 232,7	1 170,2	62,5	1 751,8
Mai	1 248,6	1 186,1	62,5	1 786,0
Juni	1 285,3	1 222,8	62,5	1 833,5

6. Gliederung der Kredite nach Wirtschaftszweigen *)

in Mill. DM

Verwendungszweck bzw. Kreditnehmergruppen	Kurzfristige Kredite			Mittel- und langfristige Kredite ²⁾					
	Repräsentativerhebung bei 586 Kreditinstituten im Bundesgebiet ¹⁾			Gesamterhebung bei den Geschäftsbanken im Bundesgebiet u. der KfW u. Finag					
				insgesamt			darunter Kredite aus Gegenwertmitteln		
	1950	1951		1950	1951		1950	1951	
31. 12.	31. 3.	30. 6.	31. 12.	31. 3.	30. 6.	31. 12.	31. 3.	30. 6.	
1. Wohnungsbau	92,7	81,1	68,9	2 385,2	2 767,5	3 136,8	209,1	217,8	223,6
2. Industrie und Handwerk darunter Kredite an Handwerksbetriebe	5 429,5	5 438,2	5 624,8	2 497,5	2 914,8	3 269,2	1 717,1	1 888,3	2 004,3
3. Land-, Forst- und Wasser- wirtschaft, Jagd, Fischerei	(221,1)	(225,9)	(211,0)	(134,8)	(164,0)	(189,1)	.	.	.
4. Handel	119,5	118,4	119,1	337,7	428,8	485,8	182,7	205,7	222,0
5. Fremdenverkehr	3 566,3	3 543,4	3 431,9	183,0	241,3	301,5	0,7	1,2	1,1
6. Verkehrsunternehmen und Nachrichtenwesen	38,8	39,2	37,0	44,2	55,8	65,1	11,0	18,6	19,6
7. Straßen, Straßenbrücken, Häfen, Wasserstraßen	147,6	193,3	264,7	222,4	230,5	249,0	75,0	82,6	83,4
8. Sonst. öffentl. Kreditneh- mer (Bund, Länder, Ge- meinden, Städte, Kreise, Sozialversicherungen, Universitäten usw.)	5,6	6,0	5,0	22,4	34,9	36,5	9,6	15,0	15,3
9. Sonstige private Kredit- nehmer	187,9	227,4	262,9	411,0	469,4	553,0	0,5	0,5	0,5
Kredite an Nichtbanken (Pos. 1 bis 9) darunter Kredite für Im- und Export	357,2	298,3	283,6	325,4	371,3	419,6	—	—	—
	9 945,1	9 945,3	10 097,9	6 428,8	7 514,3	8 516,5	2 205,7	2 429,7	2 569,8
	1 846,9	1 916,0	2 136,1

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — ¹⁾ Die kurzfristigen Ausleihungen der 586 Kreditinstitute repräsentierten am 30. 6. 1951 = 74,5 vH des kurzfristigen Kreditvolumens (ab Dezember 1950 sind die Schatzwechsel mit enthalten). — ²⁾ Bei mittel- und langfristigen Krediten nur Neuausleihungen seit der Währungsreform.

7. Inanspruchnahme von Freigaben aus counterpart funds ¹⁾

in Mill. DM

Freigaben	Stand					
	1949 31. Dezember	1950		1951		
		30. Juni	31. Dezember	31. März	30. Juni	30. Juli
Summe der Freigaben	470,0	1 580,0	2 640,5	2 996,9	3 146,9	3 146,9
davon in Anspruch genommen:						
insgesamt	452,5	1 411,4	2 412,7	2 660,7	2 584,7	2 952,0
davon über die Kreditanstalt für Wiederaufbau für:						
Energie						
(Elektrizitätswirtschaft)	110,0	337,8	541,5	646,7	680,7	714,5
Kohlenbergbau	185,0	317,8	417,9	445,8	465,6	486,7
Sonstige Industrie	35,0	201,5	389,4	409,5	425,8	430,5
Landwirtschaft	5,0	93,2	182,7	205,7	222,0	224,7
Wohnungsbau	0,0	99,4	175,1	183,8	189,6	191,4
Seeschifffahrt	—	49,9	85,5	85,9	93,4	102,7
Gas und Wasser	—	32,3	65,5	70,2	70,5	71,0
Straßenbahnen	—	6,4	12,8	17,3	17,3	17,3
Fischdampfer	—	4,8	5,0	5,0	5,0	5,0
Eisen und Stahl	—	36,5	67,8	78,2	114,6	134,7
Fremdenverkehr	—	—	11,0	18,6	19,6	20,1
Kleininvestitionen,						
Flüchtlingsbetriebe	—	—	70,5	70,5	70,5	70,5
Binnenschifffahrt	—	—	4,7	7,7	9,2	9,4
Binnenhäfen	—	—	4,7	8,9	9,2	9,4
Privatbahnen	—	—	2,2	5,3	6,1	6,1
Seehäfen	—	—	2,9	4,1	4,1	4,2
Verkehrsgewerbe	—	—	0,3	0,3	0,4	0,4
Bundespost	—	—	20,0	20,0	20,0	20,0
Investitionen zur Förderung des Absatzes im Dollar- raum	—	—	0,2	0,2	0,2	0,2
Bewag (Berlin)	44,0	55,0	55,0	55,0	55,0	55,0
Besatzungswohnungsbau	30,1	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0
Finanzierungs-AG für:						
Südwestdeutsche Eisen- bahnen	30,0	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Energie						
(Elektrizitätswirtschaft)	13,0	14,0	14,0	14,0	14,0	14,0
Gaswirtschaft	0,2	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Wasserwirtschaft	0,2	1,5	2,0	2,0	2,0	2,0
Bundeshauptkasse Bonn für:						
Zuschüsse für die Landwirtschaft	—	—	20,0	20,0	20,0	20,0
Forschung	—	—	11,6	11,6	11,6	11,6
Industriebank AG Berlin für:						
Verschiedene Zwecke	—	86,3	175,4	199,4	246,1	255,6
Noch nicht in Anspruch ge- nommen	17,5	168,6	227,8	336,2	299,4	194,9

¹⁾ Abweichungen gegenüber früheren Veröffentlichungen durch Abrundungen; ohne 360 Mill. DM, die die Bundesbahn aus GARIOA-Mitteln zur Bezahlung von Waggon-Einfuhren erhalten hat.

VI. Geldvolumen

1. Entwicklung und Struktur des Geldvolumens im Bundesgebiet *)

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Bargeld und private Sichteinlagen				Andere private Einlagen und öffentliche Einlagen										Zuschlag für die Einlagen bei den statistisch nicht erfaßten Instituten (Schätzung)	Gesamtes Geldvolumen (Bargeld und Bank-einlagen ohne Spar-einlagen)	Spar-einlagen	
	ins-gesamt	davon			ins-gesamt	davon							Hohe Kommissare und sonstige alliierte Dienststellen	Gegenwertmittel				
		Bargeld-umlauf außerhalb der Banken ¹⁾	Sichteinlagen von Wirtschaft u. Privaten			„Asservaten-konto Einfuhrbewilligungen“ bei den Landes-zentral-banken (Bar-depots)	Sichteinlagen der öffentlichen Hand			Private (Termineinlagen (einschließlich Anlagekonten) und Festkonten ⁴⁾ bei Geschäfts-banken ²⁾	Öffentl.	Sonder-konten des Bundes		Sonder-konten KfW, Berliner Industrie-bank				
			bei Geschäfts-banken ²⁾	beim Zentral-bank-system ³⁾			bei Geschäfts-banken ²⁾	auf Giro-konto	jederzeit wider-ruflich in Aus-gleichs-forde-rungen angelegt									
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17		
1948																		
Dez.	11 478	6 054	5 199	225	4 577	—	1 451	880	200	979	612	455	.	—	135	(16 190)	1 599	
1949																		
März	11 577	5 931	5 422	224	4 944	—	1 453	933	90	949	953	566	.	—	153	(16 674)	2 097	
Juni	12 510	6 287	5 949	274	5 105	—	1 701	702	191	991	842	592	.	86	170	(17 785)	2 469	
Sept.	12 959	6 763	6 010	186	5 322	—	1 744	605	411	1 068	892	486	.	116	182	(18 463)	2 751	
Dez.	13 777 (13 352)	7 058	6 534 (6 109)	185	7 064 (5 350)	22	1 806	539	402	1 120	995	1 152 (462)	1 024 (.)	4	504 ⁵⁾	21 345 (19 206)	3 061	
1950																		
Jan.	13 180 (12 861)	6 901	6 102 (5 783)	177	6 797 (6 088)	—	1 775	676	540	1 190	1 078	1 018 (466)	157 (.)	363	504	20 481 (19 453)	3 240	
Febr.	13 187 (12 991)	7 000	5 998 (5 802)	189	7 404 (6 210)	—	1 682	825	481	1 246	1 264	1 034 (469)	629 (.)	243	508	21 099 (19 709)	3 377	
März	13 412 (13 297)	7 148	6 080 (5 965)	184	7 434 (6 164)	—	1 659	703	625	1 333	1 251	1 025 (438)	683 (.)	155	513	21 359 (19 974)	3 498	
April	13 738 (13 639)	7 278	6 284 (6 185)	176	7 713 (6 355)	—	1 624	751	498	1 446	1 350	1 070 (448)	736 (.)	238	522	21 973 (20 516)	3 611	
Mai	13 934 (13 848)	7 169	6 560 (6 474)	205	8 152 (6 675)	—	1 657	724	580	1 518	1 493	1 091 (445)	831 (.)	258	532	22 618 (21 055)	3 702	
Juni	14 261	7 441	6 609	211	8 235	—	1 493	563	557	1 757	1 405	1 194	1 098	168	535	23 031	3 825	
Juli ⁶⁾	.	7 494	.	208	.	—	.	586	437	.	.	965	951	330	544	23 250	3 855	
Aug. ⁶⁾	.	7 410	.	204	.	—	.	569	435	.	.	1 012	1 002	196	554	23 799	3 869	
Sept.	15 412	7 628	7 566	218	8 317	—	1 453	585	437	2 091	1 537	1 036	759	419	559	24 288	3 894	
Okt. ⁶⁾	.	7 513	.	188	.	131	.	569	369	.	.	1 040	955	296	569	24 785	3 968	
Nov.	15 550	7 488	7 857	205	8 924	322	1 410	622	371	2 289	1 648	940	1 179	143	570	25 044	4 009	
Dez.	15 778	7 683	7 790	305	9 110	421	1 535	701	220	2 434	1 733	904	988	174	576	25 464 ⁷⁾	4 066	
1951																		
Jan.	15 203	7 210	7 739	254	9 321	560	1 386	602	169	2 587	1 801	1 033	1 053	130	576	25 100	4 070	
Febr.	15 315	7 223	7 807	285	9 819	634	1 427	679	171	2 757	1 867	1 025	1 177	82	581	25 715	4 076	
März	15 311	7 292	7 703	316	9 398	309	1 434	471	309	2 805	1 883	1 009	902	276	580	25 289	4 064	
April	15 613	7 451	7 867	295	9 253	277	1 310	332	244	2 874	1 938	1 056	1 004	218	584	25 450	4 091	
Mai	15 595	7 396	7 893	306	10 074	687	1 370	423	360	2 956	1 950	1 052	954	322	588	26 257	4 133	
Juni	16 294	7 782	8 187	325	10 393	779	1 388	375	387	2 964	2 170	1 092	999	239	598	27 285	4 201	
Juli	.	.	.	299	.	852	.	419	258	.	.	1 107	1 155	135	.	.	.	

*) Bezüglich der in () gesetzten Zahlen vgl. Anmerkung 1) im Oktoberheft 1950, S. 67. —

1) Ohne „B“-Noten; einschließlich Münzumschlag. — 2) Einschließlich Postscheck- und Postsparkassenämter. — 3) Positionen des Zusammengefaßten Ausweises der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken „Sonstige inländische Einleger“ und „Ausländische Einleger“ abzüglich der Spalten 6 und 14 der obigen Übersicht. — 4) Die Festkonten sind ab Juni 1950 je nach dem Charakter der ursprünglichen RM-Einlagen auf Sicht-, Termin- und Spareinlagen aufgeteilt. — 5) Erhöhung auf Grund neuer Erhebung; rückwirkende Berichtigung unterblieben. — 6) Die Aufgliederung der Bankeinlagen nach Fristigkeit fiel vorübergehend nur zum Quartalsultimo an. Gesamtsumme der Sicht- und Termineinlagen von Nichtbanken Ende Juli 1950: 11 735 Mill. DM, Ende August 1950: 12 417 Mill. DM, Ende Oktober 1950: 13 155 Mill. DM. — 7) Am 6. 1. 1951 wurde das Ausweisschema der Bank deutscher Länder geändert: Von den „Verbindlichkeiten aus der Abwicklung des Auslandsgeschäfts“ wurden die Vorkonten der Gegenwertfonds auf die Sonderkonten des Bundes (seitdem „Gegenwertkonten des Bundes“) und einige andere Unterpositionen, die ihrem Wesen nach reine Inlandsverbindlichkeiten sind, auf „Sonstige Einlagen“ umgebucht. Die von der Änderung betroffenen Spalten der obigen Übersicht wurden bereits per Ende Dezember 1950 auf das neue Schema umgerechnet. Infolge dieser Umgruppierungen beträgt die tatsächliche Zunahme des gesamten Geldvolumens im Dezember nicht (wie aus den obigen Ziffern zu errechnen) 420 Mill. DM, sondern nur 265 Mill. DM.

2. Umschlagshäufigkeit der Bankeinlagen von Nichtbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebietes *) 1)

einschließlich Postscheckkämtern

Monat	Girale Verfügungen		Sicht- einlagen	Umschlagshäufigkeit der Sichtdepositen	
	buchmäßig	nach Banktagen bereinigt	Stand am Monats- ende	monatlich ²⁾	Viertel- jahres- durch- schnitt
	Mrd. DM			4	5
	1	2	3		
1948 Oktober	19,3	18,6	5,6	3,3	} 3,5
November	21,5	21,5	6,2	3,5	
Dezember	24,4	23,5	6,4	3,7	
1949 Januar	21,1	21,1	6,4	3,3	} 3,5
Februar	22,9	23,8	6,5	3,7	
März	24,3	22,5	6,6	3,4	
April	23,3	25,3	6,8	3,7	} 3,6
Mai	24,3	24,3	7,0	3,5	
Juni	24,9	25,9	7,0	3,7	
Juli	25,5	24,5	6,9	3,6	} 3,5
August	26,1	24,2	7,2	3,4	
September	26,4	25,4	7,3	3,5	
Oktober	28,3	27,2	7,7	3,5	} 3,8
November	30,5	30,5	7,7	4,0	
Dezember	31,5	30,3	7,7	3,9	
1950 Januar	27,4	26,3	7,3	3,6	} 3,6
Februar	25,2	26,2	7,1	3,7	
März	28,2	26,1	7,2	3,6	
April	25,8	29,3	7,4	4,0	} 3,7
Mai	27,9	29,1	7,7	3,8	
Juni	27,9	26,8	7,8	3,4	
Juli	28,1	27,0	.	.	} .
August	28,9	26,8	.	.	
September	30,8	29,6	8,7	3,4	
Oktober	31,8	30,6	.	.	} .
November	31,7	31,7	8,9	3,6	
Dezember	34,9	36,3	9,0	4,0	
1951 Januar	34,4	33,0	8,8	3,8	} 3,9
Februar	32,3	33,8	8,9	3,8	
März	34,3	35,8	8,8	4,0	
April	33,4	33,4	8,9	3,8	} 3,9
Mai	33,6	36,5	9,0	4,1	
Juni	36,1	34,7	9,3	3,7	

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne ländliche Kreditgenossenschaften. — 2) Quotient Spalte 2: Spalte 3.

VII. Sonstige Geld-

1. Im Währungsgebiet

Sollzinsen.

	Bayern ²⁾	Hessen ³⁾	Württemberg-Baden ³⁾	Bremen ³⁾	Nordrhein-Westfalen ⁴⁾	
	Zinssätze der Landeszentralbanken, gültig ab 27. 10. 1950					
Diskontsatz	6	6	6	6	6	
Lombardsatz	7	7	7	7	7	
	Kreditkosten, gültig ab:					
	27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950	
	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt
1. Kosten für Kredite in laufender Rechnung						
a) zugesagte Kredite						
Zinsen	Lombardsatz + 1 1/2 ⁰ /o	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /o	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /o	Lombardsatz + 1 ⁰ /o	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /o	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /o
Kreditprovision	1/8 ⁰ /o p. M.	10 ¹ /2	1/4 ⁰ /o p. M.	10 ¹ /2	1/8 ⁰ /o p. M.	10 ² /5
b) Kontoüberziehungen						
Zinsen	Lombardsatz + 1 1/2 ⁰ /o	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /o	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /o	Lombardsatz + 1 ⁰ /o	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /o	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /o
Überziehungsprovision	1/8 ⁰ /o p. T.	13	1/8 ⁰ /o p. T.	12	1/8 ⁰ /o p. T.	12
2. Akzeptkredite (Normal-konditionen)						
Zinsen	Diskontsatz + 1 ⁰ /o	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /o	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /o	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /o	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /o	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /o
Akzeptprovision	1/8 ⁰ /o p. M.	9	1/4 ⁰ /o p. M.	9 1/2	1/4 ⁰ /o p. M.	9 1/2
3. Kosten für Wechselkredite						
a) Abschnitte von DM 20 000 und höher						
Zinsen	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ /o	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /o	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /o	Diskontsatz + 1 ⁰ /o	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /o - 1 ⁰ /o	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ /o
Diskontprovision	1 ⁰ /o p. M.	8 ⁷ /10	1/8 ⁰ /o p. M.	8	1/12 ⁰ /o p. M.	8
b) Abschnitte von DM 5 000 bis unter 20 000						
Zinsen	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ /o	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /o	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /o	Diskontsatz + 1 ⁰ /o	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /o - 1 ⁰ /o	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ /o
Diskontprovision	1 ⁰ /o p. M.	8 ⁷ /10	1/8 ⁰ /o p. M.	8 1/2	1/12 ⁰ /o p. M.	8
c) Abschnitte von DM 1 000 bis unter 5 000						
Zinsen	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ /o	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ /o	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ /o	Diskontsatz + 1 ⁰ /o	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /o - 1 ⁰ /o	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ /o
Diskontprovision	1/8 ⁰ /o p. M.	9	1/8 ⁰ /o p. M.	9	1/8 ⁰ /o p. M. ¹⁰⁾	9
d) Abschnitte unter DM 1 000						
Zinsen	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ /o	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ /o	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ /o	Diskontsatz + 1 ⁰ /o	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /o - 1 ⁰ /o	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ /o
Diskontprovision	1/8 ⁰ /o p. M.	9 1/2	1/8 ⁰ /o p. M.	9	1/8 ⁰ /o p. M. ¹⁰⁾	9
4. Ziehungen auf Kundschaft						
Zinsen	keine Vereinbarung	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /o	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /o	keine Vereinbarung	keine Vereinbarung	keine Vereinbarung
Kreditprovision		1/4 ⁰ /o p. M.	10 ¹ /2			
Umsatzprovision	1/8 ⁰ /o pr. Semester, mindest. v. 3fachen des Höchst-Soll-Saldos	1/8 ⁰ /o mindestens aus doppeltem Kreditbetrag pr. Quartal		keine Angabe	1/2 ⁰ /o d. größeren Seite abzüglich Saldovortrag, mindestens 1/2 ⁰ /o pro Semest. a. Kreditbetrag	1/8 ⁰ /o pro Semester
Mindestdiskontspesen	DM 2.—	DM 2.—		DM 2.—	DM 2.—	DM 2.—
Domizilprovision	1/2 ⁰ /o min.DM-.50	1/2 ⁰ /o min.DM-.50		1/2 ⁰ /o	1/2 ⁰ /o	1/2 ⁰ /o min.DM-.50

1) Zusammenge stellt auf Grund von Angaben der Landeszentralbanken in den einzelnen Ländern. Diskont- und Lombardsatz sind aus den auf Kreditarten vorgesehen und vereinbart sind, sind in der Tabelle nicht berücksichtigt worden. — 2) Höchstsätze. — 3) Normalsätze, Überschreitet unabhängig von den Diskontspesen je nach Lage des Falles noch eine Bearbeitungsgebühr von DM 1.— bis DM 2.— in Ansatz zu bringen. Netto-Sätze. — 4) Nicht einheitlich und nicht verbindlich geregelt. — 10) Einreichern aus kleingewerblichen und landwirtschaftlichen Kreisen

und Kreditstatistik

geltende Zinskonditionen ¹⁾

in Prozenten jährlich

Niedersachsen ³⁾		Schleswig-Holstein ³⁾		Hamburg ²⁾		Rheinland-Pfalz ³⁾		Baden ³⁾		Württemberg- ³⁾ Hohenzollern	
Zinssätze der Landeszentralbanken, gültig ab 27. 10. 1950											
6 7		6 7		6 7		6 7		6 7		6 7	
Kreditkosten, gültig ab:											
27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950	
im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt
Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	10 ¹ / ₂	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	10 ¹ / ₂	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	10 ¹ / ₂	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	10 ¹ / ₂	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M. ⁷⁾	10 ¹ / ₂	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	10 ⁸⁾
Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀₀ p. T.	12	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀₀ p. T.	12	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀₀ p. T.	12	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀₀ p. T.	12	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀₀ p. T.	12	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀₀ p. T.	11 ¹ / ₂
Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	9 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	9 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	9 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	9 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	9 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/6 ⁰ / ₀ p. M.	8 ¹ / ₂
Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/24 ⁰ / ₀ p. M.	8	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	8 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	8 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ¹ / ₂ ⁰ / ₀ 1/24 ⁰ / ₀ p. M.	8	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	8	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	7 ¹ / ₂
Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/12 ⁰ / ₀ p. M.	8 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	8 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	8 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ¹ / ₂ ⁰ / ₀ 1/24-1/12 ⁰ / ₀ p.M.	8-8 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	8	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/12 ⁰ / ₀ p. M.	8
Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/6 ⁰ / ₀ p. M.	9	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/6 ⁰ / ₀ p. M.	9	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/6 ⁰ / ₀ p. M.	9	Diskontsatz + 1 ¹ / ₂ ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	9	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/6 ⁰ / ₀ p. M.	8 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M. ⁴⁾	8 ¹ / ₂
Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/6 ⁰ / ₀ p. M.	9 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	10 ⁵⁾	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	10	Diskontsatz + 1 ¹ / ₂ ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	9 ⁰⁾	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	9 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/6 ⁰ / ₀ p. M. ⁴⁾	9
keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	10 ¹ / ₂	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M. ⁷⁾	10 ¹ / ₂	nicht einheitlich geregelt	
keine Vereinbarung		Die Berechnung der Umsatzprovision hat nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen über die Erhebung und Berechnung der Umsatzprovision (Umsatzgebühr) bei debitorischen Konten vom 5. März 1942 zu erfolgen.		Berechnung hat nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen über die Erhebung und Berechnung der Umsatzprovision (Umsatzgebühr) bei debitorischen Konten vom 5. 3. 1942 zu erfolgen.		1/8 ⁰ / ₀ v. d. größ. Seite, mindest. a. d. zweifache Höchstschuld p. Quartal		1/10 ⁰ / ₀ a. d. größeren Seite, mindest. a. d. 2 ¹ / ₂ fachen Höchstoll per Quartal		1/10 ⁰ / ₀ vom dreifachen Kreditlimit pro Halbjahr ⁹⁾	
DM 2.— 1/2 ⁰ / ₀₀ min. DM.- 50		DM 2.— nicht festgesetzt		DM 2.— nicht festgesetzt		DM 2.— 1/2 ⁰ / ₀₀ min. DM - 50		DM 2.— 1/2 ⁰ / ₀₀ min. DM - 50		DM 2.— 1/2 ⁰ / ₀₀ min. DM - 50	

geführten Zinssätzen der Landeszentralbanken zu ersehen. Sondersätze oder Vergünstigungen, die in einzelnen Ländern bei verschiedenen tungen in begründeten Fällen zulässig. — ⁴⁾ Richtsätze. — ⁵⁾ Auch für Wechsel auf Nebenplätze. — ⁶⁾ Bei Abschnitten unter DM 1 000.— — ⁷⁾ 1/8⁰/₀ per Monat für Kredite an Bauherren für Bauvorhaben von Wohn- und Geschäftsgebäuden. — ⁸⁾ Kredite bis DM 5 000.— besondere gegenüber kann die Provision unabhängig von der Größe des Abschnittes auf 1/12⁰/₀ p. M. festgesetzt werden.

	Bayern ²⁾	Hessen ²⁾	Württemberg-Baden ²⁾	Bremen ²⁾	Nordrhein-Westfalen ²⁾
gültig ab:	1. 11. 1950	1. 12. 1950	27. 10. 1950	27. 10. 1950	27. 10. 1950
1. für täglich fällige Gelder					
a) in provisionsfreier Rechnung	1	1	1	1	1
b) in provisionspflichtiger Rechnung	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2
2. Spareinlagen					
a) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	3	3	3	3	3
b) mit vereinbarter Kündigungsfrist					
1) von 6 Monaten bis weniger als 12 Monaten	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2
2) von 12 Monaten und darüber	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2
3. für Kündigungsgelder					
	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag
a) 1 und weniger als 3 Monate	3 1/4 3 1/2	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4
b) 3 und weniger als 6 Monate	3 1/2 3 3/4	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8
c) 6 und weniger als 12 Monate	4 1/4 4 1/2	4 3/8 ⁹⁾ 4 5/8 ⁹⁾	4 3/8 ⁹⁾ 4 5/8 ⁹⁾	4 3/8 ⁹⁾ 4 5/8 ⁹⁾	4 3/8 4 5/8
d) 12 Monate und darüber	4 3/4 5	4 3/4 ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 3/4 ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 3/4 ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 3/4 5
4. für Festgelder					
a) 30 bis 89 Tage	3 1/4 3 1/2	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4
b) 90 bis 179 Tage	3 1/2 3 3/4	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8
c) 180 bis 359 Tage	4 4 1/4	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2
d) 360 Tage und darüber	4 5/8 4 7/8	4 5/8 4 7/8	4 5/8 4 7/8	4 5/8 4 7/8	4 5/8 4 7/8
Zinsvoraus bei Genossenschaften und Privatbanken	Grundsätze des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen für die Gewährung des Zinsvoraus vom 23. 4. 1940 nebst Änderungen vom 4. 3. 1941 und 15. 11. 1941.	1/4 höchstens Der Zinsvoraus darf von denjenigen Kreditinstituten gewährt werden, die unter Zugrundelegung der Bilanz vom 31. 12. 1947 nach den „Grundsätzen für die Gewährung des Zinsvoraus“ hierzu berechtigt sind.	Grundsätze des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen für die Gewährung des Zinsvoraus vom 23. 4. 1940. Bei der Hereinnahme von Festgeldern im Betrage von DM 100 000,- und darüber darf ein Zinsvoraus nicht vergütet werden.	1/4 höchstens	1/4

1) Zusammengestellt auf Grund von Angaben der Landeszentralbanken in den einzelnen Ländern. — 2) Höchstsätze. — 3) Im Geschäftsverkehr DM 100 000.— und mehr können die Kreditinstitute bei Vorliegen höherer Konkurrenzangebote aus anderen Ländern in die in dem betr. Bankierkundschaft 1 1/4%/o. — 7) Der Bankierkundschaft 1 3/4%/o. — 8) Um ein Abfließen von Geldern in andere Länder auf Grund unterschiedsätze anwenden, die im Land des Sitzes des Kunden gelten, b) unabhängig von dem Sitz des Kunden in Gebote von Kreditinstituten eines anderen Landes liegende Angebote vorliegen. — 9) Die Sätze zu c) und d) dürfen nur gewährt werden, wenn von der Kündigfalls dürfen nur die Sätze für feste Gelder (4 c bzw. 4 d) vergütet werden.

geltende Zinskonditionen ¹⁾
in Prozenten jährlich

Niedersachsen ²⁾	Schleswig-Holstein ^{2),3)}	Hamburg ^{2),8)}	Rheinland-Pfalz ²⁾	Baden ²⁾	Württemberg- ²⁾ Hohenzollern
27. 10. 1950	1. 1. 1951	27. 10. 1950	1. 11. 1950	27. 10. 1950	27. 10. 1950
1	1	1 ⁵⁾	1 ⁶⁾	1 ⁶⁾	1
1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2 ⁷⁾	1 1/2	1 1/2
3	3	3	3	3	3
3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2
4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2
ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag
3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4
3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8
4 3/8 ⁹⁾ 4 5/8 ⁹⁾	4 3/8 ⁹⁾ 4 5/8 ⁹⁾	4 3/8 ⁹⁾ 4 5/8 ⁹⁾	4 3/8 ⁹⁾ 4 5/8 ⁹⁾	4 3/8 ⁹⁾ 4 5/8 ⁹⁾	4 3/8 4 5/8
4 3/4 ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 3/4 ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 3/4 ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 3/4 ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 3/4 ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 3/4 5
3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4
3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8
4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2
4 5/8 4 7/8	4 5/8 4 7/8	4 5/8 4 7/8	4 5/8 4 7/8	4 5/8 4 7/8	4 5/8 4 7/8
1/4	Der Zinsvoraus darf mit höchstens 1/4% von denjenigen Privatbankfirmen und Kreditgenossenschaften gewährt werden, deren gesamte Kundschaftseinlagen (im Sinne von § 2 der Anweisung der Landeszentralbank von Schleswig-Holstein über Mindestreserven vom 20. 3. 1950) am 31. Dezember 1948 den Betrag von DM 1 000 000,- nicht überschritten haben.	Der Zinsvoraus darf mit höchstens 1/4% von denjenigen Privatbankfirmen und Kreditgenossenschaften gewährt werden, deren gesamte Kundschaftseinlagen (im Sinne des § 2 (2) der Anweisung über Mindestreserven der Landeszentralbank der Hansestadt Hamburg vom 23. 12. 1948) am 31. 12. 1948 den Betrag von DM 1 000 000,- nicht überschritten haben.	Zinsvoraus darf gewährt werden nach Maßgabe der Bekanntmachung des Reichsaufsichtsamts für das Kreditwesen v. 23. 4. 1940 zum Habenzinsabkommen v. 23. 12. 36, mit der Einschränkung, daß die dort genannten, die Höhe des Zinsvoraus begrenzenden Bilanzsummen auf 1/10 ermäßigt werden.	Grundsätze für die Gewährung des Zinsvoraus in der Fassung vom 4. 3. 1941. (Reichsanzeiger Nr. 54)	1/4 höchstens Der Zinsvoraus darf von denjenigen Kreditinstituten gewährt werden, die unter Zugrundelegung der Bilanz vom 31. 12. 1947 nach den „Grundsätzen für die Gewährung des Zinsvoraus“ hierzu berechtigt sind. Bei Hereinnahmen von Festgeldern im Betrage von DM 100 000,- und mehr darf ein Zinsvoraus nicht gewährt werden.

mit Versicherungsgesellschaften müssen die Konditionen für die Nichtbankierkundschaft eingehalten werden. — ⁴⁾ Bei Festgeldbeträgen von Land festgesetzten Höchstsätzen eintreten. — ⁵⁾ Der inländischen Bankierkundschaft außerhalb des Hamburger Ortsbereichs 1 1/4%⁰⁾. — ⁶⁾ Der licher Habenzinsfestsetzungen zu verhindern, können die Kreditinstitute a) gegenüber Kunden mit Sitz außerhalb des Landes die Höchsten Landes bis zu den für dieses andere Land festgesetzten Höchstsätzen eintreten, sofern der Kunde nachweist, daß ihm solche über den gung bei c) mindestens für 3 Monate, bei d) mindestens für 6 Monate vom Tage der Vereinbarung ab kein Gebrauch gemacht wird. Änder-

2. Festverzinsliche Wertpapiere

Bundesgebiet, Durchschnittskurse und Indexziffern, 4. Vierteljahr 1948 = 100

Zeit	Gesamtindex	darunter 4%ige Schuldverschreibungen					
		Pfandbriefe		Kommunalobligationen einschl. Stadtanleihen		Industrieobligationen	
		Durchschnittskurse ¹⁾	Indexziffern	Durchschnittskurse ¹⁾	Indexziffern	Durchschnittskurse ¹⁾	Indexziffern
1948							
3. Vj.-Durchschn.	121,5	9,17	122,1	8,26	116,2	7,57	122,9
4. Vj.- "	100,0	7,51	100,0	7,11	100,0	6,16	100,0
1949							
1. Vj.-Durchschn.	105,4	7,95	105,7	7,47	105,2	6,39	103,8
2. Vj.- "	102,9	7,69	102,4	7,52	105,8	6,33	102,8
3. Vj.- "	105,6	7,81	103,9	7,74	108,9	6,86	111,3
4. Vj.- "	107,1	7,89	105,0	7,83	110,2	7,18	116,5
1950							
1. Vj.-Durchschn.	107,0	7,85	104,5	7,78	109,4	7,28	118,1
2. Vj.- "	106,0	7,74	102,9	7,71	108,5	7,37	119,7
3. Vj.- "	106,1	7,77	103,4	7,68	108,2	7,27	118,1
Oktober	106,5	7,82	104,1	7,66	107,9	7,28	118,2
November	105,6	7,79	103,7	7,59	106,8	7,05	114,4
Dezember	103,5	7,70	102,4	7,59	106,8	6,55	106,3
1951							
Januar	102,4	7,60	101,1	7,59	106,8	6,52	105,9
Februar	101,0	7,48	99,6	7,53	105,9	6,44	104,6
März	99,9	7,39	98,3	7,36	103,5	6,49	105,3
April	99,1	7,27	96,8	7,25	102,0	6,70	108,7
Mai	99,1	7,20	95,9	7,23	101,8	7,05	114,4
Juni	97,4	7,03	93,5	7,16	100,7	7,15	116,2
Juli	96,2	69,41	92,4	70,49	99,2	70,79	114,9

¹⁾ Bis Juni 1951 in DM für 100,— RM Nennwert, ab Juli 1951 in Prozenten des in Verhältnis 10:1 von RM auf DM umgestellten Nennwertes.

3. Emissionen von langfristigen Schuldverschreibungen und Aktien

Bundesgebiet, in Mill. DM

Zeit	Langfristige Schuldverschreibungen						Aktien		Summe	
	davon					insgesamt		vierteljährlich bzw. monatlich		seit der Währungsreform
	Pfandbriefe	Kommunalobligationen	Industrieobligationen	Schuldverschreibungen von Kreditinstituten	Anleihen der öffentlichen Hand	vierteljährlich bzw. monatlich	seit der Währungsreform			
1948										
Seit der Währungsreform bis Dezember	32,5	4,0	10,0	—	—	46,5	46,5	1,0	1,0	47,5
1949 1. Vierteljahr	135,0	33,5	75,0	—	—	243,5	290,0	17,9	18,9	308,9
2. " "	55,0	20,0	78,0	—	64,0 ²⁾	217,0	507,0	27,2	46,1	553,1
3. " "	152,5	42,0	146,2	160,0	276,4 ²⁾	777,1	1 284,1	8,5	54,6	1 338,7
4. " "	20,0	23,0	1,5	—	—	44,5	1 328,6	4,2	58,8	1 387,4
1950 1. Vierteljahr	76,0	20,0	23,5	8,0	—	127,5	1 456,1	7,2	66,0	1 522,1
2. " "	81,0	25,0	18,0	—	—	124,0	1 580,1	13,9	79,9	1 660,0
3. " "	69,5	10,1	102,0	—	160,0 ²⁾	341,6	1 921,7	9,9	89,8	2 011,5
4. " "	43,0	110,0	10,0	—	—	163,0	2 084,7	28,0	117,8	2 202,5
1951 Januar	25,0	10,0	—	—	57,5	92,5	2 177,2	11,7	129,5	2 306,7
Februar	25,5	5,0	—	—	—	30,5	2 207,7	7,0	136,5	2 344,2
März	26,0	—	20,0	—	—	46,0	2 253,7	5,1	141,5	2 395,3
April	30,0	—	—	—	—	30,0	2 283,7	9,7	151,3	2 435,0
Mai	16,8	5,0	—	—	—	21,8	2 305,5	6,4	157,7	2 463,2
Juni	55,7	—	18,0	—	50,0	123,7	2 429,2	82,0	239,7	2 668,9
Juli	37,0	15,0	—	—	—	52,0	2 481,2	35,6	275,3	2 756,5
zusammen:	880,5	322,6	502,2³⁾	168,0	607,9	2 481,2	2 481,2¹⁾	275,3	275,3	2 756,5
davon waren am 31. Juli 1951 verkauft:	647,5	206,5	184,1 ⁴⁾	117,1 ⁵⁾	500,4 ²⁾	—	1 655,6	—	236,8	1 892,4

¹⁾ Von den festverzinslichen Wertpapieren sind 8 Mill. DM mit 3 1/2%, 0,1 Mill. DM mit 4 1/2%, 1 214,0 Mill. DM mit 5%, 160 Mill. DM mit 5 1/2%, 553,9 Mill. DM mit 6%, 495,2 Mill. DM mit 6 1/2% verzinslich, 50 Mill. DM Prämien-Schatzanweisungen. — ²⁾ Reichsbahn-anleihe. — ³⁾ Hiervon sind 255,2 Mill. DM zur Sicherung von Krediten über die Kreditanstalt für Wiederaufbau vorgesehen. — ⁴⁾ Die zur Sicherung von Krediten über die Kreditanstalt für Wiederaufbau vorgesehenen Emissionsbeträge sind hierin nicht enthalten. — ⁵⁾ Davon 60 Mill. DM aus dem Arbeitsstock. — ⁶⁾ Erhöhung der Reichsbahnleihe durch eine Schuldbucheintragung von 160 Mill. DM.

VIII. Öffentliche Finanzen

1. Aufkommen aus Bundes- und Ländersteuern¹⁾

in Mill. DM

Steuerart	Rechnungsjahr 1949/50 insges. ²⁾	Rechnungsjahr 1950/51				Rechnungsjahr 1951/52	
		April bis Juni ³⁾	Juli bis Sept.	Okt. bis Dez.	Jan. bis März	April ⁵⁾	Mai
I. Besitz- und Verkehrssteuern							
Insgesamt	11 203,6	2 658,1	2 537,3	3 030,3	3 308,7	922,5	879,9
darunter							
Lohnsteuer	2 113,2	404,4	270,5	466,3	551,7	173,0	195,7
Veranlagte Einkommensteuer	2 408,9	533,7	444,6	490,6	478,8	71,4	44,7
Körperschaftsteuer	1 448,1	375,6	324,4	395,8	436,3	56,8	34,3
Vermögenssteuer	115,2	26,0	26,0	30,4	26,7	2,0	23,1
Umsatzsteuer	3 991,1	1 029,2	1 160,5	1 332,7	1 402,7	509,8	445,7
Kraftfahrzeugsteuer einschl. Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer	282,2	73,4	79,9	79,8	113,2	37,6	26,9
Wechselsteuer	33,9	10,1	11,2	12,7	13,3	4,4	4,2
Beförderungssteuer	261,7	44,7	73,9	54,4	78,5	4,7	42,0
Notopfer Berlin	325,7	93,4	89,2	93,1	113,6	34,2	31,9
II. Verbrauchssteuern und Zölle							
Insgesamt	4 205,9	929,2	1 152,4	1 250,9	1 303,5	392,5	405,6
darunter							
Tabaksteuer	2 190,6	449,8	559,9	512,2	578,7	160,6	195,3
Kaffeesteuer	280,7	68,0	91,0	97,6	99,7	35,1	30,7
Zuckersteuer	378,1	51,9	84,4	134,4	115,2	25,0	16,4
Salzsteuer	36,3	7,7	10,2	10,6	11,0	3,1	2,4
Biersteuer	302,4	87,9	102,0	75,0	49,8	16,4	20,1
Aus dem Spiritusmonopol	502,0	90,2	94,1	149,0	154,6	42,0	38,1
Zündwarensteuer	53,1	13,8	18,3	13,3	15,5	4,1	4,6
Ausgleichssteuer auf Mineralöle	48,9	15,0	20,0	20,7	40,9	34,2	43,5
Zölle	346,5	128,7	150,0	215,9	212,6	63,1	47,7
Insgesamt	15 409,5	3 587,4⁴⁾	3 689,7	4 281,2	4 612,1	1 315,0	1 285,5
davon dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet bzw. dem Bund zuzurechnen	1 009,0	1 991,3	2 392,3	2 645,6	2 847,9	924,8	905,1

¹⁾ Darin Steuern, Monopolabgaben, Zölle und Notopfer Berlin. — ²⁾ Einschließlich darin enthaltener Nachbuchungen für Rechnungsjahr 1948/49. — ³⁾ Einschließlich darin enthaltener Nachbuchungen für Rechnungsjahr 1949/50. — ⁴⁾ Differenz durch Abrundung. — ⁵⁾ Einschließlich der Nachbuchungen für das Rechnungsjahr 1950/51. — ⁶⁾ Berichtigt. — Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

2. Kurzfristige Verschuldung des Bundes

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Kassenkredite von der Bank deutscher Länder	Schatzwechsellumlauf	Unverzinsliche Schatzanweisungen	Kredit vom Hauptamt für Soforthilfe	Lombardkredit der Landeszentralbanken	Insgesamt	davon im Rahmen des Kreditplafonds in Anspruch genommene Kredite
1949 Dez.	—	213,3	—	—	—	213,3	207,3
1950 März	—	236,0	—	—	—	236,0	230,0
Juni	638,4 ¹⁾	336,4	—	200,0	147,0	1 321,8 ¹⁾	968,8
Sept.	597,3	600,2	—	200,0	—	1 397,5	1 191,5
Dez.	578,4	498,7	—	300,0	—	1 377,1	1 076,8
1951 Jan.	255,4	499,3	50,8	300,0	—	1 105,5	754,7
Febr.	293,5	393,6	146,2	300,0	—	1 133,3	687,1
März	202,8 ¹⁾	457,9	196,1	300,0	—	1 156,8 ¹⁾	660,7
April	271,2 ¹⁾	496,2	196,2	300,0	—	1 263,6 ¹⁾	767,4
Mai	379,0	448,3	196,2	200,0	—	1 223,4 ²⁾	827,3
Juni	526,7	416,0	198,5 ¹⁾	200,0	—	1 341,2 ¹⁾	942,7
Juli	565,0	500,1	198,9	250,0	—	1 514,0	1 065,1

¹⁾ Berichtigt. — ²⁾ Differenz durch Aufrunden.

3. Haushaltseinnahmen und -ausgaben des Bundes seit April 1950
in Mill. DM

Einnahme- / Ausgabeart	Rechnungsjahr 1950/51		Rechnungsjahr 1951/52			
	insgesamt ²⁾	April bis Juni	April ³⁾	Mai ³⁾	Juni ³⁾	April bis Juni
I. Einnahmen insgesamt	11 757,2	2 108,1	948,7	956,0	1 243,1	3 147,8
darunter:						
1. Bundessteuern	9 840,4	1 981,1	930,1	920,0	1 184,7	3 034,8
darunter:						
Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer	—	—	15,1	15,1	252,0	282,2
2. Ablieferungen der Deutschen Bundespost	134,0	38,5	12,5	12,5	12,5	37,5
3. Ablieferungen der Deutschen Bundesbahn	—	—	—	—	—	—
4. Nettoüberschuß aus der Münzprägung	306,6	—	— 0,9	— 1,9	19,3	16,4 ¹⁾
5. Interessenquoten der Länder	831,6	43,7	0,2	9,9	4,7	14,8
6. Zuschuß aus dem ERP-Sondervermögen	272,4	—	—	—	—	—
II. Ausgaben insgesamt	11 872,4	2 765,6	791,2	970,2	1 308,9	3 070,3
darunter:						
1. Besatzungs- und Besatzungsfolgelasten	4 292,2	1 084,1	174,6	427,4	503,3	1 105,2 ¹⁾
2. Soziale Kriegsfolgelasten	3 130,3	766,0	228,0	190,2	327,4	745,5 ¹⁾
darunter:						
a) Kriegsfolgenhilfe	553,0	122,4	38,3	34,2	38,3	110,9 ¹⁾
b) Versorgung verdrängter Angehöriger des öffentl. Dienstes und ihrer Hinterbliebenen	269,7	55,8	38,0	25,5	26,7	90,2
c) Unterhaltshilfe für ehemalige Wehrmachtangehörige und ihre Hinterbliebenen	116,9	30,4	14,5	8,7	11,9	35,1
d) Kriegsoferversorgung	2 179,5	554,8	136,9	120,6	248,7	506,1 ¹⁾
3. Sonstige Soziallasten	1 778,1	459,2	178,4	149,1	151,1	478,7 ¹⁾
davon:						
a) Arbeitslosenhilfe	972,0	250,8	72,6	91,7	88,5	252,8
b) Zuschüsse z. Sozialversicherung	806,2	208,4	105,8	57,4	62,7	225,9
4. Preisausgleich für eingeführte Lebensmittel und Düngemittel	463,2	48,1	33,2	68,6	63,9	165,7
5. Wohnungsbau	391,2	105,1	25,5	9,4	21,5	56,5 ¹⁾
6. Schuldendienst	147,3	4,9	1,9	2,5	58,8	63,3 ¹⁾
III. Mehreinnahmen (+) bzw. Mehrausgaben (-)	115,2	657,5	+ 157,5	- 14,2	- 65,8	+ 77,5

¹⁾ Differenz durch Abrunden. — ²⁾ Ohne Auslaufperiode. — ³⁾ Nur Buchungen, die das Rechnungsjahr 1951/52 betreffen. — Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

4. Die Hauptposten der kurzfristigen Verschuldung der Länder¹⁾

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Direktkredite des Bankensystems			Bundespost ³⁾	Schatzwechselkredite und unverzinsliche Schatzanweisungen	Steuer-gutscheine	Arbeitsstock ⁴⁾
	insgesamt	Kassenkredite des Zentralbanksystems	Kredite der Geschäftsbanken ²⁾				
1949 Dezember	209,3	83,9	125,4	44,5	169,5	—	166,2
1950 März	180,4	102,0	78,4	42,5	173,3	—	182,3
Juni	174,2	87,4	86,8	41,5	157,9	—	158,4
September	210,4	85,8	124,6	40,0	217,6	—	146,8
Dezember	200,9	141,9	59,0	36,5	250,1	—	144,8
1951 Januar	282,3	178,9	103,4	36,0	246,2	24,1	143,8
Februar	248,8	164,4	84,4	35,0	252,5	35,2	142,3
März	205,8	124,6	81,2	33,5	213,1	69,2	140,2
April	216,5	140,7	75,8	33,5	203,7	73,8	140,1
Mai	255,0	148,8	106,2	33,5	189,0	79,1	139,1
Juni	205,2	127,4	77,8	33,5	163,5	92,3	138,1
Juli		147,1		33,5	149,7	99,6	

¹⁾ Ohne Verschuldung der Länder beim Bund und bei privaten Kreditgebern (z. B. Versicherungsgesellschaften). — ²⁾ Ausschließlich mittel- und langfristiger Kredite. — ³⁾ Ursprünglich kurzfristig gewährte Ausleihungen aus Postscheckgeldern. — ⁴⁾ Vom Arbeitsstock bis Ende März 1950 für Rechnung der Länder verauslagte Beträge im Rahmen der Arbeitslosenfürsorge, die ursprünglich nur für einen Monat kreditiert wurden.

5. Finanzstatus der Arbeitslosenversicherung im Bundesgebiet

Zeit	Einnahmen			Ausgaben			Überschuß (+) oder Fehlbe- trag (-)	Gesamte Überschüsse seit der Währungs- reform ¹⁾	Haupt- unter- stützungs- empfänger in der Arbeits- losenver- sicherung
	Insgesamt	darunter		Insgesamt	darunter				
		Beiträge	Erstat- tungen der Länder für Arbeits- losen- fürsorge		Arbeits- losen- unter- stützung	Arbeits- losen- fürsorge			
	Mill. DM								Anzahl
1949/50 Rechnungsjahr	1 685,3	1 148,9	527,9	1 679,9	717,3	649,8	+ 5,4	459,9	.
1950 April	76,9 ²⁾	72,9	3,8 ²⁾	71,2 ²⁾	55,4	— ²⁾	+ 5,7	465,6	541 047
Mai	89,8	83,6	5,0	78,2	58,6	—	+ 11,6	477,2	468 257
Juni	97,9	90,0	6,5	74,8	51,6	—	+ 23,1	500,3	410 579
Juli	95,6	90,3	3,5	66,8	42,4	—	+ 28,8	529,1	367 498
August	97,0	92,5	3,2	60,8	38,4	—	+ 36,2	565,3	341 956
September	97,5	90,8	5,8	56,2	32,6	—	+ 41,3	606,5	311 234
Oktober	97,3	96,2	0,1	53,0	28,8	—	+ 44,3	650,8	276 245
November	96,3	94,6	0,1	50,7	28,9	—	+ 45,6	696,3 ³⁾	306 974
Dezember	98,8	94,6	2,2	65,7	41,2	—	+ 33,1	729,4	484 701
1951 Januar	111,1	106,1	1,2	99,7	78,8	—	+ 11,4	740,8	684 084
Februar	91,3	87,8	1,7	95,8	74,3	—	- 4,6	736,3	587 461
März	98,3	94,6	2,1	85,9	64,4	—	+ 12,4	748,7	484 586
Nachtrag	6,2	4,3	- 1,4	21,3	9,5	—	- 15,1	733,6	.
1950/51 Rechnungsjahr	1 153,9	1 098,1	33,8	880,2	604,8	—	+273,7	733,6	.
April	98,0	95,9	1,6	59,1	40,3	—	+ 38,9	772,5	378 937
Mai	103,1	100,2	1,1	68,3	46,5	—	+ 34,8	807,2	357 320
Juni	110,7	106,9	1,1	70,0	45,3	—	+ 40,7	847,9	340 884

¹⁾ Stand am Monatsende; ohne Erstattungsrückstände der Länder. — ²⁾ Da die Arbeitslosenfürsorge ab 1. April 1950 nicht mehr von der Arbeitslosenversicherung bevorschußt wird, erscheinen ab April Einnahmen und Ausgaben verkürzt. Nur bei den Einnahmen werden die Erstattungen der Länder für die von der Arbeitslosenversicherung vor dem 1. April 1950 bevorschußten Zahlungen nachgewiesen. — ³⁾ Differenz durch Abrunden. — Quelle: Bundesministerium für Arbeit.

6. Umlauf von kurzfristigen Schuldverschreibungen und Schatzwechseln im Bundesgebiet

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Bund		Länder		Dt. Bundesbahn		Betriebsvereinigung der Südwestdeutschen Eisenbahnen		Insgesamt (Umlauf am Monats- ende) ¹⁾
	Schatz- anwei- sungen	Schatz- wechsel	Schatz- anwei- sungen	Schatz- wechsel	Schatz- anwei- sungen	Schatz- wechsel	Schatz- anwei- sungen	Schatz- wechsel	
1948 Dezember	—	—	22,6	5,3	94,5	—	—	—	122,3
1949 März	—	—	19,0	5,3	169,5	—	—	5,0	198,8
Juni	—	—	19,0	10,3	206,0	129,0	1,0	18,5	383,7
September	—	156,0	17,7	5,3	160,0	250,0	1,0	—	589,9
Dezember	—	213,4	20,7	148,8	135,2	298,2	1,0	—	817,2
1950 Januar	—	222,6	20,7	157,4	138,6	323,6	1,0	—	863,8
Februar	—	163,1	20,7	158,6	127,6	342,1	1,0	—	813,0
März	—	236,0	20,7	152,7	116,9	387,2	39,6	33,2	986,2
April	—	285,5	20,7	140,3	128,8	405,5	42,0	31,0	1 053,7
Mai	—	323,6	—	156,8	141,9	402,6	52,0	30,0	1 106,8
Juni	—	336,4	—	157,9	147,0	402,9	54,9	25,2	1 124,4
Juli	—	506,5	—	206,5	181,4	405,9	71,7	25,7	1 397,6
August	—	431,3	—	218,2	183,3	421,4	70,3	27,3	1 351,7
September	—	600,2	—	217,6	198,8	380,8	70,0	28,0	1 495,4
Oktober	—	618,6	—	220,5	180,0	441,6	60,0	22,5	1 543,1
November	—	598,5	—	224,9	171,0	461,5	55,2	26,4	1 537,4
Dezember	—	498,7	—	250,0	166,5	537,6	57,7	33,9	1 544,4
1951 Januar	50,8	499,1	—	246,2	139,3	576,3	56,0	41,5	1 609,2
Februar	146,2	393,6	—	252,5	128,9	554,6	62,0	40,7	1 578,5
März	196,2	457,9	—	213,1	126,6	602,3	50,2	29,5	1 675,7
April	196,2	496,2	—	203,7	146,1	606,0	44,2	27,6	1 719,9
Mai	196,2	448,3	—	189,0	155,4	626,3	26,8	26,2	1 668,1
Juni	198,5 ²⁾	416,0	—	163,5	206,7	598,6	24,1	18,5	1 625,8 ²⁾
Juli	198,9	500,1	—	149,7	219,9	613,4	24,1	13,5	1 719,5

¹⁾ Differenz durch Aufrunden. — ²⁾ Berichtigt.

IX. Außenhandel

1. Außenhandel des Bundesgebiets^{†)} nach Warengruppen^{*)}

Spezialhandel

Zeit	Einfuhr (kommerziell und nichtkommerziell)									Ausfuhr								
	Ins- gesamt	Er- näh- rungs- wirt- schaft	Gewerbliche Wirtschaft						Ins- gesamt	Er- näh- rungs- wirt- schaft	Gewerbliche Wirtschaft							
			zu- sammen	Roh- stoffe	Halb- waren	Fertigwaren					zu- sammen	Roh- stoffe	Halb- waren	Fertigwaren				
						zu- sammen	Vor- erzeug- nisse	End- erzeug- nisse						zu- sammen	Vor- erzeug- nisse	End- erzeug- nisse		
Mill. DM																		
1949 Oktober	796,5	478,6	317,9	171,4	85,8	60,7	26,1	34,6	342,2	9,0	333,2	73,4	76,9	182,9	63,6	119,3		
November	694,1	388,3	305,8	153,9	85,8	66,1	33,2	32,9	370,2	15,9	354,3	79,0	90,2	185,1	60,0	125,1		
Dezember	1 136,7	617,0	519,7	254,5	150,8	114,4	57,5	56,9	485,5	17,3	468,2	96,8	115,9	255,5	88,2	167,3		
1949 4. Vj. gesamt	2 627,3	1 483,9	1 143,4	579,8	322,4	241,2	116,8	124,4	1 197,9	42,2	1 155,7	249,2	283,0	623,5	211,8	411,7		
1950 Januar	966,1	503,3	462,8	240,6	124,7	97,5	49,8	47,7	442,8	9,4	433,4	84,6	104,9	243,9	91,4	152,5		
Februar	708,2	324,2	384,0	214,0	90,6	79,4	41,8	37,6	473,8	11,6	462,2	80,6	103,1	278,5	97,7	180,8		
März	822,6	423,6	399,0	220,4	82,2	96,4	49,0	47,4	590,5	11,8	578,7	91,9	127,4	359,4	123,1	236,3		
April	747,5	317,1	430,4	230,7	98,0	101,7	47,4	54,3	542,0	13,4	528,6	78,9	104,8	344,9	122,1	222,8		
Mai	678,2	291,4	386,8	220,0	76,5	90,3	43,9	46,4	594,9	8,3	586,6	87,7	111,4	387,5	132,3	255,2		
Juni	790,5	302,8	487,7	286,0	105,6	96,1	43,0	53,1	651,9	8,5	643,4	105,8	125,1	412,5	139,4	273,1		
Juli	948,5	427,2	521,3	311,3	107,8	102,2	51,1	51,1	727,8	10,2	717,6	106,5	150,9	460,2	159,0	301,2		
August	864,3	399,8	464,5	211,5	142,3	110,7	57,6	53,1	751,2	12,1	739,1	102,3	155,0	481,8	154,7	327,1		
September	1 006,3	472,1	534,2	275,6	129,1	129,5	68,8	60,7	696,8	10,0	686,8	112,7	130,6	443,5	158,1	285,4		
Oktober	1 312,4	561,9	750,5	368,1	202,8	179,6	94,0	85,6	901,3	27,1	874,2	108,4	142,4	623,4	228,0	395,4		
November	1 206,2	478,2	728,0	354,9	202,0	171,1	87,3	83,8	979,8	36,4	943,4	111,6	156,5	675,3	227,6	447,7		
Dezember	1 323,1	511,8	811,3	434,5	202,7	174,1	80,8	93,3	1 009,4	36,9	972,5	96,8	164,2	711,5	228,5	483,0		
1950 insgesamt	11 373,9	5 013,4	6 360,5	3 367,6	1 564,3	1 428,6	714,5	714,1	8 362,2	195,7	8 166,5	1 167,8	1 576,3	5 422,4	1 861,9	3 560,5		
1951 Januar	1 241,7	472,4	769,3	438,9	172,8	157,6	83,9	73,7	912,8	59,8	853,0	96,3	144,5	612,2	219,4	392,8		
Februar	1 221,8	485,8	736,0	424,5	156,1	155,4	92,1	63,3	971,7	31,3	940,4	92,8	153,2	694,4	226,7	467,7		
März	1 257,7	461,4	796,3	477,5	162,6	156,2	93,3	62,9	1 090,3	36,1	1 054,2	124,3	169,2	760,7	254,3	506,4		
April	1 078,6	389,3	689,3	427,0	142,2	120,1	73,0	47,1	1 153,0	35,6	1 117,4	117,5	162,5	837,4	290,4	547,0		
Mai	1 050,0	450,9	599,1	393,6	122,7	82,8	43,7	39,1	1 147,0	28,6	1 118,4	99,7	164,4	854,3	296,1	558,2		
Juni	1 072,5	482,1	590,4	376,4	136,6	77,4	39,4	38,0	1 249,7	26,6	1 223,1	114,0	167,4	941,7	322,3	619,4		
Juli	1 196,4	514,8	681,6	406,9	177,2	97,5	47,0	50,5	1 324,7	34,3	1 290,4	101,3	177,7	1 011,4	354,5	656,9		
Mill. \$																		
1949 Oktober	190,7	114,8	75,9	40,8	20,6	14,5	6,2	8,3	80,9	2,1	78,8	17,6	18,5	42,7	14,4	28,3		
November	169,0	94,1	74,9	37,9	21,1	15,9	8,0	7,9	87,9	3,8	84,1	18,9	22,0	43,2	13,8	29,4		
Dezember	275,7	149,8	125,9	62,1	36,7	27,1	13,5	13,6	115,1	4,2	110,9	23,0	28,0	59,9	20,7	39,2		
1949 4. Vj. gesamt	635,4	358,7	276,7	140,8	78,4	57,5	27,7	29,8	283,9	10,1	273,8	59,5	68,5	145,8	48,9	96,9		
1950 Januar	230,1	120,0	110,1	57,3	29,7	23,1	11,8	11,3	104,4	2,3	102,1	20,1	25,2	56,8	21,6	35,2		
Februar	168,3	77,1	91,2	50,9	21,5	18,8	9,9	8,9	112,4	2,8	109,6	19,2	24,8	65,6	23,2	42,4		
März	195,5	100,7	94,8	52,4	19,6	22,8	11,6	11,2	139,7	2,8	136,9	21,9	30,4	84,6	29,2	55,4		
April	177,7	75,4	102,3	54,9	23,3	24,1	11,2	12,9	127,7	3,2	124,5	18,7	25,0	80,8	28,9	51,9		
Mai	161,1	69,3	91,8	52,3	18,2	21,3	10,4	10,9	140,3	2,0	138,3	20,9	26,5	90,9	31,3	59,6		
Juni	187,9	72,0	115,9	68,0	25,1	22,8	10,2	12,6	153,9	2,0	151,9	25,2	29,8	96,9	33,0	63,9		
Juli	225,4	101,5	123,9	74,0	25,7	24,2	12,1	12,1	171,6	2,4	169,2	23,3	35,9	108,0	37,7	70,3		
August	205,3	95,0	110,3	50,3	33,8	26,2	13,7	12,5	177,1	2,8	174,3	24,3	36,9	113,1	36,7	76,4		
September	239,1	112,2	126,9	65,5	30,7	30,7	16,4	14,3	165,2	2,3	162,9	26,8	31,1	105,0	37,6	67,4		
Oktober	311,9	133,6	178,3	87,5	48,2	42,6	22,4	20,2	214,1	6,5	207,6	25,8	33,9	147,9	54,3	93,6		
November	286,6	113,7	172,9	84,4	48,0	40,5	20,7	19,8	233,0	8,7	224,3	26,6	37,3	160,4	54,2	106,2		
Dezember	314,8	121,8	193,0	103,4	48,2	41,4	19,2	22,2	241,1	8,8	232,3	23,1	39,2	170,0	54,7	115,3		
1950 insgesamt	2 703,7	1 192,3	1 511,4	800,9	372,0	338,5	169,6	168,9	1 980,5	46,6	1 933,9	277,9	376,0	1 280,0	442,4	837,6		
1951 Januar	295,4	112,4	183,0	104,4	41,1	37,5	20,0	17,5	217,5	14,2	203,3	23,0	34,5	145,8	52,3	93,5		
Februar	290,6	115,5	175,1	101,0	37,2	36,9	21,9	15,0	231,2	7,4	223,8	22,1	36,5	165,2	54,1	111,1		
März	299,2	109,8	189,4	113,6	38,7	37,1	22,2	14,9	259,7	8,6	251,1	29,6	40,4	181,1	60,7	120,4		
April	256,6	92,6	164,0	101,6	33,8	28,6	17,4	11,2	274,6	8,5	266,1	28,0	38,8	199,3	69,3	130,0		
Mai	249,8	107,2	142,6	93,7	29,2	19,7	10,4	9,3	273,0	6,8	266,2	23,8	39,2	203,2	70,6	132,6		
Juni	255,0	114,6	140,4	89,5	32,5	18,4	9,4	9,0	297,4	6,4	291,0	27,2	39,9	223,9	76,9	147,0		
Juli	284,5	122,4	162,1	96,8	42,1	33,2	11,2	12,0	315,1	8,2	306,9	24,1	42,3	240,5	84,6	155,9		

†) Einschließlich West-Berlin. — *) Werte teilweise berichtigt. — Quelle: Statistisches Bundesamt.

2. Warenhandelsbilanz des Bundesgebiets*) nach Ländergruppen bzw. Ländern*)
in Mill. DM

IX. Außenhandel

Länder		1950		1951						
		Dezember	insgesamt	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
I. EZU-Länder	Einfuhr	921,2	7 868,9	855,5	891,9	850,5	621,1	542,3	575,5	654,5
	Ausfuhr	745,3	6 316,2	650,1	719,9	825,0	848,2	801,3	889,1	943,5
	Saldo	- 175,9	- 1 552,7	- 205,4	- 172,0	- 25,5	+ 227,1	+ 259,0	+ 313,6	+ 289,0
davon:										
1. Belgien-Luxemburg ¹⁾	Einfuhr	61,3	503,3	69,8	97,5	88,1	51,4	44,1	45,2	39,1
	Ausfuhr	76,3	691,2	71,9	73,1	85,6	87,6	75,2	88,3	86,7
	Saldo	+ 15,0	+ 187,9	+ 2,1	- 24,4	- 2,5	+ 36,2	+ 31,1	+ 43,1	+ 47,6
2. Dänemark	Einfuhr	46,7	490,7	47,6	53,9	49,8	19,3	24,6	26,7	29,2
	Ausfuhr	44,4	353,4	32,7	36,2	44,7	47,4	43,6	47,3	45,0
	Saldo	- 2,3	- 137,3	- 14,9	- 17,7	- 5,1	+ 28,1	+ 19,0	+ 20,6	+ 15,8
3. Frankreich ¹⁾ einschl. Saargebiet	Einfuhr	140,5	1 261,1	141,2	138,3	128,2	87,5	55,8	54,8	59,7
	Ausfuhr	85,2	804,8	72,0	80,2	82,1	91,8	90,6	98,7	117,8
	Saldo	- 55,3	- 456,3	- 69,2	- 58,1	- 46,1	+ 4,3	+ 34,8	+ 43,9	+ 58,1
4. Griechenland	Einfuhr	11,6	58,3	4,3	4,3	5,5	4,5	4,0	3,7	4,8
	Ausfuhr	15,1	135,6	10,3	13,5	14,4	10,0	12,1	12,7	10,9
	Saldo	+ 3,5	+ 77,3	+ 6,0	+ 9,2	+ 8,9	+ 5,5	+ 8,1	+ 9,0	+ 6,1
5. Italien ¹⁾ einschl. Triest	Einfuhr	72,1	507,3	58,3	62,2	62,2	38,8	30,0	37,4	30,7
	Ausfuhr	57,2	493,9	43,9	46,3	61,3	58,8	49,2	53,0	52,2
	Saldo	- 14,9	- 13,4	- 14,4	- 6,2	- 0,9	+ 20,0	+ 19,2	+ 15,6	+ 21,5
6. Niederlande ¹⁾	Einfuhr	116,4	1 256,7	99,0	90,4	72,2	49,8	55,9	69,0	79,4
	Ausfuhr	118,1	1 168,8	102,4	114,5	138,8	133,5	113,2	126,1	129,4
	Saldo	+ 1,7	- 87,9	+ 3,4	+ 24,1	+ 66,6	+ 83,7	+ 57,3	+ 57,1	+ 50,0
7. Indonesien	Einfuhr	16,9	233,7	16,3	15,2	11,8	11,8	12,1	27,3	17,4
	Ausfuhr	8,3	52,2	8,7	9,9	10,2	14,7	14,0	17,5	18,7
	Saldo	- 8,6	- 181,5	- 7,6	- 5,3	- 1,6	- 1,0	+ 1,9	- 9,8	+ 1,3
8. Norwegen	Einfuhr	21,8	217,4	20,5	20,7	21,9	18,5	21,5	18,2	25,5
	Ausfuhr	13,4	119,1	13,9	14,9	16,0	16,6	19,6	20,8	20,9
	Saldo	- 8,4	- 98,3	- 6,6	- 5,8	- 5,9	- 1,9	- 1,9	+ 2,6	- 4,6
9. Österreich	Einfuhr	18,1	178,3	18,3	22,0	21,6	15,9	12,1	14,8	17,1
	Ausfuhr	34,9	311,6	26,8	39,9	49,3	44,5	38,2	42,0	41,6
	Saldo	+ 16,8	+ 133,3	+ 8,5	+ 17,9	+ 27,7	+ 28,6	+ 26,1	+ 27,2	+ 24,5
10. Portugal ¹⁾	Einfuhr	12,6	74,7	12,9	8,7	9,0	16,6	5,9	6,0	5,7
	Ausfuhr	8,4	57,7	6,5	8,3	8,2	7,9	7,8	10,7	11,0
	Saldo	- 4,2	- 17,0	- 6,4	- 0,4	- 0,8	- 8,7	+ 1,9	+ 4,7	+ 5,3
11. Schweden	Einfuhr	64,8	637,0	60,5	65,0	54,5	37,3	39,9	56,2	65,8
	Ausfuhr	82,0	531,2	67,5	70,5	81,4	75,9	73,0	76,3	81,6
	Saldo	+ 17,2	- 105,8	+ 7,0	+ 5,5	+ 26,9	+ 38,6	+ 33,1	+ 20,1	+ 15,8
12. Schweiz	Einfuhr	36,7	350,3	34,7	36,8	33,4	24,9	17,8	20,7	28,1
	Ausfuhr	57,9	492,3	57,2	60,5	75,0	75,2	72,0	77,3	78,4
	Saldo	+ 21,2	+ 142,0	+ 22,5	+ 23,7	+ 41,6	+ 50,3	+ 54,2	+ 56,6	+ 50,3
13. Türkei	Einfuhr	43,4	218,6	32,2	48,7	46,5	21,3	9,0	10,5	21,6
	Ausfuhr	26,0	236,9	23,7	28,5	33,4	34,6	31,7	39,3	43,7
	Saldo	- 17,4	+ 18,3	- 8,5	- 20,2	- 13,1	+ 13,3	+ 22,7	+ 28,8	+ 22,1
14. „Sterling“-Teilnehmer- Länder ²⁾	Einfuhr	152,5	1 032,3	133,1	127,6	136,5	114,2	89,0	75,4	115,6
	Ausfuhr	62,5	534,5	66,8	71,2	79,3	100,1	102,1	111,3	131,3
	Saldo	- 90,0	- 497,8	- 66,3	- 56,4	- 57,2	- 14,1	+ 13,1	+ 35,9	+ 15,7
15. Nichtteilnehmer- „Sterling“-Länder ²⁾	Einfuhr	95,1	813,5	100,0	107,5	108,2	104,8	116,0	103,8	108,8
	Ausfuhr	55,6	331,0	45,8	52,4	45,2	49,4	58,8	67,4	73,9
	Saldo	- 39,5	- 482,5	- 54,2	- 55,1	- 63,0	- 55,4	- 57,2	- 36,4	- 34,9
16. Übrige EZU-Mitglieder ²⁾ (UNO-Treuhandgebiete, Brit.-Ägypt. Kondominium)	Einfuhr	10,7	35,7	6,8	2,8	1,1	0,6	4,6	5,8	6,0
	Ausfuhr	0,0	2,0	0,0	0,0	0,1	0,2	0,2	0,4	0,4
	Saldo	- 10,7	- 33,7	- 6,8	- 2,8	- 1,0	- 0,4	- 4,4	- 5,4	- 5,6
II. Osteuropa	Einfuhr	56,0	477,8	37,7	29,6	27,5	30,5	34,4	38,1	64,4
	Ausfuhr	51,2	540,7	66,7	39,3	40,7	51,4	56,3	63,8	68,9
	Saldo	- 4,8	+ 62,9	+ 29,0	+ 9,7	+ 13,2	+ 20,9	+ 21,9	+ 23,7	+ 4,5
III. Sonstige Länder in Europa, Asien und Afrika	Einfuhr	61,5	380,5	76,4	70,4	69,9	76,2	60,1	70,5	101,2
	Ausfuhr	44,3	353,9	36,4	38,8	38,5	45,8	46,3	61,4	48,0
	Saldo	- 17,2	- 26,6	- 40,0	- 31,6	- 31,4	- 30,4	- 13,8	- 9,1	- 53,2
IV. Westliche Hemisphäre	Einfuhr	284,4	2 631,4	272,0	229,9	309,7	350,8	413,2	388,4	376,3
	Ausfuhr	165,4	1 126,6	157,7	172,1	182,4	204,9	240,6	232,9	261,7
	Saldo	- 119,0	- 1 504,8	- 114,3	- 57,8	- 127,3	- 145,9	- 172,6	- 155,5	- 114,6
davon:										
1) Vereinigte Staaten von Amerika	Einfuhr	179,3	1 811,2	164,8	168,8	217,1	228,7	255,3	225,0	212,2
	Ausfuhr	66,0	433,0	60,6	69,4	73,7	78,5	91,3	88,5	89,7
	Saldo	- 113,3	- 1 378,2	- 104,2	- 99,4	- 143,4	- 150,2	- 164,0	- 136,5	- 122,5
2) Canada	Einfuhr	6,0	42,5	5,0	3,7	5,6	4,3	8,9	21,7	11,0
	Ausfuhr	3,7	41,4	4,3	5,4	7,2	9,0	9,4	13,3	11,5
	Saldo	- 2,3	- 1,1	- 0,7	+ 1,7	+ 1,6	+ 4,7	+ 0,5	- 8,4	+ 0,5
3) Lateinamerika	Einfuhr	99,1	777,7	102,2	57,4	87,0	117,8	149,0	141,7	153,1
	Ausfuhr	95,7	652,2	92,8	97,3	101,5	117,4	139,9	131,1	160,5
	Saldo	- 3,4	- 125,5	- 9,4	+ 39,9	+ 14,5	- 0,4	- 9,1	- 10,6	+ 7,4
V. Nicht ermittelte Länder und Eismeergebiete	Einfuhr	-	15,3	0,1	0,0	0,1	0,0	-	0,0	0,0
	Ausfuhr	3,2	24,8	1,9	1,6	3,7	2,7	2,5	2,5	2,6
	Saldo	+ 3,2	+ 9,5	+ 1,8	+ 1,6	+ 3,6	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,6
Alle Länder	Einfuhr	1 323,1	11 373,9	1 241,7	1 221,8	1 257,7	1 078,6	1 050,0	1 072,5	1 196,4
	Ausfuhr	1 009,4	8 362,2	912,8	971,7	1 090,3	1 153,0	1 147,0	1 249,7	1 324,7
	Saldo	- 313,7	- 3 011,7	- 328,9	- 250,1	- 167,4	+ 74,4	+ 97,0	+ 177,2	+ 128,3
darunter: ⁴⁾										
EZU-Länder, gesamt	Einfuhr	921,2	7 868,9	855,5	891,9	850,5	621,1	542,3	575,5	654,5
	Ausfuhr	745,3	6 316,2	650,1	719,9	825,0	848,2	801,3	889,1	943,5
	Saldo	- 175,9	- 1 552,7	- 205,4	- 172,0	- 25,5	+ 227,1	+ 259,0	+ 313,6	+ 289,0
Sonstige Verrechnungsländer, gesamt	Einfuhr	169,8	989,8	160,9	114,9	147,2	165,4	176,8	190,5	220,7
	Ausfuhr	142,1	1 017,8	155,5	134,6	142,6	173,5	201,4	210,2	231,7
	Saldo	- 27,7	+ 28,0	- 5,4	+ 19,7	- 4,6	+ 8,1	+ 24,6	+ 19,7	+ 11,0
Freie Dollarländer, gesamt	Einfuhr	232,1	2 499,9	225,2	215,0	259,9	292,1	330,9	306,5	321,2
	Ausfuhr	118,8	1 003,4	105,3	115,6	119,0	128,6	141,8	147,9	146,9
	Saldo	- 113,3	- 1 496,5	- 119,9	- 99,4	- 140,9	- 163,5	- 189,1	- 158,6	- 174,3

*) Einschließlich West-Berlin. — ¹⁾ Gesamtaußenhandel; Einfuhr nach Herstellungsländern. — ²⁾ Einschließlich der Gebiete in Übersee. — ³⁾ Nichtteilnehmerländer bzw. Teilnehmerländer am Marshallplan. — ⁴⁾ Diese EZU-Mitglieder (Nichtteilnehmerländer, die nach dem „OECD-Länderverzeichnis“ nicht der „Sterling-Area“ angehören) verrechnen in £-Sterling. — ⁵⁾ Hierin nicht enthalten: Position V „Nicht ermittelte Länder und Eismeergebiete“. — Quelle: Statistisches Bundesamt.

X. Produktion, Beschäftigung und Preise

1. Index der industriellen Produktion

Bundesgebiet, arbeitstäglich, 1936 = 100

Zeit	Arb.-tage	Gesamt-index einschl. Energie		Investitionsgüterindustrien																
				insgesamt	Rohstoffe								Fertigwaren							
					gesamt	darunter ausgewählte Industrie- gruppen							gesamt	darunter ausgewählte Industrie- gruppen						
						Eisen- erz- berg- bau	Eisen- und Stahl	Eisen- Stahl- Tem- per- guß	NE- Me- talle	Steine und Erden	Säge- und Holz- indus- trie	Stahl- bau ohne Wag- gon- bau		Schiff- bau	Ma- schin- en- bau	Fahr- zeug- bau	Elek- tro- tech- nische Ind.	Fein- mech. und Op- tik	Eisen- Stahl- Blech- Me- tall- waren	
1949																				
Sept.	26	92	92	86	77	112	62	67	70	97	94	91	62	15	96	99	182	86	62	
Okt.	26	94	95	87	75	114	58	69	68	93	99	95	60	15	96	106	191	85	72	
Nov.	25,5	97	99	92	77	112	64	75	68	87	94	101	64	14	101	108	217	88	79	
Dez.	26	93	96	88	73	111	64	75	65	72	90	97	59	16	101	102	204	87	75	
1950																				
Jan.	26	89	95	85	73	118	70	76	68	61	88	93	58	15	96	100	187	91	72	
Febr.	24	92	98	90	74	126	74	77	70	59	94	99	60	25	103	114	204	94	74	
März	27	96	101	93	79	129	75	79	70	76	97	101	65	35	107	120	199	106	74	
April	23	102	104	99	83	130	72	80	72	91	113	109	70	41	115	137	203	110	83	
Mai	24	105	107	104	89	128	74	82	81	103	108	113	69	41	117	156	196	118	90	
Juni	25,5	107	108	107	93	129	81	81	86	110	105	117	75	40	118	166	199	133	92	
Juli	26	107	107	106	93	135	80	81	89	113	109	114	70	42	116	151	205	124	91	
Aug.	27	114	115	113	98	139	85	85	98	117	109	123	72	42	117	169	232	117	105	
Sept.	26	123	125	124	103	143	89	95	105	119	112	138	76	46	131	180	277	138	115	
Okt.	26	126	130	130	105	146	90	103	107	118	111	145	77	48	134	192	297	148	124	
Nov.	25	130	135	136	106	156	93	111	109	109	110	155	77	47	142	191	324	156	138	
Dez.	24	122	129	129	94	152	79	107	109	88	103	150	76	49	153	170	313	142	123	
1951																				
Jan.	26	117	127	124	91	145	84	110	107	69	92	144	70	45	134	184	296	134	130	
Febr.	24	125	133	131	95	147	83	109	112	80	110	154	71	51	146	192	318	150	136	
März	25	128	136	135	100	151	83	111	116	94	117	157	69	50	154	190	320	156	136	
April	25	132	139	141	109	163	92	115	127	107	125	160	78	53	157	195	320	167	139	
Mai	23,5	134	139	144	113	163	93	115	.	119	133	163	85	56	164	197	322	164	137	
Juni*)	26	130	135	140	111	163	93	113	.	115	116	159	82	55	166	181	318	158	129	
Juli*)	26	127	132	138	110	164	91	105	.	118	116	155	87	.	159	182	311	167	125	
Zeit	allgem. Produktionsgüterindustrien									Verbrauchsgüterindustrien										
	insgesamt	darunter ausgewählte Industrie- gruppen							insgesamt	darunter ausgewählte Industrie- gruppen										
		Kohle	Strom	Gas	Chemie o. Kunst- faser- erzeug.	Kali- u. Salz- berg- bau	Erdöl- ge- win- nung	Miner- alöl- verar- beitung		Papier- erzeug.	Leder- erzeug.	Textilien o. Kunst- faser- erzeug.	Keramik	Bereif- u. Kaut- schuk- erzeug.	Schuhe					
1949																				
Sept.	108	92	153	87	93	120	205	80	87	76	67	92	84	105	81					
Okt.	111	94	158	88	96	122	207	74	90	78	74	95	86	111	84					
Nov.	115	99	167	88	97	125	206	84	96	83	77	100	94	119	87					
Dez.	113	96	173	88	95	127	214	77	92	85	70	98	92	104	73					
1950																				
Jan.	115	97	170	89	98	131	215	78	90	86	67	98	91	94	60					
Febr.	117	98	165	90	102	138	235	95	94	90	68	102	97	98	65					
März	120	98	163	91	109	138	239	120	96	90	64	103	93	95	76					
April	120	98	162	89	112	142	245	117	96	90	66	101	98	92	72					
Mai	121	97	158	88	116	134	241	133	97	95	66	101	95	100	79					
Juni	121	94	156	88	117	135	251	133	94	99	63	96	95	110	71					
Juli	123	96	157	92	120	143	254	135	91	97	65	91	92	113	55					
Aug.	131	96	166	97	130	145	262	174	101	101	74	103	99	125	74					
Sept.	137	98	178	101	138	151	261	178	112	106	86	116	107	142	93					
Okt.	138	101	189	97	132	158	266	166	120	108	84	124	117	146	100					
Nov.	142	109	202	99	126	164	268	179	125	110	90	129	130	154	106					
Dez.	140	109	206	102	120	161	273	186	117	101	84	120	124	143	90					
1951																				
Jan.	141	107	202	105	132	165	271	149	115	102	87	123	123	133	89					
Febr.	146	109	199	107	141	175	278	150	122	107	91	128	128	150	97					
März	148	110	199	108	143	171	278	173	122	107	84	128	133	158	96					
April	149	110	199	110	147	173	289	167	123	115	74	128	140	144	91					
Mai	147	108	192	110	146	163	298	171	119	112	59	121	145	134	80					
Juni*)	144	106	187	112	140	166	307	178	112	115	56	119	134	135	67					
Juli*)	142	105	186	114	135	160	308	171	105	113	55	110	131	119	42					

*)Vorläufig. — Quelle: Statistisches Bundesamt.

2. Steinkohlenförderung und -ausfuhrüberschuß

Bundesgebiet, in 1000 t

Zeit	Steinkohlenförderung		Ausfuhrüberschuß von	
	monatlich	arbeits-tätiglich	Steinkohle	Koks
1946 M.-D.	4 495	177,8	.	.
1947 ..	5 927	234,7	.	.
1948 ..	7 253	285,1	702	542
1949 ..	8 603	338,1	944	646
1949 August	9 047	335,1	966	579
September	8 776	337,5	940	453
Oktober	8 990	345,8	947	399
November	9 199	368,0	900	534
Dezember	9 125	351,0	1 305	602
1950 Januar	9 327	358,7	919	623
Februar	8 682	361,7	861	649
März	9 802	363,0	922	590
April	8 364	363,6	861	485
Mai	8 667	361,1	816	452
Juni	8 978	345,3	1 123	462
Juli	9 169	352,6	1 160	726
August	9 445	349,8	1 111	861
September	9 216	354,5	1 136	798
Oktober	9 499	365,4	1 020	734
November	10 022	400,9	1 170	747
Dezember	9 584	399,4	823	779
1951 Januar	10 138	389,9	660	738
Februar	9 455	394,0	806	704
März	10 038	401,5	976	824
April	10 023	400,9	672	815
Mai	9 373	390,5	330	813
Juni	10 041	386,2	407	796
Juli	9 814	377,5	533	805

Quelle: Deutsche Kohlenbergbauleitung; Statistisches Bundesamt.

3. Eisen- und Stahlerzeugung

Bundesgebiet, in 1000 t

Zeit	Roheisen einschl. Ferrolegierungen	Rohstahlblöcke und Stahlformguß ¹⁾	Walzstahlfertigerzeugnisse
September	598	770	535
Oktober	557	704	518
November	584	765	555
Dezember	633	812	566
1950 Januar	697	907	605
Februar	671	899	573
März	772	1 015	650
April	691	907	575
Mai	724	938	625
Juni	762	1 006	683
Juli	824	1 049	690
August	867	1 088	751
September	887	1 079	762
Oktober	927	1 135	783
November	875	1 112	793
Dezember	774	959	676
1951 Januar	806	1 044	749
Februar	710	942	681
März	783	1 027	713
April	867	1 121	784
Mai	920	1 121	744
Juni	945	1 187	813
Juli	917	1 158	801

¹⁾ Von April 1950 ab: flüssig. — Quelle: Statistisches Bundesamt

4. Arbeitsmarkt

Bundesgebiet, in 1000

Stand am Monatsende	Beschäftigte	Arbeitslose			Offene Stellen	Arbeitslosen- und Arbeitslosenförderungsunterstützungsempfänger
		Insgesamt	Männer	Frauen		
1948 November	.	715,1	492,2	222,9	276,2	310
Dezember	13 702,8	759,6	548,0	211,6	225,8	380
1949 Januar	.	962,9	723,5	239,4	216,9	521
Februar	.	1 068,9	804,7	264,2	212,3	650
März	13 447,3	1 168,1	873,9	294,2	197,2	749
April	.	1 232,4	896,8	335,6	183,6	771
Mai	.	1 256,9	909,2	347,7	157,1	827
Juni	13 488,7	1 283,3	931,5	351,8	144,6	887
Juli	.	1 302,9	938,0	364,9	135,7	931
August	.	1 308,1	926,1	382,0	125,7	963
September	13 604,4	1 313,7	921,0	392,7	127,9	963
Oktober	.	1 316,6	917,2	399,4	119,7	969
November	.	1 383,8	974,9	408,9	99,5	1 030
Dezember	13 556,2	1 558,5	1 123,1	435,4	75,4	1 203
1950 Januar	.	1 897,6	1 408,6	489,0	87,7	1 446
Februar	.	1 981,9	1 481,1	500,8	106,1	1 622
März	13 307,3	1 851,9	1 362,9	489,0	126,6	1 544
April	.	1 783,8	1 291,1	492,7	119,6	1 446
Mai	.	1 668,3	1 192,1	476,2	116,9	1 363
Juni	13 845,6	1 538,1	1 081,9	456,2	124,3	1 264
Juli	.	1 451,9	1 005,9	446,0	128,2	1 177
August	.	1 341,2	917,5	423,7	133,9	1 102
September	14 295,6	1 271,8	863,5	408,1	142,3	1 030
Oktober	.	1 230,2	827,6	402,6	129,9	984
November	.	1 316,2	899,6	416,6	100,2	1 034
Dezember	14 163,1	1 690,0	1 240,8	449,2	71,9	1 295
1951 Januar	.	1 821,3	1 350,9	470,4	104,0	1 542
Februar	.	1 662,5	1 207,1	455,4	132,4	1 449
März	14 246,5	1 566,7	1 120,6	446,1	144,5	1 346
April	.	1 446,1	994,2	451,9	135,3	1 213
Mai	.	1 386,9	932,1	454,8	126,9	1 166
Juni	14 720,6	1 325,7	874,9	450,8	125,9	1 110
Juli	.	1 291,6	845,8	445,8	124,8	1 070

Quelle: Bundesministerium für Arbeit.

5. Preisindizes

1938 = 100

Zeit	Vereinigtes Wirtschaftsgebiet											USA Moody's Index ¹⁾	Groß- britan- nien Reuter's Index ¹⁾
	Indexziffer der Grundstoffpreise			Indexziffer der Erzeuger- preise industrieller Produkte				Indexziffer der Lebenshaltungskosten					
	Gesamt	darunter		Gesamt	darunter			Gesamt	darunter				
		Nah- rungs- mittel	Indu- strie- stoffe		Grund- stoffe- erzeugende Industrien	In- vesti- tions- güter-	Ver- brauchs- güter-		Ernäh- rung	Beklei- dung	Haus- rat		
1948 Juli	159	127	179	175	174	193	167	159	156	214	195	302	278
August	172	129	200	183	187	194	171	157	147	230	198	298	278
September	179	132	210	187	192	193	175	159	147	244	202	292	290
Oktober	188	149	214	190	194	195	181	165	156	261	206	282	294
November	190	151	217	192	195	195	185	166	164	272	210	279	293
Dezember	193	154	218	192	195	195	185	168	168	271	211	276	290
1949 Januar	190	155	214	191	195	192	183	167	169	260	208	272	292
Februar	188	156	210	190	196	191	181	167	173	250	203	262	292
März	187	156	208	189	195	190	179	167	175	240	198	259	291
April	185	153	206	187	194	187	176	163	168	232	192	245	289
Mai	188	168	202	186	191	186	176	161	166	223	187	240	289
Juni	190	174	201	184	190	184	175	159	164	215	183	236	286
Juli	191	178	199	183	189	184	173	159	166	209	178	237	283
August	192	182	199	182	188	183	173	157	160	204	175	237	284
September	192	185	197	182	187	182	173	155	158	201	173	241	301
Oktober	199	190	204	183	189	182	174	155	160	200	172	236	335
November	197	186	205	182	189	179	173	156	162	199	171	240	337
Dezember	195	181	204	181	190	178	171	156	163	199	171	241	335
1950 Januar	196	169	214	182	192	176	172	154	160	197	170	245	336
Februar	197	170	214	181	192	175	167	154	160	194	168	249	341
März	196	168	215	180	191	174	166	153	159	191	166	249	342
April	197	169	216	179	190	173	165	153	160	189	164	252	343
Mai	197	168	216	178	190	171	164	156	168	188	163	266	352
Juni	198	168	218	178	190	170	165	151	157	185	162	277	356
Juli	203	176	222	179	191	170	166	149	153	183	161	302	366
August	207	176	228	180	192	169	170	148	150	182	159	320	384
September	218	179	245	185	198	169	175	148	149	184	160	329	395
Oktober	220	177	249	187	201	169	176	149	150	187	161	325	398
November	224	177	256	189	206	170	177	150	152	189	163	336	403
Dezember	229	176	265	195	216	172	178	151	155	192	165	345	411
1951 Januar	240	182	279	205	229	177	186	154	157	197	171	364	428
Februar	245	184	286	212	238	181	193	156	159	203	177	371	444
März	251	187	293	218	244	183	201	161	168	209	183	366	445
April	250	192	289	222	249	185	205	163	170	211	186	362	449
Mai	245	191	281	223	248	189	205	165	175	212	188	350	446
Juni	245	196	278	222	247	190	205	167	180	211	189	342	446
Juli	247 ²⁾	202 ²⁾	277 ²⁾	221	245	190	203	167	179	210	190	331	432

Quelle: Statistisches Bundesamt. — ¹⁾ Umgerechnet auf Grund der Originalziffern des Statistischen Bundesamtes. —
²⁾ Vorläufig.

XI. Internationale Übersichten

Die Währungen der Welt, ihre Relation zum US-\$ und ihr errechneter Wert in DM

Stand: Ende Juni 1951

Vor bemer kung : Diese in den Monatsberichten der Bank deutscher Länder veröffentlichte Übersicht wird unter Einarbeitung der Veränderungen zu den hauptsächlichsten Bilanzstichtagen neu erscheinen und soll der Wirtschaft die Bilanzierung ihrer in Fremdwälu ten ausgedrückten Forderungen und Verbindlichkeiten erleichtern. Die Angaben stützen sich auf amtliches Material, doch kann für sie keine Gewähr übernommen werden.

a) Feste Kursrelation verschiedener Währungen zum US-\$ ¹⁾

Bundesrepublik	US-\$	1,00	=	DM	4,200004
Deutschland	DM	1,00	=	US-\$	0,238095
Großbritannien	US-\$	1,00	=	£-Sterling	0,357143
	£-Sterling	1.-.-	=	US-\$	2,80
Belgien	US-\$	1,00	=	bfrs	50,—
Dänemark	US-\$	1,00	=	dkr	6,90714
Frankreich z. Zt.	US-\$	1,00	=	ffrs	350,—
Italien z. Zt.	US-\$	1,00	=	L	625,—
Jugoslawien	US-\$	1,00	=	Din	50,—
Niederlande	US-\$	1,00	=	hfl	3,80
Norwegen	US-\$	1,00	=	nkr	7,14286
Österreich	US-\$	1,00	=	öS	21,36
Schweden	US-\$	1,00	=	skr	5,1732
Schweiz	US-\$	1,00	=	sfrs	4,37282
Techechoslowakei	US-\$	1,00	=	Kc	50,—

¹⁾ Zugleich die maßgeblichen Umrechnungskurse bei Dollarfakturierung im Warenverkehr mit der Bundesrepublik (ausgenommen die Schweiz, da in der Schweiz bei der Umrechnung von US-\$ in Landeswährung der in der Schweiz notierte freie Dollarkurs zugrunde gelegt wird).

b) Geld- und Briefkurse der Bank deutscher Länder¹⁾

				Geld (Ankauf, Gutschrift, Export)	Brief (Verkauf, Lastschrift, Import)
US-\$	1,00	=	DM	4,195	4,205
£-Sterling	1.-.-	=	DM	11,75	11,77
bfrs	100,—	=	DM	8,39	8,41
dkr	100,—	=	DM	60,75	60,87
ffrs	100,—	=	DM	1,199	1,201
L	100,—	=	DM	0,671	0,673
Din	100,—	=	DM	8,39	8,41
hfl	100,—	=	DM	110,41	110,63
nkr	100,—	=	DM	58,74	58,86
öS	100,—	=	DM	19,64	19,68
skr	100,—	=	DM	81,10	81,26
sfrs	100,—	=	DM	95,95	96,15
Kc	100,—	=	DM	8,39	8,41

¹⁾ Für die Verrechnung im Warenverkehr mit der Bundesrepublik; errechnet über die geltende Relation US-\$ 0,238095 = DM 1,00 und über die geltenden Relationen der einzelnen Währungen zum US-\$. Diese Kurse werden der Einfachheit halber angewendet, ohne daß hierdurch amtliche Devisenhandelskurse festgestellt worden sind.

Land	Währungsbezeichnung		Kursart	Paritäts-, Börsen- oder Marktwert		
	Einheit	Unterteilung		für	in US-\$	in DM
Aden	Ostafrik. Shilling (EAs)	100 Cents	siehe Britisch-Ostafrika New Yorker Notierung	1 Shilling	siehe Britisch-Ostafrika 0,1405	0,590
Afghanistan	Afghan	100 Puli	New Yorker Notierung	100 Afghani	5,96	25,032
Alaska	US-Dollar (\$)	100 Cents	(siehe USA)	1 US-\$	siehe USA	
Algerien	Algerischer Frank (afr)	100 Centimes	1:1 zum französischen Frank New Yorker Notierung	100 Franken	siehe Frankreich 0,284375	1,194
Andorra	Span. Peseta (Pta)	100 Centimos	(siehe Spanien)	100 Pesetas	siehe Spanien	
Angola (Port.-Westafrika)	Angolar	100 Centavos	1:1 zum portugiesischen Escudo New Yorker Notierung	100 Angolares	siehe Portugal 3,5	14,700
Argentinien*)	Peso (c/1 \$)	100 Centavos	heim. Ankaufskurs „Basic“ heim. Ankaufskurs „Vorzug“ heim. Verkaufskurs „Basic“ heim. Verkaufskurs „Vorzug“ heim. Mittelkurs „Frei“ etwa heim. Mittelkurs „Curb“ etwa New Yorker Notierung	100 Pesos	20,00000 13,33333 13,33333 20,00000 7,02741 3,95257 7,15001	84,000 56,000 56,000 84,000 29,515 16,601 30,030
Aruba (Niederl.-Westindien)	Curaçao-Gulden	100 Cents	Goldparität New Yorker Notierung	100 Gulden	53,02649 53,12	222,711 223,104
Australien	Australisches Pfund (£ A)	20 Shilling = 240 Pence	Goldparität New Yorker Notierung	1 Pfund	2,24000 2,24125	9,408 9,413
Azoren	Portugiesischer Escudo (Esc o. \$)	100 Centavos	1:1 zum portugiesischen Escudo New Yorker Notierung	100 Escudos	siehe Portugal 3,50	
Ägypten	Ägypt. Pfund (£ E)	100 Piaster = 1000 Millièmes	Goldparität New Yorker Notierung	1 Pfund	2,87156 2,88125	12,061 12,101
Äthiopien	Äthiop. Dollar	100 Cents	Goldparität New Yorker Notierung	1 Dollar	0,402500 0,41	1,691 1,721
Bahama-Inseln (Britisch-Westindien)	Bahama-Pfund	20 Shilling = 240 Pence	Goldparität	1 Pfund	2,80000	11,760
Bahrein-Inseln	Rupie (R)	16 Annas = 192 Pies	1:1 zur indischen Rupie	100 Rupien	siehe Indien	
Barbados (Britisch-Westindien)	Brit.-Westind. Dollar (\$BWI)	100 Cents	Goldparität New Yorker Notierung	1 Dollar	0,583333 0,59	2,478 2,478
Belgien	Frank (bfr)	100 Centimes	Goldparität New Yorker Notierung	100 Franken	2,00000 1,98375	8,400 8,332
Belgisch-Kongo	Kongo-Frank	100 Centimes	1:1 zum belgischen Frank New Yorker Notierung	100 Franken	siehe Belgien 2,006	
Bermuda-Inseln (Britisch-Westindien)	Bermuda-Pfund	20 Shilling = 240 Pence	Goldparität New Yorker Notierung	1 Pfund	2,80000 2,80125	11,760 11,765
Betschuanaland	Südafrik. Pfund (SA-£)	20 Shilling = 240 Pence	(siehe Südafrikanische Union)	1 Pfund	siehe Südafrikanische Union	
Bolivien*)	Boliviano (B)	100 Centavos	Goldparität heim. Ankaufskurs „Kontrolliert“ heim. Verkaufskurs „Kontrolliert“ heim. Mittelkurs „Frei“ New Yorker Notierung	100 Bolivianos	1,66667 1,66667 1,65017 0,99502 1,666	7,000 7,000 6,931 4,179 6,997
Brasilien*)	Cruzeiro (Cr\$)	100 Centavos	Goldparität heim. Mittelkurs „Offiziell“ heim. Mittelkurs „Curb“ etwa New Yorker Notierung	100 Cruzeiros	5,40541 5,39084 3,08642 5,5	22,703 22,642 12,963 23,100
Britisch Guayana	Brit.-Westind. Dollar (\$BWI)	100 Cents	Goldparität New Yorker Notierung	1 Dollar	0,583333 0,59	2,450 2,478
Britisch Honduras	Brit.-Honduras-Dollar	100 Cents	Goldparität	1 Dollar	0,70000	2,940
Britisch Nord-Borneo	Straits-Settlements-Dollar (S\$ oder SS\$)	100 Cents	Goldparität	1 Dollar	0,326667	1,372
Britisch Ostafrika: Kenia	Ostafrik. Shilling (EAs)	100 Cents	Goldparität New Yorker Notierung	1 Shilling	0,140000 0,1405	0,588 0,590
Sansibar	Ostafrik. Shilling (EAs)	100 Cents	(siehe Kenia)		siehe Kenia	
Tanganjika	Ostafrik. Shilling (EAs)	100 Cents	(siehe Kenia)		siehe Kenia	
Uganda	Ostafrik. Shilling (EAs)	100 Cents	(siehe Kenia)		siehe Kenia	
Britisch Westafrika: Gambia	Westafrik. Pfund (WA £)	20 Shilling = 240 Pence	Goldparität New Yorker Notierung	1 Pfund	2,80000 2,83125	11,760 11,891
Goldküste	Westafrik. Pfund (WA £)	20 Shilling = 240 Pence	(siehe Gambia)		siehe Gambia	
Nigeria	Westafrik. Pfund (WA £)	20 Shilling = 240 Pence	(siehe Gambia)		siehe Gambia	

*) Vgl. die Erläuterungen am Schluß der Übersicht.

Land	Währungsbezeichnung		Kursart	Paritäts-, Börsen- oder Marktwert		
	Einheit	Unterteilung		für	in US-\$	in DM
Sierra Leone	Westafrik. Pfund (WA £)	20 Shilling = 240 Pence	(siehe Gambia)		siehe Gambia	
Bulgarien	Lew (1)	100 Sstótinki	heimischer Mittelkurs New Yorker Notierung	100 Lewa	0,34801 0,35	1,462 1,470
Burma	Burmesische Rupie (R)	16 Annas = 192 Pies	1:1 zur indischen Rupie New Yorker Notierung	100 Rupien	siehe Indien 21,03 88,326	
Canada*)	Canad. Dollar (can. \$)	100 Cents	New Yorker Notierung	1 Dollar	0,93625	3,932
Cayman-Inseln (Britisch-Westindien)	Pfund	20 Shilling = 240 Pence	1:1 zum £-Sterling	1 Pfund	siehe Großbritannien	
Ceylon	Ceylon-Rupie (R)	100 Cents	1:1 zur indischen Rupie heimischer Mittelkurs New Yorker Notierung	100 Rupien	siehe Indien 21,004 88,217 21,03 88,326	
Chile*)	Peso (chil. \$)	100 Centavos	Goldparität heim. Mittelkurs „Regierung“ heim. Mittelkurs „Offiziell“ heim. Mittelkurs „Banking“ heim. Mittelkurs „Spezial“ heim. Mittelkurs „Handelskurs“ heim. Mittelkurs „Frei“ New Yorker Notierung	100 Pesos	3,22581 5,16262 3,22581 2,32558 2,00000 1,66667 1,17647 1,20	13,548 21,683 13,548 9,767 8,400 7,000 4,941 5,040
China, Volksrepublik	Jen Min Piao		New Yorker Notierung	100 Jen Min Piao	0,0043	0,018
Columbien*)	Peso (col. \$)	100 Centavos	Goldparität heim. Ankaufskurs „Offiziell“ ¹⁾ „Offiziell“ ²⁾ heim. Verkaufskurs „Offiziell“ New Yorker Notierung	100 Pesos	51,2825 51,28205 40,00000 39,84064 40,00	215,387 215,385 168,000 167,331 168,000
Costa Rica*)	Colon (Col)	100 Centimos	Goldparität heim. Ankaufskurs „Offiziell“ heim. Verkaufskurs „Offiziell“ heim. Verkaufskurs „Offiziell mit Zuschlag“ heim. Mittelkurs „Frei“ etwa heim. Verkaufskurs „Frei“ mit Import-Zuschlaggebühren (4 Gruppen) New Yorker Notierung	100 Colones	17,8094 17,85714 17,63668 16,02564 13,33333 12,39157 7,59301 17,85	74,800 75,000 74,074 67,308 56,000 52,045 31,891 74,970
Cuba	Peso (cub \$)	100 Centavos	Goldparität New Yorker Notierung	1 Peso	1,00000 1,00	4,200 4,200
Curacao (Niederl.-Westindien)	Curacao-Gulden	100 Cents	Goldparität New Yorker Notierung	100 Gulden	53,02649 53,05	222,711 222,810
Cypern	Cyprisches Pfund	180 Piaster = 7200 Paras	Goldparität	1 Pfund	2,80000	11,760
Cyrenaica	Ägypt. Pfund (£ E)	100 Piaster = 1000 Millièmes	(siehe Ägypten)	1 Pfund	siehe Ägypten	
Dänemark	Krone (dKr)	100 Öre	Goldparität New Yorker Notierung	100 Kronen	14,4778 14,55	60,807 61,110
Deutschland (Bundesrepubl.)	Deutsche Mark (DM)	100 Deutsche Pfennig	heimischer Mittelkurs New Yorker Notierung	100,-Deutsche Mark	23,8095 23,8379	100,000 100,119
Dominikanische Republik	Peso	100 Centavos	Goldparität New Yorker Notierung	1 Peso	1,00000 1,00	4,200 4,200
Ecuador*)	Sucre (S/-)	100 Centavos	Goldparität heim. Ankaufskurs „Offiziell“ heim. Verkaufskurs „Offiziell“ heim. Mittelkurs „Frei“ etwa New Yorker Notierung	100 Sucres	6,66667 6,66667 6,60066 5,633803 6,7	28,000 28,000 27,723 23,662 28,140
Eritrea	Ostafrik. Shilling (EAs)	100 Cents	(siehe Britisch-Ostafrika)	1 Shilling	siehe Britisch-Ostafrika	
Falkland-Inseln	Pfund d. Falkl.-Inseln	20 Shilling = 240 Pence	Goldparität	1 Pfund	2,80000	11,760
Fidschi-Inseln	Fidschi-Pfund	20 Shilling = 240 Pence	Goldparität New Yorker Notierung	1 Pfund	2,52252 2,53125	10,595 10,631
Finnland	Markka (Fmk)	100 Pennia	heim. Mittelkurs New Yorker Notierung	100 Markkaa	0,434783 0,45	1,826 1,890
Frankreich*)	Frank (ffr)	100 Centimes	heim. Mittelkurs „Richtkurs“ New Yorker Notierung	100 Franken	0,28576 0,28571 0,28688	1,200 1,200 1,205
Franz.-Äquatorialafrika	CFA Frank	100 Centimes	1:2 zum französischen Frank	100 Franken	0,57143	2,400
Franz.-Indien	Rupie (R)	8 Fanons = 192 Casches	Goldparität	100 Rupien	21,0000	88,200

*) Vgl. die Erläuterungen am Schluß der Übersicht.

Land	Währungsbezeichnung		Kursart	Paritäts-, Börsen- oder Marktwert		
	Einheit	Unterteilung		für	in US-\$	in DM
Franz.-Guayana	Guayana-Frank	100 Centimes	1:1 zum französischen Frank New Yorker Notierung	100 Franken	siehe Frankreich 0,29 1,218	
Franz.-Indochina (Vietnam)	Piaster	100 Cents	1:17 zum französischen Frank	100 Piaster	4,85714	20,400
Franz.-Westafrika	CFA Frank	100 Centimes	1:2 zum französischen Frank New Yorker Notierung	100 Franken	0,57143 0,58	2,400 2,436
Gesellschafts-Inseln (Französisch-Ozeanien)	CFP Frank	100 Centimes	1:5,5 zum französischen Frank	100 Franken	1,57143	6,600
Gibraltar	Gibraltar-Pfund	20 Shilling = 240 Pence	Goldparität New Yorker Notierung	1 Pfund	2,80000 2,804375	11,760 11,778
Gilbert-Inseln (Britisch-Ozeanien)	Austral. Pfund (£ A)	20 Shilling = 240 Pence	siehe Australien	1 Pfund	siehe Australien	
Griechenland*)	Drachma (Dr)	100 Lepta	heim. Mittelkurs „Basic offiziell“ heim. Mittelkurs „Basic offiziell mit Zertifikaten“ New Yorker Notierung	100 Drachmai	0,02000 0,00666 0,00666	0,084 0,028 0,028
Großbritannien und Nordirland*)	Pfund Sterling (Lst, £)	20 Shilling (sh) = 240 Pence (d)	Goldparität New Yorker Notierung	1 £-Sterling	2,80000 2,800625	11,760 11,763
Guadeloupe (Französisch-Westindien)	Antillen-Frank	100 Centimes	1:1 zum französischen Frank	100 Franken	siehe Frankreich	
Guatemala	Quetzal (Q)	100 Centavos	Goldparität New Yorker Notierung	1 Quetzal	1,00000 1,00	4,200 4,200
Guinea (Spanisch)	Spanische Peseta (Pta)	100 Centimos	(siehe Spanien)	100 Pesetas	siehe Spanien	
Hadramaut	Ostafrik. Shilling (EAs)	100 Cents	siehe Britisch-Ostafrika	1 Shilling	siehe Britisch-Ostafrika	
Haiti	Gourde (Gde)	100 Centimos	New Yorker Notierung	1 Gourde	0,20	0,840
Hawaii	US-Dollar (US-\$)	100 Cents	(siehe USA)	1 Dollar	siehe USA	
Honduras	Lempira (L)	100 Centavos	Goldparität New Yorker Notierung	1 Lempira	0,50000 0,50	2,100 2,100
Hongkong	Hongkong-Dollar (HK\$)	100 Cents	Goldparität New Yorker Notierung	1 Dollar	0,175000 0,1760	0,735 0,739
Indien	Rupie (R)	16 Annas = 192 Pies	Goldparität New Yorker Notierung	100 Rupien	21,0000 21,04	88,200 88,368
Indonesien, Ver. Staaten von*)	Indonesischer Gulden	100 Cents	heim. Ankaufskurs „Offiziell“ heim. Ankaufskurs „Offiziell mit Zertifikaten“ heim. Verkaufskurs „Offiziell“ heim. Verkaufskurs „Offiziell mit Zertifikaten“ New Yorker Notierung	100 Gulden	26,38522 13,22751 26,24672 8,74891 13,25	110,818 55,556 110,236 36,745 55,650
Irak	Irak-Dinar (IrDin)	1000 Fils	Goldparität New Yorker Notierung	1 Dinar	2,80000 2,81	11,760 11,802
Iran*)	Rial	100 Dinar	Goldparität heim. Ankaufskurs „Offiziell“ heim. Verkaufskurs „Offiziell“ heim. Mittelkurs „Offiziell mit Zertifikaten“ ¹⁾ mit Zertifikaten“ ²⁾ New Yorker Notierung	1 Rial	0,0310078 0,03125 0,03077 0,02500 0,02051 0,03125	0,130 0,131 0,129 0,105 0,086 0,131
Irland	Irländisches Pfund (irl. £)	20 Shilling = 240 Pence	1 : 1 zum £-Sterling New Yorker Notierung	1 Pfund	siehe Großbritannien 2,80125 11,765	
Island	Krone (iKr, islKr)	100 Aurar	Goldparität New Yorker Notierung	100 Kronen	6,14036 6,14	25,790 25,788
Israel*)	Israelisches Pfund	1000 Pruthoth	heim. Mittelkurs New Yorker Notierung	1 Pfund	2,80 2,81	11,760 11,802
Italien*)	Lira (L)	100 Centesimi	heim. Mittelkurs „Offiziell, Frei“ heim. Mittelkurs „Curb“ New Yorker Notierung	100 Lire	0,16000 0,15385 0,1625	0,672 0,646 0,683
Jamaica (Britisch-Westindien)	Jamaica-Pfund	20 Shilling = 240 Pence	Goldparität New Yorker Notierung	1 Pfund	2,80000 2,81125	11,760 11,807
Japan*)	Yen (Y)	100 Sen = 1000 Rin	heim. Mittelkurs New Yorker Notierung	100 Yen	0,27778 0,278	1,167 1,168
Jugoslawien	Dinár (Din)	100 Pará	Goldparität New Yorker Notierung	100 Dinára	2,00000 2,00	8,400 8,400
Jungfern-(Virgin)-Inseln (Britisch-Westindien)	US-Dollar (US-\$)	100 Cents	(siehe USA)	1 Dollar	siehe USA	
Kanarische Inseln	Spanische Peseta (Pta)	100 Centimos	(siehe Spanien)	100 Pesetas	siehe Spanien	
Kapverdische Inseln	Kapverd. Escudo (Esc oder \$)	100 Centavos	1:1 zum portugiesischen Escudo	100 Escudos	siehe Portugal	

*) Vgl. die Erläuterungen am Schluß der Übersicht.

Juni 1951

Land	Währungsbezeichnung		Kursart	Paritäts-, Börsen- oder Marktwert		
	Einheit	Unterteilung		für	in US-\$	in DM
Karolinen	US-Dollar (US-\$)	100 Cents	(siehe USA)	1 Dollar	siehe USA	
Korea (Süd-)	Won	100 Cheun	New Yorker Notierung	100 Won	0,04	0,168
Kowait	Rupie (R)	16 Annas = 192 Pies	(siehe Indien)	100 Rupien	siehe Indien	
Libanon*)	Libanes. Pfund (L £)	100 Piaster	Goldparität heim. Ankaufskurs heim. Verkaufskurs heim. Mittelkurs „Frei“ etwa New Yorker Notierung	1 Pfund	0,456313 0,45662 0,45249 0,27397 0,28	1,917 1,918 1,900 1,151 1,176
Liberia	US-Dollar (US-\$)	100 Cents	(siehe USA)	1 Dollar	siehe USA	
Liechtenstein	Schweizerischer Frank (sfr)	100 Rappen	(siehe Schweiz)	100 Franken	siehe Schweiz	
Luxemburg	Luxemburgischer Frank (lfr)	100 Centimes	Goldparität New Yorker Notierung	100 Franken	2,00000 2,00	8,400 8,400
Madagaskar	CFA Frank	100 Centimes	1:2 zum französischen Frank New Yorker Notierung	100 Franken	0,57143 0,57	2,400 2,394
Madeira	Madeira-Escudo (Esc oder \$)	100 Centavos	1:1 zum portugiesischen Escudo	100 Escudos	siehe Portugal	
Malaiischer Staatenbund	Straits-Settlements-Dollar (S\$ oder SS\$)	100 Cents	Goldparität New Yorker Notierung	1 Dollar	0,326667 0,3292	1,372 1,383
Malta	Maltese-Pfund	20 Shilling = 240 Pence	Goldparität	1 Pfund	2,80000	11,760
Marianen	US-Dollar (US-\$)	100 Cents	(siehe USA)	1 Dollar	siehe USA	
Marokko (Franz.)	Marokko-Frank	100 Centimes	1:1 zum französischen Frank New Yorker Notierung	100 Franken	0,29	1,218
Marokko (Span.)	Span. Peseta (Pta)	100 Centimos	(siehe Spanien)	100 Pesetas	siehe Spanien	
Marshall-Inseln	US-Dollar (US-\$)	100 Cents	(siehe USA)	1 Dollar	siehe USA	
Martinique (Französ. Westindien)	Antillen-Frank	100 Centimes	1:1 zum französischen Frank	100 Franken	siehe Frankreich	
Mauritius (Britisch-Ostafrika)	Mauritius-Rupie (R)	100 Cents	Goldparität	100 Rupien	21,0000	88,200
Mexiko	Peso (mex. \$)	100 Centavos	Goldparität New Yorker Notierung	100 Pesos	11,5607 11,58	48,555 48,636
Monaco	Französ. Frank (ffr)	100 Centimes	(siehe Frankreich)	100 Franken	siehe Frankreich	
Moçambique (Portugies.-Ostafrika)	Portugiesischer Escudo (Esc oder \$)	100 Centavos	(siehe Portugal)	100 Escudos	siehe Portugal	
Neue Hebriden	CFP Frank	100 Centimes	1:5,5 zum französischen Frank	100 Franken	1,57143	6,600
Neuseeland	Neuseeland-Pfund (NZ £)	20 Shilling = 240 Pence	heim. Mittelkurs New Yorker Notierung	1 Pfund	2,77955 2,794375	11,674 11,736
Neu-Kaledonien (Franz.-Ozeanien)	CFP-Frank	100 Centimes	1:5,5 zum französischen Frank New Yorker Notierung	100 Franken	1,57143 1,595	6,600 6,699
Niederlande	Gulden (fl)	100 Cents	Goldparität New Yorker Notierung	100 Gulden	26,3158 26,40	110,526 110,880
Nicaragua*)	Córdoba (Cord)	100 Centavos	Goldparität heim. Ankaufskurs „Basic offiziell“ heim. Ankaufskurs „Effektiv-Export“ heim. Verkaufskurs „Basic offiz.“ heim. Verkaufskurs „Effektiv-Import“ ¹⁾ „ ²⁾ heim. Mittelkurs „Frei“ etwa New Yorker Notierung	1 Córdoba	0,20000 0,20000 0,15152 0,14184 0,12422 0,09950 0,13856 0,1515	0,840 0,840 0,636 0,596 0,522 0,418 0,582 0,636
Njassaland	Rhodes. Pfund	20 Shilling = 240 Pence	Goldparität	1 Pfund	2,80000	11,760
Norwegen	Krone (nKr)	100 Öre	Goldparität New Yorker Notierung	100 Kronen	14,0000 14,05	58,800 59,010
Österreich*)	Schilling (öS)	100 Groschen	heim. Mittelkurs „Offiziell“ heim. Mittelkurs „Prämie“ New Yorker Notierung „Export“ New Yorker Notierung „Support“	100 Schillinge	4,68165 3,84615 4,68 3,87	19,663 16,154 19,656 16,254
Oman	Rupie (R)	16 Annas = 192 Pies	(siehe Indien)	100 Rupien	siehe Indien	
Pakistan*)	Pakistan-Rupie (R)	16 Annas = 192 Pies	Goldparität heim. Mittelkurs New Yorker Notierung	100 Rupien	30,2250 30,21148 30,30	126,945 126,888 127,260
Panama*)	Balboa (B)	100 Centimos	Goldparität New Yorker Notierung	1 Balboa	1,00000 1,00	4,200 4,200

*) Vgl. die Erläuterungen am Schluß der Übersicht.

Land	Währungsbezeichnung		Kursart	Paritäts-, Börsen- oder Marktwert		
	Einheit	Unterteilung		für	in US-\$	in DM
Paraguay*)	Guarani (G)	100 Centavos	Goldparität heim. Ankaufskurs „Basic“ heim. Ankaufskurs „Vorzug“ heim. Verkaufskurs „Basic“ heim. Verkaufskurs „Vorzug“ heim. Mittelkurs „Frei“ etwa	1 Guarani	0,166667 0,166667 0,111111 0,111111 0,166667 0,043478	0,700 0,700 0,467 0,467 0,700 0,183
Peru*)	Sol (S/—)	100 Centavos	heim. Mittelkurs „Zertifikate“ heim. Mittelkurs „Frei“ New Yorker Notierung	1 Sol	0,06689 0,06614 0,067	0,281 0,278 0,281
Philippinen*)	Peso (P) = Manila-Dollar	100 Centavos	Goldparität New Yorker Notierung	1 Peso	0,50000 0,4992	2,100 2,097
Polen	Zloty (Zl)	100 Groszy	heim. Mittelkurs „Offiziell“ New Yorker Notierung	100 Zlote	25,00 25,00	105,000 105,000
Portugal	Escudo (Esc oder \$)	100 Centavos	heim. Mittelkurs New Yorker Notierung	100 Escudos	3,47524 3,50	14,596 14,700
Portugiesisch Guinea (Portugies.-Westafrika)	Portug. Escudo (Esc oder \$)	100 Centavos	(siehe Portugal)	100 Escudos	siehe Portugal	
Portugiesisch Indien (Goa usw.)	Rupie (R)	16 Tangas = 192 Reis	1:1 zur indischen Rupie	100 Rupien	siehe Indien	
Principe (Portugies.-Westafrika)	Principe-Escudo (Esc oder \$)	100 Centavos	1:1 zum portugiesischen Escudo	100 Escudos	siehe Portugal	
Puerto Rico	US-Dollar (US-\$)	100 Cents	(siehe USA)	1 \$	siehe USA	
Réunion-Inseln	CFA-Frank	100 Centimes	1:2 zum französischen Frank New Yorker Notierung	100 Franken	0,57143 0,58	2,400 2,436
Rhodesien: Nord-Rhodesien	Rhodesisches Pfund	20 Shilling = 240 Pence	Goldparität New Yorker Notierung	1 Pfund	2,80000 2,82	11,760 11,844
Süd-Rhodesien	Rhodesisches Pfund	20 Shilling = 240 Pence	Goldparität	1 Pfund	2,80000	11,760
Rio de Oro (Spanisch-Westafrika)	Span. Peseta (Pta)	100 Centimos	(siehe Spanien)	100 Pesetas	siehe Spanien	
Ruanda-Urundi (Belgisch-Ostafrika)	Belg. Frank (bfr)	100 Centimes	(siehe Belgien)	100 Franken	siehe Belgien	
Rumänien	Leu	100 Bani	heim. Mittelkurs New Yorker Notierung	100 Lei	0,66007 0,667	2,772 2,801
Saargebiet	Franz. Frank (ffr)	100 Centimes	(siehe Frankreich)	100 Franken	siehe Frankreich	
Salvador, El	Colón (Col)	100 Centavos	Goldparität New Yorker Notierung	1 Colón	0,40000 0,40	1,680 1,680
Samoa (Amerik.)	US-Dollar (US-\$)	100 Cents	(siehe USA)	1 \$	siehe USA	
San Marino	Italien. Lira (L)	100 Centesimi	(siehe Italien)	100 Lire	siehe Italien	
Sarawak	Straits-Settle- ments-Dollar (S\$ oder SS\$)	100 Cents	Goldparität	1 \$	0,326667	1,372
Saudi-Arabien	Rijal (R)	22 Qersch = 88 Halals	New Yorker Notierung	1 Rijal	0,27	1,134
Seychellen	Seychellen-Rupie (R)	100 Cents	Goldparität	100 Rupien	21,0000	88,200
Singapore	Straits-Settle- ments-Dollar (S\$ oder SS\$)	100 Cents	Goldparität	1 \$	0,326667	1,372
Somaliland: (britisch) (französisch) (italienisch)	Rupie (R) Djibouti Frank Somalo	100 Cents 100 Centimes 100 Centesimi	1:1 zur indischen Rupie Goldparität	100 Rupien 100 Franken 100 Somali	siehe Indien 0,466435 1,959 14,0017 58,807	
Spanien*)	Peseta (Pta)	100 Centimos	heim. Ankaufskurs „Offiziell“ heim. Verkaufskurs „Offiziell“ heim. Ankaufs- und Verkaufskurse „differenzierte Kurse für den Warenverkehr“ heim. Mittelkurs „Frei“ New Yorker Notierung	100 Pesetas	9,13242 8,91266 9,13242 3,04414 2,50689 2,50	38,356 37,433 38,356 12,785 10,529 10,500
Sudan (Brit.-Ägypt. Kondominium)	Ägypt. Pfund (£ E)	100 Piaster = 1000 Millièmes	(siehe Ägypten) New Yorker Notierung	1 Pfund	siehe Ägypten 2,89 12,138	
Surinam (Niederländ.-Guayana)	Gulden (fl)	100 Cents	Goldparität New Yorker Notierung	100 Gulden	53,0264 53,33	222,711 223,986
Südafrikanische Union	Südafrik. Pfund (SA-£)	20 Shilling = 240 Pence	Goldparität New Yorker Notierung	1 Pfund	2,80000 2,800625	11,760 11,763
Südwestafrika	Westafrikanisch. Pfund (WA-£)	20 Shilling = 240 Pence	Goldparität	1 Pfund	2,80000	11,760

*) Vgl. die Erläuterungen am Schluß der Übersicht.

Land	Währungsbezeichnung		Kursart	Paritäts-, Börsen- oder Marktwert		
	Einheit	Unterteilung		für	in US-\$	in DM
Syrien	Syrisches Pfund (S £)	100 Piaster	Goldparität heim. Mittelkurs heim. Mittelkurs „Frei“ etwa New Yorker Notierung	1 Pfund	0,456313 0,45455 0,27855 0,29	1,917 1,909 1,170 1,218
Schweden	Krone (sKr)	100 Öre	heim. Mittelkurs New Yorker Notierung	100 Kronen	19,32367 19,35	81,159 81,270
Schweiz*)	Frank (sfr)	100 Rappen	heim. Mittelkurs „Frei“ etwa Verrechnungskurs im Zahlungsverkehr mit der Bundesregierung New Yorker Notierung	100 Franken	23,04811 22,86854 23,04	96,802 96,048 96,768
Sao Thomé (Portugies.-Westafrika)	Portug. Escudo (Esc oder \$)	100 Centavos	(siehe Portugal)	100 Escudos	siehe Portugal	
Thailand (Siam) *)	Baht (Tikal)	100 Satang	heim. Mittelkurs „Offiziell“ heim. Mittelkurs „Frei“ etwa New Yorker Notierung „Frei“	1 Baht	0,08000 0,04720 0,04625	0,336 0,198 0,194
Tonga-Inseln (Britisch-Ozeanien)	Tonga-Pfund	20 Shilling = 240 Pence	Goldparität	1 Pfund	2,24000	9,408
Transjordanien	Dinar	1000 Fils	1 : 1 zum £-Sterling (siehe Italien)	1 Dinar	siehe Großbritannien	
Triest (Zone A)	Italien. Lira (L)	100 Centesimi		100 Lire	siehe Italien	
Trinidad (Britisch-Westindien)	Britisch-Westind. Dollar (\$ BWI)	100 Cents	Goldparität New Yorker Notierung	1 Dollar	0,583333 0,59	2,450 2,478
Tschechoslowakei	Krone (Kč)	100 Heller	Goldparität New Yorker Notierung	100 Kronen	2,00000 2,02	8,400 8,484
Tunesien	Tunesisch. Frank (tfr)	100 Centimes	1:1 zum französischen Frank New Yorker Notierung	100 Franken	siehe Frankreich 0,28875 1,213	
Türkei	Türk. Pfund (₺ tq)	100 Piaster = 4000 Pará	Goldparität New Yorker Notierung	1 Pfund	0,357143 0,3571	1,500 1,500
Ungarn	Forint	100 Fillér	heim. Mittelkurs New Yorker Notierung	100 Forints	8,51861 8,60	35,778 36,120
Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR)	Rubel (Srbl)	100 Kopeken	New Yorker Notierung	100 Rubel	25,00	105,000
Uruguay*)	Peso (o\$u)	100 Centesimo	heim. Ankaufskurs „Basic offiziell“ heim. Ankaufskurs „Spezial I“ heim. Ankaufskurs „Spezial II“ heim. Verkaufskurs „Basic offiziell“ heim. Verkaufskurs „Spezial I+II“ heim. Mittelkurs „Frei“ New Yorker Notierung	1 Peso	0,65833 0,56180 0,42553 0,52632 0,40816 0,46512 0,4450	2,765 2,360 1,787 2,211 1,714 1,954 1,869
Vatikan-Staat	Vatikan-Lira (VL)	100 Centesimi	1:1 zur italienischen Lira	100 Lire	siehe Italien	
Venezuela*)	Bolivar (B)	100 Centimos	Goldparität heim. Verkaufskurs „Offiziell“ heim. Ankaufskurs „Warenverkehr“ New Yorker Notierung	1 Bolivar	0,298507 0,29851 0,32787 bis 0,20833 0,3003	1,254 1,254 1,377 bis 0,875 1,261
Vereinigte Staaten von Amerika (USA)	Dollar (US-\$)	100 Cents	Goldparität	1 US-\$	1,00000	4,200

*) Vgl. die Erläuterungen am Schluß der Übersicht.

*) Die in der Tabelle angeführte Goldparität, die genannten festen und freien Kurse, heimischen Grund-, Vorzugs-, Spezial-, Zertifikatkurse usw. für den An- und Verkauf von US-Dollar werden hauptsächlich für die in der nachstehenden Aufstellung genannten Handels- und Nichthandelsgeschäfte verwendet:

Argentinien: Seit dem 29. August 1950 gelten die folgenden Wechselkurse:

Kurse

(Pesos per US-Dollar)

5,00

7,50

Frei

Anwendung:

Grundexporte (Getreide, die meisten Fleischarten und Fleischprodukte, Häute usw.) sowie Vorzugsimporte (Kohle, Koks, Öle, Petroleum und Kerosen (raffiniertes Leuchtpetroleum).

Vorzugsexporte und Grundimporte.

Bestimmte Exporte von Gütern, die nicht ohne weiteres im Ausland Absatz finden, sowie Importe nicht lebenswichtiger Güter und bestimmte Geldgeschäfte.

Die Gewährung von Devisen für den Importbedarf hängt sowohl von dem Ursprungsland als auch von der einzuführenden Warenart ab.

Bolivien: Seit 8. April 1950 gelten die folgenden Wechselkurse:

Kurse

(Bolivianos per US-Dollar)

60,00

60,60

100,00

Anwendung:

Seit 1. November 1950 für 58—60% der Erlöse aus Zinnexporten; vor diesem Zeitpunkt für einen wechselnden, größeren Prozentsatz. Seit 1. November 1950 ist es den Zinnexporteuren gestattet, 40—42% (je nach dem Dollar-Preis für Zinn) ihres Devisenerlöses als Deckung für ihre Devisenkosten zurückzubehalten, während vorher der zurückbehaltene Betrag Schwankungen unterworfen war. Für Erlöse aus den Grundkontingenten anderer Exporte und für Regierungsgeschäfte.

Für die meisten Importe, bestimmte Überweisungen und Regierungsgeschäfte.

Von der Zentralbank stabil gehaltener Kurs, der für über die Kontingente hinausgehende Exporterlöse, für gestattete Importe nicht lebenswichtiger Güter und für gestattete Nicht-Handels-Geschäfte (einschließlich Reiseverkehr) gilt.

Alle Devisenverkäufe mit Ausnahme derjenigen für Regierungsimporte und Nicht-Handels-Überweisungen unterliegen seit April 1948 einem Aufschlag von 1 Boliviano je US-Dollar.

Brasilien:

Gegenwärtig werden alle Devisengeschäfte zu dem offiziellen Kurs getätigt. Die seit 1946 geltenden Ankaufs- und Verkaufskurse von 18,38 bzw. 18,72 Cruzeiros = 1 US-Dollar werden bei allen Exporten, Importen lebenswichtiger Güter, dem Schulden- und privaten Kapitaldienst und bei konsularischen und diplomatischen Überweisungen angewandt. Alle sonstigen Überweisungen erfolgen ebenfalls zum offiziellen Kurs, jedoch (seit Januar 1948) zuzüglich einer Steuer von 5%, wodurch sich der Effektivkurs für solche Geschäfte auf 19,656 Cruzeiros = 1 US-Dollar erhöht. Kompensations- oder Tauschgeschäfte mit bestimmten Waren, die vor dem 8. Februar 1951 gestattet waren, sind seit diesem Zeitpunkt nicht mehr erlaubt.

- Canada:** Seit 30. September 1950 werden alle Devisengeschäfte in Bezug auf US-Dollar am freien Markt zu Kursen getätigt, die von der am 19. September 1949 festgesetzten Parität, 1,100 canadische Dollar = 1 US-Dollar, abweichen. Eine neue Parität ist dem Währungsfonds nicht vorgeschlagen worden. Geschäfte in anderen Währungen als dem US-Dollar werden zu Kursen gerätigt, denen die Kursrelation zwischen US-Dollar und canad. Dollar in Montreal und der offizielle Kurs für US-Dollar und andere Währungen zu Grunde liegt. Um die Aufrechterhaltung ordnungsmäßiger "cross rates" zwischen US-Dollar, canad. Dollar und Pfund Sterling zu gewährleisten, ist das canadische Devisenkontrollamt bereit, Pfund Sterling gegen US-Dollar zu den gegenwärtig geltenden offiziellen Pfund Sterling/US-Dollar-Kursen von 2,79875 bzw. 2,80125 US-Dollar = 1 Pfund Sterling anzukaufen oder zu verkaufen.
- Chile:**
- | Ankaufskurs (Pesos per US-Dollar) | Verkaufskurs | Anwendung: |
|-----------------------------------|--------------|--|
| 19,37 | | Für Exporterlöse der großen Bergwerksgesellschaften (Kupfer- und Eisenerze) in Beträgen, die den örtlichen Produktionskosten entsprechen. Ebenso für einen kleinen Teil der Erlöse aus dem Export von Nitraten. |
| | 31,10 | Regierungsimporte und Importe von Zucker, Medikamenten und Zeitungsdruckpapier sowie für einige offizielle Zahlungen aus Nicht-Handels-Geschäften. |
| 43,00 | | Erlöse aus bestimmten unsichtbaren Exporten. |
| | 43,10 | Importe bestimmter lebensnotwendiger Güter. |
| 50,00 | | Restliche Erlöse aus dem Export von Nitraten. |
| | 50,10 | Importe lebenswichtiger Güter (Rohöl, Benzin, Tee, Yerba-Mate, Paraffin, Antibiotika, Kerosen, Kautschuk, Jute, Zellulose). |
| 60,00 | | Für alle Erlöse aus dem Export bestimmter gewerblicher und landwirtschaftlicher Erzeugnisse (Gerste, Reis, Leder, Holz) und für den Peso-Bedarf der großen Bergwerksgesellschaften, der nicht zum 19,37 = Kurs gedeckt werden muß. |
| | 60,10 | Bestimmte Warenimporte und genehmigte unsichtbare Leistungen. |
| Freier Kurs | | Für 100 % des Devisenbedarfs für bestimmte Warenimporte und genehmigte unsichtbare Leistungen einschließlich Reiseverkehr, sowie für 100 % des Erlöses aus genehmigten unsichtbaren Leistungen und aus dem Export der kleinen Bergwerksgesellschaften. |
| Goldkurs | | Für Importe bestimmter Luxusgüter und für die Erlöse aus dem Export von Goldmünzen. |
- Außerdem besteht für einige bestimmte landwirtschaftliche Exporte ein Mischverfahren, wonach die Devisenerlöse nach wechselndem Verhältnis zu den verschiedenen bestehenden Kursen verkauft werden.
- Columbien:** Seit 20. März 1951 gelten die folgenden Kurse:
- | Kurse (Pesos per US-Dollar) | Anwendung: |
|-----------------------------|---|
| 1,95 | Parität. Dieser Kurs gilt nur für 75 % der Erlöse aus dem Kaffeeexport. |
| 2,50 | Kurs für die restlichen 25 % der Erlöse aus dem Kaffee-Export, für 100 % aller übrigen Export- und Nicht-Handels-Erlöse, sowie für alle Import- und Zahlungszwecke. Alle Devisenverkäufe unterliegen einer Stempelsteuer von 3 %. |
- Costa Rica:** Die geltenden offiziellen Ankaufs- und Verkaufskurse betragen 5,60 bzw. 5,67 Colones = 1 US-Dollar. Alle Exporterlöse sowie Erlöse aus bestimmten Nicht-Handels-Geschäften werden zum amtlichen Ankaufskurs verkauft. Der amtliche Verkaufskurs von 5,67 Colones ist jedoch seit 1. April 1950 ein Nominalkurs. Die Importe werden eingeteilt in Vorzugsimporte und Gruppe I, II, III oder IV, und die Devisen sind wie folgt erhältlich: Vorzugsimporte und bestimmte Nicht-Handels-Geschäfte — offizieller Kurs zuzüglich 10 % Zuschlag. Alle übrigen Geschäfte — freier Kurs zuzüglich Zuschlag von 10 % für Importe der Gruppe I und einige Nicht-Handels-Geschäfte; Zuschläge von 55, 75 bzw. 100 % für Importe der Gruppe II, III bzw. IV. Der Zuschlagsgebühr liegt der offizielle Verkaufskurs von 5,67 Colones = 1 US-Dollar zu Grunde.
- Ecuador:** Seit 1. Dezember 1950 sind die folgenden Kurse in Kraft:
- | Kurse (Sucre per US-Dollar) | Anwendung: |
|-----------------------------|--|
| 15,00 | Ankaufsgrundkurs für 40 % der Erlöse aus den Exporten von Steinnüssen und Balsa-Holz und für die gesamten Erlöse aus allen anderen Exporten mit Ausnahme von Gold-, Petroleum-, Bananen- und bestimmten unbedeutenden Exporten. |
| 15,15 | Ankaufsgrundkurs für den Import lebenswichtiger Güter. |
| Freier Kurs | Unsichtbare Leistungen und die meisten erlaubten Importe von Luxusgütern. |
| Kompensationskurs | Für bestimmte sonst verbotene Importe, wenn die Devisen von den Exporteuren bestimmter, als unbedeutende Exporte bezeichneter Waren erworben werden. 60 % der Erlöse aus dem Export von Steinnüssen und Balsa-Holz werden zu diesem Kurs verkauft. |
- Die Erlöse aus dem Export von Gold und Petroleum unterliegen nicht der Ablieferungspflicht. Die Erlöse aus dem Export von Bananen müssen zum offiziellen Kurs nur für den Betrag von 1,20 US-Dollar für ein Büschel abgegeben werden.
- Frankreich:** Seit 20. September 1949 liegt allen Geschäften ein einheitlicher kontrollierter freier Kurs zu Grunde. Das Office des Changes hat durch die Ausgabe von Lizenzen für genehmigte Geschäfte, die Bank von Frankreich durch Ankäufe und Verkäufe, die Höhe des freien Kurses wirksam kontrolliert und für die auf dem freien Markt notierten Währungen einheitliche "cross rates" aufrechterhalten. Der US-Dollar, der portugiesische Escudo, der Schweizer, belgische und Djibouti Franken sowie (seit 3. Oktober 1950) der canadische Dollar werden direkt am freien Markt notiert. Für alle anderen Währungen, die nicht am freien Markt notiert werden, bestimmen sich die Kurse auf Grund der Dollar-Notierungen am freien Markt und der Dollar-Parität dieser Währungen. Seit 1. August 1950 dürfen einige Währungen, deren Kurse auf diese Weise bestimmt werden, auch frei innerhalb des gesetzlichen Ankaufs- und Verkaufslimits gehandelt werden und nicht wie vorher zu festen Ankaufs- und Verkaufskursen.
- Seit September 1949 werden die Währungen der außereuropäischen Gebiete gestützt, um das folgende Verhältnis zum kontinentalen Franken aufrechtzuerhalten: 1 CFA Franken = 2 kontinentale Franken, 1 CFP Franken = 5,5 kontinentale Franken und 1 indochinesischer Piaster = 17 kontinentale Franken. Das Verhältnis der obigen Währungen zum US-Dollar schwankt also je nach den Veränderungen der Relation des französischen Franken zum Dollar auf dem freien Markt. Das Verhältnis der Rupie der französischen Besitzungen in Indien und des Dschibuti-Franken von Somaliland zum US-Dollar ist auf 4,762 (seit September 1949) bzw. 214,4 (seit 22. März 1949) Einheiten = 1 US-Dollar festgesetzt. Die Währungen von Algerien, Tunesien, Marokko, den Antillen und Französisch-Guayana entsprechen dem kontinentalen Franken.
- Griechenland:** Seit Oktober 1947 ist für die meisten Geschäfte ein Zertifikatsystem von Wechselkursen in Kraft. Danach werden alle Devisenerlöse gegen Drachmen zum offiziellen Kurs zuzüglich eines nicht auf Drachmen, sondern auf den verkauften Devisenbetrag ausgestellten „Devisenzertifikats“ an die dazu ermächtigten Banken verkauft. Diese Zertifikate, die nur auf US-Dollar oder Pfund Sterling lauten, sind am freien Markt handelbar. Seit 22. September 1949 sind die Zertifikatskurse für Dollar und Pfund Sterling auf 10.000 bzw. 22.000 Drachmen gehalten worden. Der in dieser Höhe aufrechterhaltene Zertifikatspreis ergibt Effektivkurse von 15.000 bzw. 42.000 Drachmen = 1 Dollar bzw. 1 Pfund Sterling und einen regulären "cross rate" von 2,80 US-Dollar = 1 Pfund Sterling.
- Die Banken verkaufen Devisen nur gegen Verlage von Devisenzertifikaten in Höhe der angeforderten Devisenbeträge sowie der regulären Genehmigung für den Devisenankauf. Außer den unter dem Zertifikatsystem gestatteten Importen sind auch sonst verbotene Importe gewisser Luxusgüter erlaubt, wenn die Devisen zum Auktionskurs erworben werden. Bei dem Auktionssystem erhält der Höchstbietende Devisen für den Import gewisser, genau bezeichneter Waren, sofern das Höchstgebot mindestens 22.000 Drachmen für 1 US-Dollar beträgt. Tauschgeschäfte in bestimmten Waren und mit bestimmten Ländern sind ebenfalls gestattet.
- Indonesien:** Seit 13. März 1950 ist für alle Geschäfte ein Zertifikatsystem in Kraft. Danach erhalten Devisenverkäufer außer Rupien zum offiziellen Kurs ein handelbares, auf Rupien lautendes Devisenzertifikat für 50 % des verkauften Devisenbetrages. Käufer erhalten Devisen zum offiziellen Kurs zuzüglich Zertifikaten im Betrag von 100 % der benötigten Devisen. Seit der Einführung des Zertifikatsystems wurden die Zertifikatspreise bei 1,99 Ankauf und 2,00 Verkauf gehalten, woraus sich die folgenden Effektivkurse ergeben:
- 7,56 Rupien = 1 US-Dollar . . . amtlicher Ankaufskurs von 3,79 + 50 % des Zertifikatspreises.
 11,43 Rupien = 1 US-Dollar . . . offizieller Verkaufskurs von 3,81 + Zertifikatspreis.
 An- und Verkäufe von Zertifikaten werden nicht direkt von den Beteiligten, sondern durch dazu ermächtigte Banken getätigt.
- Iran (Persien):** Seit 10. November 1950 gelten die folgenden Wechselkurse:
- | Kurse (Rials per US-Dollar) | Anwendung: |
|-----------------------------|--|
| 32,00 — 32,50 | Ankaufsgrundkurs und Verkaufsgrundkurs für Geschäfte mit der Anglo Iranian Oil Company, Reiseverkehr, Erholungs- und Studienaufenthalte von Iranern im Ausland sowie für Regierungsbedarf und für bestimmte private Nicht-Handels-Geschäfte. |
| 40,00 | Offizieller Verkaufskurs von 32,50 Rials zuzüglich 7,50 Rials. Diese 7,50 Rials stellen den stabilisierten Preis der Zertifikate dar, die für Importe bestimmter lebensnotwendiger Güter, und zwar etwa 60 % der gesamten genehmigten Importe, gelten. |
| 48,75 | Offizieller Verkaufskurs von 32,50 Rials zuzüglich 16,25 Rials, wobei die 16,25 Rials den am 10. November 1950 stabilisierten Preis der Zertifikate darstellen, die für die Erlöse aller Exporte außer Petroleum ausgegeben werden und für alle genehmigten Importe angewandt werden mit Ausnahme derjenigen lebenswichtigen Güter, für die der obige Zertifikatskurs von 7,50 gilt. |
- Von der Einführung des zweiten Zertifikatskurses am 24. Juli 1950 bis 10. November 1950 schwankte der Zertifikatskurs um eine etwas über der gegenwärtig liegenden Höhe.
- Die Bank Melli Iran ist ermächtigt, zum Zweck der Kursstabilisierung in Devisenzertifikaten Geschäfte zu machen. Seit 10. Januar 1949 darf sie außerdem Zertifikate auf Grund ihrer eigenen Devisenreserven ausstellen.
- Israel:** Der geltende, am 19. September 1950 festgesetzte offizielle Kurs ist 2,80 US-Dollar = 1 israelisches Pfund. Mit Wirkung vom 1. Juli 1950 sind Devisenverkäufe einer Steuer von 2 bzw. 4 oder 6 % je nach der Gruppe unterworfen. Die Importe der ersten Gruppe sind von der Steuer befreit. Das israelische Pfund wurde im August 1948 als gesetzliches Zahlungsmittel anstelle des palästinensischen Pfunds eingeführt.
- Italien:** Nach den geltenden Devisenbestimmungen müssen alle Importgeschäfte zu freien Kursen und alle Exportgeschäfte je zur Hälfte zum freien und zum offiziellen Kurs getätigt werden. Der offizielle Kurs ist ein fluktuierender Kurs, der täglich nach dem Durchschnitt der freien Schlußkurse an den Märkten von Rom und Mailand bestimmt wird. Infolge der täglichen Festsetzung des offiziellen Kurses und der Stabilität des freien Kurses sind die Effektivkurse für Exporteure und Importeure praktisch dieselben. Offizielle Kurse müssen ohne Berücksichtigung der Höhe des freien Kurses zwischen 350 und 650 Lire für 1 US-Dollar festgesetzt werden. Sterling-Kurse und Kurse derjenigen anderen Währungen, die nicht am freien Markt notiert werden, werden täglich auf Grund des Lira/Dollar-Kurses und der Dollar-Parität der betreffenden Währungen festgesetzt. Das System der Festsetzung offizieller Kurse für den US-Dollar und alle anderen Währungen wurde im Dezember 1949 eingeführt. Vorher wurden die Kurse monatlich neu festgesetzt.

**der Welt ...
zum US-\$ und ihr errechneter Wert in DM**

Juni 1951

- Japan:** Der erste Nachkriegs-Handels-Kurs für Handelsgeschäfte wurde am 25. April 1949 festgesetzt.
- Libanon:** Der gegenwärtige amtliche Ankaufs- bzw. Verkaufskurs ist 2,19 bzw. 2,21 Pfund Sterling = 1 US-Dollar. Seit 26. September 1949 werden jedoch alle Exportgeschäfte, alle Importe und die meisten anderen genehmigten Geschäfte zum freien Kurs durchgeführt. Die Anwendung des amtlichen Kurses beschränkt sich auf Regierungszwecke, auf 10 % der nicht aus Exporten stammenden Erlöse und auf 80 % des örtlichen Aufwands ausländischer Konzessionen im Lande. Vom 30. Juni bis 31. Oktober 1950 durften ausländische Reisende über 100 % und nicht über 90 % ihrer Devisen zum freien Kurs verfügen, sofern der monatliche Gesamtbetrag bestimmte Höchstbeträge je Person nicht überschritt.
- Nicaragua:** Seit 9. November 1950 besteht das folgende System von Effektivkursen:
Kurse
(Cordobas per US-Dollar) Anwendung:
5,00 Gilt für Regierungsgeschäfte und für 20 % der Erlöse aus Exporten und unsichtbaren Leistungen.
6,60 Effektivkurs für alle Exporte und unsichtbaren Leistungen, der sich ergibt aus der Ablieferung von 20 % der Devisenerlöse zum Kurs von 5,00 Cordobas und 80 % zum Kurs von 7,00 Cordobas.
7,00 Gilt für 80 % der Erlöse aus Exporten und unsichtbaren Leistungen.
7,05 Grundverkaufskurs für die meisten Importe und Nicht-Handels-Überweisungen.
8,05 Verkaufskurs + 1 Cordoba Zuschlag, gilt für weniger wichtige Importe und bestimmte Nicht-Handels-Überweisungen.
10,05 Verkaufskurs + 3 Cordobas Zuschlag, gilt für nicht lebenswichtige Importe und bestimmte Nicht-Handels-Überweisungen.
Für ausländische Sorten besteht auch ein freier Marktkurs.
- Österreich:** Seit 5. Oktober 1950 werden alle Import- und Exportgeschäfte zum Kurs von 21,36 Schilling = 1 US-Dollar getätigt. Für alle sonstigen Geschäfte gilt ein Prämienkurs von 26,60 Schilling = 1 US-Dollar.
- Panama:** Der Balboa steht pari mit dem US-Dollar. Sein Umlauf beschränkt sich jedoch auf ergänzende Mengen von Münzen. Das Schwergewicht der umlaufenden Geldmittel liegt bei US-Dollar-Noten und -Münzen.
- Paraguay:** Das gegenwärtige Kurssystem, das seit 2. April 1951 besteht, ist folgendes:
Kurse
(Guaranies per US-Dollar) Anwendung:
6,00 Gilt für amtlich festgesetzte Werte der hauptsächlichlichen Exporte (vor allem Bauholz, Quebrachoextrakt, Baumwolle, Fleisch und Häute), für gewisse Regierungseinnahmen, für gewisse lebenswichtige Importe und für Zahlungen im Rahmen des öffentlichen Schuldendienstes und Regierungsgeschäfte.
9,00 Gilt für amtlich festgesetzte Werte minder wichtiger Exporte (einschließlich Petitgrain-Öl, Tabak, Pflanzenöle, Zucker, gegerbtes Leder), für registriertes Kapital und gewisse unsichtbare Leistungen, für bestimmte zum Kurs von 6,00 nicht zugelassene Importe und für registrierte Kapitalzahlungen.
Freier Kurs Wird angewandt bei unsichtbaren Leistungen, einschließlich Handelsdienste wie z. B. Fracht und Versicherung, und bei Exporterlösen, die nicht zum Kurs von 6,00 und 9,00 verkauft werden müssen.
Vom 5. März bis 2. April 1951 wurden Fracht- und Versicherungsgeschäfte zum Kurs von 9,00 Guaranies = 1 US-Dollar durchgeführt. Im übrigen ist das oben beschriebene System seit 5. März 1951 in Kraft.
- Peru:** Alle Geschäfte werden zu fluktuierenden freien Kursen (die den Stabilisierungsmaßnahmen der Zentralbank auf dem Markt unterworfen sind) bei unparitätischen "cross rates" für einige Währungen durchgeführt. Die im Dezember 1946 festgesetzte Parität von 6,50 Soles = 1 US-Dollar findet keine Anwendung auf Geschäfte, doch ist die Festsetzung einer neuen Parität bisher nicht beabsichtigt.
Es bestehen zwei freie Kurse: ein Kurs für handelbare Devisenzertifikate und ein Kurs für Tratten. Die Exporteure sind verpflichtet, einen bestimmten Prozentsatz ihrer Exporterlöse (gegenwärtig 100 % der Erlöse aus Dollar-Exporten und 10 % der Erlöse aus Exporten in anderen Währungen) gegen Zertifikate abzugeben. Diese Zertifikate können am Markt verkauft werden. Bestimmte Importe und gewisse Nicht-Handels-Geschäfte können mit Zertifikaten reguliert werden. Die Regulierung aller anderen Geschäfte erfordert Devisen, die zum Kurs für Wechsel angekauft werden. Seit 1. Februar 1951 bestehen keine Importbeschränkungen, gleichviel welche Währung für die Zahlung vorgeschrieben ist.
Vor Februar 1951 war die Einfuhr bestimmter Waren verboten, und die "cross rates" zwischen verschiedenen Währungen wurden dadurch ungefähr in Höhe der offiziellen "cross rates" gehalten, daß die Verbote für Importe in Währungen, die nach amtlicher Erklärung überreichlich anfielen, aufgehoben wurden. (Pfund Sterling und argentinische Pesos wurden als überreichlich vorhanden erklärt.) Seit der Abschaffung der Beschränkungen sind die "cross rates" durchbrochen.
Der Prozentsatz der Exporterlöse, die gegen Zertifikate abgegeben werden müssen, war ursprünglich auf 100 % festgesetzt. Am 26. März 1951 wurde er auf 75 % herabgesetzt; am 1. Mai erfolgte eine weitere Herabsetzung auf 50 % für Erlöse aus Dollar-Exporten und auf 10 % für andere Erlöse; der Prozentsatz der abgabepflichtigen Dollar-Export-Erlöse wurde sodann am 10. Mai auf 75 % und am 16. Mai auf 100 % erhöht.
Im November 1949 wurde ein System zweier fluktuierender Kurse eingeführt.
- Philippinen:** Seit 28. März 1951 liegt eine Steuer von 17 % auf allen Devisenverkäufen mit Ausnahme derer, die der Bezahlung bestimmter lebenswichtiger Waren (Lebensmittel, Arzneimittel, Zeitungsdruckpapier usw.) dienen, und bestimmter Nicht-Handels-Zahlungen (in erster Linie Versicherungen).
Seit 1943 ist der philippinische Peso gesetzlich an den US-Dollar gebunden und zwar zum Kurs von 2 Pesos = 1 US-Dollar.
- Spanien:** Seit 18. Oktober 1950 gelten die folgenden Einfuhrkurse:
Kurse
(Peseten per US-Dollar) Anwendung:
11,22 Offizielle Grundlebensmittelimporte (Gruppe F).
16,425 100 % des Devisenbedarfs für Kohle-, Koks- und Stromimporte (Gruppe A) und 60 % des Devisenbedarfs für Importe von Schrott, Metallen, Kressot, Futtermitteln, Talg usw. (Gruppe B).
19,710 Alle Einfuhren von flüssigem Brennstoff und Tabak (Gruppe E).
21,90 60 % des Devisenbedarfs für Importe der Gruppe C und 40 % des Devisenbedarfs für Importe der Gruppe D (vor allem sonstige Rohstoffe und Halbwaren).
Freier Kurs 40 % bzw. 60 % des nicht zu den offiziellen Kursen erhältlichen Devisenbedarfs für die obigen Waren und 100 % des Devisenbedarfs für alle anderen Importe und Nicht-Handels-Geschäfte.
Seit August 1950 unterliegen die Erlöse von Exporten und andere Eingänge Kursen, die zwischen 10,95 Peseten per US-Dollar und dem freien Kurs liegen. Der Effektivkurs für das einzelne Geschäft ist abhängig von dem Anteil des zum anwendbaren festgesetzten offiziellen Kurs (es gibt gegenwärtig 15 solcher Kurse) zu verkaufenden Erlöses und dem Anteil des Erlöses, der zum freien Kurs verkauft werden kann. Die meisten Nicht-Handels-Erlöse werden zum freien Kurs verkauft.
- Schweiz:** Seit 23. September 1949 werden alle Geschäfte in US-Dollar zu den am freien Markt geltenden Kursen getätigt; nötigenfalls trifft die Schweizer Nationalbank geeignete Maßnahmen, um die Kursschwankungen innerhalb der Grenzen der bestehenden Parität zu halten. Tatsächlich gibt es zur Zeit für den Schweizer Franken keine festgesetzte Parität, doch ist die Schweizer Nationalbank auf Grund eines Erlasses vom 26. September 1936 ermächtigt, den Wert des Franken innerhalb der vorgeschriebenen Grenzen von 144,7 und 163,7 Franken per Unze Feingold (Troygewicht), bzw. 4,13 bis 4,68 Franken = 1 US-Dollar, zu halten.
- Thailand (Siam):** Zur Zeit besteht das Wechselkurssystem aus einem offiziellen Grundkurs und einem freien Marktkurs. Die Anwendung des offiziellen Kurses ist auf die teilweise Abgabe der Erlöse aus Kautschuk- und Zinnexporten sowie auf die Einfuhr von Regierungsbedarf und Treibstoffen und auf einige Reisezwecke (Studien- und Erholungsaufenthalt) beschränkt. Alle anderen Geschäfte werden zum freien Marktkurs getätigt.
- Uruguay:** Seit 6. Oktober 1949 besteht folgendes Wechselkurssystem:
Kurse
(Pesos per US-Dollar) Anwendung:
1,519 Ankaufskurs für Erlöse aus Grundexporten von Fleisch, Wolle, Leinsamen und Weizen. Verkaufskurs nur für Importe von Zeitungsdruckpapier und sonstigem Druckereibedarf.
1,78 Ankaufskurs für Erlöse aus dem Export von Ölen, getrockneten und eingesalzenen Häuten und Fellen, sowie Fleischkonserven, Reis usw.
1,90 Verkaufskurs für Importe lebensnotwendiger Güter.
2,35 Ankaufskurs für Erlöse aus dem Export von Wollgarnen und Nebenerzeugnissen, gegerbtem Leder und Ledererzeugnissen.
2,45 Verkaufskurs für Importe von Luxuswaren und nicht lebensnotwendigen Gütern.
Freier Kurs Nur für Nicht-Handels-Überweisungen (dieser Kurs unterliegt der Stabilisierung durch die Bank der Republik).
Außerdem wurden von Zeit zu Zeit auf bestimmte Waren Grenzprämien gewährt bzw. -Zuschläge erhoben; diese Prämien bzw. Zuschläge schwanken zwischen 0,35 und 0,80 Pesos und sind nur vorübergehender Natur, also nur für eine bestimmte Zeit oder für eine bestimmte Warenmenge gültig.
- Venezuela:** Das derzeitige Wechselkurssystem besteht aus nur einem Verkaufskurs von 3,35 Bolivares = 1 US-Dollar und den folgenden Ankaufskursen:
Kurse
(Bolivares per Dollar) Anwendung:
3,09 Grundkurs für Petroleum, zu dem der größte Teil der Erlöse aus dem Export von Petroleum an die Zentralbank verkauft wird. Dieser Kurs findet auch auf einige Regierungsgeschäfte Anwendung.
3,05 Grenz-Kurs für Petroleum; gilt für die über die in einer bestimmten Zeit von der Zentralbank verkauften Devisenbeträge hinausgehenden Erlöse aus Petroleumexporten.
4,25 Für Erlöse aus den höchstens zu bestimmten angegebenen Weltmarktpreisen getätigten Exporten von Kakao und ungewaschenem Kaffee.
4,80 Für Erlöse aus den höchstens zu bestimmten angegebenen Weltmarktpreisen getätigten Exporten gewaschenen Kaffees.
3,32 Allgemeiner Ankaufskurs für Erlöse aus allen oben nicht angegebenen Exporten sowie für diejenigen Erlöse aus Kakao und Kaffee-Exporten, die den Unterschied zwischen dem bestimmten bezeichneten Preis und dem geltenden Preis darstellen, wenn der geltende Preis höher ist als der bezeichnete Preis.
Kaffee wird zur Zeit zu höheren als den bezeichneten Preisen exportiert, so daß sich die Effektivkurse teilweise aus dem 4,25- oder 4,80-Kurs und teilweise aus dem 3,32-Kurs ergeben.

